



No. 9.

1900.

## Parteitag und internationaler Congress.

Von  
**Eduard David.**  
(Mainz.)

Die Mainzer Stadthalle wird demnächst die Delegierten der deutschen Socialdemokratie in ihrem prächtigen Riesensaal versammelt sehen.

Voraussichtlich werden sich die Verhandlungen mit etwas grösserer Gemütsruhe abspielen, wie auf dem vorjährigen Parteitag zu Hannover. So weit ich sehe, soll diesmal niemand vor Gericht geschleppt werden. In der Parteipresse herrscht Friede. Auch die Discussion über die Neutralisierung der Gewerkschaften hat ihn nicht gestört.

So nützlich und notwendig die Parteitage für den geregelten Fortgang der Parteigeschäfte auch sind, so gross ihre Bedeutung als Anregungscentren für die parlamentarische Thätigkeit ist, so belebend der rege Meinungsaustausch und das persönliche Zusammensein mit den Kampfgenossen auf den einzelnen wirkt — eins können sie doch nicht bieten. Sie können nicht, wie manche meinen, die Zukunft voraussehen und darum auch keine bindenden Directiven geben für die Weiterentwicklung der Partei. Wie die ersten Impulse zu neuen Strömungen, so liegen auch die Kräfte, die deren Fortgang bestimmen, ausserhalb der Parteitage.

Weder die Wandlungen, die sich im praktisch-politischen Verhalten der Partei vollziehen, noch die Mauserungsprocesse in theoretischer Beziehung lassen sich durch Parteitagsbeschlüsse verhindern oder sonstwie entscheidend beeinflussen. Die Entwicklung nimmt, unbeirrt durch Reden und Resolutionen, ihren stillen Lauf; nach kurzer Zeit schon erscheint die innere und äussere Situation so verändert, dass die mit so viel Leidenschaft und Logik erkämpften Beschlüsse als nicht mehr zutreffend empfunden werden. Sie werden ignoriert oder corrigiert.

Ein classisches Beispiel dafür bieten die Parteitagsbeschlüsse in der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Der Kölner Parteitag, 1893, beschloss einstimmig: „Es ist Pflicht der Parteigenossen in Preussen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.“ Vier Jahre später erklärte der Hamburger Parteitag, trotz des noch unverändert bestehenden Wahlsystems: „Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den

Parteigenossen gestatten“; jedoch: „Compromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“ Und zwei Jahre darauf in Hannover wurde, in schroffem Widerspruch zu der letzteren Bestimmung, durch Annahme der Resolution Bebel das jeweilige Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei Wahlen etc. sanctioniert.

Ein solcher Zickzackcurs ist nichts Schönes. Lässt er sich vermeiden?

So wenig die Partei verhindern kann, dass neue Ereignisse eintreten und infolgedessen sich unvorhergesehene Veränderungen in der Arena des öffentlichen Lebens vollziehen, so wenig lässt es sich vermeiden, frühere Beschlüsse umzustossen und durch neue zu ersetzen. Aus blosser Ehrfurcht vor der Autorität des Parteiparlaments an einmal gefassten Resolutionen festhalten, dem Wechsel der Dinge zum Trotz, das wäre das Thörichteste, was die Partei thun könnte. Aber etwas könnte doch geschehen, um der directen Desavouierung eines Parteitages durch den andern vorzubeugen. Man sollte vorsichtiger sein in der Form der Beschlüsse. Man sollte diesen, die aus gegenwärtigen Situationen und Stimmungen hervorgehen, nicht die Fassung absolut und ewig geltender Normen geben. Hätte sich der Kölner Parteitag damit begnügt, die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen im Hinblick auf die damalige politische Situation als zur Zeit nicht ratsam abzulehnen, so hätte der Hamburger Parteitag den Beschluss nicht feierlich ausser Kraft zu setzen brauchen; und hätte sich in Hamburg die Mehrheit nicht aus der Augenblicksstimmung heraus dazu fortreissen lassen, dem neuen Beschluss das absolute Verbot der „Compromisse und Bündnisse“ anzuhängen, so wäre der eclatante Widerspruch zwischen Hamburg und Hannover vermieden worden.

Mit dem Hamburger Beschluss, erläutert und corrigiert durch die Beschlüsse des Stuttgarter und des Hannoverschen Parteitags, ist die preussische Landtagswahlfrage eigentlich erledigt. Dass sie nochmals vor den Parteitag gebracht wird, verdankt sie einem Zufallsbeschluss. Die grosse Mehrheit in der Partei ist zweifellos für die allgemeine Beteiligung, wobei den einzelnen Wahlkreisen die Entscheidung darüber zu belassen ist, ob sie eigene Wahlmänner aufstellen oder sich mit der Unterstützung bürgerlich-oppositioneller Wahlmänner begnügen wollen. Eine Discussion über die Frage ist in der Parteipresse nicht mehr zu stande gekommen. Hoffentlich hält sich auch der Mainzer Parteitag nicht viel länger damit auf, als zu einer Abstimmung nötig ist.

Dem Wandel der Parteimeinung in Bezug auf die Landtagswahlfrage liegt ein Wandel der ganzen politischen Situation zu Grunde, der von grösster allgemeiner Bedeutung ist.

In dem Masse, wie es den agrarischen Führern gelungen ist, die ehemals zersplitterten politischen Kräfte der landwirtschaftlich interessierten Bevölkerungsmasse zu einem mächtigen Heerbann zusammenzufassen, ist für die städtisch interessierten Volksteile, besitzlose wie besitzende, eine gemeinsame Gefahr entstanden. Die agrarische Bewegung, geführt von der in Regierung, Armee und Diplomatie dominierenden feudalen Herrschaft und gefördert von den in den Dörfern heimischen edlen Herren der Kirche, bedroht mit ihrer Hochschutzzoll- und Handelskampfe

politik die ganze commerciell-industrielle Entwicklung. Und nebenbei benutzt ihre feudal-klericale Führerschaft die neugewonnene Machtstellung, um die politischen und culturellen Errungenschaften des bürgerlichen Liberalismus mit List oder Gewalt zu vernichten. Mögen einzelne Industriefürsten — die im Nebenberuf übrigens auch Bodenmagnaten sind — mit den Agrariern gehen, um eine ihren Specialinteressen dienende „Sammelpolitik“ zu betreiben, die grosse Mehrheit der capitalistischen Unternehmer ist gezwungen, gegen die ihre Existenz bedrohende „nationale“ Absperrungspolitik Front zu machen.

In diesem Kampf aber bedarf das Bürgertum die Unterstützung der Socialdemokratie, die die städtischen Arbeitermassen hinter sich hat. Und ebenso ist die Socialdemokratie, die die Pflicht hat, diese Arbeitermassen vor Lebensmittelteuerung und Arbeitsmangel nach Möglichkeit zu schützen, auf ein Kampfbündnis mit dem städtischen Bürgertum hingewiesen. Man mag über die Décadence der bürgerlich-liberalen Parteien denken und reden, wie man will, zur Zeit bilden sie noch einen Machtfactor im öffentlichen Leben. Es ist ein Gebot der Klugheit, alle Elemente, die sich von der agrarisch-feudal-klericalen Reaction bedroht fühlen, zu gemeinsamem Widerstand zusammenzufassen. Der nahende Kampf um die neuen Handelsverträge wird diese Notwendigkeit beiden Teilen zum klaren Bewusstsein bringen. Und dieser Kampf wird noch nicht der letzte seiner Art sein.

Bei dieser Lage der Dinge verhalten die Sammlungsrufe gegen den Umsturz ebenso wirkungslos, wie die gutgemeinten Mahnworte, die aus unserem eigenen Lager kommen und uns beschwören, intransigent zu bleiben gegenüber der „einen reactionären Masse“. Wir sehen dem Referat Calwers über die Verkehrs- und Handelspolitik mit grossem Interesse entgegen. Es wird auch die eben berührte Seite behandeln müssen. Wir wissen nicht, ob Calwer zu demselben taktischen Schluss kommen wird, wie wir. Welcher Art aber auch die zur Annahme gelangende Resolution sein möge, die politische Praxis der Partei wird der gegebenen Directive nur dann folgen, wenn diese der Bahn entspricht, die uns durch die realen Verhältnisse aufgezwungen wird. Denn die Dinge, die die Praxis des Lebens bestimmen, sind eben mächtiger, wie die Gedanken, die die Seele des Theoretikers erregen.

Es ist für die Situation bezeichnend, dass Bebel in Hannover trotz der schärfsten theoretischen Ausfälle gegen die Arbeiterfeindschaft, Verkommenheit und Schwäche des bürgerlichen Liberalismus die Bündnistaktik in seiner Resolution sanctionierte. Die innerpolitischen Ereignisse seitdem haben dieser „praktischen Bernsteinerei“ nur noch Vorschub geleistet. Das der Zuchthausvörlage bereitete schmählische Ende hat das Feindseligkeitsverhältnis zwischen der Socialdemokratie und dem bürgerlichen Liberalismus etwas gemildert. In unseren eigenen Reihen wurde anerkannt, dass das Verhalten der demokratischen Partei und Presse in dieser Frage tadellos war. Auch die Freisinnigen verteidigten die Coalitionsfreiheit, und das Auftauchen einer starken socialreformerischen Strömung in den Reihen der Nationalliberalen wurde freudig begrüsst. Wie weit die bürgerliche „Arbeiterfreundschaft“ von einer rückgrathartigen energischen Arbeiterpolitik entfernt ist, haben die Verhandlungen über die Novelle zur

Gewerbeordnung und über die Unfallversicherung gezeigt; immerhin aber hat die unter dem Einfluss der Stümmlinge und agrarisch-feudalen Reactionäre zum Stillstand gekommene Socialreform wieder einige Schritte vorwärts gethan, und die Socialdemokratie konnte schliesslich Ja zu den Gesetz-entwürfen sagen. Das von dem Klericalismus inscenierte und von der agrarisch-feudalen Gefolgschaft mitgemachte Attentat auf die freie, geistige und künstlerische Entwicklung trieb die Parteien der Linken sogar zu gemeinsamer parlamentarischer Obstruction unter Führung der Socialdemokratie zusammen.

Der Parteitag wird Gelegenheit haben, sich über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraction auszusprechen. Das gemeinsame Handeln mit der bürgerlichen Opposition gegen die lex Heinze wird allgemeine Billigung finden. Hinsichtlich der Schlussabstimmungen über die Gewerbeordnungsnovelle und die Unfallversicherungsreform dürften sich „Nörgler“ finden. Die grosse Mehrheit der Delegierten wird aber zweifellos das zustimmende Votum der Fraction billigen.

Derselbe Zug nach Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamen nächstliegenden Zwecken, „unbeschadet sonstiger Differenzen“, macht sich in den Bestrebungen auf Neutralisierung der Gewerkschaften geltend. Die wachsende Macht der Arbeitgeberorganisationen treibt die socialdemokratischen, freisinnigen, evangelischen und katholischen Arbeiter zusammen. Eine Heranziehung so verschiedener Elemente zu gemeinsamer Arbeit ist aber nur möglich, wenn die diversen, die Geister trennenden „Endziele“ politischer oder religiöser Prägung aus der officiellen Agitation verschwinden. Und dies geschieht um so leichter, als neben der Defensive eine wachsende Fülle positiver socialpolitischer Aufgaben die Gedanken und Kräfte der Gewerkschaften in Anspruch nimmt. Daher die Furcht vor der Neutralisierung bei den Doctrinären der verschiedenen Parteien!

Lächerlich ist die Behauptung, ohne „Endziel“ würde die Gewerkschaftsbewegung in den Sumpf planloser, kleiner und kleinlicher Reformerei geraten. Die „nächsten Ziele“ des gewerkschaftlichen Kampfes sind so weit gesteckt, dass sie für absehbare Zeit die Bahn der Vorwärtsbewegung klar bestimmen. Und ausserdem trägt die gewerkschaftliche Bewegung ihr eigenes Endziel, der Sache nach, in sich. Als Abschluss ihrer organisatorischen Bestrebungen gefasst, lautet es: Zusammenfassung aller Arbeiter aller Branchen und aller Länder zu einer gewaltigen, zweckmässig gegliederten und zu gemeinsamer Operation disciplinierten Armee. Gedacht als Vollendung des Kampfes gegen den Absolutismus des Unternehmers im Productionsprocess, erscheint als gewerkschaftliches Endziel die demokratische Fabrik. Bezogen auf die materielle Lage des Arbeiters ist es die Sicherung einer in jeder Hinsicht menschenwürdigen Lebensführung für jeden ehrlich Arbeitenden. Und will man diese und andere in der Verlängerung der gewerkschaftlichen Bestrebungen liegenden letzten Zwecke auf einen gemeinsamen Ausdruck bringen, so kann man als Endziel der ganzen Gewerkschaftsbewegung die Emancipation des Arbeiters in seiner Eigenschaft als Producent bezeichnen.

Es bedarf keines besonderen Nachweises, dass dieses Endziel in sehr engem inneren Zusammenhang mit dem Endziel des politischen Emanci-



pationskampfes der Arbeiterklasse steht. Man darf das letztere nur nicht in dem engen Sinn „socialrevolutionärer“ Doctrinäre fassen. Die Vorstellung, dass man eine collectivistische Wirtschaftsorganisation mit einer gewissen Plötzlichkeit auf dem Wege politischer Expropriation aufrichten könne, harmoniert schlecht mit der gewerkschaftlichen Vorstellungsweise. So gut, wie in dieses „Endziel“ verbissene Nurpolitiker in den Erfolgen des Gewerkschaftskampfes auf dem Boden der Gegenwart eine Gefahr für die „socialrevolutionäre“ Gesinnung und Entschlossenheit des Proletariats sahen und vereinzelt noch heute sehen, so gut empfinden andererseits die Gewerkschaftspraktiker die Geringschätzung der Gegenwartserfolge und die Vertröstung des Arbeiters auf den Tag der grossen Umwandlung als Hemmnis für die gewerkschaftliche Arbeit. Wer sich an der schönen Phantasie berauscht, dass, sobald die nötigen Stimmzettel zusammen sind, alle Misère rasch von oben herunter hinwegdecretiert und ein neues Reich aufgerichtet werden könne, der wird ein lässiger Mitarbeiter sein auf dem so unsäglich schwer zu bearbeitenden Feld der gewerkschaftlichen Kleinarbeit. Darum lehnen die Gewerkschaften in der Masse, wie sie sich ihrer eigenen Aufgabe bewusst werden, die Cultivierung dieser „socialrevolutionären“ Endzielvorstellung ab.

Das heisst nicht das Tischtuch zwischen den Gewerkschaften und der socialdemokratischen Partei zerschneiden: daran denkt keiner der für Neutralisierung eintretenden socialdemokratischen Gewerkschafter. Die freien Gewerkschaften sind von Socialdemokraten gegründet und gefördert worden, noch heute besteht engste Personalunion zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation, und die socialpolitische Thätigkeit der socialdemokratischen Partei kann keinen klarsehenden Arbeiter darüber im Zweifel lassen, wie er seinen Stimmzettel abzugeben hat. Nur diejenigen Parteipolitiker und Theoretiker, die die Propaganda für das „Endziel“ für den Kern und den Stern der Parteithätigkeit halten, können in der Neutralitätsbewegung der Gewerkschaften eine Gefahr für die Partei wittern. In Wahrheit wird die neutrale Gewerkschaft der Partei zur inneren und äusseren Förderung dienen.

Die Neutralisierung der Gewerkschaften ist nicht, wie vielfach erwartet wurde, auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt worden. Die Frage ist für die Gewerkschaften ja auch bereits durch die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftscongresses entschieden. Höchstwahrscheinlich wird sie dessenungeachtet in Mainz bei der einen oder anderen Gelegenheit mit in die Discussion gezogen werden. Eine Aussprache darüber kann auch nichts schaden, vorausgesetzt, dass alles vermieden wird, was zu einer Verstimmung zwischen Gewerkschaften und Partei Anlass bieten könnte. Lässt sich in socialpolitischer Beziehung für das abgelaufene Jahr eine Wendung zum Besseren constatieren, so hat dementsgegen die äussere Politik Strömungen und Ereignisse gezeitigt, die dem socialdemokratischen Ideal der Völkersolidarität schnurstracks zuwiderlaufen.

Das Parlament der deutschen Socialdemokratie wird die bluttriefende Weltpolitik eines capitalistisch-militaristischen Interessentenklüngels vor sein Forum ziehen. Wilhelm Liebknecht war als Referent vorgesehen für den betreffenden Punkt der Tagesordnung. Beim Eintritt in die Ver-

handlungen über diesen Gegenstand wird von neuem der herbe Schmerz über den jähen Verlust des allverehrten Vorkämpfers den Parteitag durchzucken. Sein schönes greises Haupt wird vor unser geistiges Auge treten, die Erinnerung wird seine sympathische Stimme an unser Ohr tragen, und im Geiste des unvergesslichen Alten wird der Parteitag Protest erheben gegen die Brutalitäten, die im Namen des Christentums, der Civilisation und der nationalen Ehre unternommen werden.

Der Geist Liebknechts wird die Vertreter der deutschen Socialdemokratie auch begleiten auf ihrer Weiterreise von Mainz nach Paris zum internationalen Congress. Dort werden sie den Protest gegen den Fluch des Militarismus, gegen die chauvinistische Verhetzung der Völker und die Demoralisation des nationalen Bewusstseins erneuern; und sie werden sich dabei eins fühlen mit den Vertretern der socialistischen Parteien aller Länder.

Die Welt wird diesen Protest hören. Könige, Generale und Diplomaten, Kanonenfabrikanten und Marinelieferanten werden ihn mit Missfallen aufnehmen, und eine feile Presse wird ihn mit Spott und Beschimpfung beantworten. Vaterlandslose Gesellen wird man uns wieder nennen, und weil wir nicht mit hineinstossen in das Horn eines sich aufblähenden Weleroberungschauvinismus, wird man uns das Gefühl für des eigenen Vaterlandes Macht und Ehre absprechen. Der Alte hat uns gelehrt, darüber zu lachen. Ihn, der seine Heimat und Volk liebte, wie wenige, hat die chauvinistische Pressmeute mit besonderer Wut sein Leben lang angebellt. Unfähig, die höhere Auffassung von nationaler Wohlfahrt und Ehre, die ihn beseelte, zu begreifen, haben Hohlköpfe und Verleumder seine Internationalität als Antinationalität ausgeschrien. Er wusste darauf zu antworten.

„Dass Deutschland gross und stark sei, dafür sind wir alle, wir Socialdemokraten vielleicht aufrichtiger, als alle anderen“. So sprach der internationale Liebknecht im Trianon zu Dresden noch 10 Tage vor seinem Tode. Dieser eine Satz genügt, um zu bezeugen, dass er seine Internationalität nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung zu seiner Nationalität empfand.

Wenn wir an die Internationalität der Arbeiter aller Länder appellieren, wenn wir die werkthätigen Massen der Völker aufrufen zum gemeinsamen Kampf, so thun wir es nicht, um mit Hilfe dieser internationalen Armee nationale Freiheiten und Rechte zu zertreten, nach dem Vorbild „grosser“ Herrscher und Heerführer; sondern wir thun es, um die internationalen Hemmnisse hinwegzuräumen, die ebenso der Entfaltung eines gesunden nationalen Lebens, wie dem Fortschritt der internationalen Menschheitsentwicklung entgegenstehen. Der internationale Socialismus verneint nicht die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der durch Sprache und natürliche Lebensgemeinschaft in sich verbundenen Nationen, sondern er fördert sie, er schützt sie, und er erhebt Protest gegen jede Vergewaltigung eines Volkes durch das andere.

Wir sind national, und wir sind international. Wir fühlen uns als Glieder einer im Rate der Völker gleichberechtigten Nation, als Deutsche, und wir fühlen uns als Weltbürger, als Kämpfer für ein neues inter-

nationales Culturideal. Vereint mit unseren Brüdern aus allen Ländern, wollen wir eine Zeit heraufführen, wo die Massen der Völker, befreit vom Joche des Capitalismus, zum Bewusstsein ihrer culturellen Interessengemeinschaft gekommen sind.

Noch sind wir nicht so weit. Das verhehlen wir uns nicht. Noch sind die Völker beherrscht von den brutalen Instincten nationaler Vernichtungskämpfe, die die Jahrtausende der Menschheitsgeschichte erfüllt haben. Wir wissen sehr wohl, dass im Ernstfall heute noch nicht eine der civilisierten Nationen in ihrer entscheidenden Mehrheit Selbsterkenntnis und Selbstbeherrschung genug besässe, um der Gerechtigkeit die Ehre zu geben auf Kosten grosser nationaler Sondervorteile. So lange der Capitalismus das wirtschaftliche und sociale Leben beherrscht, kann dies auch gar nicht anders sein. Nur Illusionäre können sich der naiven Einbildung hingeben, gegenwärtig schon mit rein ethischen Mitteln die Interessenconflicte und Zusammenstösse zwischen den Völkern bannen zu können. Nur langsam und mit Rückschlägen schreitet auch hier die Entwicklung vorwärts.

Aber sie schreitet vorwärts! Und der Pariser Congress soll Zeugnis dafür ablegen, dass der Blutgeruch, der neuerdings in verstärktem Masse von den Mordstätten der capitalistisch-militaristischen Weltpolitik aufsteigt, die Sinne der socialistisch aufgeklärten Arbeitermassen nicht unnebelt hat. Das internationale Parlament der kämpfenden Arbeiterclassen wird sich von neuem einmütig bekennen zu dem weltpolitischen Endziel des Socialismus, welches lautet: Weltfriede!

## Liebknechts Erbe.

Von

Kurt Eisner.

(Berlin.)

Einem reichen Leben, das sich in der Arbeit für eine grosse allgemeine Sache erschöpft hat, lässt sich keine schönere Grabschrift denken, als das scheinbar hämisch und verächtlich klingende Wort: Es hinterlässt keine Lücke!

Der unendlich Kleine, der nie ausser sich selbst gewirkt hat, und der unendlich Grosse, der die Erfüllung seines Werkes erlebt, — beiden ruft man das selbe Wort über die Gruft, dem einen zum Hohn, dem andern in der Bewunderung unermesslichen Menschenglücks: Sein Tod hinterlässt keine Lücke.

Das erst ist ein vollendetes Leben, das seine Mission so vollständig erfüllte, dass es getrost — arm und ohne Erbe — in nichts zerwehen kann, ohne um die Zukunft seines Wirkens zu bangen. Zwischen dem Leben, das vor der Zeit gebrochen, und dem, das über die Grenze seiner Kraft hinauswuchernd seine Früchte verzehrt, liegt diese Glückseligkeit eines nach voll geleisteter, ewig gesicherter Arbeit stillen wehlosen Hinübergehens in gnädige Vergessenheit.

Ist Wilhelm Liebknechts, des tapferen Patriarchen der Socialdemokratie, jäh beendiges Dasein in diesem Sinne vollendet? Viele werden es glauben.

Alle Erfolge der herrschenden Gewalten, die in den letzten 74 Jahren erreicht worden sind, schrumpfen ins Winzige zusammen vor der unerschöpflichen Ernte des mit keiner staatlichen Autorität gerüsteten, ganz auf sich selbst gestellten privaten Mannes, in dem ein verachtetes Häuflein von Schwärmern zu der grössten, echten und unüberwindlichsten Culturmacht emporwuchs. Sollte einem Manne, dem es vergönnt war, am Abend seines Daseins solch Gelingen seiner Arbeit zu schauen, nicht das stolze resignierte Glück zuzuerkennen sein, dass er sich seine — Entbehrlichkeit errungen hat? Ja, manche Jüngeren möchten sogar schon zu der Ansicht geneigt sein, dass der alte Führer zum Hemmer zu werden begann, dass er sich sträubte, neue Wege zu gehen, auf die uns die notwendige Entwicklung weist.

Wenn ich, als einer der jüngeren Generation, am Tage, nachdem das Volk der Welt, in seiner Masse und in seinen Vertretern, seinen geliebtesten Führer in einer unvergesslichen Feier zu Grabe geleitet, ein paar Sätze zu dem Bilde des Toten hinzufügen soll, so glaube ich um der jungen Generation willen nicht besser dem Andenken Wilhelm Liebknechts dienen zu können, als durch einen entschiedenen Protest gegen die Zwerggeister und Böswilligen, die uns einzureden suchen, dass der Alte eigentlich eine überwundene Zeit darstelle, und dass wir Jungen nichts Gescheiteres thun könnten, als eiligst aus seiner Schule zu laufen, um funkelnelneue Weisheit zu schlürfen.

So stehen die Dinge nicht. Liebknechts Aufgabe ist nicht vollendet, geschweige überholt. Das gerade sind seine wertvollsten Traditionen, die man als Zeichen einer greisenhaften Erstarrung mitleidig entschuldigt. Sein Leben ist nicht vollendet, er hinterlässt ein bedeutsames Erbe, an dem zu arbeiten unsere wesentlichste Pflicht ist.

Liebknecht ist nichts weniger, als ein unbiegsamer Doctrinär, gewesen. Im Gegenteil, der phantasievolle Dichter und der sorglos schweifende Feuillettonist nahm nicht selten den nüchternen Politiker beim Arme und verführte ihn zu allerlei Kreuz- und Querzügen. Das Stück — allerdings unentbehrlicher — Pedanterie, das in allem systematischen und principiellen Denken steckt, war diesem leidenschaftlichen Bohémien so zuwider, dass er gelegentlich gern, allen Ballastes und jeden Zügels entledigt, ins Land der paradoxen Zwanglosigkeit streifte. Aber in seiner Grundanschauung liess er sich nicht beirren, in ihr erstarrte er glücklicherweise; denn in dieser Erstarrung trieb der Frühlingssaft von 1789 und 1848, der immer noch seiner vollen Entfaltung harret.

Die principielle trotzigte Negation der Bismarckschen Realpolitik, dieses Mut, historischen Entwicklungen zu trotzen, dieses idealistische Weltbürgertum — das sind die Züge in Wilhelm Liebknechts Anschauung, die in der Socialdemokratie niemals verloren gehen dürfen, wenn anders sie nicht selbst sich verlieren soll.

Die bedingungslose Opposition gegen den Militarismus, die grundsätzliche Ueberordnung des internationalen und socialen Gedankens über die nationalen Ansprüche, die Abweisung jeder „opportunistischen“ Tagespolitik, welche die principiellen Forderungen zu erweichen und zu zerstückeln sucht, die Ueberzeugung, dass nur die völlige Beseitigung der capitalistischen Unordnung ein taugliches Heilmittel und der Classenkampf das einzige Mittel zu diesem Ziel sei, und

endlich die sittliche Idee der Humanität als oberstes unverbrüchliches Gebot — darin bestand der mächtige Glaube des „Ideologen, der nicht mit der Zeit mitgehen wollte“ und so jugendlich vernünftig blieb, Narheiten abzulehnen, mochten sie sich auch mittlerweile im Laufe der Zeiten ehrbare Greisenwürde errungen haben.

Es ist der Freischärler der deutschen Revolution, der in der Socialdemokratie fortwirken wird und muss, der Held, der geradeaus marschiert, der sein Leben auf nichts und seine Sache auf das All des höchsten Ideals stellt. Es ist der Freischärler, der als freies Individuum so handelt, als ob an seiner Person das Geschick der Völker hinge, und der sich doch zugleich bewusst ist, dass er nur ein Soldat ist, ein Soldat unter vielen im Zuge der Freiheit.

Wir wissen heute, dass von allen Mitteln, die Welt zu revolutionieren, keines unzweckmässiger ist, als das von unseren Unterdrückern überkommene der rohen Gewalt und Zerstörung. Nur die Verzweiflung äusserster Notwehr, die keine Wahl und keinen Weg mehr lässt, legitimiert dies Mittel. Die Socialdemokratie strebt ihre Revolution durch die friedliche Eroberung der Macht zu gewinnen; es wird nicht unsere Schuld sein, wenn die Entwicklung zu rauheren Zusammenstössen führen sollte. Aber Revolutionäre der Aufgabe, des Zieles bleiben wir, und die Bewegung der Socialdemokratie wird jung und sieghaft bleiben, so lange sie sich als ein revolutionärer Freischärlerzug des Geistes fühlt, so lange jeder einzelne für sich im klaren ist, den Mut des Freischärlers zu beweisen — voran der Liebknecht von 1849.

Je mehr sich heute mehr oder minder ehrliche Klugmeier an die Socialdemokratie drängen, die uns auffordern, unsere Utopieen gegen hübsche reelle socialistisch galvanisierte Liebesgaben einzuhandeln, um so mehr bedürfen wir des alten Mahners und Warners, dessen Wort über das Grab hinaus uns die lästigen Ratgeber vom Leibe halten mag. Gewiss hat Liebknecht in der Besorgnis, die welthistorische Aufgabe des Socialismus möchte Schaden leiden, bisweilen mehr, als erspriesslich, sich einer sectiererischen Abstinenzpolitik hingegeben. Aber je mehr die socialistische Bewegung erstarkt und an innerer Klarheit und Sicherheit gewinnt, um so unbedenklicher darf die Partei in den Tageskämpfen die durch die Lage gebotenen Mittel anwenden. Vorbedingung ist allerdings, dass wir die grossen Grundanschauungen des Socialismus ohne jede Schwächung und Trübung festhalten. In dieser Hinsicht müssen wir in der „Erstarrung“ unbelehrbar verharren. Sei es immerhin, dass wir einmal im starren Blick auf das Princip einen diplomatischen Fehler in den Wirrungen des Tages begehen. Die Zeit heilt solche Irrtümer, und sie hinterlassen nicht einmal Narben, sondern nur belehrende Erinnerungen. Es ist nicht die Aufgabe der Socialdemokratie, staatsmännisch zu sein, es darf nicht unser Ehrgeiz sein, für die Ausnutzung des Augenblicks hervorragende Pfliffigkeit zu beweisen — diese kleinen Staatsweisheiten sind unbeträchtliche Künste, die ja übrigens auch die Socialdemokratie vollkommen beherrscht. — unsere Daseinspflicht aber ist es, der Zukunft zu dienen, eine Abirrung vom Ziel ist durch tausend Tageserfolge nicht wieder gutzumachen.

Nicht: weniger Liebknecht! kann die Lösung sein, sondern eher schon: mehr Liebknecht!

# Socialismus und Ethik.

Von

Conrad Schmidt.

(Berlin.)

Die Frage, die uns auf den folgenden Seiten beschäftigen soll, ist nicht sowohl die nach dem allgemeinen Verhältnis des Socialismus zur Ethik, sondern die — durch einige Schriften in gewissem Sinne actuell gewordene — nach dem Verhältnis des Socialismus speciell zur Kantischen Ethik. — Was das allgemeine Verhältnis des Socialismus zur Ethik betrifft, so dürften die Anschauungen darüber in der Partei, bei einer ausführlichen Aussprache, durchaus nicht in dem Masse divergieren, als es nach manchen Aeusserungen den Anschein haben könnte. Der utopistische Socialismus in seinen Haupterscheinungen fusst überall direct und unmittelbar auf Erwägungen über das, was sein könnte und sollte, auf Erwägungen über die Möglichkeit, der grossen Masse der Menschen ein glückliches, durch eine gerecht austeilende Ordnung garantiertes Zusammenleben zu verschaffen, wobei je nachdem der Appell an die zu erhoffende Glückseligkeit oder an das Gerechtigkeitsbewusstsein der Menschen mehr in den Vordergrund tritt. Das ganze Raisonnement baut sich auf humanitär-ethischen Ideen auf, und ebenso hebt die hieran anknüpfende socialistische Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung den schreienden Contrast zwischen dem, was ist, und dem, was, sogar nach der officiellen Ethik der bestehenden Gesellschaft selbst, sein sollte, hervor. So stellt sich auch in den ersten Aufsätzen von Marx und Engels der durch die deutsche philosophische Bewegung ausgeweitete und vertiefte Humanitätsgedanke im Feuerbachschen Gewande als das treibende Moment dar. Die Emancipation des Menschen, die Herstellung einer wirklich menschlichen Gemeinschaft erscheint als allgemeines Ziel, und die Empörung über das, was Marx später einmal die „Infamie des Bestehenden“ nannte, glüht und pulst in allen Worten.

Die Herausarbeitung der specifisch marxistischen Auffassungsweise hebt jenes Humanitätsideal nicht auf, aber sie streift allen Wunderglauben an die Wirksamkeit desselben ab. Die „Emancipation der Menschheit“ — dies ist das, hier und da schon in den Aufsätzen der Deutsch-französischen Jahrbücher durchklingende, Leitmotiv des eigentlichen Marxismus — kann nur auf demselben Weg historischer Notwendigkeit erfolgen, den alle bisherige Geschichte gewandelt ist. Die Triebkraft der Geschichte sind nicht von dem Untergrund des Seienden abgelöste allgemeine Menschheitsideale, sondern die Bedürfnisse und Interessen, die den Menschen jeweils durch ihre Classenstellung in der Gesellschaft und die Constellation aller Verhältnisse gebieterisch aufgezwungen werden. Aus diesem realen Untergrunde wachsen auch die Vorstellungen von dem, was sein soll, empor. Die rechtlichen, philosophischen und moralischen Ideen spiegeln die Existenzbedingungen und die Lage der Classen, aus deren Schosse sie geboren wurden, wieder. Wenn das Proletariat für eine gesellschaftliche Neuordnung, in der die Emancipation des Menschen wirklich Thatsache werden kann, kämpft, so darum, weil es als Classe durch den Zwang der ökonomischen Entwicklung für eine solche Neuordnung im eigenen Interesse zu kämpfen gezwungen ist. Und rückwärts blickend auf den Gang der bisherigen Entwicklung, wächst diese Anschauung zu der mächtigen Conception der materialistischen Geschichtsauffassung sich aus. — Erst dadurch, dass der socialistische Gedanke so, in eine durchaus realistische gesellschaftliche Entwicklungslehre organisch eingefügt, zum theoretischen Ausdruck der unmittelbar notwendigen Classenbewegung des Proletariats wird, erst durch diese innigste Berührung mit der „schlechten Wirklichkeit“ konnten seine Adern sich mit Blut füllen, konnte er selbst im harten Reich der Thatsachen zu einer Macht werden. So wenig das Humanitätsideal einer Gesellschaft

der Freiheit und Gleichheit ohne solchen Rückhalt und Hintergrund eine geschichtlich wirkende Kraft entfalten könnte, so bedeutsam wird dasselbe, wenn es als ein Moment in die aus dem notwendigen Bedürfnis heraus geborene Classenbewegung eingeht. Das Bewusstsein, dass, was die Classe erstrebt, in eben derselben Richtung sich bewegt, wie die Ziele, auf die ein von dem grossen Menschheitsgedanken ergriffenes, wahrhaft humanes Denken notwendig hinweisen muss, dieses gute Gewissen muss den Mut der Streitenden, die idealistische Schwungkraft, die Opferwilligkeit, die der Kampf der Classe von den Classengliedern verlangt, gewaltig beflügeln. So unbarmherzig der moderne Socialismus aller leeren, die realen Triebkräfte des Gesellschaftslebens verkennenden Ideologie, so unerbittlich er vor allem der conventionellen, schönfärberisch-heuchlerischen officiellen „Ethik“ der bestehenden Gesellschaftsordnung zu Leibe geht, so wenig kann er andererseits des Appells an den einfachen Humanitätsgedanken und die wirklich ethischen Kräfte, die er im Volke vorfindet und in bestimmter Richtung zu entwickeln sucht, entraten. Schon das thatkräftige „Solidaritätsgefühl“, auf dem die Disciplin und Macht der Partei so wesentlich beruht, schliesst solche ethischen Momente in sich. Der blosse Privategoismus der Classenglieder kann eine genügende Spannkraft dieses Gefühls aus sich heraus schwerlich entwickelt haben, da — gerade bei dem Classenkampf, den eine unterdrückte Classe führt, — der private Vorteil der Individuen notwendig mit den Anforderungen, die jenes Classensolidaritätsgefühl an die einzelnen stellt, vielfach und oft mit grosser Schärfe collidieren muss.

In neuerer Zeit ist dieses ethische Moment auch des marxistischen Socialismus wiederholentlich und mit Nachdruck hervorgekehrt; aber über dies allgemeine hinaus, und das erscheint besonders charakteristisch, hat man auf Kant hingewiesen als den Repräsentanten einer ethischen Doctrin, die ihrem inneren Wesen nach dem in dem socialistischen Gedanken verborgenen Humanitätsideale wahlverwandt sei, ja in theoretischer Hinsicht eine notwendige Ergänzung und Fundamentierung dieses Ideals bilde. Die in der vorigen Nummer der Socialistischen Monatshefte von Woltmann angezeigte Broschüre Vorländer: Kant und der Socialismus giebt eine dankenswerte Uebersicht über die einschlägigen Schriften von Cohen, Stammler, Natorp, Staudinger, Woltmann u. a. Ein dieser Uebersicht vorausgeschickter Abschnitt sucht in gedrängter Weise den von Kant in Sachen der Ethik eingenommenen Standpunct selbst darzulegen. „Seit mehreren Jahrzehnten“, sagt der Verfasser, „haben wir ein Wiedererwachen der Kantischen Philosophie auf erkenntnistheoretischem, naturphilosophischem, ethischem, religionsphilosophischem und ästhetischem Gebiete erlebt. Nur diejenige Bewegung, welche dieser (der Kantischen) Methode zu ihrer vollen Entfaltung am dringendsten bedürfte, die sociale, hat sich bisher vorwiegend ablehnend gegen sie verhalten: theils, weil ihre Begründer, Marx und Engels, historisch von Hegel ihren Ausgangspunct genommen haben, theils aber auch, weil die heutigen Führer gegen den Neukantianismus, dessen Methode sie nicht kennen, misstrauisch sind und sie für einen Versuch halten, überwundene metaphysische Ideen in den Socialismus einzuschmuggeln.“ Erst in allerneuester Zeit habe sich eine Annäherung der neukantischen und socialen Bewegung vollzogen, indem hervorragende Kantianer die Kantische Methode auf das Gebiet der Socialphilosophie auszudehnen und die Kantische Ethik zur Begründung des Socialismus zu verwenden begonnen haben, und indem aus marxistischen Kreisen heraus (Bernstein) der Schlachtruf: „Zurück auf Kant!“ erhoben worden sei. Dies ist der Standpunct, von dem auch Vorländer in dem ersten, die ethischen Ideen Kants skizzierenden Abschnitte den Nachweis führen will, dass in der That der Socialismus ein Recht hat, sich auf Kant zu berufen.

Versuchen wir, im Anschluss an die allgemeinen Erörterungen über das Verhältnis von Socialismus und Ethik, uns über diese, schon wegen der Bedeutung, die dem Neukantianismus heute in der philosophischen Bewegung zukommt, wichtige Frage in kurzem zu orientieren. Bereits die Thatsache, dass die Schriften Rousseaus Kant, wie er selbst bezeugt, gewaltig packten und auf sein moralphilosophisches Denken vielleicht ebenso befruchtend eingewirkt haben, wie die Huméschen Arbeiten auf die Entfaltung seiner erkenntnistheoretischen Doctrin, — schon das lässt darauf schliessen, dass Kants ethische Auffassungsweise sich in vieler Hinsicht mit dem Humanitätsideale und den Gleichheitsideen berührt. „Der Mensch mag künsteln, so viel er will,“ — auf diesen charakteristischen Satz stösst man in seinen zur Selbstverständigung niedergeschriebenen Reflexionen —, „so kann er doch die Natur nicht nötigen, andere Gesetze einzuschlagen. Er muss entweder selbst arbeiten oder andere für ihn: und diese Arbeit wird anderen so viel von ihrer Glückseligkeit rauben, als er seine eigene über das Mittelmaass steigern will.“ Er hebt auf diesen Blättern ganz im Rousseauschen Sinne immer wieder den moralischen Contrast zwischen dem „natürlichen“ Zustand und dem von der natürlichen Einfalt losgelösten wirklichen Gesellschaftsleben hervor. „Die Begriffe der bürgerlichen Gerechtigkeit,“ sagt er z. B. — und diese einfache Reflexion wirft, da die ganze bürgerliche Gesellschaft auf einer nur formal verschleierte „Erpressung“, auf der Ausbeutung des Arbeiters durch die Capitalmacht beruht, jeden Rechtfertigungsgrund dieser Gesellschaft in rein moralischem Sinne zu Boden — „die Begriffe der bürgerlichen Gerechtigkeit und der natürlichen und die daraus entspringenden Empfindungen von Schuldigkeit sind sich fast gerade entgegengesetzt. Wenn ich von einem Reichen erbe, der sein Vermögen durch Erpressung von seinen Bauern gewonnen hat, und dieses auch an die nämlichen Armen schenkte, so thue ich im bürgerlichen Verstande eine sehr grossmütige Handlung, im natürlichen aber nur eine gemeine Schuldigkeit.“

Die „Beurteilung im natürlichen Verstande“, das ist offenbar eine Beurteilung, welche die durch die Machtverhältnisse der Classen und Individuen geschaffenen Verhältnisse und die diesem entsprechenden Rechtsvorstellungen, ausgehend von dem Begriffe einer vernünftigen und natürlichen Gesellschaftsordnung, kritisiert. Rousseaus naturrechtliche Lehre vom Gesellschaftsvertrage, als einer Gesellschaftsordnung, in der die Freiheit der einzelnen nur durch den notwendigen und vernünftigen Gesamtwillen aller einzelnen beschränkt ist, in der also jeder als ein den Gesetzen dieses Gesamtwillens Unterworfener im Grund doch nur sich selbst gehorcht, — sofern sein vernünftiger Wille eben in diesem Gesamtwillen mitenthaltend ist und so notwendig mit ihm übereinstimmt — findet im Denken Kants den lebendigsten Widerhall. Natürlich nicht in dem phantastischen, auch Rousseau selbst fernliegenden Sinne, als habe eine solche auf Vertrag begründete Gesellschafts- und Staatsverfassung ursprünglich bestanden; auch nicht in dem Sinne, als sei die Staatsordnung überhaupt durch Verträge der zuerst im Naturzustande zerstreut lebenden Menschen geschaffen; sondern in dem Sinne, dass die historisch entstandene und fortentwickelte Gesellschafts- und Staatsordnung nur in dem Masse eine wirklich rechtliche, der menschlich-vernünftigen Natur entsprechende und durch sie gebilligte Ordnung werde, als das Bestehende jenem Ideal sich annähert. Es war von hier aus nur ein Schritt — ein freilich von Kant, der in seiner Staatslehre einen ziemlich matten, den damaligen Zeitströmungen entsprechenden Liberalismus vertritt, nicht gethater Schritt — zu socialistischen Konsequenzen. Die „Freiheit“ der Einzelnen, wenn das Wort nicht ins ganz Formale vernüchtert werden soll, ist doch vor allem eine von den ökonomischen Verhältnissen der einzelnen abhängige Freiheit. Je reicher jemand ist, um so freier ist er in seiner ganzen Lebensführung und Einrichtung, in allem Thun und Lassen. Soll also wirklich durch die Gesellschaftsordnung die Freiheit den einzelnen nach einem allgemeinen Gesetze



gewährleistet werden, d. h. soll das Mass der Freiheit nicht länger durch die historisch gewordenen Privilegien und Machtverhältnisse der Classen vernünftlos und willkürlich unter die einzelnen verteilt sein, dann muss die ökonomische Ordnung in Annäherung an das Princip der Gleichheit gesellschaftlich geordnet werden. Das heisst der Zustand, den das socialistische Proletariat in seinem Classeninteresse unter dem gebieterischen Zwang der Verhältnisse notwendig erstrebt, dieser Zustand müsste für ein in Rousseau-Kantischen Bahnen sich bewegendes Denken zugleich als der rechtlich notwendige, der dem Ideal eines *contrat social* am meisten angenäherte Zustand erscheinen. So lange die Gesellschaft auf Ausbeutung und damit auf dem Gegensatz der Classen beruht, ist eine allgemeine Zustimmung zu der Gesellschaftsverfassung, eine Zustimmung, die sich darauf gründet, dass die einzelnen in den Grundgesetzen der Gesellschaft ihren eigenen Willen ausgedrückt finden, eine Zustimmung, durch welche ideell der Staat so etwas wie ein *contrat social*, ein der Autonomie der Individuen entsprechendes Gebilde würde, selbstverständlich durch die Natur der Sache ausgeschlossen.

Aber die Thatsache, dass eine „naturrechtliche“ Betrachtung, welche aus dem „Wesen der Gesellschaft“, als einer allen nach einem allgemeinen Gesetze dienen sollenden Ordnung ihre Folgerungen und Forderungen zieht, die von dem Socialismus proclamirten Ziele als notwendig und gerecht anerkennen muss, — diese Thatsache darf in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Jene ganze Reflexion ist ja in dem Humanitätsideal des Socialismus, der dem Proletarier und damit dem homo, dem Menschen als solchem, eine durch kein Privileg beschränkte Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit in der Gesellschaft erobern will, dem Resultat nach schon mit enthalten. Durch die Absonderung und begriffliche Sonderdarstellung jener Reflexion wird ihre werbende Kraft, ihre Wirkung auf die Gemüther sicher nicht erhöht, und für die wissenschaftliche Arbeit im Dienste der socialen Bewegung bleibt jene Reflexionsart natürlich ganz unfruchtbar. Oder sollen dadurch etwa Gegner widerlegt werden? Mit Achselzucken würden sie sich von solchen Demonstrationen als von leeren Utopistereien abwenden. Wer durch die schreienden Contraste der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht schon von der Ueberzeugung ihrer Ungerechtigkeit durchdrungen ist, den wird eine derartige Beweisführung sicher von seinem Standpunct nicht abbringen können. Mit so viel Recht also behauptet werden kann, dass die Naturrechts- und Gleichheitsideen aus der Jugendperiode des aufstrebenden Bürgertums, consequent zu Ende gedacht, nicht zum liberalen Rechtsstaat der freien Concurrenz, sondern zu dem Begriffe eines socialistisch organisierten Gemeinwesens führen, so wenig ergibt sich doch daraus die Schlussfolge, dass die philosophische Verarbeitung jener Ideen durch Rousseau und Kant darum schon als ein fruchtbares Ferment sich in der socialen Bewegung bewähren müsse, oder dass darum eine Anknüpfung an Kants praktische Philosophie von socialistischer Seite zu suchen sei. Schliesslich muss ja jede Ethik, die nicht zur leeren Fratze wird, in irgend einer Form auf den Gedanken menschlicher Gleichberechtigung zurückgehen, und jede Ethik, z. B. auch die christliche, bietet so gewisse Grundsätze, auf die der Socialismus exemplificieren kann. Und warum sollte er es nicht, wo die Gelegenheit sich bietet? Aber diese Anknüpfung an ethische Gedankensysteme ist einer methodischen Ausspinnung nicht fähig. Der Versuch würde, ohne wirklich neue Einsichten zu erschliessen, in einen pedantischen Utopismus auslaufen.

Noch mehr, eine solche methodische Ausspinnung würde im Grunde durchaus Heterogenes mit einander mischen wollen. Denn die Auffassungsweise, die in dem modernen Socialismus herrscht und ihm den Stempel aufdrückt, ist durchaus naturalistisch. Sie sieht von jeder Religion und jeder Metaphysik ab; so auch unser Humanitätsideal der freien, ungehinderten Entfaltung aller menschlichen Anlagen in einer

durch den gesellschaftlichen Willen planmässig geregelten Gesellschaft. Jene Schätzung des Individuums, jene Hingabe an die Idee der Gattung und eines unendlichen Fortschrittes, die in dem Ideal sich ausdrücken, gelten dem socialistischen Denken selbst nur als ein Erzeugnis der natürlich-gesellschaftlichen, durch Classenkampf vorwärts schreitenden Entwicklung, das in sich selbst ohne jede Beziehung auf ein religiöses oder metaphysisches Jenseits der Erfahrungswelt verständlich ist. Und in demselben relativistischen Sinne wird die Moral überhaupt aufgefasst. Die Kantische Rechts- und Moralphilosophie aber ist in ihrem letzten Grunde dieser Auffassungsweise durchaus entgegengesetzt. Erst wenn man diesen Gegensatz der Grundauffassung sich vollständig klar macht, lässt sich die wirkliche Stellung, die der Socialismus zu Kants praktischer Philosophie einzunehmen hat, klar erfassen. Jene Parallelismen, die wir hervorgehoben und die Vorländer in den Vordergrund rückt, erscheinen dann in einem ganz veränderten Lichte.

In seiner Moralphilosophie, und diese ist zugleich Grundlage der Kantischen Rechtslehre und Staatsauffassung, untersucht Kant, man kann sagen: das Willensverhältnis, das der moralischen Beurteilung und damit dem wirklich moralischen Handeln zu Grunde liege. Um den Punkt, an welchen Kant die wissenschaftliche Analyse hier durch Einmischung einer metaphysischen Deutung unterbricht, deutlich zu fixieren, beginnen wir mit dem Versuch, die Wegstrecke, auf der ein naturalistisches Denken ihm zu folgen vermag, abzustecken. — Jede Untersuchung der Moral setzt immer das Individuum in seinem gesellschaftlichen Zusammenhang mit anderen Individuen, den individuellen Mikrokosmos als Glied des socialen Makrokosmos, voraus. In der Gesellschaft — den Classencharakter derselben kann eine so abstracte Betrachtung hier vorerst aus dem Spielé lassen — bilden sich nun selbstverständlich Normen, Gebote und vor allem Verbote heraus, die den Anspruch erheben, dass der Wille der Individuen im Handeln sich ihnen unterwerfe; Normen, denen das Individuum, sofern es Glied der Gesellschaft ist und sich als solches empfindet, zum Teil notwendig wird beistimmen müssen. Dass der Verkehr der Privaten auf Redlichkeit beruhe, dass die Lüge verpönt sein solle, dass Versprechungen gehalten werden müssen u. a. m., sind solche Normen, die, vom Standpunct des gesellschaftlichen Zusammenlebens aus gesehen, evident erscheinen; die Umkehrung dieser Normen in ihr Gegenteil kann, weil selbstmörderisch, vom Standpunct des gesellschaftlichen Interesses aus, und somit von den an diesem Interesse mit interessierten Gesellschaftsgliedern unmöglich gewollt werden. Dieselben Individuen aber, die jenen Normen zustimmen, kommen andererseits im privaten Leben mit jenen Normen in Conflict. Dasselbe Gebot, das sie als Gesellschaftsmenschen anerkennen und nach dem sie den Wert anderer beurteilen, ebendas wird von ihnen als Privatleuten oft, wenn der Vorteil es anzeigt, erscheinen lässt, übertreten. Der Wille der Individuen gerät so mit sich selbst in Widerspruch, dasselbe Gesetz, das sie im allgemeinen als verbindlich anerkennen, möchten sie, sobald es sich gegen ihren eigenen Vorteil wendet, suspendieren. Moralität wird nun vor allem darin bestehen, dass der Mensch das zweierlei Mass abschafft, dass er dem, was er im allgemeinen für Recht hält, dem, was er von anderen verlangt, sich auch selbst unterwirft und den Nachteil, der ihm so etwa erwächst, um des von ihm gebilligten Gesetzes willen auf sich nimmt. Auf dieser über das augenblickliche Privatinteresse hinausgehenden und das eigene Handeln einem allgemein gebilligten Massstab unterwerfenden Gesinnung beruht offenbar das Handel, das wir als gerecht und mit Beziehung auf das augenblickliche Privatinteresse als uneigennützig bezeichnen. Der Zwiespalt des Willens, der, wenn es sich um die Beurteilung anderer und um gesellschaftliche Normen handelt, alles Mögliche verlangt, aber sich selbst von diesem Ansprüche unter heuchlerischen Vorwänden jederzeit zu eximieren bereit ist, erscheint, wiederum vom gesellschaftlichen Standpunct

aus betrachtet, als verächtlich. So weit ist alles klar, die ganze Betrachtung ist nichts anderes, als eine mehr methodische Explication des alten, unmittelbar einleuchtenden Grundsatzes, dass der Mensch das, was er von anderen nicht erleiden wolle, auch anderen nicht zufügen dürfe. Die psychologische Vermittelung ist hier ohne jede metaphysische Ausdeutung noch durchaus verständlich. Es ist immer eine vom Interesse, nicht vom zufälligen Privat-, aber vom allgemeinen gesellschaftlichen Interesse abgeleitete Beziehung, die hier dem Sichverpflichtetfühlen und dem pflichtgemässen Handeln zu Grunde liegt.

Eben darum kann aber auch — und hiermit gelangen wir zu dem kritischen Punkt — jede derartige Norm, der sich der einzelne verpflichtet fühlen mag, immer nur auf eine relative Allgemeingiltigkeit Anspruch erheben. Wenn der Mensch z. B., sich auf den gesellschaftlichen Standpunkt des Allgemeininteresses versetzend, der Norm beistimmt, dass es moralisch unstatthaft sei, zu lügen, so thut er es doch nicht in dem absoluten Sinne, dass er damit alles, was unter den Begriff der Lüge sich subsumieren lässt, als moralisch verwerflich erklärt. Vielmehr ist jene Beistimmung von dem Bewusstsein begleitet, dass es Verhältnisse giebt, auf die sich jenes Verbot ohne Zwang und Pedanterie nicht werde anwenden lassen, auf die man es gar nicht wird anwenden wollen. Also es giebt Ausnahmen, und nicht nur solche, die das augenblickliche Privatinteresse heuchlerisch und mit schlechtem Gewissen für sich in Anspruch nimmt, sondern Ausnahmen, die auch das unparteiische, das nur gesellschaftlich interessierte Urtheil als berechtigt anerkennt, Ausnahmen, die sich natürlich nicht a priori fest und bestimmt werden codificieren lassen. Dem gewöhnlichen moralischen Bewusstsein ist diese Denkweise durchaus geläufig: es fällt demselben, um an das Nächstliegende zu erinnern, z. B. gar nicht ein, die landläufige Höflichkeit, mit der die Menschen einander behandeln, darum, weil diese Höflichkeit, abstract gesprochen, unter den Begriff des Lügenhaften subsumiert werden kann, für verwerflich zu halten. Und ebenso in vielen andern Fällen. Wie weit die Bereitschaft geht, in Anbetracht der besonderen Umstände Ausnahmen von solchen allgemeinen Normen anzuerkennen, das wird bei den verschiedenen Individuen je nach Natur, Erfahrung, Entwicklungsgang und Lebensumständen verschieden sein. Das, was der eine bei unparteiischer Beurteilung, vom gesellschaftlichen Standpunkt aus, noch für eine erlaubte Ausnahme hält, wird dem andern bereits als eine bedenkliche oder direct verwerfliche erscheinen. Innerhalb weiter Grenzen hat also hier auch die unparteiische Beurteilung einen fließenden Charakter. Die Dinge liegen demnach nicht so einfach, wie wir ursprünglich sie darstellten, nicht so, dass der Mensch als Gesellschaftswesen gewisse Normen als absolut und uneingeschränkt geltende will, und dass er dann im Einzelfall für sich Ausnahmen macht, zu denen er den anderen nicht das Recht einräumen will. Gäbe es nur Ausnahmen von dieser Art, dann allerdings wäre es klar, dass jedes Zuwiderhandeln gegen die allgemeinen Normen ein im innersten Grund antisocialer, willkürlich Privilegien für den einzelnen beanspruchendes, in sich widerspruchsvolles Handeln wäre.

In Wirklichkeit aber kann, wie gesagt, ein von jenen Normen abweichendes Handeln des Individuums ein Handeln sein, von dem der einzelne sich bewusst ist, dass er es als unparteiischer Zuschauer oder, was dasselbe ist, vom gesellschaftlichen Standpunkt aus auch bei anderen Individuen als erlaubt und billig anerkennen würde. Dann fällt, obgleich das private Handeln der allgemeinen Norm zuwiderläuft, also in diesem Sinne nicht den Charakter der „Gesetzmässigkeit“ hat, das Bewusstsein des Antisocialen, das moralisch verurteilende Bewusstsein fort. Der Wille ist, trotz seines ungesetzmässigen Charakters, mit sich in Uebereinstimmung. Das ist der, wenn auch nicht klar bewusste, Modus, nach dem wir die der Norm zuwiderlaufenden Handlungen bei uns und anderen beurteilen, ein Modus, der zugleich die grössten Abweichungen auch der unpartei-

lischen moralischen Beurteilung (gegensätzliche Tendenz zur rigoristischen und zur laxen Beurteilungsweise) verständlich macht. Ebenso klar ist, dass man hier durchaus im Empirischen bleibt.

Die Kantische Ethik bewegt sich nun in einem Gedankengang, der mit dem hier entwickelten äusserlich vielfache Aehnlichkeit hat und in dieser Weise oft interpretiert worden ist. Das Individuum, sagt er, hat in seiner eigenen Vernunft ein sehr einfaches Mittel, die moralische Zulässigkeit seiner Handlung zu prüfen. Es braucht sich nur über den Grundsatz, die Regel oder die *Maxime* des Handelns, die sich in der concreten Handlung ausspricht, klar zu werden, und sich zu fragen, ob diese *Maxime* als allgemeines Gesetz sich denken lasse oder von mir als eine allgemeine Regel des menschlichen Handelns gewollt werden könne. Nur in diesem Falle sei die *Maxime* gut zu heissen, die Handlung also erlaubt resp. geboten. Wer z. B. zu seinem Vorteile beliebig lüge, der werde einen allgemeinen Grundsatz, dass alle beliebig zu ihrem Vorteile lügen dürften, doch unmöglich wollen können. Dieser Grundsatz, verallgemeinert, sei da dann niemand dem andern glauben werde, in sich widerspruchsvoll. — Aber wie kommt der Mensch, wird man fragen, auf den Gedanken, seine Handlung unter dem Gesichtspunct einer *Maxime* zu betrachten, wie kommt er darauf, dieselbe zu verallgemeinern und danach ihren moralischen Wert abzuschätzen? Doch nur als Glied der Gesellschaft, d. h. eines realen Zusammenhanges von Personen, in dem auf Grund des überprivaten, allgemeinen und gesellschaftlichen Interesses notwendig gewisse Normen als Regulative des privaten Handelns ausgebildet werden müssen. Die Forderung, seine *Maxime* als verallgemeinert zu denken und ihren Wert danach zu beurteilen, geht aus diesem natürlichen Zusammenhange hervor, sie hat hierin ihre natürliche Bedingtheit. Und weil hierin bedingt, weil also der moralischen Beurteilung in letzter Instanz doch immer die Idee des für diesen gesellschaftlichen Zusammenhang — und so auch für den einzelnen als Gesellschaftsmitglied — Zweckmässigen zu Grunde liegt, kommt jenen allgemeinen Normen, wie wir sagten, immer nur eine relative Allgemeingiltigkeit, keine absolute, zu.

Kant aber reiss't den logischen Process der moralischen Beurteilung aus diesem natürlichen Zusammenhange heraus und macht aus ihm einen Fetischismus. Denn sieht man, unbeirrt durch die populären Beispiele, die er zur Stütze seiner Ansicht vorbringt, genauer zu, so stellt seine Ethik an den Menschen nicht nur jene alte, verständliche Forderung, dass er so handle, wie er im allgemeinen und als vernünftiges Gesellschaftswesen wollen muss, dass gehandelt werde; sondern sie imputiert ihm darüber hinaus den Willen, dass die obersten Normen, an die der einzelne sich als Gesellschaftswesen gebunden findet, absolut geltende, keinerlei Ausnahme zulassende Normen sein sollen. Und diese Imputation ist das entscheidend Charakteristische für den Kantischen Standpunct. Die Thatsache, dass der wirkliche Mensch als Gesellschaftswesen und unparteiisch urtheilend zwar allgemeine Normen, aber zugleich auch Ausnahmefälle, in denen ein Zuwiderhandeln gegen dieselben sehr gerechtfertigt sei, anerkennt, diese Thatsache beweist im Sinne der Kantischen Philosophie nichts anderes, als eine Verirrung des moralischen Sinnes. Wenn sich Kant in einem seiner kleinen Aufsätze mit solcher Vehemenz gegen das „vermeintliche Recht, aus Menschenliebe zu lügen“, wendet, wenn er verlangt, dass auch jemand, der durch eine Lüge einen Menschen aus Mörderhand sicher befreien könnte, unter keinen Umständen lügen dürfe, so kämpft er mit dieser wunderlichen Paradoxie tatsächlich für das specifische Grundprincip seiner Ethik. Denn sobald Ausnahmen von jener Norm, nicht zu lügen, zugelassen werden, so wird der irdische Ursprung derselben, nämlich das Hervorgehen und das Eingeschränktwerden dieser Norm durch die Zwecke, die der gesellschaftliche Wille hat, der gesellschaftlich-utilitaristische Charakter der moralischen Vorschriften offenbar.

Nur dadurch, dass Kant die allgemeine Form, in der gewisse moralische Vorschriften gelehrt und acceptiert werden, in die Form einer ausnahmslosen, absoluten Allgemeingiltigkeit verwandelt und das Widerstreben des gesellschaftlichen Menschen, der abstracten Despotismus einer solchen blinden Allgemeingiltigkeit anzuerkennen, ignoriert oder als sittliche Verderbnis denunciert, nur dadurch kann er den berühmten „formalen“ Charakter seiner Ethik aufrechterhalten. Nur so gelingt es ihm, zu seinem kategorischen Imperativ als dem „Gesetz der Gesetzmässigkeit“ zu gelangen, dem „Gesetze“, wonach jedes Zuwiderhandeln gegen die allgemeinsten Normen darum, weil es Ausnahmen von jenem allgemeinen macht und weil diese Ausnahmen nicht selbst wieder in die Form allgemeiner Gesetze gebracht werden können, als verwerflich erklärt. Der Rationalismus ist hier auf die Spitze getrieben; das „Gesetz“ ist danach nicht der Menschen wegen da, denn in diesem Falle stände der Mensch über dem Gesetze und hätte ein moralisches Recht, da, wo er als gesellschaftliches Wesen es für nötig und billig erachtet, auch der Gesetzesformel, dem Erzeugnis des abstracten Verstandes, entgegenzuhandeln, sondern der Mensch ist des Gesetzes wegen, zur Erfüllung des Gesetzes da. Das Gespenst einer ausnahmslos ohne Rücksicht auf den Erfolg zu verwirklichendem Gesetzmässigkeit der Handlungen, die sich Selbstzweck ist und als Selbstzweck unbedingte Verehrung von dem Menschen verlangt, dieses blutlose Gespenst — so will uns Kant überreden — sei die geheime Seele und der Leitstern unseres moralischen Bewusstseins!

Es ist der Gipfelpunct des Kantischen Rationalismus. Die ganze Vorstellungsweise ist so fremdartig, sie findet bei genauerer Analyse in dem wirklichen moralischen Bewusstsein so wenig Anhaltspunkte, dass sie nur von den metaphysischen Ansichten aus, mit denen Kant an das Problem herantrat, verständlich wird. In der Kritik der reinen Vernunft hatte er den Nachweis geliefert, dass es in den Wissenschaften, dann aber auch in der gewöhnlichen Erfahrung gewisse unmittelbar evidente und allgemeingiltige Sätze (Erkenntnisse a priori) gäbe, die, wenn sie auch erst innerhalb der Erfahrung allmählich uns zum klaren Bewusstsein kommen, doch nicht aus ihr stammen, sondern in der geistigen Organisation unserer Vernunft von vornherein angelegt sein müssen, weil ohne solche Anlage überhaupt Erfahrung nicht zu stande kommen könne. In diesem ihrem hinter der Erfahrung zurückgehendem Vorsprung wurzele die Allgemeingiltigkeit jener Sätze und Begriffe. So erklärt sich, dass Kant, da er seine Philosophie zum System ausarbeitete, auf dem Gebiet des menschlichen Handelns nach einem Analogen jenes Grundverhältnisses suchte, das er auf dem Gebiet der Anschauung und des Denkens unwiderleglich nachgewiesen zu haben glaubte. So lange man die moralischen Normen naturalistisch in ihrer Beziehung auf die Zwecke und Erfordernisse des gesellschaftlichen Zusammenlebens auffasst, so lange hat das moralische Urteil keine hinter den individuellen und gesellschaftlich interessierten Willen der Individuen, also auch keine hinter die Erfahrung zurückgehende Begründung, keinen aprioristisch allgemeingiltigen und evidenten Satz, auf den es sich stützen und aus dem es weiter deducieren könnte. Aber ein solcher Satz war für Kant nicht nur der Analogie wegen wahrscheinlich, sondern galt seinem Rationalismus auch als ein notwendiges Postulat des moralischen Bewusstseins. Die besondere Art der Achtung, die wir einem moralischen Handeln, das sich durch keine selbstsüchtigen Beweggründe aus seiner Bahn verdrängen lässt, entgegenbringen, — diese Achtung, meinte er, verlangt, wenn sie berechtigt sein soll, dass der Verpflichtungsgrund zu moralischem Handeln hinter der Erfahrung in einer unbedingt gültigen, apriorischen Förderung unserer Vernunft zu suchen sei. Dies einmal zugegeben, ist es denn freilich nur ein Schritt weiter zu der Folgerung, dass die Vernunft, die aller concreten Zwecksetzung und damit allem Handeln vorausgesetzt ist, von diesem Handeln nichts anderes verlangen könne, als dass dasselbe ein

durchgehend gesetzmässiges, ein Handeln nach absolut geltenden, alle Ausnahmen, die auf Grund besonderer Zwecke und Umstände etwa versucht werden könnten, ausschliessendes Handeln sei.

Mit grösserem Tiefsinn ist der Versuch, unabhängig von der Religion eine selbstständige Metaphysik der Moral zu entwerfen, niemals gemacht worden. Das gewaltige Genie Kants verleugnet sich auch hier nicht. Aber eben darum ist dieser Versuch zugleich ein endgiltiger Beweis für die Unmöglichkeit des Unternehmens. Auch wer psychologisch das Bedürfnis hat, sein Handeln auf etwas „Unbedingtes“ zurückzuführen, der wird in dem Kantischen Gesetz der Gesetzmässigkeit seine Sehnsucht schwerlich erfüllt finden. Eben die Formel, die, wenn sie das „Postulat“ in Wahrheit befriedigte, jedem Verstande als Verpflichtungsgrund so evident sein müsste, wie irgend ein Grundsatz der Mathematik, eben die lässt, wenn sie rein und von empirischen Zusätzen abgesondert vorgetragen wird, den Willen der Regel nach vollständig kalt. Und wenn andere Formulierungen der Kantischen Ethik, in denen Achtung vor der Würde des Menschen, Achtung vor dem Menschen als Selbstzweck verlangt wird, einen so viel wärmeren Widerhall in unseren Herzen finden, so doch offenbar nicht darum, weil sie von Kant aus dem Vernunftgespenst der absoluten Gesetzmässigkeit hergeleitet werden. sondern, weil sie aus anderen Gründen uns gefallen, unserer Natur als Gesellschaftswesen in gewisser Hinsicht entsprechen. Wenn man aus dem Beifall, den diese Sätze etwa finden, auf die Zustimmung zu dem kategorischen Imperativ schliessen will, so borgt man eben fremdes Licht zu seiner Beleuchtung. Lotze hat das treffendste Wort gegen die Zumutungen dieses Formalismus gefunden, wenn er kopfschüttelnd fragt, ob es denn wirklich in der Welteinrichtung so sehr auf Etikette abgesehen sein sollte.

Der kategorische Imperativ, der nicht durch einfache psychologische Analyse, sondern selbst bereits auf Grund eines „Postulats“ gewonnen ist, wird dann im Kantischen System der Ausgangspunkt für die Entwicklung der anderen Postulate der praktischen Vernunft: Gott, Freiheit und Unsterblichkeit. Die „Vernunftreligion“ der Aufklärung erhält so eine eigenartige, logisch wohlgepanzerter, aber psychologisch darum doch nicht überzeugungskräftigere Begründung. In Wahrheit wird für solche, denen der Gedanke eines Unbedingten psychologisches Bedürfnis ist, nach wie vor der Weg nicht über den kategorischen Imperativ zu „Gott“, sondern direct zu „Gott“ und von Gott zu dem unbedingt, aber darum doch nicht nach dem Schema des kategorischen Imperativs gebietenden göttlichen Willen gehen. Die Vernunft aber, als wissenschaftlich reflectierende, kann die Wanderung weder auf dem einen, noch auf dem andern Wege mitmachen.

So also scheinen mir die Dinge zu liegen. Der principiellen Unterscheidung, welche z. B. Genosse Woltmann in seinem Buch über den historischen Materialismus, zwischen der Kantischen Ethik und dem in jenen Postulaten sich ausdrückenden, metaphysischen Ueberbau macht, wo er den Ueberbau yerwirft, aber die Ethik selbst anerkennt, vermag ich nicht zuzustimmen, weil diese Ethik selbst metaphysisch-rationalistisch aus einem Postulat herausgesponnen ist, weil sie das wirkliche ethische Bewusstsein, statt es zu erklären, vergewaltigt. Dabei ist von dem starren Dogmatismus des aus reiner Vernunft abgeleiteten concreten Moralsystems in der Metaphysik der Sitten noch gar nicht einmal die Rede! Was Vorländer in dem citierten Schriftchen mir entgegenhält, ich hätte, trotz einer objectiven Würdigung der Kantischen Erkenntnistheorie in einem Vorwärts-Artikel, es zu einer eben solchen Würdigung der Kantischen Ethik nicht gebracht, weil ich „noch nicht erkannt“ dass auch die Ethik, wenn anders sie den Anspruch auf den Charakter einer Wissenschaft erhebt, der strengsten erkenntnistheoretischen Begründung bedarf... kann ich ebenso wenig zugeben. Was heisst hier erkenntnistheoretische Begründung? Doch wohl eine Unter-

suchung dessen, was in den wirklichen concreten moralischen Urteilen als Allgemeines mitgedacht wird und so den generellen Charakter des moralischen Urteilens constituirt. Eine solche Untersuchung aber, an diesem Resultat wird sich meines Erachtens nicht rütteln lassen, kommt über das bekannte: „Was du nicht willst u. s. w.“ nicht hinaus; bringt es also, weil das Normierende immer in den Zwecken des gesellschaftlichen Zusammenlebens liegt, und weil daher mit den obersten Normen zugleich auch Ausnahmen von denselben als möglich und berechtigt anerkannt werden, in keinem Fall zu der Kantischen Forderung einer unbedingten Gesetzmässigkeit, also auch zu keinem Princip, von dem aus rationalistisch eine allgemeingiltige Moral entwickelt werden könnte. In diesem Sinne kann von einer „Ethik als Wissenschaft“ thatsächlich nicht die Rede sein, und ebensowenig natürlich davon, dass die „sociale Bewegung zu ihrer vollen Entfaltung der Kantischen Methode bedürfe“ oder gar „am dringendsten bedürfe“, wie Vorländer im Vorwort sagte. Der Kantischen Ethik gegenüber, diese in ihrer principiellen Grundlage betrachtet, ist in der That das von Vorländer beklagte socialistische „Misstrauen“, welches eine „Zinsmugge- lung überwundener metaphysischer Ideen in den Socialismus“ befürchtet, ganz wohl berechtigt. Das, was an Kant der socialistischen Auffassungsweise wahlverwandt erscheint, das findet diese auch bei anderen Denkern. Das ist nicht eigentlich ein Specificum der Kantischen Ethik; was aber ihr Specificum ist, das liegt der naturalistischen Denkweise des Socialismus völlig abseits und ist notwendig unfruchtbar für sie.

## Zur Abänderung des Organisationsstatuts der socialdemokratischen Partei.

Von

Wolfgang Heine.

(Berlin.)

In den letzten Tagen des Jahres 1899 hat der Reichskanzler das Versprechen, das er bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches gegeben hatte, eingelöst und den längst geforderten Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt, durch den die landesgesetzlichen Verbote, wonach politische Vereine mit einander nicht in Verbindung treten dürfen, aufgehoben worden sind. Nicht mit Unrecht hiess es damals in der Scharfmacher- presse, diese Massregel würde nur der Arbeiterbewegung zu gute kommen. In der That wurde ja das Verbot nur gegen sie angewendet, während der Bund der Landwirte und die Verbände der Industriellen es vor aller Augen ungescheut verletzen durften. Dass die grosscapitalistische und die conservative Presse an einer solchen Ungerechtigkeit keinen Anstoss nahmen, war bei dem moralischen Niveau ihrer Politik selbstverständlich, wie sie sich auch nicht geschämt haben, zu fordern, dass die Reichsregierung ihr Wort brechen und das Odium einer unverschämten Prellerei gegen den Reichstag auf sich nehmen sollte; politischen Gegnern braucht man ja nach ihrer Meinung Treu und Glauben nicht zu halten.

Die Socialdemokratie hatte ihre ganze Organisation und Taktik auf das gesetzliche Verbot der Verbindung politischer Vereine zuschneiden müssen. Schon in den siebziger Jahren unter der Aera Tessendorf hatte der berühmte §. 8 des preussischen Vereinsgesetzes die Handhabe

geboten, sowohl den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, als die Organisationen der Eisenacher, sowie fast sämtliche Gewerkschaften zu vernichten. Während der langen darauf folgenden Zeit des Socialistengesetzes war es ohnehin unmöglich, eine neue Organisation zu schaffen. Erst als das Ausnahmegesetz gefallen war, trat die Frage nach einer neuen Organisationsform auf die Tagesordnung, und es galt, sich den bestehenden Gesetzen anzupassen und die Verfassung der Partei so sicher, als möglich, zu begründen.

Des Verbindungsverbots wegen durfte die Partei sich nicht aus socialdemokratischen Ortsvereinen zusammensetzen; sie musste auch alles vermeiden, was sie selbst als einen grossen umfassenden Verein erscheinen lassen konnte, weil dies der Rechtsprechung als Vorwand gedient hätte, die an den einzelnen Orten wohnhaften Genossen für Zweigvereine und die Parteileitung für deren Verbindungsorgan zu erklären. Aus diesem Grunde wurde für die Leitung der Geschäfte das Vertrauensmännersystem gewählt, wurde der Schwerpunkt des Parteilebens in öffentliche Versammlungen, nicht in Vereine, gelegt, wurde auf regelmässige Mitgliederbeiträge verzichtet. Schliesslich mussten die Controleure zu Mitgliedern des Parteivorstandes gemacht werden, damit man nicht die Ausübung der Controle als ein verbotenes „Inverbindungtreten“ des „Vereins“ der Controleure mit dem „Verein“ Parteileitung construieren könnte. Aus demselben Grunde wurden die socialdemokratischen Vereine angewiesen, weder mit der Parteileitung noch mit deren Organen, den Vertrauensmännern, eine Verbindung zu suchen.

Diese Organisationsform hat sich über alle Erwartungen bewährt. Die Parteigenossen haben sich in die damit verbundene, manchmal freilich nicht ganz einfache, Geschäftsführung eingelebt, und alle Gegner sind einmütig in der Anerkennung, dass keine Partei einen so vorzüglich functionierenden Organisationsmechanismus besitzt, wie die Socialdemokratie. Das alte Organisationsstatut hat aber auch seine Feuertaufe im Kampfe mit polizeilicher Verfolgung glänzend bestanden. Als auf Veranlassung des Ministers von Köller im Jahre 1895 sämtliche Berliner socialdemokratischen Vereine, ferner die Parteileitung, die Agitations- und Presscommissionen und die Vertrauensleute wegen Vergehens gegen § 8 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt wurden, endete diese grosse Action mit einer Niederlage, die die preussische Regierungsweisheit dem Gelächter der ganzen Welt preisgab. Schon bei der ersten Verhandlung gelang nur gegen einige wenige Organisationen der Nachweis, dass sie mit dem Parteivorstande in Fühlung gekommen seien, und auch dies nur auf dem Umwege der höchst künstlichen Construction, dass man in gelegentlichen Geldspenden der Wahlvereine an den Vertrauensmann die Herstellung der Verbindung mit der Parteileitung erblickte, weil der Vertrauensmann diese Gelder mit seinen übrigen Einnahmen vermischt und später die Ueberschüsse seiner Einnahmen an den Parteicassierer abgeführt habe. Aber selbst diese Annahme einer Verbindung, von der der eine „in Verbindung getretene“ Teil nichts ahnt, half der Anklage nicht durch. Auf Grund reichsgerichtlicher Entscheidung wurde schliesslich festgestellt, dass die Parteileitung überhaupt nicht als ein Verein anzusehen sei, der unter § 8 des Vereinsgesetzes liege, weil



ihre Sitzungen nicht als Versammlungen im Sinne dieses Gesetzes anzusehen seien, und so blieb das grosse Polizeiuunternehmen ein Schlag ins Wasser.

Immerhin haben die Parteigenossen an manchen Orten genug gelungene behördliche Drangsalierungen erfahren müssen, und ob bei einer Wiederholung des Köllercoups, vielleicht unter der Reaction günstigeren politischen Umständen, das Reichsgericht wiederum so verständig und sachgemäss entscheiden würde, ist noch nicht sicher. Darum bedeutet die Aufhebung des Verbindungsverbots für unsere Organisation einen grossen Gewinn.

Die Frage entsteht nun, in welchem Masse die Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen eine Neugestaltung der Organisation nach sich zu ziehen habe. Von manchen Seiten werden die Mängel betont, die der alten Verfassung der Partei anhaften. Es lässt sich nicht leugnen, dass die socialdemokratischen Vereine, namentlich die Wahlvereine, in ihrer Entwicklung unter ihrer Bedeutungslosigkeit für die äussere Vertretung der Partei gelitten haben. Nachdem jetzt die gesetzlichen Hindernisse für eine Verbindung mehrerer politischer Vereine beseitigt sind, ist der Vorschlag aufgetaucht, den Schwerpunkt der Organisation aus den öffentlichen Versammlungen in die mehr abgeschlossenen und straffer geleiteten Vereine zu verlegen. Es wird von einigen Seiten gefordert, dass in Parteiangelegenheiten nur die Beschlüsse der Vereine als gültig anerkannt werden sollen. Andere wollen noch weiter gehen, und nur den Mitgliedern solche Vereine das Prädicat eines „Parteigenossen“ zuerkennen. Schliesslich sind auch andere äussere Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zur Partei, z. B. die Erteilung einer Mitgliedskarte, angeregt worden.

Der Organisationsentwurf, den die Fraction dem Parteitage vorlegt, ist erfreulicherweise auf keinen dieser Vorschläge eingegangen. Zunächst sind noch immer in den meisten Bundesstaaten die Frauen gänzlich von der Teilnahme an politischen Vereinen ausgeschlossen, es gelten aber auch noch in etlichen Staaten Vereinsgesetze, die die Bildung von politischen Vereinen oder Arbeitervereinen überhaupt verbieten oder von der Genehmigung der Behörden abhängig machen, die natürlich Socialdemokraten nie erteilt wird.

Aber auch, wo und soweit die Teilnahme an socialdemokratischen Vereinen rechtlich zulässig ist, begegnet sie den grössten praktischen Schwierigkeiten. Es ist doch leider eine Thatsache, dass selbst in den grossen Städten, den Industriezentren, den alten Hochburgen der Socialdemokratie, die eigentlichen Wahlvereine, und politischen Clubs, nur einen geringen Teil der Wählerschaft umfassen, dass in kleineren Orten und auf dem Lande an eine Bildung grösserer kraftvoller socialdemokratischer Vereine vorläufig überhaupt nicht zu denken ist. Das kann man nicht lediglich auf Lauheit der Genossen und auf das bisherige Organisationsstatut schieben, sondern es hängt in erster Reihe wieder mit den geltenden Gesetzen zusammen. Fast in allen deutschen Bundesstaaten besteht für Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, die Pflicht der polizeilichen Anmeldung ihrer Mitglieder, und es ist, in mehreren Fällen festgestellt worden, dass die Polizei ihre amtlich erlangte Kenntnis verwendet hat, um Vereinsmitglieder durch Denunciation bei

ihren Arbeitgebern brotlos zu machen.<sup>1)</sup> Schon aus diesem Grunde ist an Orten, wo die Gelegenheit, andere Arbeit zu finden, mangelt, stets nur ein sehr kleiner Teil der Genossen in der Lage, sich einem socialdemokratischen Vereine anzuschliessen, dazu kommen aber die unzähligen anderen Drangsale, denen in den meisten deutschen Bundesstaaten oppositionelle politische Vereine ausgesetzt sind, Verfolgungen durch Kriegervereine und Militärbehörden, Saalabtreibung u. dgl. mehr. Natürlich wird sich überall ein Stamm von Genossen finden, der solchen Verfolgungen trotzt, aber für die grossen Massen der socialdemokratischen Wähler besteht in den meisten Teilen Deutschlands das Recht, politische Vereine zu bilden, thatsächlich nur auf dem Papier.

Unter solchen Umständen aber wäre es nicht nur praktisch undurchführbar, sondern auch theoretisch verwerflich, die Parteiorganisation auf die Vereine aufzubauen, die notwendigerweise nur engere Kreise umfassen können. Das wäre eine Organisationsform, über die die Socialdemokratie, die bei den letzten Wahlen 2107100 Stimmen aufgebracht hat, längst hinausgewachsen wäre. Die Socialdemokratie ist eine Massenpartei, deshalb muss sie die Massen, auf die sie einwirken will, auf die sie sich stützt, auch zur Entscheidung in den Parteiangelegenheiten berufen und kann nicht die Oligarchie enger Conventikel begründen, in denen die Massen, wie die Dinge einmal liegen, fehlen müssen.

Vollends hiesse es, die Grundlagen einer demokratischen Bewegung verkennen, wenn man alle nicht als Genossen gelten lassen wollte, die zwar socialdemokratisch denken und fühlen, auch die Partei bei Wahlen und anderen Gelegenheiten thätig unterstützen, aber nicht in der Lage sind, einem Verein beizutreten. Eine geistige Bewegung, wie die Socialdemokratie, braucht nicht das Kennzeichen einer officiellen Abstempelung. Der socialdemokratische Geist, der in einem lebt, macht einen zum Genossen.

Es steckt ein gutes Stück norddeutschen Polizeigeistes in der Tendenz, die Zugehörigkeit zur Partei von einer verbrieften und versiegelten Urkunde abhängig zu machen, und kleinlich polizeilich ist auch die Angst, es könnte irgendwo ein „Unbefugter“ an Beschlüssen in Parteiangelegenheiten teilnehmen.

Irgend welche Uebelstände sind durch die geringe Geschlossenheit der bisherigen Organisation nicht entstanden, dagegen halte ich für die Bearbeitung der Parteiangelegenheiten das Vertrauensmännersystem einem System centralisierter Vereine sogar für überlegen. Die persönliche Verantwortlichkeit des Vertrauensmannes und seiner Hilfskräfte ermöglicht eine schnellere Arbeit, als sie in Vereinscommissionen erreichbar wäre. Diese Agitatoren stehen heute ziemlich unabhängig da, und dies gerade verbürgt ihr dauerndes Interesse, ihren Ehrgeiz, einander an Leistungen und Errungenschaften für die Partei zu überbieten. Sind sie nur das vollziehende Organ eines alles beschliessenden Vereins, so muss ihr Interesse erlahmen. Das dürfte sich u. a. auf finanziellem Gebiete äussern. Heutzutage werden

<sup>1)</sup> Einzelne solche Fälle, die sich zum Teil auch auf politische Vereine beziehen, sind mitgeteilt in der von der Generalcommission der Gewerkschaften herausgegebenen, von C. Legien bearbeiteten Denkschrift: „Das Coalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Hamburg 1899; pag. 44 ff.“

die Parteieinnahmen durch freiwillige Beiträge beschafft, zu denen die Genossen sich gegenseitig durch die Macht des Beispiels und des Ehrgeizes antreiben. Die Mitgliedsbeiträge zu den socialdemokratischen Wahlvereinen spielen daneben eine geringere Rolle. Muss aber erst jeder Mitglied des Wahlvereins sein, und gilt sein regelmässiger Vereinsbeitrag als Parteibeitrag, so werden viele glauben, damit genug für die Partei gethan zu haben. Wollte man die Mitgliedsbeiträge der Wahlvereine auf die Höhe schrauben, die jetzt die freiwilligen Beiträge eines jeden im Laufe des Jahres durchschnittlich zu erreichen pflegen, so würde die Höhe einer solchen bindenden Verpflichtung auch Genossen abschrecken, die heutzutage nach und nach und ohne Zwang weit mehr beisteuern.

Es wird sich auch nicht leugnen lassen, dass an agitatorischer Werbekraft die öffentliche Versammlung bei weitem einer Vereinsversammlung überlegen ist, selbst wenn zu dieser eingeladen wird mit dem Vermerk: Gäste willkommen! Sehr viele, die den Schritt zur Partei noch nicht gethan haben, werden sich scheuen, sei es auch nur als Gäste, in die Sitzung eines socialdemokratischen Vereins zu gehen, während ihnen der Besuch einer öffentlichen Volksversammlung unbedenklich erscheint.

Darum halte ich alle Vorschläge einer strengeren Abschliessung der Partei nach aussen und der Einführung eines centralisierten Vereinsystems für verfehlt und glaube, dass die Partei gut thun wird, es im ganzen bei dem bisherigen System zu belassen. Dies trägt ja auch besonderen örtlichen Verhältnissen ausreichend Rechnung. Da die Art der Wahl der Vertrauenspersonen den Genossen der einzelnen Wahlkreise überlassen ist, sind die Genossen eines Ortes, wo ein politischer Verein wirklich eine überwiegende Rolle spielt, seit Aufhebung des Verbindungsverbots nicht gehindert, den Vertrauensmann durch den Wahlverein wählen zu lassen oder die Aemter des Vertrauensmannes und des Vorsitzenden des Wahlvereins in einer Person zu verbinden. Schon früher sind die Vertrauensmänner regelmässig Mitglieder der politischen Vereine gewesen und haben sie ihre agitatorischen Hilfskräfte aus ihnen entnommen.

Einen Schritt in der Richtung zu einer schärferen Umgrenzung des Kreises der Parteigenossen thut aber auch der Fractionsvorschlag. Während nach § 1 des alten Statuts von den Genossen nur gefordert wurde, dass sie die Partei „nach Kräften“ unterstützten, soll nunmehr eine „dauernde“ Unterstützung durch „Geldmittel“ Bedingung sein. Dieser Vorschlag ist von den Gegnern der Partei mit dem üblichen Lärm angegriffen worden, aber er hat auch bei Genossen Bedenken erregt und, wie mir scheint, nicht ohne Grund. Natürlich ist die Unterstützung der Partei durch Geldmittel nötig und wird immer nötiger, aber es ist nicht zu leugnen, dass es Arbeiter giebt, die jahrelang nicht in der Lage sind, Geldmittel für die Partei aufzuwenden, die ihre Unterstützung auf thätige Mitwirkung bei der Agitation oder gar auf das Mitstimmen bei den Wahlen beschränken müssen. Viele Genossen sind selbst dazu nicht im stande, namentlich verheiratete Frauen können ihre Zugehörigkeit zur Partei vielfach kaum anders, als durch ihre Gesinnung und durch ihr Verhalten zu Mann und Kindern zeigen. Sollen diese nun nicht als Genossen gelten? Eine solche Bestimmung muss geradezu abschreckend auf grosse Teile der Arbeiter-

schaft wirken, und sie ist zudem völlig überflüssig. Wer sich Genosse nennt und seine Schuldigkeit durch Leistung von Geldbeiträgen bisher nicht gethan hat, der wird auch nach der Statutenänderung sich seiner Pflicht entziehen können. Es giebt auch dann kein anderes oder gar besseres Zwangsmittel, als die wechselseitige Controle, die die Genossen heut schon über einander üben.

Neben der Frage, ob die Partei sich nach aussen schärfer abschliessen solle, muss bei der Aenderung des Organisationsstatuts die andere erwogen werden, ob jetzt nach Hinwegräumung der gesetzlichen Hindernisse eine straffere Zusammenfassung der verschiedenen Organisationselemente unter eine Centralgewalt angestrebt werden, oder ob es bei der bisherigen verhältnismässig grossen Unabhängigkeit der örtlichen Organisationen und der Parteioorganisationen der einzelnen Bundesstaaten bleiben soll. Eine gewisse Neigung zur Centralisation um ihrer selbst willen ist in der Socialdemokratie nicht selten. Mancher hat sich die Zukunftsgesellschaft vorgestellt unter dem Bilde eines von irgend einer Weltcentrale geleiteten, alle Nationen umfassenden, für alles Fürsorge treffenden Verwaltungsmechanismus. Ihre Wurzel hat diese Neigung zum Centralisieren wohl in den wirtschaftlichen und politischen Tendenzen der Zeit, aus denen man etwas voreilig schliesst, dass das, was aus der Not der capitalistischen Entwicklung fliesst, auch eine Tugend der socialistischen Gesellschaft sein müsse. Daneben wirkt aber unleugbar die Gleichheitsforderung im Sinne der Centralisation. Es bedarf wohl keiner längeren Auseinandersetzung darüber, dass es ein mit der materialistischen Geschichtsauffassung unvereinbares Missverständnis des Gleichheitsideals wäre, die natürlichen örtlichen und nationalen Unterschiede, die sich in Sitte, Denk- und Handlungsweise aussprechen, zu ignorieren und thatsächlich Ungleiches nach dem gleichen Schema behandeln zu wollen. Die Gleichheitsforderung der Socialdemokratie kann nur den Sinn haben, dass die künstlichen Unterschiede, die die Gesellschaftsordnung zwischen von Natur Gleichem schafft, beseitigt werden sollen.

Jedenfalls ist eine alles über einen Leisten 'schusternde Centralisation dem Freiheitsideal der Demokratie gerade entgegengesetzt, und eine Bureaukratenherrschaft ist mit der Culturaufgabe der Partei unvereinbar. Eine neue Cultur kann sich nur in voller Freiheit und in Anlehnung an die durch die Umgebung erzeugten Verhältnisse entwickeln. Sie muss ihre Wurzeln tief in den Mutterboden eines eigentümlichen Volkslebens einsenken, wenn sie nicht ein jämmerliches Treibhausgewächs werden soll.

Es ist anzuerkennen, dass die Organisation der Partei sich bisher von jeder unnützen Centralisierung und Unterordnung unter bureaukratische Obergewalten freigehalten hat. Die Parteioorganisationen in den verschiedenen Bundesstaaten und den verschiedenen deutschen Landschaften haben sich ganz selbständig in voller Freiheit ihrer Verfassung und Taktik, entsprechend den örtlichen Verhältnissen, entwickeln können und haben auf diese Art grosse Erfolge erzielt. Diese notgedrungene Decentralisation ist eben doch eine der vorteilhaften Folgen der deutschen Vielstaaterie. Der neue Entwurf will darin verständigerweise alles beim alten lassen.

Nur in einem Punkte ist eine Aenderung beabsichtigt. Es sollen über den Ausschluss eines Parteigenossen, statt, wie bisher, die Parteigenossen seines Ortes oder Wahlkreises, die Mitglieder des Parteivorstandes entscheiden. Mit dieser Aenderung wird nun nicht beabsichtigt, die Macht des Parteivorstandes zu steigern, vielmehr will man auf Grund gewisser Erfahrungen übereilte Ausschlüsse von Parteigenossen, zu denen sich die Genossen der einzelnen Orte hinreissen lassen könnten, verhindern. Es ist anzuerkennen, dass sich Streitigkeiten zwischen den Genossen eines Ortes manchmal in einer Weise persönlich zuspitzen, die die unmittelbar Beteiligten der für einen Richterspruch erforderlichen Unbefangenheit beraubt. In solchem Falle ist der Parteivorstand, der der Angelegenheit ferner steht, zu einer gerechten Beurteilung ohne Zweifel befähigter, wenn ihm auch wiederum die genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse abgeht. Trotzdem habe ich erhebliche Bedenken gegen diese Neuerung. Es ist doch eine ungemessene Macht, die man auf diese Art den 5 Mitgliedern des Parteivorstandes oder, richtiger gesagt, dreien, die zur Bildung der Majorität darin genügen, überträgt. Nach § 2 des Statuts kann zur Partei nicht gehören, wer „sich eines groben Verstosses gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig macht“. Man stelle sich vor, dass einmal ein engherziger Doctrinarismus im Parteivorstande die Oberhand gewänne, der in selbständigen kritischen Regungen „grobe Verstösse gegen das Programm“ erblickte und mit der Unduldsamkeit und Tyrannei eines Wohlfahrtsausschusses den Begriff des „guten Genossen“ begrenzte. Gegenwärtig ist eine solche Gefahr nicht vorhanden, aber sie ist theoretisch denkbar, und man soll die Parteigenossen nicht an eine Einrichtung gewöhnen, die in so gefährlicher Weise gemissbraucht werden könnte.

Für den Parteivorstand ist es nichts weniger als vorteilhaft, mit einer Rolle betraut zu werden, die die undankbarste von der ganzen Welt ist. Nach keiner Seite macht man sich Freunde, wenn man Streitigkeiten schlichtet. Nimmt aber der Parteivorstand eine Ausschlusserstellung vor, so steht er auch wieder viel exponierter da, als die Genossen eines Ortes. Die Appellation an den Parteitag ist zulässig. Werden nun die Genossen eines Ortes durch Beschluss des Parteitages rectificiert, so ist das für die Parteioorganisation im ganzen ohne Folgen. Wird aber der Parteivorstand in einem solchen Falle vom Parteitage im Stich gelassen, so muss das sein Ansehen aufs ärgste erschüttern und kann unter Umständen das ganze Gebäude der Parteioorganisation ins Wanken bringen. Darum meine ich, dass man es auch in diesem Punkte beim alten lassen sollte.

Die übrigen vorgeschlagenen Abänderungen betreffen rein praktische Fragen. Dass man die alte Parteileitung wieder in ihre Elemente, den geschäftsführenden Parteivorstand und eine Controlcommission zerlegt und damit eine gekünstelte Construction beseitigt, ist eine selbstverständliche Folge der Aufhebung des Verbindungsverbots. Man hätte die frühere Einrichtung, wonach die Controleure als Mitglieder der Parteileitung deren Geschäftsführung und damit sich selbst controlieren sollten, gradezu lächerlich finden können, wenn man nicht eben gewusst hätte, dass dies nur die äussere Form war, und dass es sich in Wahrheit um eine Controle über die fünf geschäftsführenden Mitglieder der Parteileitung

handelte. Durch die Trennung dieser bisherigen Vernunftthe wird das ganze Verhältnis klarer, und die Stellung der Controleure kann nur gewinnen.

Sehr wichtig sind die vermögensrechtlichen Bestimmungen des neuen Entwurfs:

„Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschliessung aus der Partei erlischt für jeden früheren Parteigenossen das Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Controlcommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Der Parteivorstand oder die Controlcommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Controlcommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluss des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstands, der Controlcommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.“

Die bürgerliche Presse hat dabei natürlich wieder die „Principien der Demokratie“ gegen die Socialdemokratie verfechten und über eine „Unterdrückung der Genossen“ im Interesse des Parteivorstandes und der „sich an Arbeitergroschen mästenden Agitatoren“ zetern müssen. Die Wahrheit, die jedem halbwegs juristisch Gebildeten auch nicht einen Augenblick unklar sein konnte, ist die, dass das Gesellschaftsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches uns zur Aufnahme dieser Bestimmungen gezwungen hat, damit nicht die Partei, die eben eine lästige Fessel der Polizei losgeworden ist, einer weit gefährlicheren Fessel des Civilrechts verfele, durch deren Benutzung ein von juristischer Seite inspiriertes Spitzeltum die ganze Parteithätigkeit lahmlegen könnte. Ich will als Jurist durchaus nicht behaupten, dass eine grosse politische Partei als Gesellschaft im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches angesehen werden müsste; eine solche Auffassung wäre so ungeheuerlich, so widersinnig und führte zu praktisch so unmöglichen Konsequenzen, dass jede vernünftige Erwägung dagegen zu sprechen scheint. Leider aber wäre es nicht das erste Mal, dass die Juristen-Rechtsprechung, fussend auf dem Wortlaute des Gesetzes, etwas ganz Unsinniges für Rechtens erklärte. In diesem Falle hat sogar der Gesetzgeber einen beinahe ebenso thörichten und unpraktischen Schritt gethan, indem er die nicht ins Vereinsregister eingetragenen Vereine, auch wenn sie Hunderttausende von Mitgliedern umfassen, als „Gesellschaft“ beurteilt wissen will. Daraus brauchte die Rechtsprechung nur ihre Folgerungen zu ziehen, und deshalb ist immerhin die Gefahr vorhanden, dass das Gesellschaftsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen die socialdemokratische Partei angewendet werden könnte. Die Partei muss davor geschützt werden, dass jeder Beliebige, der sich Genosse nennt, aber vielleicht ein Spitzel ist, Einblick in die Geschäftsführung und die Bücher und Herausgabe seines Anteils am Gesellschaftsvermögen fordern kann, und die einzelnen Genossen müssen davor behütet werden, dass sie wegen etwaiger Handlungen der Parteileiter privatrechtlich in Anspruch genommen werden.

In Wahrheit ändern diese Bestimmungen so gut wie nichts an dem bisherigen Zustande, aber es ist nicht zu leugnen, dass sie in ihrer juristisch klaren und scharfen Fassung etwas rigoros klingen. Vom Stand-

puncte der Demokratie aus sind aus diesem Grunde Bedenken erhoben worden, und es liegt ein Antrag vor, wenigstens jedem Delegierten zum Parteitage, so lange sein Mandat dauert, den Einblick in die Bücher zu gewähren. Dient der Antrag dazu, das demokratische Gewissen zu befriedigen und Misstrauen und Besorgnisse zu zerstreuen, so ist er zu empfehlen, obgleich die Ausübung dieses Rechts durch die Contreleure theoretisch genügen könnte. Thatsächlich würde auch dieser Antrag nichts ändern. Die Einsicht der Bücher ist den Parteitagsdelegierten noch nie verweigert worden und könnte in wichtigen Fällen im Interesse der Partei auch nicht verweigert werden, selbst wenn kein Statutenparagraph das Recht dazu festsetzte. Daneben ist die Gefahr, dass sich doch vielleicht einmal ein Spitzel ein Mandat verschaffte und dann von Dingen Kenntnis nähme, die man ihm sonst nicht mitteilen würde, verhältnismässig unbedeutend.

## Zur Wahlbeteiligung in Preussen.

Von

**Ignaz Auer.**

(Berlin.)

Der diesjährige Parteitag der socialdemokratischen Partei, der am 16. September abends in Mainz eröffnet werden wird, weist eine reichhaltige Tagesordnung auf. Abgesehen von den jedes Jahr regelmässig wiederkehrenden Punkten, wie Berichterstattung der Parteibehörden und der Reichstagsfraction, sind auch Referate über die Organisation der Partei, die Weltpolitik, die Verkehrs- und Handelspolitik und die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen zur Verhandlung gestellt. Da die eigentlichen Beratungen erst am Montag beginnen werden und die Eröffnung des internationalen Arbeitercongresses in Paris uns dazu zwingt, unsern Parteitag spätestens am Sonnabend, den 22. August, mittags zu schliessen, so kann an eine Erledigung sämtlicher Gegenstände nur gedacht werden, wenn die Debatten über die einzelnen Punkte nicht zu weit ausholen. Und das wird nur dann der Fall sein, wenn die Ansichten der einzelnen Delegierten über die in Frage stehenden Punkte nicht zu weit auseinandergehen.

Dass die Parteileitung trotz der verhältnismässig kurzen Zeit, die dem Parteitag zur Verfügung steht, so viele und wichtige Punkte auf die Tagesordnung gestellt hat, lässt darauf schliessen, dass sie an ein besonders weites Ausholen bei der Discussion der einzelnen Punkte nicht glaubt. Ein Blick in die Parteipresse der letzten Woche lässt diese Annahme als durchaus berechtigt erscheinen. So hochgradig die Spannung in der Partei vor den letzten drei Parteitagen, vor dem Hamburger, dem Stuttgarter und dem Hannoverschen, war, und so lebhaft die damals auf der Tagesordnung stehenden Punkte in der Parteipresse erörtert wurden, so ruhig ist man jetzt in derselben gegenüber den in Mainz zu erwartenden Verhandlungen und Beschlüssen.

Dass Gegenstände, wie die durch die Aufhebung des Coalitionsverbotes für politische Vereine notwendig gewordene Aenderung der Parteiorganisation, sowie die Stellungnahme zu der Kraftmeierei, die sich auf dem Gebiete der

Weltpolitik breit macht, in der Partei keine besondere Aufregung hervorrufen, ist freilich erklärlich. Das sind Fragen, bei denen sich die Partei in festen Geleisen befindet und worüber eine Verständigung, wenn notwendig, in jedem Moment hergestellt werden kann. In höherem Masse dürften schon die Ansichten bei dem Punct 8 der Tagesordnung: Verkehrs- und Handelspolitik auseinandergehen. So einig die Partei in der Verurteilung der Politik der Verteuerung der Genuss- und Lebensmittel durch indirecte Steuern und Zölle ist, so zeigten doch bereits die Verhandlungen auf dem Stuttgarter Parteitag und die Auseinandersetzungen in der Parteipresse, dass in der praktischen Behandlung der Fragen der Zoll-, Verkehrs- und Handelspolitik unter unseren Theoretikern eine völlige Uebereinstimmung nicht besteht. Die Presserörterungen über diese Fragen haben seinerzeit Formen angenommen, wie sie beim Meinungsaustausch unter Parteigenossen nicht vorkommen sollen. Mag sein, dass dies der Grund war, warum von beiden Seiten jetzt eine gewisse Zurückhaltung in der Behandlung dieser Fragen beobachtet wird. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge wird sich diese Zurückhaltung aber nicht mehr rechtfertigen lassen. Hoffentlich giebt das Calwersche Referat den Anlass, dass diese wichtigen Erörterungen wieder aufgenommen und zum Nutzen der Partei und bis zur vollen Klärung in derselben weiter geführt werden.

Viel geschrieben und geredet hat man seit Jahren in der Partei über die Taktik bei den Landtagswahlen. Es hat eine Zeit gegeben, wo in der Partei Einstimmigkeit darüber herrschte, dass die Partei grundsätzlich sich von den Landtagswahlen fern zu halten habe. Diese Abstinenz wurde mit dem Hinweis auf den Census, den Verfassungs- und Treueid, sowie auf das Classensystem bei den Wahlen zu den verschiedenen Landtagen begründet. Mit dem Erstarken unserer Partei wurde dieser Standpunct mehr und mehr verlassen. Trotz Census und Treueid rückten unsere Abgeordneten in den sächsischen Landtag ein. Das indirecte Wahlsystem verhinderte nicht den Einzug unserer Genossen in den bayerischen Landtag, und heute sitzen in den parlamentarischen Vertretungen von zwölf deutschen Bundesstaaten socialdemokratische Abgeordnete.

Noch gilt es aber, der Socialdemokratie die Hallen des Parlaments des grössten deutschen Staates, den preussischen Landtag zu öffnen. Der Census ist überwunden, und die Bedenken wegen des Treueides haben der nüchternen Erwägung Platz gemacht, dass es eine politische Thorheit wäre, es dem Belieben unserer Gegner anheimzustellen, unsere Vertreter durch moralische Zwirnsfäden von den Parlamentssälen fern zu halten. Nur das Dreiclassenwahlsystem hat seine abschreckende Wirkung auf unsere Partei bis auf den heutigen Tag nicht verloren.

Geändert haben sich aber die Urtheile in der Partei auch in Bezug auf die geeignetste Kampfesart gegen das Dreiclassenwahlsystem. Noch gegen Ende des Socialistengesetzes galt in der Partei allgemein die Meinung, man brauche sich um den preussischen Landtag und das ihn tragende Dreiclassenwahlrecht nicht zu kümmern, das Institut werde in sich verfaulen.

Wenige Jahre später wurden gegen diese Theorie des in sich selbst Verfaulens schon recht starke Bedenken laut. Vereinzelte Stimmen verlangten ein selbständiges Eingreifen der Partei in den Wahlkampf und eine Unterstützung der Linksliberalen. Der Kölner Parteitag, 1893, lehnte noch einmal das selbständige Eingreifen der Partei in den Wahlkampf ab, weil das Dreiclassen-



wahlsystem „der Socialdemokratie es unmöglich macht, sich mit Aussicht auf Erfolg an den Wahlen zum preussischen Landtag selbständig zu beteiligen.“

Zugleich mit dieser Erklärung wurde aber eine Aufforderung an die Parteigenossen gerichtet, „eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und directen Wahlrechts für die Landtage in Angriff zu nehmen“. Der active Kampf gegen das Dreiclassenwahlsystem war also officiell von Parteiwegen proclamirt und damit zugleich auch die Frage aufgerollt: welche Mittel können dazu dienen, dem Wahlunrecht beizukommen?

Ueber die ungeheure Wichtigkeit einer socialdemokratischen Vertretung auch im preussischen Landtage bestand nie eine Meinungsverschiedenheit in der Partei, sie besteht wohl auch heute nicht. Was abschreckte, das waren und das sind für viele heute noch die Spuren, die zu einem preussischen Landtagsmandat für einen Socialdemokraten führen.

Das Dreiclassenwahlsystem macht bei dem heutigen Stande der Dinge es unserer Partei unmöglich, ohne Beihilfe einer anderen Partei Mandate zu erlangen. Diese in der Sache begründete Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit anderen Parteien — natürlich könnte nur die bürgerliche Linke da in Betracht kommen — bildet bis zum heutigen Tage den Stein des Anstosses bei der Entscheidung über unsere Wahlbeteiligung. Selbst auf dem Parteitag in Hamburg, wo eine erdrückende Mehrheit sich für den Eintritt in die Wahlbewegung ausgesprochen hatte, genügte das Hineinwerfen der Compromissfrage in die Debatte, um die Mehrheit schliesslich zur Annahme eines Antrages zu bestimmen, der durch seine Doppeldeutigkeit und Unklarheit den Gegnern der Beteiligung ein Recht gab, auf ihrem ablehnenden Standpunkt zu beharren. Der Abscheu vor dem Compromiss wird auch in Mainz das Hauptargument der Gegner der Beteiligung sein. Die Verteidiger der Wahlbeteiligung sollen es sich nun viel Tinte kosten lassen, um den Nachweis zu erbringen, dass das Zusammengehen mit den Linksliberalen kein solcher Compromiss sei, wie er in vielen Parteiresolutionen und auf manchem Parteitage verpönt worden sei. Uns erscheinen diese Versuche, aus Schwarz Weiss zu machen, recht überflüssig. Wir haben uns gegen Compromisse gewahrt, so lange wir fürchten mussten, dass dadurch unserer Partei Schaden zugefügt werde. Die Entwicklung unserer Partei hat uns gelehrt, dass nicht jeder Compromiss uns zu schaden braucht. Wir verweisen nur auf die Landtagswahlen in Bayern und Baden. In beiden Staaten haben unsere Genossen Compromisse geschlossen und dadurch überraschend gut bei den Wahlen abgeschnitten. Von den schwarzen Befürchtungen aber, die in der Parteipresse teilweise an diese Vorgänge geknüpft wurden, ist nicht eine eingetroffen.

Damit soll gewiss nicht gesagt sein, dass nun jeder Compromiss unbesehen zu billigen sei. Wir meinen, diese Vorgänge bestätigen nur, dass unsere Partei älter, reifer in Erfahrung und in sich gefestigter geworden und deshalb heute manchen Schritt unbesorgt thun darf, der ein oder zwei Jahrzehnte früher als ein sehr gewagtes Experiment erschienen wäre. Dies gilt auch für die sogenannten Compromisse mit gegnerischen Parteien.

Verlangt schon das Communistische Manifest, dass das Proletariat die liberale Bourgeoisie in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus unterstütze, und hat unsere Partei seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Stichwahlkämpfen stets die Opposition unterstützt, so ist nicht abzusehen, warum wir

dem Dreiclassenwahlrecht gegenüber unsern rein negierenden Standpunct nicht aufgeben sollen.

Es handelt sich dabei hauptsächlich um Erfolge nach zwei Richtungen: einmal um die Er kämpfung eigener Mandate im Landtage und dann darum, durch Unterstützung der Linken der Reaction Mandate abzu jagen. Beide Strebungen decken und bedingen sich gegenseitig. Dass unsere Partei es in der Hand hat, der bürgerlichen Linken Mandate zu sichern, haben die letzten Landtagswahlen in Schlesien, Frankfurt a. M. und anderwärts gezeigt. Dass die Landtagswahlkreise um Berlin nicht in den Händen erzreactionärer Conservativen wären, wenn unsere Genossen sich an der Wahl beteiligt hätten, das unterliegt nicht dem leisesten Zweifel. Ähnlich liegen die Verhältnisse in vielen anderen Kreisen. Beschliesst also der Mainzer Parteitag Wahlbeteiligung und folgt die Partei diesem Beschlusse, wirft sie ihr ganzes Gewicht auf die Eroberung der dritten Wählerklasse in den Städten und Industriebezirken, dann erscheinen wir bei den endgiltigen Wahlen nicht als Bittende, oder, wie der in der Hitze des Gefechtes gebrauchte geschmacklose Ausdruck lautete, als freisinnige Hilfstruppen, sondern dann treten wir als Partei auf den Plan und stellen unsere Forderungen. Sollte dann der Linksliberalismus wirklich so erbärmlich sein, lieber den conservativen Fleisch- und Brotwucherern die Mandate auszuliefern, nur um zu verhindern, dass ein Socialdemokrat in den Landtag kommt, so wäre unsere Partei wohl die letzte, die eine solche Wendung zu bedauern hätte. Indes, einer solchen Selbstmordpolitik halten wir selbst den Richterschen Flügel der freisinnigen Partei nicht für fähig. Dabei ist aber zu beachten, dass der wichtigste und für unsere Partei entscheidendste Teil des Landtagswahlkampfes sich in Berlin und den umliegenden Wahlkreisen abspielen würde.

Für einen wirklichen Erfolg halten wir also das zukünftige Verhalten der Genossen in Berlin und den Vororten geradezu für entscheidend. Hier gilt wirklich das Lassallesche Wort: Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich.

Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, dass in den letzten Parteiversammlungen in Berlin auch von den verschiedensten Gegnern der Beteiligung, gleichwie dies in Leipzig geschehen ist, die Erklärung abgegeben wurde, dass man sich dem Entscheid des Parteitags fügen werde. Wie dieser ausfallen wird, das kann nach dem Votum in Hamburg und der Stellungnahme des vorjährigen Parteitags in Hannover kaum mehr zweifelhaft sein. Der Parteitag wird sich, ohne dass die Debatten irgend einen erregten Charakter annehmen, mit grosser Mehrheit für die Beteiligung aussprechen.

Ist dieser Beschluss gefasst, dann heisst es, mit der von unseren Genossen allzeit bewährten Energie in den Wahlkampf gezogen, und wir sind davon überzeugt, dass das „Schweineglück“ der Socialdemokraten sich auch in diesem Kampfe bewähren wird.

## Die Handels- und Wirtschaftspolitik und die Arbeiter.

Von

Max Schippel.

(Berlin.)

Die langsam, aber stetig fortschreitende politische Erziehung des Proletariats, die im Laufe eines Jahrhunderts culturverlassene Heloten

und zugleich Todfeinde des Capita' bis zur Schaffung geachteter Parteien emporhebt, spiegelt sich auch wieder in der Stellungnahme der Arbeiter zu den auftauchenden Streitfragen der auswärtigen, vor allem der Handelspolitik.

Um eines der drastischsten Beispiele zu nehmen: Man hat sich heute, auch in Arbeiterkreisen, daran gewöhnt, in der Umkehr der englischen Handelspolitik von den Agrarzöllen zum Freihandel, in dem zähen und siegreichen Vordringen der bürgerlichen Industriepolitik eine der folgenreichsten Entscheidungen des Jahrhunderts, eine „Beschleunigung der socialen Revolution“ zu sehen — vielleicht bereits in übertriebener Schätzung der Vorgänge der dreissiger und vierziger Jahre in England. Aber wie steht die erste grosse, selbstständige Arbeiterpartei Europas, wie steht der Chartismus, den man so oft mit der heutigen continentalen Socialdemokratie verglichen hat, diesem epochemachenden Umschwung gegenüber, der die Herrschaft der alten Landaristokratie mit zu Grabe trägt?

Die Chartisten sehen in der Antikornzollbewegung zunächst nur die Störung ihrer Kreise und darum nur einen Anlass, ihren „Gegensatz“ zum Industriecapital zu betonen. Nicht etwa in der Weise, dass sie im industriellen Freihandel lediglich eine Abschlagszahlung auf die ganze Schuld der bürgerlichen Gesellschaft erblicken, einen ersten Schritt auf einem an sich richtigen Wege, der schliesslich weit über das Strebeziel der Vorkämpfer des Capitals hinausführen müsse und werde — sondern unter möglichster Lahmlegung des bürgerlichen „Schwindels“ selber: „Die Chartisten versuchten jedes Meeting der Antikorngesetzler zu überstimmen oder zu sprengen und setzten es bald durch, dass diese keine öffentliche Versammlung mehr halten konnten, sondern nur solche für ihre, durch Einlasskarten legitimierten Anhänger. Trotzdem wurde noch manches Meeting gesprengt. Die beiden Agitationen gingen von jetzt an bis zur Abschaffung der Korngesetze, 1846, neben einander voran unter heftigem, gegenseitigen Kampf.“ So in einer deutschen Parteischrift über die Chartistenbewegung in England.<sup>1)</sup> Oder wie es in einer englischen Darstellung heisst: „Die (Anti-corn-law-) Liga hatte den Widerstand der chartistischen Arbeiter nicht weniger zu fürchten, wie den der Landlords und Pächter. Zahllose Meetings wurden von den chartistischen Agitatoren gestört oder gesprengt, die unverdrossen gegen den Freihandel, diesen neuen Trick der bürgerlichen Parteien (against free-trade as another middle-class trick) declamierten.“

Die Begründung dieses Verhaltens ist — wenn wir sie in der Form etwas modernisieren dürfen — die sattsam bekannte, die so oder ähnlich jahrzehntelang der ersten Arbeiterbewegung aller Länder ihr Gepräge ausdrückt: Die Kornzollabschaffung steigere den Capitalprofit; sie verfolge eingestandenermassen den Zweck, den Capitalprofit zu steigern; alle sonstigen Anpreisungen ihrer Wirkungen seien nur eine Verhüllung dieses letzten wahren Kernes. Da wir aber den Capitalprofit abschaffen wollen, so dürfen wir nichts unterstützen, was ihn

<sup>1)</sup> Zürich: 1887.

steigert. Darum drauf gegen die freihändlerische Handelspolitik! — So etwa liessen sich die Gründe in unserer heutigen Sprechweise zusammenfassen. — „Billiges Korn“ — lesen wir abermals in der deutschen Parteischrift — „bedeutet für die Bourgeoisie billige Arbeitskraft. Kann der Arbeiter billiger, als bisher, seine Nahrungsmittel einkaufen, so kann er auch für billigeren Lohn schaffen. Die durch Abschaffung der Kornzölle herbeigeführte Verminderung der Productionskosten von Waren musste der englischen Bourgeoisie in ihrem Concurrenzkampfe gegen die Fabrikanten anderer Länder zu gute kommen. Die Nachfrage nach englischen Waren musste steigen, und die englische Bourgeoisie würde ihrem Ideale um einen Schritt näher gerückt sein, nämlich: aus England einen Industriestaat zu schaffen, aus dem die ganze Welt ihren Warenbedarf zu beziehen gezwungen wäre. Das Ziel war ein so hohes, der in Aussicht stehende Profit ein so grosser, dass das ganze Fabrikantentum Englands sich mit Feuereifer in die Agitation für Abschaffung der Kornzölle warf . . . Die Arbeiter aber wussten recht wohl, dass das wohlfeile Brot und der hohe Lohn, den ihnen angeblich die Abschaffung der Korngesetze bringen würde, nur Scheinbrot und Scheinlohn sein konnten. Sie waren sich vollständig klar darüber, dass, wenn wirklich die Aufhebung der Zölle eine kurze Zeit der Prosperität für die Industrie herbeiführen werde, doch bald der daraus resultierende Vorteil für die Arbeiter wieder verschwinden und nur der Vorteil für den Fabrikanten übrig bleiben werde. Die Arbeiterklasse liess sich nicht ködern. Sie beharrte auf ihrer Forderung: Die Charte (das damalige Endziel), die Charte, und nichts als die Charte!“ Oder, wie Thomas Cooper in seiner Autobiographie einen Chartistenredner ausführen lässt, der grossen Eindruck auf ihn machte: „Lasst euch von den bürgerlichen Parteien nicht wieder beschwindeln“. . . Sie wollen den Widerruf der Korngesetze nicht in eurem Interesse, sondern in ihrem eigenen. Sie rufen: billiges Brot! aber sie meinen: niedrigere Löhne! Hört nicht auf ihren Cant und Humbug!“

Auch die sonstigen Voraussetzungen dieser Taktik waren, wie später so oft: Man will das Endziel, in diesem Falle die Charte, nicht zurücktreten lassen. Und da man im Endziel nicht die letzte, höchste Stufe nach vielen notwendigen Zwischenstufen sieht, sondern unter Umständen bereits das nächste gesellschaftliche Entwicklungsstadium — falls es nämlich den „Tricks“ der bürgerlichen Reformer nicht gelingt, den Blick des Volkes auf bürgerliche Ziele abzulenken — darum und lediglich darum muss man an dem concurrenzierenden bürgerlichen Ideal nach Möglichkeit kein gutes Haar lassen.

Indes, auch das Ende vom Liede war in diesem Falle das gleiche, wie gewöhnlich: man capituliert, widerwillig und spät genug, vor der Wucht der ökonomischen Thatsachen, auch vor dem gesunden Instinct der Massen selber, nur, dass man die Unhaltbarkeit des alten Standpunctes gewöhnlich nicht einzugestehen den moralischen Mut hat, sondern mit tausend und abertausend Finten auch die Capitulation als etwas von Anfang an folgerichtig Gedachtes und Erstrebtes hinstellt. Einst hatte Fergus O'Connor in Leeds auf das Schärfste die Antikornzölliga angegriffen, weil „billiges Brot nur für die Fabrikanten ein Freibrief zur Lohnherab-

setzung sei. Aber die hungernde Bevölkerung von Leeds legte mehr Wert auf billiges Brot, wie auf den Chartismus, und Leeds wurde ein Centrum der Antikornzollbewegung<sup>2)</sup>. 1845 äusserte dann derselbe O'Connor: „Unser bisheriger Widerstand gegen die Liga, wodurch wir von den Verteidigern des (Boden-) Monopols die verdiente Strafe abzuhalten schienen, hat seinen Grund nur darin, dass wir den Göttertisch nicht bloss für die Liga, sondern für alle gedeckt sehen wollten. Bisher war Widerstand gegen die Liga unsere rechtmässige, unsere einzige Politik. Jetzt können wir einen Schritt weiter thun; denn gegen die Aufheber der Korn-gesetze jetzt streiten, hiesse für Musketen- und Knüttelterrorismus fechten.“

Auch die Theorie, selbst die ihrer Zeit am weitesten vorausseilende von Karl Marx, wird auf lange hinaus diese Unterschätzung eines grossen geschichtlichen Vorganges nicht los, die sich mitunter bis zu vollster Verständnislosigkeit steigert.

Am meisten wird noch Marx den damaligen Classenkämpfen und Reformen gerecht. Er erkennt ihre mittelbare Bedeutung auch für die Arbeiterklasse an, weil er im Fortschritt der Bourgeoisgegenwart stets auch das Näherrücken der Arbeiterzukunft sah. Die unmittelbaren ökonomischen Wirkungen auf die Arbeiter beurteilt er jedoch ganz nach Art der bürgerlichen Orthodoxie, die er gegen die schönfärbenden Klopffechter des Freihandels ausspielt: unmittelbar haben die Arbeiter gar nichts von dem billigen Brot, das infolge der grausam unerbittlichen Lohngesetze sofort in niedrigeren Lohn umschlägt; nur der Capitalprofit wird immer dicker und runder dabei.

„Die Schwierigkeit besteht nicht darin, zu beweisen, dass, wenn der Preis aller Waren fällt, ich für dasselbe Geld mehr Waren bekomme.

Die Oekonomen greifen stets den Preis der Arbeit in dem Moment heraus, wo er sich gegen andere Waren austauscht, aber sie lassen stets den Moment bei Seite, wo die Arbeit ihren Tausch gegen das Capital vollzieht. Wenn weniger Kosten erforderlich sind, um die Maschine in Bewegung zu setzen, welche die Waren anfertigt, so werden die zum Unterhalt dieser Maschine, die sich Arbeiter nennt, notwendigen Dinge gleichfalls weniger kosten. Wenn alle Waren billiger sind, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken und, wie wir später sehen werden, wird diese Ware Arbeit verhältnismässig *viel mehr* sinken, als alle anderen Waren . . .“<sup>3)</sup>

„Die englischen Arbeiter haben die Bedeutung des Kampfes zwischen den Grundbesitzern und den Capitalisten sehr gut begriffen. Sie wissen sehr wohl, dass man den Preis des Brotes herunterdrücken wollte, um den Lohn herabzudrücken, und dass der Capitalprofit um so viel steigen würde, als die Rente fiel.“

Ricardo, der Apostel der englischen Freihändler, der ausgezeichnetste Oekonom unseres Jahrhunderts, stimmt in Bezug auf diesen Punkt vollkommen mit den Arbeitern überein. Er sagt in seinem berühmten Werk über politische Oekonomie: „Wenn wir, anstatt bei uns Getreide

<sup>2)</sup> Rose: The face trade movement and its results.

<sup>3)</sup> Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Anhang II: Rede über die Frage des Freihandels. Stuttgart 1885, pag. 197—198.

zu ernten, einen neuen Markt entdeckten, wo wir es uns zu einem billigeren Preise verschaffen könnten, so würden in diesem Falle die Löhne sinken und die Profite steigen. Das Fallen des Preises der landwirtschaftlichen Producte reduciert die Löhne nicht nur der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, sondern auch all derer, die in der Industrie arbeiten oder im Handel beschäftigt sind.<sup>4</sup>

Und glauben Sie nicht, meine Herren, dass es eine für den Arbeiter ganz gleichgiltige Sache sei, nicht mehr als vier Franken zu bekommen, weil das Getreide billiger ist, wenn er früher fünf Franken bekam.

Ist sein Lohn nicht gefallen im Verhältnis zum Profit? Und ist es nicht klar, dass seine *soziale Lage* gegenüber der des Capitalisten *schlechter* geworden ist?

Ausserdem verliert er auch thatsächlich. So lange der Getreidepreis noch höher war und der Lohn gleichfalls, genügte eine kleine Ersparnis am Brotverbrauch, um ihm andere Genüsse zu verschaffen. Sobald aber das Brot und folglich der Lohn sehr niedrig steht, wird er fast nichts am Brot absparen können behufs Ankauf anderer Gegenstände.“<sup>4</sup>)

„Die englischen Arbeiter“ — idealisiert dann Marx etwas stark weiter — „haben es die englischen Freihändler fühlen lassen, dass sie sich von ihren Vorspiegelungen und Lügen nicht hinters Licht führen lassen, und wenn sie sich ihnen trotzdem gegen die Grundbesitzer angeschlossen haben, so geschah es, um die letzten Reste des Feudalismus zu zerstören und nur noch mit einem einzigen Feind zu thun zu haben. Die Arbeiter haben sich in ihren Berechnungen (??) nicht getäuscht; denn die Grundbesitzer, um sich an den Fabrikanten zu rächen, machten gemeinsame Sache mit den Arbeitern zur Durchbringung der Zehnstundenbill.“<sup>5</sup>) — Ich wüsste nicht, dass solche „Berechnungen“ bei dem endlichen, sehr späten Anschluss der Arbeiter an die Handelspolitik der grossen Industrie eine Rolle gespielt hätten. Doch hören wir nochmals Marx abschliessend: „Die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit“, heisst es 1850 in der Kritik Girardins, auf die Genosse Grunwald-Weimar neulich wieder in der Neuen Zeit hingewiesen hat.

Oder, wie Engels noch 1872 in der Wohnungsfrage einmal den Proudhonisten entgegenrief: „Steuern! Dinge, die die Bourgeoisie sehr, die Arbeiter aber nur sehr wenig interessieren. Was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeitskraft mit ein, muss also vom Capitalisten mit rückvergütet werden. Alle diese Punkte, die uns hier als hochwichtige Fragen für die Arbeiterklasse vorgehalten werden, haben in Wirklichkeit wesentliches Interesse nur für den Bourgeois und noch mehr für den Kleinbürger, und wir behaupten trotz Proudhon, dass die Arbeiterklasse keinen Beruf hat, die Interessen dieser Classen wahrzunehmen.“

Dass endlich auch Lassalle noch den Standpunkt verfocht: ein allgemeines Billigerwerden der Lebensmittel nütze den Arbeitern gar nichts,

<sup>4</sup>) a. a. O. pag. 195—196.

<sup>5</sup>) a. a. O. pag. 196.

weil „der Arbeitslohn infolge des billiger gewordenen Lebensunterhaltes um eben so viel fallen muss“, ist jedem Leser aus Lassalles Kritik der Consumvereine bekannt.

Glücklicherweise steht unser ganzer parlamentarischer und agitatorischer Lebenswandel in schneidendem Widerspruch zu diesen orthodoxen Richtschnuren. Und wenn man diese heutige Stellung der Partei in der praktischen Politik, wenn man die Verfechtung und Vertiefung unseres Standpunctes in der Presse und Litteratur verfolgt, so treten die vollzogenen Fortschritte in der politischen Schulung der Arbeiterklasse und ihrer geistigen Führer meines Erachtens ganz frappant hervor. Die Bedeutung bürgerlicher Reformen. bestreitet bei uns niemand mehr bloss darum, weil zunächst das Capital dabei die geistige Führung übernimmt und behält und weil in erster Linie der Capitalprofit dabei gedeiht. Die Taktik, die Versammlungen bürgerlicher Reformen lediglich zu dem Zwecke zu besuchen, um an unseren höheren Zielen die Nichtigkeit und Nichtswürdigkeit dieser Reformen zu messen und ihnen so unser Endziel als Knüttel zwischen die Beine zu werfen, würde heute ebenfalls kaum noch Unterstützung finden. Die beiden grössten Lehrmeister: die Zeit und die Verhältnisse — vor allem auch im parlamentarischen Wirken — haben uns gelehrt, auch solche Fortschritte, die sich im engeren Rahmen der Gegenwart und der bestehenden Gesellschaftsordnung halten, sachlich und sachkundig zu unterstützen und zu fördern, ohne unsere weiter dahinter liegende eigene Zukunft dabei irgendwie zu vergessen oder gar zu schädigen.

Und wenn das frühere Verhalten an sich ganz folgerichtig war, so ist es nicht minder unsere heutige Stellungnahme. Die Voraussetzungen der alten Richtung sind eben halt- und rettungslos zusammengebrochen, so dass wir auch die alten Folgerungen nicht mehr ziehen können. Wir glauben nicht mehr an die absolute Widerstandsunfähigkeit und Hilflosigkeit der Arbeit im Kampfe mit dem Capital und um den Arbeitslohn. Wir glauben nicht mehr daran, dass das Proletariat wohl „durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt“, dass aber „durch die Abschaffung einer alten Steuer nicht der Arbeitslohn erhöht“ werde, sondern lediglich der Capitalprofit. Wir glauben vor allem nicht mehr daran, dass die letzte, höchste Entwicklungsstufe, die wir heute voraussehen können: die Herrschaft der Arbeit über die gesellschaftlichen Productionsbedingungen, auch heute schon, gleichsam in einem Satz und Sprung, zu erreichen wäre, wenn uns nur nicht die bürgerlichen Reform-Zwischenstufen durch die Geriebenheit der bürgerlichen Führer und die Thorheit und Lenksamkeit der Massen hindernd in den Weg gestellt würden. Nein, diese Zwischenstufen — das erkennen wir mehr und mehr — stehen uns nicht wie ein Hindernis im Wege, sondern sie bilden den notwendigen Weg selber, auf dem allein wir weiter vorwärts dringen können. So sind wir, die Feinde des „Capitals“, wie über Nacht und doch wieder in einem stetigen politischen Entwicklungsgang zugleich die lebhaftesten Freunde und Förderer der „capitalistischen Entwicklung“ geworden. Die deutsche Arbeiterklasse, bei allen ihren Kämpfen mit dem Capital, fühlt sich in vielen Stücken als der natürliche Bundesgenosse einer weitblickenden, kühn ausgreifenden Industriepolitik. Diese Industrie mag uns hassen, aber

sie muss die deutsche Arbeiterclassen in ihrem Schosse und in ihrem Hause körperlich und geistig grossziehen, bis diese dereinst ihr Erbe sein wird. Wir mögen diese historisch gegebene Productionsordnung nicht lieben, und doch sind wir nichts ohne sie, und nur mit ihrer Erweiterung und Ausreifung kann auch das Proletariat seinen grossen geschichtlichen Aufgaben entgegen wachsen und reifen.

Aber wenn diese Anschauung in Parteikreisen mehr und mehr um sich greift, sind wir nicht bereits auf dem besten Wege, der capitalistischen Entwicklung — in der heutigen Gesellschaft zunächst immer: dem Capitalprofit — mehr zu geben, als ihnen gebührt? Denn bisher haben wir es noch immer abgelehnt, „active“ Wirtschaftspolitik im Sinne der herrschenden Classen mitzutreiben; das heisst: nicht nur Hemmnisse der Industrientwicklung zu beseitigen, sondern auch positiv mit den Mitteln der Staatsfinanzen und der Steuerzahler das Industrie- und Handels-capital zu subventionieren, in der Hoffnung natürlich, dass das endliche Ergebnis eine allgemeine Hebung der industriellen Bevölkerung, auch der ausgebeuteten, sein werde. Doch in den letzten Jahren? Ich erinnere hier nur an unsere Stellungnahme zu den Canalbauten in Preussen und in Deutschland. Bekanntlich sind Canäle, wie der Nordostseecanal, der Dortmund-Emscanal, der Mittellandcanal auf absehbare Zeit „unrentable Unternehmungen“. Zur Verzinsung des Anlagecapitals und zur Deckung der laufenden Betriebskosten reichen die Einnahmen vorläufig auch nicht entfernt aus. Der Fehlbetrag stellt also zunächst dar eine Subventionsleistung aus den Taschen der Steuerzahler an das hamburgische und sonstige Schiffahrtscapital, an die Gruben- und Hüttenkönige Rheinland-Westfalens. Indes, diese staatlichen Subventionen haben in der Partei eifrige Befürworter gefunden, einfach in der Erwartung, dass die weitere Rückwirkung dieser Dampfer- und Industriesubventionen auf die Förderung der Industrie im allgemeinen, auf die Verbilligung der Massenartikel, auf die Steigerung der Nachfrage nach Arbeit, schliesslich also für die gesamten arbeitenden Massen nicht ohne Vorteil sein werde. Doch wenn wir in dieser Weise staatliche Subventionen an das Capital nicht mehr grundsätzlich verwerfen, sondern sie nur von Fall zu Fall danach beurteilen wollen, ob sie sich im Laufe der anzunehmenden Ueberwälzungen und der ferneren Rückwirkungen schliesslich in eine allgemeine Hebung unserer Production und unserer arbeitenden Bevölkerung umsetzen — dann untergraben wir ganz von selber auch unsere meist grundsätzlich ablehnende Haltung in Schutzzollfragen, in den Fragen der Colonial- und Weltpolitik und in vielen anderen Streitfragen. Dann werden alle Kämpfe auf diesen Gebieten der „activen“ capitalistischen Wirtschaftspolitik nur noch Auseinandersetzungen über hundertlei Einzelheiten; werden subtile Abwägungen, wie bei anderen Parteien; was schliesslich dabei herauskommen wird, und ob die Vorteile die Nachteile überwiegen.

Ich selber neige hier vielfach mehr zu den alten Anschauungen. Doch wenn man sieht, welche Wandlungen die Arbeiterbewegung hier schon durchgemacht hat, wer wollte sich vermessen, vorauszusagen, was dereinst ihr Standpunct in diesen Fragen sein wird?



# Der Socialismus und die Colonialfrage.

Von

Eduard Bernstein.

(London.)

Wie sehr auch die Definitionen, die dem Socialismus von Freund und Feind gegeben werden, der Form nach auseinandergehen, so stimmen sie doch der Sache nach darin überein, dass er den Gedanken einer Neugestaltung der Rechtsbeziehungen im Völkerleben vertritt. Das Princip der Gleichheit, das als formale Gleichberechtigung — Gleichheit aller vor dem Gesetz — wenigstens in den vorgeschrittenen Ländern Anerkennung gefunden hat, soll eine intensiv wie extensiv weitergehende Anwendung erhalten. Durch wirtschaftspolitische Massnahmen aller Art und Beseitigung der aus dem Eigentum und der Abstammung abgeleiteten socialen Vorrechte soll das Herrschaftsgebiet des Privateigentums weiter eingedämmt und der höchstmögliche Grad von Gleichheit der Lebensbedingungen herbeigeführt werden, der mit der erfolgreichsten Bewirtschaftung der Erde und der uns zugänglichen Naturkräfte vereinbar ist. Intranational wie international, im Gegenseitigkeitsverhältnis der Angehörigen der einzelnen Nationen, Staaten oder sonstigen Volkseinheiten, sowie im Verhältnis dieser Gemeinwesen selbst zu einander, will der Socialismus durch Schaffung entsprechender Einrichtungen aller ausbeuterischen Vergewaltigung und knechtenden Ausbeutung den Boden entziehen.

Wenn es bei der Verschiedenartigkeit des Culturstandes der Völker der Erde und der vielen Interessengegensätze nicht wahrscheinlich ist, dass sich in einer nahen Zukunft aller Verkehr wird auf den freien Vertrag begründen lassen, die Menschheit vielmehr noch auf lange hinaus ihre Zuflucht zu Gesetzen wird nehmen müssen, das Gesetz aber stets ein Stück Gewalt in sich trägt, so müssen wir den Fortschritt des vom Socialismus erstrebten Rechtszustandes darin erblicken, dass das Gesetz in ihm die Bekämpfung von Sonderprivilegien und Ausbeutungsquellen zum leitenden Grundsatz hat. Hierin, in der gegen Sonderrecht und Ausbeutung gekehrten Spitze, haben wir das unterscheidende Merkmal socialistischer Gesetzgebung und hierin zugleich dasjenige Element derselben vor uns, das uns berechtigt, sie als den Ausdruck eines höheren Rechtsgedankens zu bezeichnen.

Denn wenn wir die Menschheitsgeschichte verfolgen, werden wir finden, dass die grossen Culturfortschritte in rechtlicher Hinsicht zusammenfallen mit Einschränkungen von Ausbeutungssphären und Ausbeutungsgraden, sowie Ausdehnungen der Rechtsgleichheitsgebiete. Diese beiden Momente sind für unsere heutige Betrachtung untrennbar verbunden. In ihnen bzw. ihrer Combination haben wir auch das Merkmal für die rechtliche Beurteilung moderner Colonisationsunternehmungen.<sup>1)</sup>

Es giebt eine Art von Colonialgründung, gegen die sich im Princip kein Socialist wenden wird: die sogenannte innere Colonisation, die planmässige

<sup>1)</sup> Es wäre hier am Orte, auf die Bedeutung des in unserer Litteratur so viel gebrauchten, aber nirgends auch nur einigermaßen genau definierten Begriffs Ausbeutung etwas näher einzugehen. Die Rücksicht auf die Oekonomie des Artikels zwingt mich jedoch, diese Erörterung auf eine spätere Gelegenheit zu verschieben.

Besiedelung und Urbarmachung von bisher unbebautem oder in Verfall geratenem Land im Bereich des von der colonisierenden Nation selbst bewohnten Gebiets. Ueber die Art und Weise dieser Colonisierung sind weitgehende Meinungsverschiedenheiten möglich, und der Socialist wird, wo sie heute vorgenommen wird, sehr aufzupassen haben, dass mit ihr nicht die Verschleuderung wichtiger Eigentumsrechte der Nation verbunden oder sie dazu gemissbraucht wird, neue Hörigkeitsverhältnisse zu schaffen. Aber grundsätzlich wird sich dagegen, dass im Innern colonisiert wird, sehr selten etwas Vernünftiges einwenden lassen. Vielmehr besteht die Aufgabe der Socialdemokratie darin, für diese Colonisation eine Form zu finden, bezw. für sie Grundsätze aufzustellen, bei deren Einhaltung sie von genossenschaftlichen Verbindungen von Landarbeitern mit Aussicht auf Erfolg übernommen werden kann, und ihre Zustimmung zu Plänen innerer Colonisierung von der Berücksichtigung dieser Grundsätze abhängig zu machen.

Dies festgestellt, können wir für die folgende Untersuchung die Frage der inneren Colonisation ganz beiseite lassen und uns ausschliesslich mit der nach aussen gerichteten oder extensiven Colonisation, der Frage der auswärtigen Colonieen, befassen. Sie ist es, welche heute in erster Reihe die Socialdemokratie als „Colonialfrage“ beschäftigt.

Hier müssen wir nun zunächst einige allgemeine Bemerkungen über die Rolle der extensiven Colonisation in der Entwicklung der Völker und der Cultur folgen lassen, die uns für die Gewinnung eines rationellen Standpunctes in der Frage unerlässlich erscheinen.

Von Colonisation kann in der Geschichte der Menschheit erst von dem Moment an die Rede sein, wo Menschen überhaupt dauernd sesshaft geworden sind und angefangen haben, den Boden zu bearbeiten. Die Colonisation begreift drei wesentliche Momente in sich:

Erstens das der räumlichen Ausbreitung von Stämmen oder Völkern, womit meist zugleich auch als Ursache und Folge ein Wachstum derselben der Kopfzahl nach verbunden ist;

Zweitens das der dauernden Niederlassung auf bestimmtem Gebiet;

Drittens das der Uebertragung einer bestimmten höheren Cultur.

Wo nur eines oder zwei dieser Momente vertreten sind, ist entweder erst Ansatz zu Colonisation, eine Vorform derselben, vorhanden, oder, wenn z. B. ein Nomadenstamm ein Gebiet besetzt, von dem er einen auf gleicher Culturböhe stehenden Stamm verdrängt hat, blosser Besitzwechsel; oder schliesslich blosser Einwanderung und Ueberfall, wie z. B. die Niederlassung der Barbaren in Griechenland und Rom.<sup>2)</sup>

So lange die Menschen von Jagd und Einsammlung leben, colonisieren sie so wenig, wie die Tiere. Von Colonisation kann erst die Rede sein, wo mit der Niederlassung eine Steigerung der Bevölkerungsfähigkeit des besetzten Gebiets verbunden ist. Das heisst, wo infolge der Niederlassung mehr Menschen auf gleichem Gebiet mit mindestens den gleichen Lebensansprüchen zu existieren im stande sind, wie vordem. Das ist der geschichtliche Rechtstitel aller Colonisation von vorher schon besetzten Gebieten. Ohne diese Bedingung ist alle Colonisation genannte Einnahme schon bewohnter Gebiete nackte Eroberung, brutaler Raub.

<sup>2)</sup> Wir sehen hier natürlich von Fällen ab, wo das Wort Colonie im übertragenen Sinne gebraucht wird.

Unter dem Gesichtspunct der Wirtschaft kennzeichnet sich die höhere Cultur vor der niederen dadurch, dass sie auf gleichem Gebiet einer grösseren Anzahl von Menschen zu leben ermöglicht, wie diese: durch die grössere Bevölkerungsfähigkeit, die sie dem Boden — generell der Erde — verleiht. Es geschieht dies theils durch technische Hebung der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit, theils durch bessere Beschützung der Arbeit vermittels erhöhten Rechtsschutzes, Steigerung der Sicherheit in der Arbeit und durch bessere Organisation der Wirtschaft.

An diesem Massstab gemessen, hat, unter sonst gleichen Umständen, die höhere Cultur gegenüber der niederen stets das grössere Recht auf ihrer Seite, hat sie gegebenenfalls das geschichtliche Recht, ja, die Pflicht, sich jene zu unterwerfen.

Keinem Stamm, keinem Volk, keiner Rasse kann ein unbedingtes Recht auf irgend ein Stück der bewohnbaren Erde zugesprochen werden. Die Erde gehört keinem Sterblichen, sie ist Eigentum und Erbe der gesamten Menschheit. Ursprünglich entscheiden erste Occupation und Eroberung, Zufall und brutale Gewalt über ihre Verteilung, später treten zu ihnen Schenkung und Kauf, erschlichene und erworbene Rechte hinzu. Wollen wir nicht in die Epoche des Zufalls und der rohen Gewalt zurückfallen und uns zu Sklaven formaler Rechtstitel, der Rückwirkungen des einmal Gewesenen machen, nicht die Zukunft der Menschheit ihrer Vergangenheit opfern, so müssen wir, sofern wir nicht die Willkür zum höchsten Gesetz proclamieren, sondern nach einem Rechtsprincip handeln wollen, das diese ausschliesst, für die Beurteilung von Conflicten zwischen altem Recht und neuem Bedürfnis auf das im Vorstehenden charakterisierte Culturrecht zurückgreifen. Es ist das einzige, das uns in zweifelhaften Fällen einen festen Anhaltspunct dafür gewährt, wo wir, zwar nicht den einzigen, wohl aber den höchsten, den in letzter Instanz entscheidenden Rechtsgrundsatz für die Beurteilung solcher Conflict zu suchen haben. Für den Kampf zwischen den Rechtsanschauungen und Rechtsansprüchen neuer, aufstrebender und alter, im Besitz befindlicher Classen ein und desselben Volkes oder Culturkreises, wird jeder Socialdemokrat dies ohne weiteres zugeben. Es gilt aber mit derselben Kraft für Conflict zwischen den verschiedenen Völkern und Culturkreisen selbst.

Wenn wir nicht auf der einen Seite das brutale Recht des Starken über den Schwachen oder den ihm zu Grunde liegenden wohlberechtigten Gedanken — es giebt auch ein ethisches Recht des Stärkeren — in seiner brutalsten Form proclamieren oder auf der anderen Seite irgend welchen romantischen, sentimental Schwärmereien für das Schwache, Untüchtige, Unentwickelte, Stehengebliebene zum Opfer fallen wollen, können wir gar nicht umhin, ein solches Recht der Cultur zu formulieren. Aus ihm heraus gelangen wir zu einer zugleich humanitären und vernünftigen Auffassung vom Kampf ums Dasein zwischen Völkern und Rassen.

Wenn keinem Volk und keiner Rasse ein unbedingtes Recht auf irgend ein Stück der bewohnbaren Erde zugesprochen werden kann, so heisst dies nicht die schwächeren, weniger ausgerüsteten Völker für vogelfrei erklären und jeden an ihnen begangenen Länderraub legitimieren. Innerhalb bestimmter Grenzen ist vielmehr auch ihr Recht zu respectieren. Ein Recht begrenzen, heisst noch nicht es aufheben.

Unterstellen wir eine Insel, auf der zwei Völkerschaften wohnen, die eine der Viehzucht mit einigem Ackerbau, die andere der Jagd ergeben. Beide seien gleich stark an Kopffzahl, aber, da die Jagd auf gleichem Flächenraum weniger Menschen ernährt, als die Viehzucht, nehme das Jägervolk drei Viertel, das Hirtenvolk ein Viertel des Bodens der Insel ein. Nun vermehren sich beide Völker, und beiden wird ihr Gebiet zu eng, sie geraten um die Ausdehnung ihrer Anteile in Conflict. Wo wird unsere Sympathie sein müssen? Sicherlich bei den Hirten. Ihr Sieg würde bedeuten, dass eine wachsende Zahl von Menschen auf der Insel leben könnte, der der Jäger, dass die Bevölkerung zurückzugehen, d. h. teilweise auszusterben hätte.

Das ist aber, mit den nötigen Modificationen, das Bild des Kampfes der Culturen auf der Erde. So interessant die Vertreter niederer, ursprünglicher Culturen für den Ethnologen sein mögen, so wird der Sociologe sich keinen Augenblick besinnen, ihr Zurückweichen von den Vertretern höherer Culturen für notwendig und weltgeschichtlich gerecht zu erklären. Uebrigens ist das Zurückweichen von Cultur vor Cultur keineswegs notwendig mit dem Verschwinden der minder entwickelten Rassen und Nationalitäten verbunden. Sofern sie überhaupt entwicklungsfähig sind, können sie dabei ganz gut fahren.

Jede kräftige Rasse und jede kräftige Wirtschaft mit der auf ihr beruhenden Cultur streben nach Ausbreitung, nach Expansion. Dieser Drang ist zu allen Zeiten ein mächtiger Factor fortschrittlicher Entwicklung gewesen. Es wäre daher nichts widersinniger, als wenn Vertreter einer Bewegung, die den gesellschaftlichen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat, systematische Expansionsbestrebungen als etwas an sich Schlechtes verwerfen wollten. Solche Bestrebungen können mit verwerflichen Mitteln und Methoden betrieben werden, und sie können unter Umständen betrieben werden und zu Zuständen führen, wo sie das Gegenteil von Fortschritt bewirken und deshalb verwerflich sind. Aber das trifft nur bestimmte Fälle und nicht das Princip selbst.

So war die Ausbreitung der griechischen Cultur durch die Colonialgründungen der Griechen unzweifelhaft ein Factor grossen Fortschritts, und auch dem Römerreich gebührt das Zeugnis, dass seine weltgeschichtliche Bilanz eine positive gewesen ist, so sehr in einzelnen Fällen die Römer culturzerstörend aufgetreten sind. Dagegen war die Ausbreitung des Reiches der Osmanen, einzelne Fälle ausgenommen, ein rückschrittlicher Factor — der durch militairische Uebermacht erlangte Sieg von Angehörigen einer ziemlich tiefstehenden Cultur über Völker, die schon eine höhere Culturstufe erreicht hatten und durch ihn theils in ihrer Weiterentwicklung aufgehalten und theils sogar weit zurückgeworfen wurden.

Es kann nun die Frage aufgeworfen werden: selbst zugegeben, dass im bestimmten Falle das expansierende Volk oder Reich irgend einem andern Volk gegenüber die höhere Cultur vertritt, kann ihm daraus ein Recht abgeleitet werden, dem andern seine Cultur aufzuzwingen? Oder muss nicht vielmehr jedem Volk das Recht zugestanden werden, sich nach seiner Eigenart zu entwickeln?

Die Antwort wird für unsere Zeit dahin lauten müssen, dass allerdings dies Recht der Entwicklung auf eigene Art möglichst geschont zu werden verdient. Aber gegen seine unbedingte Anerkennung würde unter Umständen die Rücksicht auf Ernährungsmöglichkeiten der Menschen sprechen und spricht

u. a. die Rücksicht auf die Interessen des Verkehrs. Da es weder möglich noch wünschenswert ist, chinesische Mauern zwischen Land und Land oder Culturkreis und Culturkreis zu errichten, muss der höheren Cultur gegenüber der niederen das Recht zustehen, sie zur Schaffung von Einrichtungen anzuhalten, welche die Sicherheit des Verkehrs verbürgen. Ob es gerechtfertigt ist, ein Land zur Oeffnung seiner Grenzen für den Verkehr zu zwingen, ist in hohem Grade eine Frage des Bedürfnisses. Wo kein dringendes Bedürfnis vorliegt, mag jeder derartige Zwang verworfen werden; wo es jedoch besteht, wäre es sinnloser Romanticismus, der Uncultur das Recht einzuräumen, sich als hemmender Wall dem Verkehr der Culturwelt in den Weg zu legen.

Alles Eigentum findet seine Rechtfertigung zuletzt durch den von ihm gemachten Gebrauch. Die Gesetzgebung vorgeschrittener Länder bestätigt dies u. a. dadurch, dass sie Personen, die von ihrem Eigentum einen sinnlosen Gebrauch machen, gegebenenfalls der freien Verfügung über dasselbe verlustig erklärt, sie unter Vormundschaft zu stellen vorschreibt. Niemand erkennt das den betreffenden Bestimmungen zu Grunde liegende Princip williger an, als die Socialdemokratie; laufen doch ihre Bestrebungen zu einem grossen Teil darauf hinaus, seine Anwendung zu erweitern. Was aber von den Individuen gilt, gilt im gegebenen Fall auch von den Völkern. Wenn es sich herausstellt, dass ein von wilden oder halbwilden Stämmen besetztes Gebiet Mineralien birgt, die nirgends anderswo gefunden werden, aber für die Technik in der Culturwelt von ausserordentlichem Nutzen sind, so würde man den betreffenden Stämmen nicht erlauben, die Förderung dieses Materials, von dem sie selbst keinen Gebrauch zu machen verstehen, anderen in Ewigkeit zu verwehren. Genau so, wie man zwischen Culturvölkern angefangen hat, Vereinbarungen über internationalen Vogelschutz, Fischereiregulierungen etc. zu treffen, und im Notfalle berechtigt wäre, die Einhaltung solcher Vereinbarungen gegen eine widersätzliche Nation mit Gewalt zu erzwingen.

Es ist allerdings nicht leicht, im concreten Fall festzustellen, ob ein so grosses Bedürfnis vorliegt, um die Ausübung eines Zwanges zu rechtfertigen; und wo der Egoismus, das Interesse mitspricht, sind missbräuchliche Anrufungen des Bedürfnisses stets zu gewärtigen. Indes, der Missbrauch' eines Principes beweist nicht, dass es falsch oder seine Aufstellung überflüssig ist.

Gewalt und Zwang hat es immer in der Welt gegeben. Die goldene Zeit des Urcommunismus war die goldene Zeit des manchesterlich interpretierten Darwinismus: uneingeschränkte, brutale Herrschaft des Stärkeren. Der Gang der Cultur besteht darin, dieses Recht des Stärkeren zu entbrutalisieren, seine Geltendmachung an Bedingungen zu knüpfen. Es ist ein beständiges Ringen neuer regulierender Grundsätze mit dem Stück Brutalität, das auch heute noch im Hintergrunde jenes Rechtes lauert. Zeitweise wird die Brutalität immer wieder Siege erringen, auf die Dauer aber sehen wir sie doch mehr und mehr an Boden verlieren. Die flache Auffassung, die aus den temporären Siegen der rohen Gewalt und des Egoismus die Wertlosigkeit ethischer Errungenschaften deducierte, hat elend Bankrott gemacht. Die Ethik ist nur da impotent, wo sie im Widerspruch steht mit den übrigen Grundlagen socialen Lebens, sich zu weit von ihnen sublimiert.

In ihrem, an sich sehr zu billigenden Bestreben, dem wüsten, Rache- geschrei wider die Chinesen entgegenzuwirken, haben einige socialistische Blätter

kürzlich u. a. darauf verwiesen, dass die Morallehre der Chinesen sehr viel erhabener sei, als die des Christentums. Das mag richtig sein. Aber, worauf es heute ankommt, ist nicht die Morallehre, sondern die Moralpraxis der Chinesen, ihr Rechtswesen, ihre Verwaltungsmethoden, ihre sittlichen Gewohnheiten. Die Religion der Chinesen ist ursprünglich viel rationalistischer — man kann auch sagen: materialistischer — als die des Christentums. Aber doch besteht heute in China ein weit grösserer und wüsterer Aberglaube, wie in den meisten Ländern, in denen officiell das Christentum herrscht. Man kann der Chinahetze entgegentreten, auch wenn man anerkennt, dass die chinesische Cultur, so alt sie sein mag, und trotz mancher uns durch den Contrast anmutenden Einzelheiten im ganzen doch der europäischen Cultur gegenüber minderwertig ist. Sie ist zwar nicht absolut stationär — es werden auch in China Fortschritte gemacht — aber sie entwickelt sich unendlich langsamer, als die europäische Cultur, ist, an dieser gemessen, passiv, wie ja auch die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Chinesen in der Neuzeit auf wesentliche passiven Eigenschaften beruhen: Gefügigkeit, List, Nachahmung, Beharrlichkeit vermöge der Macht der Zahl.

Die chinesische Rasse dringt heute nicht durch das Mittel kühner Unternehmungen vor, sondern nur noch durch geschmeidiges Wahrnehmen sich anbietender Gelegenheiten. Sie breitet sich nicht durch planmässiges friedliches Colonisieren aus, sondern durch beharrliches Ersitzen von Positionen, in die ihre Angehörigen allmählich und sporadisch eingedrungen sind. Sie ist stark in den Tugenden der Hinfälligen und beschlagen in der Weisheit der Schwachen.

Es giebt eine ganze Reihe von Erklärungen für diese — um den Ausdruck zu wiederholen — passive Disposition einer Volksgemeinschaft, deren Angehörige der Intelligenz und physischen Kraft durchaus nicht ermangeln. Fast alle epochemachenden Erfindungen der Chinesen liegen Jahrhunderte weit in der Geschichte zurück, in den letzten Jahrhunderten haben sie in Bezug auf die Entwicklung der Technik ausserordentlich wenig geleistet. Die — relative — Unfruchtbarkeit der chinesischen Cultur fällt fast chronologisch genau mit der vollendeten Durchführung des Regierungssystems der Mandschu zusammen, unter dessen Einfluss der Druck eines weitverzweigten parasitären Beamtentums dafür sorgte, dem chinesischen Volk die Lust zu Neuerungen immer wieder auszutreiben. Im Interesse der Erhaltung der Dynastie und ihres Systems ward dem wirtschaftlichen Fortschritt systematisch der Boden entzogen, ihm das Wirkungsfeld geflissentlich verengert. Das ausgebildete Parcellensystem in der Landwirtschaft — die intensive Cultur von Zwergbauern — und ein zur äussersten Bedürfnislosigkeit heruntergebrachtes Lohnproletariat sind die angemessenen Begleiterscheinungen und wirksamsten Stützen dieses nicht expansiven oder sogar expansionsfeindlichen Imperialismus. Wäre die menschliche Arbeitskraft in China nicht so unmenschlich billig, so würde der technische Fortschritt wahrscheinlich doch die ihm durch die politische Gewalt und religiöse Einflüsse<sup>3)</sup> gezogenen Schranken mit der Zeit durchbrochen haben. Aber es

<sup>3)</sup> Der hochgradige Ahnencultus der Chinesen wirkt unzweifelhaft auch in der Wirtschaft als conservativer Factor, wobei es ununtersucht bleiben mag, ob er nicht selbst wieder zu einem grossen Teil seine Lebenskraft aus der wirtschaftlichen Stagnation des Landes zieht. Im Zusammenhang einer Entwicklungskette giebt es keine „reinen Ursachen“.

fehlte der Industrie in China mit der nötigen Bewegungsfreiheit nach oben und nach aussen zugleich ein kräftiger Antrieb von unten.

Und hier kommen wir auf den Punct, der uns zu unserem eigentlichen Thema, der modernen Colonialpolitik, zurückführt.

Die Colonisation ist, sofern sie erfolgreich ist, Ausdehnung eines Cultur- und Wirtschaftskreises. Hat die Socialdemokratie, bezw. die Arbeiterklasse derjenigen Länder, die man heut generell als Culturländer bezeichnet, solche Ausdehnung zu wünschen?

Halten wir das Bild der Landwirtschaft fest, so hat die Erfahrung gezeigt, dass Parcellenbauern oder Landarbeiter, denen ein Fetzen Land überlassen wurde, diesem durch intensives Beackern Erträge entlockt haben, wie sie in gleicher Proportion zur Bodentfläche kein Grosslandwirt erzielt, der mit den vorgeschrittensten Mitteln moderner Technik producirt. Und doch würde jene intensive Kleincultur, die als Correctiv und Ergänzung der Grosswirtschaft von hohem Werte ist, wenn sie allgemein vorherrschte, die Gesamtentwicklung der Wirtschaft schwer benachteiligen, zu schweren Verlusten an Zeit und Arbeitskraft führen. Viele arbeitsparende Erfindungen würden nicht gemacht oder nicht angewendet werden, weil es an Antrieb und Spielraum für sie fehlte. Der Erfindergeist würde auf Kleinigkeiten beschränkt bleiben, zu kühnen Plänen der Spannkraft ermangeln. Aehnliches gilt aber auch in Industrie und Handel. Das chinesische Kunsthandwerk erzeugt Producte, die durch die Feinheit der Ausführung selbst dem blasiertesten Europäer Bewunderung ablocken. Aber diese Monumente unermüdlich peinlich-genauer Arbeit sind zugleich Monumente eines im Kleinlichen sich erschöpfenden, das Kleinliche vergötternden Geistes. Wie erbärmlich nimmt sich z. B., wenn man der Sache tiefer auf den Grund geht, trotz ihrer oft erstaunlich kunstfertigen Verschlingungen so eine chinesische Schnitzarbeit neben dem Getriebe eines modernen Walzwerkes aus.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Machen wir das geschichtliche Recht eines Volkes auf Expansion seiner Wirtschaft von ihrer unbedingten Notwendigkeit für seine materielle Existenz abhängig, so wird es in der Praxis stets zweifelhaft sein. Denn wann wäre es möglich, den zwingenden Beweis zu liefern, dass eine Wirtschaft nicht noch intensiver betrieben werden könnte? Das Maximum von intensiver Wirtschaft ist bisher noch niemals erreicht worden und wird auch hoffentlich nicht so bald erreicht werden. Es würde also immer möglich sein, durch Vervollkommnung von Organisation und Technik die Production einer gegebenen Wirtschaft zu steigern. Die Frage ist nur, ob nicht die wirtschaftliche Energie, wenn sie ausschliesslich nach innen gerichtet ist, schliesslich versimpeln und diese Versimpelung auch das übrige sociale Leben erfassen würde, wie wir dies in China vor uns sehen.

Ganz so arg kann es zum Glück in den Ländern europäischer Cultur nicht mehr werden, dazu ist ihr Wirtschafts- und Verkehrsleben schon viel zu international. Aber wo Tendenzen jener Art Geltung erhalten, wie sie seit Jahrhunderten in China vorherrschen, werden sich trotzdem ähnliche Wirkungen wie dort einstellen. Ein Beispiel dafür sind gewisse Erscheinungen in der socialen Entwicklung Frankreichs, gegen welche die vorgeschrittenen Elemente dieses Landes mit so grosser Energie ankämpfen. Frankreich bietet auf der anderen Seite das Beispiel der relativen Unfruchtbarkeit einer politischen Expansion, welche die wirtschaftliche Expansionskraft der Nation weit überschreitet.

Soll die politische Expansion wohlthätig auf die eigene Nation zurückwirken, so muss sie zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit derselben im vernünftigen Verhältnis stehen. Auf eine erschlaffende handelspolitische Protectionswirtschaft lässt sich keine weitausgreifende Colonialpolitik mit der Wirkung aufpfropfen, dass ein gesundes Gebilde daraus hervorgeht. Sicherlich sind Colonieen keine Geschäftsunternehmungen gewöhnlicher Art, und nichts ist daher lächerlicher, als den Wert von Colonieen für ein bestimmtes Land lediglich nach ihrer directen Rentabilität für dessen Fiskus bemessen zu wollen. Ein gesundes Gemeinwesen muss und wird auch in der Lage sein, für weitschichtige Unternehmungen etwas à fonds perdu auszugeben. Thut dies doch auch der moderne capitalistische Unternehmer in seiner Art häufig genug, und was für ihn giltig, gilt sicher in weit höherem Masse für den Staat oder die Nation als Wirtschaftseinheiten. Die Frage der directen fiscalischen Rentabilität ist hier durchaus nebensächlich. Aber auch die wichtigere Frage nach der handelspolitischen Rentabilität colonialer Unternehmungen, nämlich nach der Grösse ihres Handelsverkehrs mit dem Mutterlande, wird zuweilen sehr irrationell gestellt, indem man schon für eine verhältnismässig frühe Zeit grosse Erfolge in dieser Hinsicht verlangt und von ihrem Ausbleiben auf den Unwert der Colonieen für das Mutterland schliesst. Das ist aber eine sehr kleinliche, man ist versucht zu sagen: chinesische Rechnungsweise. Colonieen, die nicht selbst schon eine relativ hochentwickelte Wirtschaft haben, zahlen sich stets nur erst nach langen Fristen. Die Frage ist vielmehr so zu stellen, ob ein zu ihren Kosten im Verhältnis stehender Nutzen der Colonie für das Mutterland überhaupt vernünftigerweise zu erwarten ist, wobei man sich hüten muss, den Begriff des Nutzens zu engherzig auf den Ueberschuss an Geld- oder Geldeswert zu beschränken. Eine Colonie kann von Wert für das Mutterland sein, auch wenn sie zur Expansion von dessen Wirtschaft direct nur wenig beiträgt. Bedingung ist, dass sie die wirtschaftliche Energie der Nation nicht durch Ablenkung eines erheblichen Theils ihrer Kräfte ernsthaft beeinträchtigt.

Letzteres aber gerade ist es, was die gewaltigen Colonialgründungen der Portugiesen, Spanier, Holländer in den ersten Jahrhunderten der capitalistischen Aera thaten. Sie gingen im Lauf verhältnismässig kurzer Zeit weit über das Mass dessen hinaus, was der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der betreffenden Nationen entsprach. In einer Epoche, wo die Production sich noch sehr langsam entwickelte, mussten die Ansprüche, welche die Entwicklung und Erhaltung der riesenhaften Colonialreiche an die colonisierende Nation stellten, sehr bald die eigene wirtschaftliche Entwicklung dieser stören, mussten die Colonieen, statt, wie jedesmal im Anfang, befruchtend, schliesslich zerrüttend auf die letztere wirken.

Auf je höherer wirtschaftlicher Stufe aber das colonisierende Land angelangt ist, um so mehr Colonialbesitz kann es — wie der Vergleich zwischen dem industriell ziemlich unentwickelten Spanien des XVI. und dem manufakturreichen Holland des XVII. Jahrhunderts zeigt — im Verhältnis zur eigenen Volkszahl vertragen und um so länger selbst ein Uebermass von solchem aushalten. Die lähmende Rückwirkung des letztern tritt dann etwas später ein.

Aber sie bleibt dem mit Colonieen überlasteten Lande nicht erspart. England, das in der Reihe der grossen Colonialreiche zuletzt kam, konnte gerade deshalb auch ungleich mehr Colonieen verdauen, wie seine Vorgänger. In der Technik auf den Schultern dieser, insbesondere der Holländer, stehend, entwickelte



es, unter der Rückwirkung seiner erweiterten Märkte, die Manufactur zur grossen Industrie, und, gestützt auf die damit verbundene enorme Ausdehnungsfähigkeit seines Wirtschaftsgebiets — die Möglichkeit, Menschen und Capital in grossen Mengen zu exportieren, ohne die heimische Wirtschaft zu entkräften — baute es das grösste Colonialreich auf, das die Welt noch gesehen hat, und blieb doch zugleich das erste Industrieland der Welt.

Wenigstens für eine lange Zeit. Es liegen aber eine ganze Reihe Anzeichen dafür vor, dass auch England am eigenen Leibe zu spüren haben wird und teilweise auch schon spürt, dass man nicht ungestraft über eine gewisse Grenze hinaus Colonien besetzen kann. Hätte es nicht, durch seine Erfahrungen in den jetzigen Vereinigten Staaten gewitzigt, durch kluge Zugeständnisse denjenigen seiner Colonien, die von einer starken weissen Bevölkerung bewohnt sind, den Antrieb zur Losreissung genommen, so würde sich die schädigende Rückwirkung seines übermässigen Colonialbesitzes schon früher gezeigt haben. Aber mit Canada und Australien als sich selbstregierenden Colonien, auf denen es nichts mehr niederzuhalten hat — die Capcolonie kommt, zur Zeit wenigstens, in eine andere Reihe — kann es selbstverständlich mehr Colonialbesitz bewältigen, als wenn es jene Riesengebiete auch noch zu verwalten hätte. Indes nimmt der Colonialbesitz doch mehr von der Intelligenz und Thatkraft des Landes in Anspruch, als für seine wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft ist, so dass der ihm aus den Colonien zuströmende Reichtum daheim nicht so befruchtend wirkt, als es der Fall wäre, wenn England weniger Colonien zu schützen, zu verwalten und in Schach zu halten hätte. So wesentlich der Stand der Technik für die Volkswirtschaft ist, so bleibt doch deren wichtigstes Element stets der Mensch selbst.

Volkreicher, als Holland und Spanien, auf höherer wirtschaftlicher Entwicklung, als diese, stehend, konnte England einen ungleich stärkeren Abzug von menschlichen Arbeitskräften aller Art aushalten, als diese. Schliesslich ist aber die Anspannung so stark geworden, dass seine internationale Führerschaft in der industriellen Entwicklung darüber in die Brüche zu gehen droht, ja zum Teil schon in die Brüche gegangen ist. Ist es nun auch weder rätig noch wünschenswert, dass ein bestimmtes Land in allen wichtigen Industrien die übrigen Länder überragt, so ist doch für ein so ungemein grosses Colonialreich das Zurückweichen von dieser Stelle geradezu ein Verhängnis. In dem Masse, als es in der technischen Leistungsfähigkeit hinter anderen Ländern zurücktritt, wird die Aufgabe, seinen Colonialbesitz zu halten, immer schwerer, beginnt derselbe, ernsthaft als eine drückende Last empfunden zu werden und auf die Entwicklung des Heimatlandes hemmend einzuwirken. Das seiner Zeit mehr als eine Geistreichelei hingeworfene, wie ernsthaft gemeinte Wort Disraelis von den Colonien als „Mühlsteinen um den Hals der Entwicklung des Mutterlandes“ wird dann zur furchtbaren Wahrheit.<sup>4)</sup>

<sup>4)</sup> Der neueste Beweis dafür ist der Krieg mit den Transvaalboeren, der nur dann vermieden werden konnte, wenn sich die leitenden englischen Staatsmänner dazu entschlossen, den Besitz der Capcolonie im Princip aufzugeben. Das Aufkommen einer neuen, wesentlich holländischen Macht in Südafrika trieb, bei dem Ueberwiegen des holländischen Elements in der Capcolonie und den bekannten Aspirationen der Transvaalrepublik, mit unerbittlicher Konsequenz zu dieser Alternative. Welche Wunden aber dieser Krieg dem Sieger England geschlagen hat, lässt sich noch gar nicht absehen. Nur so viel ist sicher, dass sie die enormen directen Kosten des Krieges bedeutend überschreiten.

England ist politisch und social zu vorgeschritten, als dass sich die Rückwirkung des Drucks seiner Colonialaufgaben in Form directer Reaction äussern könnte. Selbst in diesen Tagen imperialistischer Hochflut hat die Demokratisierung seiner Institutionen weitere Fortschritte zu verzeichnen. Aber wer genauer zusieht, wird bald entdecken, dass das Tempo seiner Reformbewegung sich mindestens relativ — im Verhältnis zu der anderer Länder — verlangsamt, und solches Verlangsamen ist in seiner Wirkung ebenfalls Reaction. Dabei ist noch zu bemerken, dass diese mittelbare oder relative Reaction keineswegs Einrichtungen betrifft, welche in erster Reihe die Arbeiterclassen angehen. Nein, das Charakteristische ist vielmehr, dass auch vieles unterbleibt oder halb gethan bleibt, woran die industrielle und commercielle Unternehmerschaft vor allem interessiert ist. Man denke nur an das Verkehrswesen, dessen wichtigster heimischer Zweig, die Eisenbahnen, in England noch immer Object der privaten Ausbeutung ist. Ferner das schwerfällige und kostspielige Rechtswesen, das geradezu nach Reform schreit. Sodann die Bodengesetzgebung, und noch vieles andere mehr. Der übergrosse Colonialbesitz bewirkt in den bürgerlichen Classen eine Zersplitterung und Ablenkung der Interessen, die es zu keiner so starken Bewegung in diesen Fragen kommen lässt, dass sie dem Widerstand der jedesmal in Betracht kommenden Sonderinteressen gewachsen wäre. Besonders kräftige und centralisierte Industrien helfen sich gelegentlich auf ihre Weise selbst — siehe den Canal von Manchester zum Meere, der die englische Baumwollindustrie in stand setzt, sich gegen den Druck hoher Eisenbahntarife zu wehren. Aber andere leiden um so mehr unter dem Zurückbleiben nötiger Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung.

Kurz, man kann heute auch von Englands Colonialbesitz sagen: weniger wäre mehr. Aber es hiesse das Kind mit dem Bade ausschütten, den offenkundigsten Thatfachen ins Gesicht schlagen, wollte man unter Hinweis auf Einzelercheinungen bestreiten, dass Englands Wirtschaft und damit auch seine ganze sociale Entwicklung aus seiner colonialen Ausbreitung lange Zeit grosse Förderung erfahren, unter ihrer Rückwirkung den grossen Zug erhalten haben, der sie zum Pionier auf dem Gebiete der bedeutsamsten technischen Umwälzungen und socialpolitischen Neuerungen der letzten Jahrhunderte gemacht hat.

Es ist selbstverständlich, dass der wirtschaftliche Vorteil, den ein Land von seinem Colonialbesitz zieht, in erster Reihe denjenigen Classen zu gute kommt, die nach der socialen Verfassung dieses Landes die Macht haben, die Mehrerträge seiner Wirtschaft an sich zu ziehen. Dies ist einer der Gründe, weshalb der wachsende Reichtum von Colonialländern lange Zeit auf die handeltreibende Bourgeoisie und eine dünne Schicht von Beamten, Gewerbetreibenden und Arbeitern beschränkt bleiben, für andere Classen aber mindestens relative, in gewissen Fällen sogar positive Verschlechterung ihrer Lage bedeuten konnte. Aus diesen Fällen aber zu folgern, dass das immer stattfinden müsse, heisst die grossen Unterschiede ignorieren, die sich mittlerweile im Organismus der betreffenden Länder vollzogen haben. Bei ständischer Organisation der Gesellschaft, wie sie im XVI. und XVII. Jahrhundert fast überall in Europa vorherrschte, im XVIII. überwog und in der ersten Hälfte des XIX. noch stark nachwirkte, musste die Rückwirkung jeder Art von Colonie auf das Mutterland eine andere sein, wie nach Aufhebung der Stände und seit der Erstarkung des Einflusses der arbeitenden Classen.

Welch grosser Unterschied zwischen Colonie und Colonie besteht, je nachdem es sich um zur Ansiedlung von producierenden Classen des Mutterlandes geeignete Colonieen, um nur Plantagenwirtschaft gestattende und um reine Handels- und Verwaltungscolonieen handelt, ist bekannt. Wenn ihr Nutzen inles ein sehr verschiedenartiger ist, so kann doch von keiner dieser Arten von Colonieen gesagt werden, dass sie notwendig für die Entwicklung des colonisierenden Landes von Uebel sein müssen. Das kommt stets auf die besonderen Umstände an.

Das Gleiche gilt von der Frage, wie die Colonisierung bzw. coloniale Besetzung von Landgebieten auf die schon vorhandene Bevölkerung dieser zurückwirkt. Die Geschichte der Colonieen ist so überreich an Greueln gegenüber den Eingeborenen, die Europäer haben so lange auf den Colonien Raubwirtschaft in jedem Sinne des Wortes getrieben, dass das Vorurteil, mit dem viele Socialisten an die Colonialfrage herantraten, durchaus verständlich ist. Aber dies Vorurteil, die Erinnerung an die Schandthaten, die im Namen der Civilisation und Religion an Wilden, Halbwilden und Völkern verübt wurden, die schon eine ziemlich hohe Stufe der Civilisation erreicht hatten, darf nicht blind dagegen machen, dass es auch eine andere Seite der Frage giebt. Wenn im Gebiet der Vereinigten Staaten, Canadas, Südamericas, gewisser Theile Australiens etc. heute mehr Millionen Menschen ihre Existenz finden, als ehemals Hunderttausende, so ist dies dem colonisatorischen Vordringen der europäischen Civilisation geschuldet. Wenn heute in England und anderwärts viele nahrhafte und würzige Erzeugnisse der Tropen in den Kreis der Genussmittel des Volkes eingegangen sind, wenn die Weidegründe Americas und Australiens das Fleisch, die weiten Felder dieser Erdteile das Brot von Millionen und Abermillionen europäischer Arbeiter verbilligen helfen, so verdanken wir dies colonialen Unternehmungen. Ohne coloniales Vordringen unserer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel grösser, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein, als dies jetzt der Fall ist. Selbst gegen das Schuldconto der Colonialgreuel gehalten, fällt der Vorteil, den die Colonieen gebracht haben, immer noch sehr tief in die Wagschale.

Damit sind jene Greuel keineswegs nachträglich gerechtfertigt. Denn die Vorteile der Colonisierung konnten ohne sie erzielt werden. Ob ohne jeden Kampf, das ist freilich sehr zweifelhaft. Aber Kampf herrschte auch in den betreffenden Ländereien, ehe die Europäer ihren Fuss hinsetzten, und zwar oft ein sehr blutiger, grausamer, bis zur Vernichtung getriebener Kampf. Nicht, dass sie kämpften, sondern, wie sie kämpften, dass sie durch Vertragsbruch und übermässig provocierendes Verfahren unnötige Kämpfe herbeiführten und als Sieger mit unnötiger Härte und empörender Rohheit verfahren, ist der Vorwurf, den bis in die neueste Zeit hinein zahllose Colonisierer auf sich geladen haben. Es ist kaum übertrieben, zu behaupten, dass bei einigermaßen tactvollem, ehrlichem, auf die Denkweise der Eingeborenen Rücksicht nehmendem Vorgehen neun Zehntel des Blutes, das in den Colonieen vergossen wurde, hätte erspart werden können. Es bleibt ein unverlöschbares Brandmal der Geschichte europäischer Colonisation, dass sie in neun von zehn Fällen mit den Mitteln der Civilisation und den Methoden ärgster Barbarei eingeleitet wurde. Die Nichtswürdigkeiten der räuberischen Colonialeroberer mit dem späteren Nutzen der Colonieen entschuldigen, heisst das Andenken jener Colonisatoren beleidigen, die, wie William Penn, mit anständigen Mitteln gleiche Fortschritte möglich gemacht

haben. Es ist nicht wahr, dass Colonisieren notgedrungen Beraubung und Niedermetzlung von Eingeborenen heisst und unvermeidlich den moralischen und physischen Ruin der Naturvölker nach sich zieht. Wo in der Behandlung dieser humane Grundsätze sich Bahn gebrochen haben, wie jetzt in Nordamerica, Neuseeland, Südafrika, ist auch dem Rückgang<sup>1</sup> der eingeborenen Bevölkerung Einhalt geboten und sind in der Lage dieser erhebliche Verbesserungen erzielt worden. Die Grundsätze solcher vernünftigen und humanen Politik gegenüber den Eingeborenen systematisch zu entwickeln und überall mit Energie auf ihre Beobachtung zu dringen, das ist eine der vornehmsten Aufgaben der Socialdemokratie mit Bezug auf die Colonialfrage. Sich der Colonialpolitik rein negierend entgegenstellen, heisst sich gegen eine Entwicklung stemmen, die heute thatsächlich unvermeidlich ist; die absolute Negation mit der Erklärung begründen, dass die Colonialpolitik notgedrungen Raub und Mord bedeute, liefe, da die Culturvölker viele Tropenproducte gar nicht mehr entbehren können, praktisch auf Sanctionierung von Missbräuchen hinaus, die sehr wohl vermieden und verhindert werden können. Es wäre principiell nichts anderes, als wollte man erklären, dass die moderne Grossindustrie unvermeidlich mit all jenen Greueln verbunden sei, mit denen sie seiner Zeit ins Leben trat, und dass daher die Arbeiterklasse, sofern sie nicht in der Lage sei, die vorhandenen Maschinen kurzerhand zu zertrümmern, ihre Mission darin zu erblicken habe, der Einführung neuer Maschinen jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen und im übrigen sich auf den Zusammenbruch des capitalistischen Systems vorzubereiten.

Wie die Socialdemokratie Auffassungen dieser Art weder in Theorie noch Praxis Folge gegeben hat, so geziemt es ihr auch, hinsichtlich der Colonialpolitik allen romantisch-reactionären Schrullen den Rücken zu kehren und die Probleme, die sie darbietet, im Geiste jener realistischen Kritik zu prüfen, auf Grund deren sie für die socialistische Lehre das Beiwort wissenschaftlich reclamirt. Sache wissenschaftlicher Erkenntnis ist es, das wirklich durch den Zusammenhang der Dinge unvermeidlich Gewordene von dem vermeidlichen zu trennen, und erst wenn diese wissenschaftliche Trennung vorgenommen ist, dann, aber mit um so grösserer Kraft, tritt die Ethik in ihr Recht. Dann können und sollen wir auch den Wilden und Halbwilden gegenüber nach den Grundsätzen der Moral verfahren, wie sie Kant in unübertroffener Klarheit und Genauigkeit entwickelt hat, und deren für unsern Gegenstand wichtigstes sein drittes und höchstes Grundgesetz der Moral ist: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloss als Mittel brauchst“.

Im übrigen ist die bewohnte und die bewohnbare Erde schon so weit unter die Culturnationen theils als Colonialbesitz, theils als Schutz- und Interessengebiet verteilt, dass für die Erwerbung neuer Colonien so gut wie nichts übrig geblieben ist. Es kann sich da eigentlich nur noch um Uebertragung der Herrschafts- oder Schutzherrschaftstitel von Culturnation auf Culturnation handeln. Soweit solche Uebertragung auf friedlichem Wege erfolgt, wird die Socialdemokratie principiell nichts gegen sie einzuwenden haben, sondern sich in jedem Lande nur das Recht der Prüfung des Uebertragungsobjects und der Uebertragungsbedingungen vorbehalten. Aber es ist auch hier die Aera der gewaltsamen Eroberungen noch nicht vorüber. Die fieberhaften Rüstungen zur See,

in denen sich die civilisierten Nationen heute überbieten, haben mit der Colonialpolitik dadurch Zusammenhang, dass sie der Ausdruck der Rivalität dieser Nationen hinsichtlich bestimmter Colonien sind. Indes auch nur so weit. Für die Colonien selbst bedarf es dieser enormen Verschleuderungen von Material und Arbeit durchaus nicht. Man kann deshalb den Marinechauvinismus sehr energisch bekämpfen, ohne darum notwendigerweise colonialpolitischen Nihilismus treiben zu müssen.

Es ist dies um so eher möglich, als wir heute auf einem Punct der Entwicklung angelangt sind, wo die Ausbildung und Aufrechterhaltung guter Handelsbeziehungen zwischen den vorgeschrittenen Nationen von unendlich grösserem Wert für ihr wirtschaftliches Gedeihen, die Ausdehnung ihres Wirtschaftskreises ist, als der Erwerb der zwischen ihnen noch strittigen Colonien oder colonisationsfähigen Gebiete, namentlich, wenn solcher Erwerb Krieg und Abbruch der Handelsverbindungen bedeutet. Im Handel mit den übrigen vorgeschrittenen Nationen liegt, wie die Handelsstatistik zeigt, für jede einzelne von ihnen das Hauptferment des extensiven Wachstums ihrer Wirtschaft. Der Handel mit den nicht schon völlig entwickelten und dem Streit der Nationen entrückten Colonien fällt ihm gegenüber kaum ins Gewicht. Gerade von den heute noch umstrittenen Colonien kann man sagen, dass ihr wirtschaftlicher Wert grösstenteils Zukunftsmusik, und zwar meist Musik für eine noch ziemlich weit hinausliegende Zukunft ist. Deshalb ist es auch so überaus kindisch, zu meinen, es sei von den neueren Colonialgründungen eine Verzögerung des sonst in Kürze bevorstehenden Zusammenbruchs des capitalistischen Wirtschaftssystems zu gewärtigen. Ein Blick auf die Productionsziffern der grossen Industrieländer und die Ein- und Ausfuhr jener Colonien, auf den Bevölkerungszuwachs der ersteren und die Einwanderungsziffern der letzteren, zeigt das Absurde dieser Furcht, ganz abgesehen davon, dass der Socialismus die Frucht sein wird nicht von Stillstand oder Rückgang, sondern von weiteren Fortschritten im Wirtschaftsleben der Völker.

Die Socialdemokratie ist in der Lage, die neueren Colonialprojecte ganz unbefangen auf ihren sachlichen Wert prüfen zu können. In Ländern, die nicht schon colonial überlastet sind, gebietet ihr keine wirtschaftliche Rücksicht, solchen Colonialvorschlägen Widerstand entgegenzusetzen, die sich wirklich als erfolgversprechend erweisen. Bedingung ist dabei, dass den Eingeborenen derjenige Schutz gesichert wird, auf den sie nach Massgabe ihrer culturellen Entwicklung und Bedürfnisse Anspruch haben. Es ist selbstverständlich, dass die Socialdemokratie der natürliche Anwalt der Eingeborenen ist, die unter die Oberherrschaft oder Schutzherrschaft ihres Landes geraten. Ebenso selbstverständlich ist, dass die Zustimmung zu colonialen Unternehmungen jedesmal ein Act des Vertrauens in die überwachende Oberinstanz (Regierung, Volksvertretung etc.) und davon abhängig zu machen ist, dass mit der Unternehmung keine Zwecke verbunden sind, die den Grundsätzen der Socialdemokratie widersprechen.

Es hiesse die Augen dem Lichte des Tages verschliessen, wollten wir uns verheimlichen, dass heute hinter dem Coloniäleifer der Chauvinisten verschiedener Länder sich vielfach derartige Zwecke verbergen, dass es nicht Gründung, sondern Eroberung von Colonien ist, was ihnen vorschwebt, und zwar Eroberung von Colonien, die heute im Besitz anderer Nationen sind. Diesem Colonialchauvinismus steht die Socialdemokratie unbedingt feindselig gegenüber. Sein

Ideal ist der Colonialkrieg zwischen vorgeschrittenen Nationen, den um jeden Preis zu verhindern Pflicht und Selbstinteresse der Socialdemokratie ist. Ich stimme daher principiell durchaus denen bei, die den Kreuzzug wider den Colonialchauvinismus predigen. Aber ich bin der Ansicht, dass dieser Kreuzzug zur Unfruchtbarkeit verdammt ist, so lange dabei nicht zwischen solchen Bestrebungen nach colonialer Ausdehnung des Wirtschaftskreises der eigenen Nation unterschieden wird, welche diese in keinen notwendigen Conflict mit anderen Culturvölkern bringen, und derjenigen Colonialpolitik, die ihre Spitze gegen irgend eine der vorgeschrittenen Nationen der Culturwelt richtet. Nur die letzteren erheischen grundsätzliche Bekämpfung. Denn wenn auch zugegeben werden kann, dass die Ungleichheiten in der Verteilung der Colonieen und der Controle der Seewege heute in keinem Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem Wachstum der verschiedenen Nationen stehen, so ist doch mit um so grösserer Schärfe zu betonen, dass, soweit diese Ungleichheiten wirkliche oder mögliche Benachteiligung der weniger günstig situierten Nationen bedeuten, sie durch consequente Weiterentwicklung des internationalen Seerechts und internationaler Handels- etc. Verträge gehoben werden können, dass die angeblichen Nachteile aber zum Teil heute nur fictiv sind. Was heute, wo keine Nation zur See oder sonst stark genug ist, der übrigen Culturwelt ihren Willen aufzuzwingen, keine Aussicht hat, auf dem Wege friedlicher Verständigung erreicht zu werden, ist der Opfer nicht wert, die Kriege und diplomatische Ränke im Gefolge haben würden.

## Weltfrieden, Militarismus und stehendes Heer.

Von

Paul Göhre.

(Berlin.)

Kein Socialist glaubt, dass der Socialismus heute schon im stande ist, die Entwicklung, die durch die chinesischen Wirren eingeleitet ist, und die möglicherweise zum Weltkrieg führt, aufzuhalten. Er hat Cuba und Kiautschou, Transvaal und Port Arthur nicht verhindern können, er wird bis auf weiteres auch das nicht abzuwenden vermögen, was weiter daraus erblühen wird. Auch Proteste dagegen nützen nichts, selbst der glühendste Protest nicht, den der Pariser Congress, auf dessen Tagesordnung die Frage des Weltfriedens steht, erheben könnte. Proteste haben höchstens agitatorischen Wert, wo die Macht fehlt, sie sofort in die That umzusetzen. Die Regierungen, die jetzt den Krieg gegen China machen, werden über sie ebenso lächelnd hinweggehen, wie sie elegant über den Haager Congress hinwegvoltigiert sind.

Dem internationalen, demokratischen Socialismus bleibt daher auch in dieser grossen Frage des Weltfriedens nur ein Verfahren, eine Taktik übrig. Er muss seinerseits, unbekümmert um das blutige Treiben ringsum, von dem Boden aus, der ihm schon sicher gehört, Schritt für Schritt die Voraussetzungen und Vorbedingungen schaffen, die schliesslich den Völkerfrieden zur That und Wirklichkeit machen können. Einige Hilfsmittel dazu sollen im nachstehenden aufgeführt werden:

Das erste ist, dass der Glaube an den Weltfrieden und seine Möglichkeit noch ganz anders, als bisher, verkündigt und verbreitet wird. Es ist das Verdienst von Jaurès, auf die Macht und Bedeutung dieses Glaubens nachdrücklich hingewiesen zu haben. Der Vorwärts hat — was er gewiss selten thut — zweimal die Hauptstellen von Jaurès' Ausführungen abgedruckt. Und sie verdienen auch an dieser Stelle wiederholt zu werden. „Ich weiss es wohl,“ sagt er, „es erscheint geradezu naiv, in einer Welt stärkster Gegensätze Friedensrufe erschallen zu lassen. Aber es ist die Pflicht und die Grösse des Socialismus, an den Frieden zu glauben . . . . . Glaubt man nicht an ihn, erhebt man sich nicht über die egoistischen Gewalten, die sich gegenseitig bekämpfen, so läuft man Gefahr, sich durch Vernunftsgründe untergeordneter Art mit hineinreissen zu lassen in den allgemeinen Kriegsstrudel . . . Wir Socialisten müssen darum festhalten an dieser idealen Wahrheit; durch die Macht des Glaubens und der Hoffnung auf den Frieden, durch seine Propagierung helfen wir ihn begründen.“ In der That, so ist es. Jeder Glaube, der echt ist, erfüllt den, der ihn hat, gänzlich. Er wird ein Stück von ihm. Und der Gegenstand seines Glaubens mit; denn der Glaube projiciert gleichsam das Object seiner Bethätigung in den gläubigen Menschen hinein. Er durchleuchtet und erfüllt ihn damit. In ihm gewinnt dies Object des Glaubens persönliche und zugleich gegenwärtige Gestalt; denn auch das ist ein Characteristicum echten Glaubens, dass er das, was er glaubt, für bereits gegenwärtig oder doch nahe bevorstehend hält. Wer also an den Weltfrieden glaubt, wird gleichsam ein Stück Personification von ihm. Und wenn dieser Glaube in Millionen lebendig ist, so sind diese Millionen alle irgendwie Personificationen von ihm, eine einzige millionenköpfige Personification. Bis sie schliesslich in der Majorität sind, bis die Gesinnung des Völkerfriedens die Majoritäten der ganzen entscheidenden Welt erfüllt. Bis sie eine Selbstverständlichkeit der Massen, nicht bloss der socialistischen, ist. Und dann möchte man noch die Regierungen sehen, die Weltkriegezüge zu inaugurieren wagten. Sie würden schon an dem hellen Protest der friederfüllten Majoritäten scheitern.

Das zu erreichen, ist aber schliesslich wohl möglich. Es ist in der Friedensfrage nicht so, wie bei reinen ökonomischen und classenpolitischen Zielen, sondern die Dinge liegen da ähnlich, wie beim Kampfe um die lex Heinze. Auch auf diesem Gebiet reicht der common sens, reicht die Sehnsucht nach dem Frieden weiter, als die Grenzen der Partei. Im Grunde ist heute schon die Zahl der heimlichen Friedensfreunde grösser, als man gemeinhin anzunehmen wagt. Nur, dass ihr Glaube an den Weltfrieden noch auf schwächeren Füssen steht. Sie haben noch zu wenig schlagende Beweise für seine wirkliche Möglichkeit. Sie lassen sich darum immer wieder imponieren durch die bekannte Wucht der nächstliegenden Thatfachen. Darum muss die Verkündigung des Glaubens an den Weltfrieden getragen sein von einem Fundament überwältigender Wahrheitsbeweise. Aus der Entwicklung der Menschheitsgeschichte, aus dem Gesichtspuncte der materiellsten Interessen, aus der darwinistischen Weltanschauung, sowie aus der christlichen Religion bieten sich ihrer

übergenuß. Sie sind nur zusammenzustellen und immer, in immer neuen Wendungen zu wiederholen.

Auch die Mitarbeit der sogenannten Friedensfreunde aus dem bürgerlichen und christlichen Lager dürfte dabei nicht zurückgewiesen werden. Bisher pflegte man in unserer Parteipresse deren Agitation mit beissendem Hohn zu überschütten. Und gewiss war sie in sehr vielen Fällen ungeschickt genug, allzu kindlich, allzu wenig die Wirklichkeit beachtend, rein enthusiastisch, bei manchen selbst die reine Heuchelei. Aber die Mehrzahl dieser Leute haben im Grunde doch das eine und hauptsächlichste, was Jaurès und der Vorwärts fordern, sie haben den ehrlichen Glauben an den Weltfrieden. Soweit das der Fall ist, soweit sollten sie uns auch als Mitgläubige, Mitverkündiger, Mitarbeiter willkommen sein.

Vielleicht, dass der Pariser Congress eine Agitation für den Weltfrieden beschliesst und vorbereitet. Gerade die nächste Zeit wäre günstig genug dazu. Im October und November werden in China die Entscheidungen gefallen sein. Hand in Hand damit wird die grosse wirtschaftliche Krise erschienen sein, die heute schon jedem Kundigen erkenntlich genug droht: wenn dann in allen Culturländern die Socialdemokraten und ihre Friedensfreunde die Agitation begännen, an allen Orten Friedensversammlungen inscenierten, in allen Versammlungen die Fülle der Gründe und Beweise ausbreiteten, die ganze Misère unserer Chinapolitik aufrollten — wenn solche Agitation planmässig und allenthalben von Zeit zu Zeit wiederholt würde, ähnlich, wie wir an jedem ersten Mai die Propaganda für den Achtstundentag betreiben, wahrlich, die Saat würde auf diesem Ackerfelde bald aufgehen, als die Saat des ersten Mai. Der Glaube an den Weltfrieden würde wachsen, würde unerschütterlicher werden, würde sich allenthalben offen hinauswagen. Und damit wäre der Verwirklichung des Weltfriedens ein gut Stück die Bahn gebrochen.

Ein zweites Mittel ist die systematische, unermüdliche und unerbittliche Entlarvung des ganzen unsittlichen, heuchlerischen und landsknechthafter Charakters der „Weltpolitik“ der Mächte. Für diesen Punkt bedarf es eigentlich nur eines Hinweises auf die Politik, die der Vorwärts in den letzten Monaten consequent verfolgt, um ihn erschöpfend zu charakterisieren. Sie ist — im grossen und ganzen — das Ideal einer solchen Entlarvungspolitik. Sie bringt alle zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel und Mittelchen zur scrupellosen Anwendung. Sie stellt zu diesem Zwecke die Weltpolitik des Proletariats derjenigen der Mächte gegenüber. Dort Humanität, Toleranz, schrittweise, friedliche Einbeziehung aller Völker der Erde in den Kreis wahren Culturlebens, unter Wahrung der Freiheit, Selbständigkeit und Eigenart jedes irgendwie staatlich organisierten Volksganzen; hier Unterdrückung, Ausaugung, blindwütige, hochmütige Oetroyierung fremder Art und Einrichtungen, Missachtung dessen, was den andern heilig ist, stete Bereitschaft, mit Blut und Eisen seinen egoistischen Machtwillen durchzusetzen. Sie erweist diese Weltmachtpolitik der sog. Culturmächte als auch ihrem eigentlichen Interesse zuwiderlaufend und darum im innersten Grunde blöde und kurzsichtig; sie zeigt, dass sie, ihre Machthaber an der Spitze, ihre massgebenden Classen an der Seite, den materiellen und Wucher-



gewinn, nach dem sie gieren, auf dem eingeschlagenen Wege gerade nicht erreichen werden, dass auch sie hundertmal leichter, eher und reichlicher auf die Kosten ihrer Rechnung kämen, wenn sie eine friedliche, wenn auch geschützte, Welthandelspolitik an Stelle der Politik der gepanzerten Faust trieben. Sie deckt hier das Sprunghafte, da das Unentschlossene und Inconsequente, dort das Unorientierte dieser ganzen Politik auf. Sie enthüllt die Widerstände, die Reibungen, die persönlichen Quertreibereien, die hinter den Coulissen spielen. Sie legt die Gewaltmittel und Gewaltmittelchen bloss, die man heimlich gebraucht, um widerspenstige oder kritische Menschen jenen Zielen unterthänig zu machen. Sie weist auf das heuchlerische Spiel hin, das man mit den höchsten und heiligsten Dingen, wie Patriotismus, Cultur und Christentum, treibt. Sie spielt alle — grossen und kleinen — Beweise für den vorhandenen Widerstreit der Interessen der einzelnen Weltmächte aus, derselben Mächte, die immer von neuem ihre Interessengemeinschaft beteuern. Und das alles bald ruhig darlegend, bald höhnisch spottend; bald in ehrlicher Entrüstung, bald in flammender Begeisterung; das alles, ohne sich berühren zu lassen von den beliebten Anklagen der Vaterlandslosigkeit, jede Anklage vielmehr mit einem Hiebe beantwortend; dabei reisig ablehnend gegenüber dem Zureden falscher oder unkundiger Freunde. Das alles in stahlharter Consequenz, Tag für Tag, Woche für Woche — das thut wirklich, sofern nur die lautere Wahrhaftigkeit und das adelnde Bewusstsein von der Gerechtigkeit der eigenen Position dahinter steht, seine tiefe Wirkung. Wir sehen sie heute schon bei uns. Wie ein Reif liegt es auf unserer gesamten ostasiatischen Action. Die Begeisterung früherer Zeiten will nicht aufkommen; der Zweifel nagt; die Kritik, an der unseren erwacht, arbeitet in vielen weiter.

Und gesetzt nun den Fall, der Pariser Congress beschliesst: diese Politik der rücksichtslosen Entlarvung wird Grundsatz für die Politik aller socialistischen Parteien aller Culturländer, angepasst je den besonderen Verhältnissen der einzelnen Nationen, zugeschnitten auf je die besonderen Specialitäten der einzelnen Regierungen — welche Gesamtwirkung müsste das schliesslich geben! Eine allgemeine Lähmung würde allmählich um sich greifen, bis zu den höchsten und einflussreichsten Stellen, würde sie in ihren Entschlüssen noch wankender, würde das Fiasco endgiltig gewiss machen. So würde, während durch eine gleichzeitige Agitation der Glaube an den Weltfrieden immer mehr verbreitet und befestigt würde, der Glaube an die Weltkriegspolitik der Mächte aufs Tiefste erschüttert. Und damit wäre dem Ideal des Weltfriedens ein neues Stück Wirklichkeitsbodens gewonnen.

Ein drittes Mittel, das ich aber trotzdem nennen muss, ist längst in gesegnetem Schwange: die Pflege der internationalen Beziehungen. Vor allem die der Proletarier aller Länder unter einander. Sie waren da, bevor es noch eigentlich nationale Organisationen des Proletariats gab; sie werden sein, wenn die Bedeutung jener längst in den Hintergrund getreten sein wird. Gegenwärtig freilich scheinen vielfach jene im Vordergrund der Arbeit zu stehen. Ganz natürlich auch, denn sie sind das feste Gebiet, von dem aus die internationalen Verbindungswege zu einander erst end-

giltig gebahnt werden können. Und eben ist man dabei, in Frankreich, Holland, Nordamerika sich wohlgeschlossene nationale Organisationen zu schaffen; dort tritt augenblicklich ganz von selber der internationale Gedanke etwas zurück. Bei den österreichischen Genossen hat die intensivste Beschäftigung mit sich selbst wieder andere Gründe. Sie haben das Problem der internationalen Beziehungen des Proletariats auf der festen Basis nationaler Sonderorganisationen im eigenen Hause, gleichsam in Reincultur, zu lösen, und sie sind im Begriffe, es vorbildlich für alle zu lösen. Das deutsche Proletariat aber, das längst seine feste nationale Organisation besitzt, hat heute schon vor allem auch für die Pflege der internationalen Beziehungen Herz, Kopf und Hände frei. So sollen diese besonders von uns mit allen Mitteln gepflegt werden. Ganz gleich, ob wir dafür mehr Opfer bringen, als die anderen, ganz gleich, ob unsere Gegner uns darob Dummköpfe und gutmütige Träumer nennen. Oder vielmehr: nicht ganz gleich, sondern, je mehr Opfer wir auch für die Festigung internationaler Beziehungen bringen, desto besser. Es wird sich wahrlich einst lohnen. Der deutsche Socialismus ist schon zweimal vorbildlich gewesen: durch seine Wissenschaft und durch seine Organisation. Er kann es hier zum dritten Male werden. Eines Tags werden auch die anderen alle, selbst das englische Proletariat, die Hände ganz frei haben und sie sich reichen zum engsten Bunde — und dann wehe denen, die die Völker in Kriege gegen einander hetzen wollen! Kein Arm aus der Masse wird sich schliesslich erheben, oder doch nur zum Schlag gegen die Attentäter des Völkerfriedens. Und heute schon fürchtet man die Wirkung der internationalen Freundschaftsbeziehungen des Proletariats. Heute schon wagt man auch um ihretwillen manchen kriegerischen Plan nicht mehr zu fassen, wie einst. Sorgen wir, dass jene Frucht schnell wächst; schlagen wir so bald alle kriegerischen Pläne nieder! Gewiss, der Pariser Congress selbst wird ein solcher Schlag werden; ein neues Mittel zur Verstärkung der Garantien für den einstigen Weltfrieden.

Dazu gehört aber noch eine andere Pflicht: die Pflege der vielerlei internationalen Beziehungen der Culturstaaen unter sich durch die socialdemokratische Politik. Auch diese Beziehungen sind ja schon stärker, als der gewöhnliche Deutsche gemeiniglich weiss. Sie sind auch gewiss schon eine neue Zwangsursache zu mancher friedlichen Gesinnung in manchem hohen und nicht hohen Haupte. Sie überall da zu befestigen und zu vermehren, wo das Classeninteresse des Proletariats keinen Schaden dadurch leidet, muss auch künftig ein Hauptstück der socialistischen Arbeit für die Verwirklichung des Weltfriedens sein. Schliesslich verspinnen sich auch diese Fäden immer dichter, so dass keine Nation es mehr wagen wird, sie mit dem Schwerte zu durchhauen. Es wäre vielleicht möglich, dass auch hier der Pariser Congress insofern förderlich eingriffe, dass er versuchte, diejenigen Gebiete parlamentarischer Politik der socialdemokratischen Fraktionen zu bezeichnen, deren gleichmässige Pflege und Bearbeitung diesem Ziele besonders nahe führt.

Das bedeutsamste und wirkungsvollste Hilfsmittel für die endliche Gewährleistung des Weltfriedens wird aber doch schliesslich die Bewältigung des heutigen Militarismus und die Abschaffung der

stehenden Heere sein und bleiben. Und hierfür ist es heutzutage möglich, ein ganzes geschlossenes systematisches Programm zu entwickeln, aus der politischen Praxis der socialistischen Parteien einerseits, aus der socialistischen und der ihr wenigstens in diesem Punkte gesinnungsverwandten Litteratur und Presse andererseits. Man kann es etwa in folgende vier Punkte formulieren.

Erstens: systematischer Nachweis der Friedensgefährlichkeit, Culturfeindlichkeit und wachsenden Leistungsunfähigkeit des Militarismus; Aufdeckung der volksgefährlichen Aufgaben, die man ihm daneben zumutet; Enthüllung der Barbarei und Unsittlichkeit, die durch ihn gepflegt wird, seiner volkswirtschaftlichen Bedenklichkeit im allgemeinen, seiner immensen Kostspieligkeit im besonderen; Darlegung seiner fortwährenden Ausnutzung zu persönlich dynastisch-absolutistischen Sonderzwecken; und so fort. Es wäre Raumverschwendung, hierzu noch mehr Worte der Erläuterung machen zu wollen. Es ist eines der grossen Verdienste der gegenwärtigen politischen Führer des Socialismus, diesen verhängnisvollen Charakter des heutigen Militarismus ganz nackt gelegt zu haben. Wer alle ihre Beweise haben will, braucht nur die Stenogramme der Reichstagsverhandlungen durchzublätern. Da liegt alles Material zusammengehäuft.

Zweitens: unbedingte und unerbittliche Verweigerung aller Mittel für militärische Ausgaben heutigen Systems; unbedingte Ablehnung des jährlichen Budgets, das in seinen Hauptposten ja auch nur eine Zusammenstellung militärischer Aufwendungen ist. Auch diese beharrliche Verweigerungspolitik ist kein blosses trotziges, nutzloses und, wie man meint, für die Socialdemokratie selbst schliesslich gefährliches Kinderspiel; ja, es ist nicht einmal bloss der wirkungsvollste aller Proteste, den auch der letzte Mann im Volke nun schon begreift. Sondern sie wird, je länger, desto mehr, auch von praktischer Bedeutung. Je stärker die socialdemokratischen Fractionen in den Parlamenten werden, desto näher ist die Stunde, wo Militärforderungen scheitern müssen an dem Nein einer socialistisch geführten Majorität.

Drittens: Aufstellung, Formulierung, Darstellung eines neuen, höheren, culturförderlichen militärischen Ideals, des Ideals der Volkswehr. Gerade aus der allerletzten Zeit liegen hierfür abschliessende Fortschritte vor. Der Socialismus hat wirklich heute ein praktisches, politisch ernsthaftes und sofort durchführbares Programm hierfür gewonnen. Namentlich durch Arbeiten Bebel's und neuerdings des französischen Artilleriehauptmanns a. D. Gaston Moch.<sup>1)</sup> Kein Socialist, wenigstens kein deutscher Socialist begnügt sich mehr, wie früher, mit dem blossen Protest gegen den Militarismus. Auch damit nicht, dass er, wie die Genossen einst, eine beinahe regellose, jedenfalls improvisierte Volksbewaffnung erst im Augenblick der Noth für ausreichend hielt. Heute anerkennt vielmehr jeder, dass der Schutz des Vaterlands gründlicher, weitausschauender militärischer Vorkehrungen bedarf; dass diese Vorkehrungen auf Grund aller erprobten militärischen Errungenschaften unseres industrialistischen Zeitalters zu

<sup>1)</sup> Gaston Moch: Die Armee der Demokratie. Uebersetzt von A. H. Fried. Stuttgart 1900; J. H. W. Dietz Nachf.

treffen sind; dass sie aber auch unter strengster Wahrung des demokratischen Charakters unserer Zeit und des einzigen Zwecks der Vaterlandsverteidigung zu gestalten sind; dass die Frage des Kostenaufwandes dafür erst in zweiter Linie berücksichtigt werden darf. Die Konsequenz dieser und ähnlicher Sätze führt aber direct in das Lager der schweizerischen Heeresverfassung hinein. Diese, von Jahr zu Jahr systematisch ausgebaut, ist heute vom Socialismus als die wirkliche, gesunde Verkörperung einer leistungsfähigen, modernen, demokratischen Vaterlandsverteidigung, zugleich als die volle Verwirklichung der alten, echten Scharnhorst'schen Volksheergedanken erkannt und acceptiert. Den letzten grossen Dienst hat uns dabei eben Moch in seinem Buche über die Armee der Demokratie gethan. Er leistet darin nicht mehr und nicht weniger, als dass er nachweist, dass das Schweizer System mutatis mutandis auch für Frankreich möglich ist, ja, dass er darstellt, wie eine solche Heeresverfassung nach Schweizer Muster aus dem eigentümlichen Boden Frankreichs heraus sich organisch gestalten würde, und er giebt zum Schluss seiner Ausführungen sogar einen fertigen, bis ins kleinste durchdachten Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung dieser gewaltigen Reform für den Zeitraum von etwa vier Jahren. Damit ist in der That die Hauptarbeit für diesen wichtigsten Punct geleistet. Die neue militärische Verfassung, die unsere Gegner so spöttisch für grosse Staaten unmöglich erklärten, liegt bis ins einzelste durchgearbeitet vor; es bedarf nur noch auch für Deutschland der nicht allzu grossen Mühe eines Fachmanns, die Parallele zu dem französischen Entwurfe zu ziehen.

Viertens endlich: Bezeichnung des Wegs, der zur Verwirklichung dieses neuen Programms zu gehen ist. Dazu wäre nun freilich entweder sehr viel oder sehr wenig zu sagen, je nach dem Standpuncte, den einer einnimmt. Wer an eine baldige und vor allem volle Eroberung der politischen Macht durch den Socialismus glaubt, wird überhaupt nicht viel von solchem Wege wissen wollen. Bekommt die Socialdemokratie bald die Macht, so führt sie eben dann auch diese Wandlung schnell durch. Wer aber der Ueberzeugung ist, dass man bei jeder politischen Arbeit nicht glauben, sondern nur rechnen, mit den gegebenen Verhältnissen und dem Gesetz der Evolution rechnen darf, der muss einen Weg der allmählichen Durchführung auch dieser Reform zu gehen suchen. Und mir scheint, er ist bereits gefunden; durch jenen der Reichstagsfraction überwiesenen Antrag der Mainzer Parteigenossen zum Stuttgarter Parteitag: „der Parteitag wolle die Reichstagsfraction ersuchen, bei erster Gelegenheit einen Antrag auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit einzubringen.“ Dies scheint sich ganz und gar logisch aus der gegenwärtigen militäirpolitischen Situation zu ergeben: erst hatte man fünf- und vierjährige, dann dreijährige, nun zweijährige Dienstzeit — was liegt näher, als nun die allgemeine einjährige Dienstzeit zu fordern, als den nächsten Schritt, der am leichtesten durchführbar ist? Damit wäre dann vor allem der Anfang eines Bruchs mit dem Princip der stehenden Heere gemacht: in der Zeit, wo die in einem Jahre ausgebildeten Mannschaften entlassen, die Recruten aber eben erst eingestellt sind, würde es kein stehendes Heer in dem bisherigen Sinne mehr geben. Der Militarismus

erhielte dadurch seinen ersten wirklich tödtlichen Stoss. Die Folge dieser Neuerung wäre dann sicher auch die Einführung militärisch-gymnastischer Jugenderziehung. Ohne diese Compensation würde man sich gewiss kaum auf die einjährige Dienstzeit einlassen. Damit wäre aber dann nur ein neues Stück der künftigen demokratischen Heeresverfassung in die That umgesetzt. Und seine unbedingte Consequenz wäre dann sicher wieder die baldige Erfahrung, dass schliesslich auch die einjährige Dienstzeit noch eine überflüssig lange ist. So könnte die Einführung der einjährigen Dienstzeit, die auch sonst natürlich grosse Veränderungen im militärischen Betrebe mit sich bringen würde, die hier nicht des näheren angeführt werden dürfen, schliesslich nichts anderes, als der eigentliche und wirkliche Uebergang zu unserer Heeresverfassung, werden. Man darf dem auch nicht entgegenhalten, dass sich darauf die herrschenden Gewalten nun und nimmer werden sich mit der steigenden Teilnahme an der Herrschaftsgewalt unsererseits noch auf viel mehr einlassen. Und schliesslich werden sie doch stets das kleinere von zwei Uebeln wählen. Das aber wird in ihren Augen dann sicher die einjährige Dienstzeit sein. Ausserdem ist noch zu bedenken, dass schon in der heutigen Heeresverfassung Kräfte und Tendenzen wirksam, und zwar, wie ich glaube, sehr stark wirksam sind, die ebenfalls alle sichtlich auf eine ähnliche Veränderung der jetzigen Dienst- und Ausbildungsweise, wie wir sie fordern, hindrängen.

Endlich dürfte als ein letztes wichtiges Mittel zur Anbahnung des Weltfriedens die immer und immer zu wiederholende Proclamierung; Begründung und vor allem die genaue Durcharbeitung der Schiedsgerichtsidee in Betracht kommen. Auch diese Forderung wird ja längst vom Socialismus erhoben. Aber eine breite Lücke klafft hier doch. Es geht mit der Schiedsgerichtsidee heute, wie mit derjenigen der Volkswehr vor 30 bis 40 Jahren. Sie ist vorhanden, aber sie ist noch nicht bis ins einzelste, wenn ich so sagen darf, technisch durchgedacht; und ebenso ist der Weg zu ihrer allmählichen Verwirklichung noch kaum aufgezeigt. Mir ist wenigstens in der socialistischen Litteratur nichts davon bekannt geworden. Das zu leisten ist aber ebenso nötig, wie es bei der Volkswehridee nötig war. Erst dann können die Gegner mit Erfolg zur Discussion darüber und von da zur Ausführung des Planes gezwungen werden.

Auch ausserhalb socialistischer Kreise ist darüber praktisch noch nicht viel gearbeitet worden. Wenn man Umschau hält, so liegt etwa folgendes vor: der Versuch der bürgerlichen Friedensfreunde mit ihrem Schiedsgerichtsbureau in Bern, die Arbeiten der Haager Friedensconferenz, die internationalen Parlamentariercongresse in dieser Angelegenheit, die paar praktischen Schiedsgerichtsfälle, die Bismarck und andere Staatsmänner gelegentlich herbeizuführen für gut befanden, und endlich mehrere sich einander ergänzende Schriften eines Herrn B. O. T. Schafer und eines Rechtsanwalts Schlieff in Strassburg<sup>2)</sup>. Davon verdienen meines Er-

<sup>2)</sup> Schafer: Hohe Politik. Berlin 1898; Hermann Walther. — Schlieff: Der Friede in Europa. Leipzig; Veit & Co.

achtens die letzteren besondere Beachtung. Es erscheint vielleicht nicht unmöglich, dass auch der Socialismus an sie mit Erfolg anknüpft. Die Ideen, die hier vertreten werden, haben nicht die geringste Verwandtschaft mehr mit irgend welchen der philanthropischen Friedensbewegung. Sie haben nur das Staatsinteresse und von hier aus das Erreichbare im Auge und laufen schliesslich darauf hinaus, ein internationales Processrecht zu schaffen, und zwar nicht durch Verallgemeinerung der bisher schon stellenweise ad hoc ausgeübten Schiedsgerichtsidee, sondern durch Constituierung eines an ein concretes, materielles Recht gebundenen ordentlichen Gerichtshofes, dieses materielle Recht durch Festlegung des jeweiligen status quo zu bilden und es, zunächst nur auf etwa fünf Jahre hinaus, dadurch zu sichern, dass die Beteiligten im Falle eines Contractbruches einen gemeinsamen casus belli gegen den Friedensbrecher sehen. Es ist nicht möglich, diese Idee im Rahmen dieses Artikels weiter zu prüfen und etwa gar socialistisch zu verarbeiten. Das soll einer besondern Arbeit vorbehalten werden. Aber es erscheint möglich, daran zu erinnern, dass hier vielleicht der Punkt aufdämmert, von wo aus ähnlich erfolgreich verfahren werden kann, wie bei der Idee der Volkswehr. Vielleicht jedoch weist auch hierfür der Pariser Congress schneller andere, geeignetere, sichere, nähere Wege. Geschieht es, um so besser. Dann ist damit ein neues Machtmittel zur endlichen allmählichen Verwirklichung des Weltfriedens gegeben.

## Es bleibt bei der Expropriation!

Gedanken zum Pariser Congress.

Von

Paul Kampffmeyer.

(Frankfurt a. M.)

Als August Bebel vor einem Jahre auf dem socialdemokratischen Parteitage zu Hannover das Wort aussprach: „Also es bleibt bei der Expropriation!“, da brach auf allen Bänken des Congresses ein stürmischer Applaus los. Eine Idee schien die grosse Versammlung zu beseelen. In allen Herzen und Köpfen loderte der Gedanke auf, dass die Ueberleitung der privatcapitalistischen Productionsweise in die socialistische nicht ohne umfassende, tiefgreifende Expropriationsacte vor sich gehen würde. Und der Vortrag des Redners war ganz geeignet, diese Ideen in den Seelen aller Delegierten zu wecken. Ein bluttriefendes Stück Expropriationsgeschichte hatte Bebel, soeben in greifbarer Anschaulichkeit seinen Zuhörern vor Augen geführt: die Entstehungsgeschichte des modernen Capitalismus. Und wer an der Hand von Marx Act um Act jenes furchtbaren Dramas, das sich der ursprüngliche Accumulationsprocess des Capitals nennt, gesehen und noch einmal durchlebt hat, der wird das Marxsche Wort nimmer los, dass das Capital von Kopf bis Zeh aus allen Poren blut und schmutztriefend zur Welt gekommen ist.

„Also es bleibt bei der Expropriation!“ Der Inhalt des Wortes Expropriation ist nicht so leicht erschöpft. Wir sprechen heute von einer Enteignung, wenn Schulze den Müller ökonomisch auffrisst. Das ist ein Expropriationsprocess, der nur das Eigentum des Müller dem Schulze in die Hände spielt. An dem Eigentum selbst ist nichts geändert.

Ueber eine derartige Expropriation hätte sich Bebel sicherlich nicht ereifert. Wenn er und mit ihm die führenden Elemente der Socialdemokratie so begeistert für die Expropriation eintraten, dann verstanden sie sicher etwas anderes unter der Expropriation, als einen derartigen, nur zu einem Namen- und Stellenwechsel führenden Enteignungsprocess. Ihnen schwebte eine Expropriation vor, die eine totale neue Rechts- und Eigentumsordnung ins Leben rief. Sie klatschten im Grunde einer Wesensänderung des Eigentums Beifall. Wir haben hier zwei Formen der Expropriation kennen gelernt: eine Expropriation, die nur eine Neuverteilung auf alter, bestehender Grundlage herbeiführt, und eine Expropriation, die das Wesen des Eigentums selbst angreift. Es ist der Gesellschaft wenig damit zedient, wenn ein bestimmtes Grundeigentum vom Grafen Itzenplitz auf den Getreidehändler Schmidt übergeht, ungeheuer viel aber, wenn Itzenplitz wie Schulze nur einen bestimmten Gebrauch von ihrem Eigentum machen können. Die Gesellschaft würde kaum ihres Lebens froh werden, wenn grosse einträgliche Minen durch einen Expropriationsact in den Monopolbesitz einer geschlossenen Arbeitergruppe übergehen würden, die sie lediglich zu ihrem Privatvorteile ausbeutet. Die Natur des Eigentums wäre in diesem Falle unberührt geblieben. Das Eigentum ist nach wie vorher capitalistischer Monopolbesitz. Von ihm sind mit Ausnahme einer kleinen begrenzten Arbeitergruppe alle anderen Arbeiter ausgeschlossen. Ein derartiger unregelter und ungeordneter Expropriationsact könnte ein ganzes Füllhorn socialen Unrechts über die Gesellschaft ausgiessen. Heute haben bestimmte kaufmännische und industrielle Unternehmungen einen ausgesprochenen Monopolcharakter. Sie beherrschen ziemlich unbeschränkt ganze Zweige der Production und Circulation der Waren. Soll die Expropriation nun in erster Linie den Angestellten dieser Unternehmungen zu gute kommen oder der gesamten Gesellschaft? Wenn die einzelnen Arbeitergruppen, wie dies in anarchistischen Schriften mitunter vorgesehen ist, zur Expropriation ihrer Unternehmer schreiten würden, dann dürfte dabei unter Umständen herzlich wenig für die Gesellschaft selbst abfallen. Was haben ferner die Gesellen der Kleinbetriebe, die Commis der Krämerläden, die Knechte der Zwerggüter von der Expropriation ihrer „Ausbeuter“ zu hoffen? Wenig mehr, als das Schwarze unter dem Nagel. Nein, die Expropriation darf keine ziel- und planlose, von der Gesellschaft unregelte sein, und sie muss ferner selbst das Wesen des Eigentums berühren, wenn sie in die Tiefe gehen soll. Was erreicht die Gesellschaft, wenn sie bei einer grossen Expropriation die alte Eigentumsform fortbestehen lässt? Meist nur einen Stellen- und Personenwechsel. Wohlverstanden, meist nur; denn derartige Wechsel können mitunter die Eigentumsform beeinflussen, wenn sie keine exclusiven Züge an sich tragen, und wenn sie nicht den Interessen einer Gruppe allein dienen. Wir setzen aber hier zunächst eine Expropriation voraus, die von seiten monopolistischer Gruppen inscenirt wurde.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ Dieses Bebelsche Wort können wir also nach unserer bisherigen Darstellung nur in dem Sinne verstehen: die Gesellschaft hat durch gesetzlich geregelte Enteignungsacte eine principielle Aenderung der Eigentumsform im socialistischem Sinne vorzunehmen.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ Welche Acte nennen wir Expropriationsacte? Acte, die vor allem den Charakter des Eigentums umgestalten. Diese Acte können sogar, wie wir sehen werden, dem Eigentümer sein Eigentum lassen, und dennoch wälzen sie die sociale und wirtschaftliche Wirkungsweise seines Eigentums total um. Der Eigentümer behält seine Productionsmittel, aber diese Mittel haben gleichsam ihre schaffende, verbende Kraft eingebüsst. Die Productionsmittel haben zum Teil ihre wirklichen, thatsächlichen Kräfte verloren, und die Besitzer dieser Mittel sind daher stückweise enteignet. Die Enteignungs-

acte können ferner von einer wahren lammfrommen Friedlichkeit und Gesetzlichkeit sein, und dennoch packen sie das Eigentum an der Seele an. Solche Expropriationsacte von umwälzender Bedeutung waren die preussische Bauernbefreiung und die Auflösung der Zunftverfassung. Und doch schufen sie neue Eigentumsformen: das freie bäuerliche und das frei schaltende und waltende gewerbliche Eigentum, und doch erzeugten sie zugleich eine neue kolossale Besitzverteilung! Die Bauern traten z. B. bei dieser „Befreiung“ kolossale Ländereien an die gnädigen Herren ab. Hier ging eine Aenderung der Besitzform Hand in Hand mit einem Besitzwechsel. Das wesentlich Neue und Eigenartige an dieser Expropriation war aber die Geburt des freien bäuerlichen Eigentums. Der gnädige Herr verlor sein Eigentumsrecht am Bauer, an dessen Scholle und an dessen Leistungen. Erst hatte diesem Herrn die ganze Person des Bauern gehört und dann nur noch dauernd ein wesentlicher Teil derselben. Der gnädige Herr war in seiner Eigentumssphäre eingeschränkt worden, er konnte nicht mehr dauernd über die Person, die Scholle und die Leistungen des Bauern frei verfügen. Einen Eingriff in sein Eigentum hatte der Zunftmeister ebenfalls zu erdulden. In verschiedenen Ländern Deutschlands — in der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. bis in die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein — hatten bestimmte Gruppen von Zunftmeistern ein ausschliessliches Recht auf die Ausübung des städtischen Handwerks. Sie nahmen einen Teil des städtischen Consums für sich in Erbpacht. Jeder städtische Einwohner war ihnen gleichsam zins- und tributpflichtig. In Frankfurt a. M. war z. B. das Metzgerhandwerk thatsächlich auf eine bestimmte Anzahl von Meistern beschränkt. Sie versahen allein die Stadt mit Ausnahme der „Freischlacht“ mit frischem geschlachteten Fleisch. Da brach in dieses System der erworbenen Rechte die Gewerbefreiheit ein. In Frankfurt a. M. und in allen deutschen Ländern wurde jeder zum Gewerbebetriebe zugelassen. Das hies eine thatsächliche Enteignung der Zunftmeister, die bisher ein ausschliessliches Recht zur Betreibung des Handwerks gehabt hatten. „In ihrem innersten Grunde genommen“, führt Lassalle in seinem System der erworbenen Rechte aus, „beruht aber die Einführung der ‚freien Concurrenz‘ und die Aufhebung der Monopole und Zünfte vielmehr auf dem Gedanken, dass ein ausschliessliches Recht auf Gewerbebetrieb und Absatz, d. h. ein Recht darauf, dass andere Personen an sich erlaubte Handlungen nicht vornehmen dürfen, unmöglich Privateigentum des Individuums sein können“. Es handelt sich um „die Aufhebung der Eigentumsfreiheit des Eigentümers, diese und jene Bestimmung über sein Eigentum treffen zu können“, es „vermindert“ sich also der „Umfang des Eigentumsrechts“. Und bei dieser Gelegenheit entwickelt Lassalle den geistreichen Gedanken, dass der culturhistorische Gang der Rechtsgeschichte dahin führt, „immer mehr die Eigentumssphäre des Privatindividuums zu beschränken, immer mehr Objecte ausserhalb des Privateigentums zu setzen“ . . . „In socialer Beziehung steht die Welt an der Frage, ob heute, wo es kein Eigentum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines anderen Menschen mehr giebt, ein solches auf seine mittelbare Ausbeutung existieren solle, d. h. gründlich: ob die freie Bethätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschliessliches Privateigentum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuss (Capital) sein und ob folgeweise dem Unternehmer als solchen, und abgesehen von der Remuneration seiner etwaigen geistigen Arbeit, ein Eigentum an fremdem Arbeitswert (Capitalprämie, Capitalprofit, den sich bildet durch die Differenz zwischen dem Verkaufspreis des Products und der Summe der Löhne und Vergütungen sämtlicher, auch geistiger Arbeiten, die in irgend welcher Weise zum Zustandekommen des Products beigetragen haben), zustehen solle. Das Wort emancipieren, welches man jetzt in einem verwischten und den Sprechenden undeutlichen Sinne auf jedes Freiheitsbestreben anzuwenden pflegt, ist gerade dann ganz



zutreffend, wenn man es in seinem ursprünglichen strengen Sinn auffasst: *e mancipio*, ausser dem Eigentum erklären.“

Die freie Bethätigung der Arbeitskraft soll ausserhalb des Privateigentums des Besitzers der Produktionsmittel gesetzt werden. Das ist das grosse Ziel der Emancipationsbewegung der Arbeiterschaft. Die Eigentumssphäre dieser Besitzer muss also eingeschränkt werden. Und ein Einschränkungsmittel von durchgreifender Kraft hat die Gesellschaft in ihrer staatlichen Gesetzgebung in der Hand. Sie erklärt dem Capitalisten Du hast nur das Recht auf eine achtstündige Benutzung der Arbeitskraft; sie schreibt ihm die Bedingungen, unter denen er die Arbeitskraft functionieren lassen kann, genau vor. Setzt man aber immer mehr bestimmte Objecte ausserhalb der Machtsphäre des capitalistischen Privateigentums, so entleert man dieses im wachsenden Masse. Man höhlt es aus. Die Lassallesche culturhistorische Enteignungstheorie deckt sich im wesentlichen mit der viel umfochtenen Aushöhlungstheorie Davids.

Die staatlich organisierte Gesellschaft hat von jeher die Grenzlinien des Privateigentums gezogen. Sie bestimmte den Umfang des feudalen, wie des bürgerlichen Eigentums. Bei der Betrachtung des Eigentums muss man neben der Thatsache, dass diese oder jene Produktionsmittel Privateigentum sind, stets die rechtliche Machtsphäre der Produktionsmittel würdigen. Vielleicht verdeutlicht das schon erwähnte Beispiel des Frankfurter Zunftmeisters unsern Gedanken. Dieser Metzgermeister besass in seinen jungen Jahren, um 1861, das Privilegium, mit einigen Dutzend Metzgern die freie Reichsstadt mit frischem Fleisch zu versorgen. Sein Privileg wird 1864 aufgehoben. Er behält die gleichen Produktionsmittel bei und beschäftigt die gleiche Zahl von Arbeitskräften. Und trotzdem ist eine totale Aenderung in der socialen Wirksamkeit seines Eigentums, seiner Produktionsmittel eingetreten. Sein Eigentum hat nicht die gleiche werbende Kraft, wie vordem, er beherrscht nicht einen so grossen Kundenkreis, wie früher. Die Herrschaft seiner Produktionsmittel, seines Eigentums ist eingeengt worden. Und derselbe brave Metzgermeister muss es in seinem Greisenalter am Ausgang des XIX. Jahrhunderts erleben, dass man sein Schlachthaus und seinen Laden unter bestimmte sanitäre Verordnungen stellt, und dass tiefgreifende Arbeiterschutzgesetze die Beschäftigung seiner Gesellen regeln. Er klagt Stein und Bein über diesen Einbruch in sein Privateigentum. Er ist nicht mehr Herr im Schlachthaus und im Laden, er darf seine Gesellen nicht nach Belieben schaffen lassen. Seinem Eigentum, seinen Produktionsmitteln ist abermals eine Schranke gesetzt worden. Sie erhielten gleichsam einen anderen socialrechtlichen Charakter. Und die als Staat organisierte Gesellschaft war es, die dem Eigentum, den Produktionsmitteln diesen Charakter aufprägte. Sie hat sich stets das Recht der Eigentumsgestaltung vorbehalten. Und so frei sie mit dem absoluten Eigentum an der Person des Menschen umgesprungen ist, so frei wird sie auch mit dem teilweisen Eigentums- und Nutzungsrechte am Menschen schalten.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ Der culturhistorische Expropriationsprocess stellt immer mehr Objecte ausserhalb der Sphäre des Privateigentums. Und dieser Process ist heute mitten in der Arbeit. Das Verkehrswesen, das Gefässsystem des heutigen wirtschaftlichen Organismus, ist heute schon zumeist in gesellschaftlich-staatliches Eigentum übergeleitet worden. Von dem Centrum der Gemeinden breitet sich ein vielmaschiges Netz collectivistischen Wirtschaftens aus. Schon weit in das Gebiet der Hausung hinein erstreckt sich in England die Wirksamkeit der Gemeinde.

Doch ein Einbruch in das capitalistische Privateigentum erfolgt noch von anderer Seite. Hier zwingt die Gewerkschaft den Unternehmern einen collectiven Vertrag über die hauptsächlichsten Arbeitsbedingungen ab, und dort dringt in alle Poren der bürgerlichen Gesell-

schaft das genossenschaftliche Eigentum ein. Es bildet sich in der heutigen Gesellschaft eine Form des Eigentums aus, die entschieden die Ausschliesslichkeit des capitalistischen Eigentums abstreift und sich weit der unbemittelten Classe öffnet. Groschenweise kann sich der englische Arbeiter einen Anteil an den Riesenunternehmungen der englischen Consumvereine erwerben. Hier ist ein Collectiv Eigentum im Werden begriffen, das im diametralen Gegensatz zu dem monopolistischen Capitaleigentume steht.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ Diesen Gedanken können wir aus voller Ueberzeugung unterschreiben, denn er leuchtet aus der ganzen neueren historischen Entwicklung des Eigentums hervor. Aber diese unsere historische Auslegung des Expropriationsbegriffes erschöpft keineswegs den Sinn des Babelschen Wortes. August Bebel will offenbar seinen Ausspruch so verstanden haben, dass der Staat als die politische Organisation der Gesellschaft auf einer Stufe der Entwicklung die Ueberführung des capitalistischen Eigentums in socialistisches durch die Gesetzgebung in die Wege leitet. Und auch in dieser Form können wir dem Ausspruch unseren vollen Beifall spenden. In der That werden auf einer gewissen Stufe der Entwicklung immer die ökonomischen und socialen Neugestaltungen durch staatliche Actionen consequent durchgebildet und zur Vollendung gebracht. Das ist die sogenannte revolutionäre Epoche einer aufstrebenden Classe. Aber dieser Epoche sind eben die Neubildungen vorausgegangen. In der feudalen Geschichtsepoche treten zum Schluss Grossgrundbesitzungen mit rein capitalistischen Zügen auf. „Der capitalistische Charakter“, bemerkt einmal Kautsky sehr richtig, „den die Landwirtschaft annahm, wurde durch die Leibeigenschaft und Hörigkeit, die ihm anhaftete, nicht verwischt, sondern verzerrt“. Auf dem Boden der feudalen Gesellschaftsordnung schoss ferner der capitalistische Grossbetrieb in der Form der Manufactur auf. In ihm fasste die capitalistische Hausindustrie Wurzel. Der absolute Staat erweiterte die enge Zunftverfassung und hegte und pflegte die Manufacturbetriebe. Und heute sehen wir inmitten der capitalistischen Privatproduction umfangreiche Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsbetriebe aufspriessen. Der Staat engt ferner gesetzlich die Machtsphäre des capitalistischen Privateigentums mehr und mehr ein.

„Es bleibt bei der Expropriation!“ Denn die Enteignung ist der Weg zur Freiheit. Die industrielle Entwicklung hat den Produktionsmitteln einen gesellschaftlichen, einen collectivistischen Charakter aufgeprägt. Das kleine Werkzeug war eine Organprojection des individuellen Menschen, die Maschine ist eine Projection des vergesellschafteten Menschen. Sie ist eine Combination zahlreicher menschlicher Thätigkeiten. Und die Organe der zusammenarbeitenden Menschen sind gleichsam nach aussen gestellt worden. Der in der Maschine steckende vergesellschaftete Mensch wirkt sich seiner riesigen Kraft entsprechend in weiten gesellschaftlichen Dimensionen aus. Das kleine Werkzeug mit seiner zwergenhaften Kraft berührte nur die Lebensinteressen sehr weniger Menschen. Es wurde nur vom Individuum und nur für wenige Individuen angewendet. Und das Individuum war völlig mit seinem Werkzeug verwachsen. Sein Werkzeug war gewissermassen nur ein verlängertes Organ von ihm. Es steckt von ihm etwas Individuelles, Eigenes im Werkzeug; es war in der That sein Eigentum. Die Maschine dagegen ist eine Verbindung vergesellschafteter menschlicher Organe. Diese Organe sind von der Gesellschaft losgelöst, sie sind eine ausserhalb des Menschen stehende Macht geworden. Einzelne gesellschaftliche Gruppen haben sich diese angeeignet. Die Gesellschaft hat ihre Herrschaft über ihre eigenen Organe verloren. Sie greift nach ihnen und verleibt sich diese wieder ein. Das ist die gefürchtete socialistische Expropriation des capitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Und nach Befreiung der grossen, ihrem Wesen nach collectivistischen

Productionsmittel aus der Machtsphäre der Privatcapitalisten handhabt die Gesellschaft ihre Produktionsorgane bewusst und planmässig im gesellschaftlichen Interesse. Sie hat eine Befreiungsthat, sondergleichen vollbracht. Den Weg zu diesem Ziele haben wir kurz angedeutet: Die Gesellschaft wirft alle die Betriebe, die ihrem Charakter nach schon gesellschaftlich, collectivistisch sind, aus dem Privateigentum heraus. Das ist ein allmählicher historischer Process, der wegen seiner Complicirtheit überall auf ein planmässiges Eingreifen des Hauptorgans der Gesellschaft, des Staates, hinweist. In welchem Umfang nun und im Interesse welcher Gesellschaftsclassen dieser Process staatlich beeinflusst wird, das hängt von der ökonomischen und politischen Macht und Stärke der einzelnen socialen Classen ab. Die Abstreifung der feudalistischen Eigentumsformen vom socialen Organismus war in den verschiedensten Culturländern eine absolute Notwendigkeit geworden, aber jedes Land vollzog gemäss seinen eigenen ökonomischen und politischen Machtverhältnissen diese Abstreifung. So hatte der wirtschaftlich und staatlich sehr ohnmächtige preussische Bauer im Gegensatz zum französischen ungeheure Opfer an Land und Geld aufzubringen, um sich in einen freien Eigentümer zu verwandeln und seine Scholle von den drückenden Feudallasten abzulösen. In dem grossen welthistorischen Umwälzungsprocess des Capitalismus in den Socialismus hängt das Mass und die Grösse der Entschädigungen an die Besitzer der Produktionsmittel von der Macht der arbeitenden Classe ab. Und deshalb hat diese Classe ein Lebensinteresse an dem weiteren Ausbau ihrer ökonomischen und politischen Machtorganisationen. Und zur frisch-fröhlichen Förderung dieses Ausbaus regen Bernsteinianer und Antibernsteinianer emsig und unverdrossen ihre Hände.

## Allgemeines Wahlrecht und directe Gesetzgebung durch das Volk.

Von

Otto Lang.

(Zürich.)

In der Gedankenwelt der utopistischen Socialisten spielten die demokratischen Forderungen keine hervorragende Rolle. Der humanitäre Socialist, der an die siegreiche Kraft des Guten glaubte, brauchte zur Verwirklichung seiner Ideen die Demokratie so wenig, wie der Romantiker, welcher auszog, um in einem kühnen Handstreich mit ein paar hundert oder tausend Getreuen die Welt dem Socialismus zu erböbern. Zu einer ganz anderen Wertschätzung der Demokratie gelangte naturgemäss der ökonomische Socialismus, der in der socialistischen Gesellschaft das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung erblickt. In diesem Zusammenhang betrachtet, erweiterte der Socialismus sich von selbst zur Socialdemokratie. Die Demokratie erscheint uns nicht nur als die Form für das Gemeinschaftsleben der künftigen Gesellschaft, sondern wir erblicken in ihr auch das Mittel, und jedenfalls ein Mittel, um diese Gesellschaft zu begründen. Den nächsten Anknüpfungspunct bot die Theorie vom Classenkampf. Das Proletariat erkennt allmählich den Classencharakter der bürgerlichen Gesellschaft und gewinnt, gewitzigt durch tausend üble Erfahrungen, Verständnis für seine besonderen Classeninteressen. Indem es diese zu wahren sucht, gelangt es in feindlichen Gegensatz zur Bourgeoisie, der sich in dem Masse verschärft, in welchem es lernt, die ihm zu Gebote stehenden Waffen wirksam zu führen und sich neue Waffen zu schmieden. So lange der Arbeiter

nur den wirtschaftlichen Kampf gegen seinen Arbeitgeber führte, fühlte er sich in der Hauptsache als Angehöriger seines Berufes und kam aus dieser Isolierung nicht heraus. Das Verhältnis änderte sich aber, als er mit bestimmten Forderungen an den Staat herantrat: Dem gemeinsamen Gegner gegenüber gab es gemeinsame Interessen, die sich nur durch gemeinsames Wirken verfolgen lassen. Das Einigende war nicht mehr die Zugehörigkeit des Arbeiters zu einem bestimmten Beruf, sondern die Classenlage, die für alle annähernd dieselbe ist. Daraus ergab sich ohne weiteres die Notwendigkeit der politischen Organisation und als erstes Gebot die Er kämpfung politischer Rechte. In der Geschichte des Emancipationskampfes des deutschen Proletariats hat kein Abschnitt einen so dramatischen Verlauf genommen, wie jene Jahre, in denen Lassalle versuchte, mit dem Zauberwort des allgemeinen Wahlrechts gleichsam über Nacht eine starke politische Organisation zu schaffen, von der er hoffte, sie werde bereits jenes feste Gefüge besitzen, welches doch nur das Ergebnis jahrelanger harter Arbeit sein konnte. In diesem Irrtum wurzelt die Tragik im Leben Lassalles. Hätte er nicht den Glauben besessen, dass, wenn nur einmal das Banner mit der Losung: Kampf fürs allgemeine Wahlrecht! entfaltet sei, die ganze Arbeitermasse sich hinter ihm in unabsehbarer und unbesiegbarer Schlachtlinie aufstelle, so würde ihm jene siegesfreudige Begeisterung gefehlt haben, aus der er die Kraft zu seiner Riesenarbeit schöpfte. Dann hätte seiner Persönlichkeit jener Glanz des schöpferischen Genius und der Reiz des Heldenhaften gefehlt, von dem die Arbeiterschaft mit Recht ihr Teil für sich und ihre Bestrebungen in Anspruch nahm.

Wir sind nüchterner geworden. Aber wenn auch die junge Arbeiterbewegung im Irrtum die Kraft zum Leben fand, so bedeutete für die erstarkte Arbeiterbewegung die Wahrheit doch nicht den Tod. „Geben Sie mir“, so rief Lassalle aus — „geben Sie mir 500 000 Arbeiter, die meinem Verein beitreten, und die Reaction ist nicht mehr“. Die Zahl der socialdemokratischen Wähler hat längst die Million überschritten, und die Reaction zeigt so viel Unternehmungslust, wie irgend ein Bankerotteur, der mit fremdem Gelde speculiert. Aber der Kampf um die Demokratie ist, sei's trotzdem, sei's gerade deshalb, noch nie mit solch tiefem Ernst und aus so klarer Erkenntnis seiner Notwendigkeit heraus geführt worden; wie heute.

Ebenso wichtig, wie die räumliche Ausdehnung des Kampfplatzes ist die andere Thatsache, dass wir den demokratischen Gedanken auf immer neue Gebiete anzuwenden und ihm im ganzen öffentlichen und gesellschaftlichen Leben Geltung zu verschaffen suchen, mit dem grössten Erfolg wohl in der Communalpolitik — ein Feld, das wir bis vor wenig Jahren fast völlig brach hatten liegen lassen.

An die Forderung des allgemeinen directen Wahlrechtes knüpfte sich diejenige der directen Gesetzgebung durch das Volk. Mit der Aussicht auf Verwirklichung tritt zunächst freilich nur die erstere auf. Ihr kommt zu statten, dass sie sich schon vom Standpunct der Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz rechtfertigen lässt und deshalb auch bei einer beträchtlichen Zahl bürgerlicher Idéologen Unterstützung findet. Diese treten freilich für das allgemeine Wahlrecht ein, nicht weil sie darin ein Mittel des Classenkampfes erblicken, sondern umgekehrt in der irrigen Vorstellung befangen, dass dies Stück politischer Gleichheit an sich schon die Classengegensätze überwinden helfe und

alle Volksgenossen einander nähere. Von Bedeutung für die praktische Politik ist auch die leichte Durchführbarkeit des allgemeinen Wahlrechtes. Die technischen Schwierigkeiten sind — im Gegensatz zur directen Volksgesetzgebung — gering. Der Grundsatz ist durchsichtig und leicht verständlich und auf kleine Wahlkreise ebenso anwendbar, wie auf grosse.

Die Erfahrung zeigte aber bald, dass mit der grundsätzlichen Anerkennung des allgemeinen Wahlrechtes wenig gewonnen ist, wenn die Ausübung desselben nicht mit den nötigen Garantien umgeben wird. Die socialdemokratischen Parteiprogramme begnügen sich deshalb nicht mit der nackten Forderung, dass die Parlamente aus allgemeinen und directen Wahlen hervorgehen sollen sondern sie umgeben den Hauptpunct mit einer Garnitur anderer Postulate, die die Garantie dafür erhöhen sollen, dass in den Wahlen der wahre Wille des Volkes zum Ausdruck kommt. Das Gothaer Programm gab dem Wahlrecht, das wir uns selbstverständlich nur als „allgemeines, gleiches und directes“ vorstellen, im einzelnen folgende Ausgestaltung: Die Stimmabgabe soll 1) geheim sein; 2) obligatorisch; 3) das Wahlrecht soll allen Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an zustehen; 4) an einem Sonntag oder Feiertag ausgeübt werden können; 5) bei allen Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde zur Anwendung kommen.

Das Erfurter Programm übernahm die unter 1, 3, 4 und 5 aufgeführten Forderungen und ergänzte dieselben durch folgende neue Postulate: Proportionales Wahlsystem, Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung, zweijährige Gesetzgebungsperioden, Entschädigung für die gewählten Vertreter und endlich Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte ausser im Falle der Entmündigung. Die Forderung, dass das Wahlrecht allen Reichsangehörigen einzuräumen sei, wird durch den Zusatz: ohne Unterschied des Geschlechtes näher bestimmt.

Die Gründe, die zu dieser Erweiterung unseres Programmes führten, sind den Lesern der Socialistischen Monatshefte bekannt. Der Ausdruck zweijährige Gesetzgebungsperiode würde richtigerweise durch zweijährige Amtsdauer ersetzt. Denn die gesetzgeberische Arbeit ist sachlich eine continuirliche und wird, man möchte fast sagen: leider, durch die Neuwahlen nicht unterbrochen. Die Forderung, dass die Wahlen nach einem proportionalen Wahlsystem vor sich zu gehen haben, hat auf dem Erfurter Parteitag keine Anfechtung erlitten. Wir wissen nur, dass manche Genossen sich von der Berechtigung dieser Forderung nicht haben überzeugen lassen.

Die Forderung der directen Gesetzgebung durch das Volk ist erstmals nicht von socialistischer, sondern von demokratischer Seite aufgestellt worden, und zwar mit einer Begründung, die wir nur teilweise als richtig anerkennen konnten. Der alten bürgerlichen Demokratie erschien die Welt in etwas anderem Lichte, als uns. Die Lehre vom Classenklampf erweckte ihr stets ein Missbehagen. Für sie handelte es sich darum, die Interessen des „Volkes“ gegenüber den Sonderinteressen einzelner Individuen, etwa noch gegenüber den „Jesuiten“ und „Aristokraten“ zur Anerkennung zu bringen. Und als das sicherste Mittel hierfür wurde die directe Gesetzgebung durch das Volk empfohlen. Die Verfasser des Gothaer Programms übernahmen diesen Ausdruck ohne weitere Andeutung, in welcher Form das „Volk“ seine gesetzgeberische Aufgabe erfüllen soll und kann. Man darf wohl annehmen, dass sie selber keine ganz

klären Vorstellungen mit jenem Ausdruck verbunden. Es handelte sich dabei mehr darum, die Richtung unserer Bestrebungen anzudeuten, als der praktischen Politik einen in naher Zeit schon erreichbaren Zielpunct zu geben. Rittinghausen hat ein Verfahren ausgeklügelt, das es ermöglichen soll, die jetzt von den Parlamenten verrichtete Arbeit durch das Volk besorgen zu lassen. Das grösste Verdienst seiner Aufsätze — sie sind vor einigen Jahren gesammelt, unter dem Titel: Directe Gesetzgebung durch das Volk, neu aufgelegt worden — ist ein negatives: er führt sich selbst ad absurdum und beweist nur eines unzweifelhaft, dass von einer wirklichen Volksgesetzgebung, welche das Parlament überflüssig machen würde, nicht die Rede sein kann. Das in diesem Programmpunct eingeschlossene Problem besteht darin, Formen zu finden, in denen das Volk noch in anderer Weise auf die Gesetzgebung einwirken kann, als durch die Wahl der gesetzgebenden Körperschaft. Das nächstliegende Mittel ist die Volksabstimmung, das Referendum: Die vom Parlament ausgearbeiteten Gesetze werden den Stimmberechtigten zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Die Anhänger der directen Volksgesetzgebung legten aber grösseres Gewicht, als auf diese Censur, auf das Gesetzesvorschlagsrecht des Volkes: die Initiative. Kann es vermittels des Referendums nur Begehungssünden gut machen, so hat es in der Initiative das Mittel zu schöpferischer Thätigkeit, die es überall da entfaltet, wo das Parlament sich eine Unterlassungssünde zu schulden kommen lässt. Seine Souverainität erschöpft sich also nicht in dem einen Act der Wahl der Vertretung. Die oberste Staatsgewalt wird auch nachher vom Volk ausgeübt: von seinem Entscheid hängt es ab, ob die Beschlüsse des Parlamentes Gesetzeskraft erlangen sollen, oder nicht, und es behält sich jederzeit das Recht vor, selber Gesetze zu erlassen oder den Erlass von solchen anzuregen. Genauer gesprochen: das Parlament wird zur antragstellenden Behörde; seine Beschlüsse haben die Bedeutung von Anträgen, über welche das Volk abzustimmen hat. Andererseits gehen die Initiativvorschläge nicht vom „Volk“ aus, sondern von einer grösseren oder kleineren Zahl stimmberechtigter Personen, und diese Initianten nehmen gegenüber dem Volk die gleiche Stellung ein, wie das Parlament: Die Initiativvorschläge stellen ebenfalls Anträge zu Händen der Stimmberechtigten dar, auch wenn sie, bevor sie zur Abstimmung gelangen, dem Parlament zur Beratung oder Begutachtung überwiesen werden.

Daraus ergibt sich zunächst, dass, mag das Volk sich in noch so reger Weise an der Gesetzgebungsarbeit beteiligen, das Parlament nicht überflüssig oder auch nur bedeutungslos wird. In der Mehrzahl der Fälle wird die Initiative zu neuen gesetzgeberischen Erlassen von ihm, nicht von den Stimmberechtigten ausserhalb des Parlamentes, ausgehen. Aber auch, wenn das letztere der Fall ist, so wird die Volksvertretung Initiativvorschläge wenigstens dann im Détail auszuarbeiten haben, wenn dieselben in die Form einer allgemeinen Anregung gekleidet sind. Endlich kommt dem Parlament die wichtige Aufgabe der Budgetberatung und der Aufsicht über die ganze Verwaltung und Rechtsprechung zu, also eine Function, von der nicht einzusehen ist, wie sie vom „Volk“ oder einzelnen Gruppen der Stimmberechtigten ausgeübt werden soll.

Diese Auffassung wird auch von denjenigen geteilt, die sich über den Sinn des Programmpunctes: directe Gesetzgebung durch das Volk geäussert haben. So von Schoenlank in den Erläuterungen zum Erfurter Programm und von Kautsky in der grösseren Abhandlung: Der Parlamentarismus, die Volks-

gesetzgebung und die Socialdemokratie.<sup>1)</sup> Wenn Liebknecht in dem Vortrag: Was die Socialdemokraten sind, und was sie wollen, die Meinung äussert, dass durch das Vorschlags- und Verwerfungsrecht der Schwerpunkt des politischen Lebens aus dem Parlament in das Volk verlegt werde, so wird er auf keiner Seite Widerspruch erfahren. Aber unrichtig wäre die Ansicht, dass die consequente Demokratie die Uebertragung der eigentlichen gesetzgeberischen Arbeit vom Parlament auf die Masse der Stimmberechtigten erfordere oder gestatte.

Es liegt indes auf der Hand, dass die Bedeutung der directen Gesetzgebung durch das Volk in dem Masse wächst, je schlechter das Wahlrecht ist und je weniger das Parlament den Namen einer Volksvertretung oder, realistischer gedacht, einer „Parteivertretung“ verdient, und dass ihre Bedeutung abnehmen wird — zumal, soweit es sich um das „Vorschlagsrecht“ handelt — wenn die demokratische Ausgestaltung des Wahlrechtes allen Interessengruppen die gerecht zugemessene Vertretung sichert. Wir stehen also vor dem leidigen Dilemma, dass das Parlament, welches die Correctur durch die Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung am nötigsten hätte, sich zuletzt dazu entschliessen wird, durch Einführung von Referendum und Initiative seine Machtvollkommenheit zu gunsten des Volkes zu beschränken. Je corruptierter der Parlamentarismus ist, desto eifersüchtiger wird er sein Vorrecht verteidigen und desto stärker wird der Ansturm von unten sein müssen, der das Parlament aus seiner jetzigen Position zu verdrängen vermag.

Im übrigen ist aber die Furcht der herrschenden Classen vor demokratischen Neuerungen etwas übertrieben. Jedenfalls machen sie sich von ihren nächsten Wirkungen übertriebene Vorstellungen. Der Ausdruck Volksherrschaft verführt, zumal in der Anwendung auf den bürgerlichen Staat, leicht zu einem Missverständnis. Zunächst begründet die Demokratie nicht die Herrschaft des Volkes, sondern nur derjenigen, denen die staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt sind, und die von denselben Gebrauch machen. Insofern aber die Ansprüche, welche die einzelnen je nach ihrer Classenlage an den Staat stellen, ganz verschiedene sind, führt die Demokratie zur Herrschaft einer Classe: alle Parteien werden sich anstrengen, um sich die Staatsgewalt dienstbar zu machen, und das „Demokratische“ äussert sich zunächst nur darin, dass die Demokratie jeweilen der stärksten Partei den Sieg garantiert. Insofern lautet die sinngetreue Uebersetzung des Wortes Demokratie nicht Volksherrschaft, sondern Parteiherrschaft, wobei man nicht übersehen darf, dass letztere in der Regel nicht so starr und unversöhnlich ist, wie das durch eine monarchische oder aristokratische Staatsform geschützte Parteilager. Der Grundgedanke der Demokratie und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft liegt darin, dass jeweilen die grösste Summe der Interessen ausschlaggebend ist. Die Demokratie kann an sich den capitalistischen Interessen ebensowohl dienen, wie den proletarischen. Aber sie schafft die Bedingung, unter der wir unsern Kampf mit der grössten Aussicht auf Erfolg führen können. Das sind keine neuen Wahrheiten; aber es ist doch gut, wenn sie gelegentlich wieder ausgesprochen werden. Viele deutschen Genossen, welche sich vorübergehend in der Schweiz aufhalten, kommen aus dem Erstaunen darüber nicht heraus, dass die ausgebildete Demokratie eine manchmal recht brutale Classen-

<sup>1)</sup> Kautsky liefert hier eine eingehende Kritik der Vorschläge Rittinghausens und macht über die Zusammenhänge zwischen Parlamentarismus, Volksgesetzgebung und Socialdemokratie eine Reihe sehr feiner und meines Erachtens sehr richtiger Bemerkungen.

herrschaft nicht zu verhindern vermag, und sie gelangen dann leicht zu einer Unterschätzung der demokratischen Staatsform. In einem ganz ähnlichen Irrtum befindet sich ein Teil der schweizerischen Arbeiterschaft, die die Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs darin sucht, dass die Verfassung noch nicht demokratisch genug ausgestaltet sei, während es sich doch vielmehr darum handelt, die Arbeiter zum wirksameren Gebrauch ihrer Volksrechte zu erziehen.

Soll die Demokratie für uns ihre volle Bedeutung erlangen, so ist vor allem notwendig, dass jede Schranke der freien Meinungsäusserung gebrochen wird und wir für unsere Bemühungen, das Volk über seine wahren Interessen aufzuklären, freien Spielraum erhalten. Unsere Zeit ist nicht arm an Beispielen dafür, dass die Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes ohne die Gewährung wenigstens eines Mindestmasses von Press- und Versammlungsfreiheit leicht zur Stärkung der Regierungsgewalt und zu Fälschungen der öffentlichen Meinung führen kann.

Die Erfahrung lehrt aber in der Folge, dass mit der Demokratisierung der Gesetzgebung erst die halbe Arbeit verrichtet ist. Die Gesetze enthalten zunächst nur Zusicherungen. Ob sie gehalten werden, hängt von denen ab, die zu ihrer Ausführung berufen sind. Die staatsmännische Begabung bewährt sich aber gerade in der Kunst, sich nach Bedürfnis über ungelegene gesetzliche Bestimmungen schlank hinwegzusetzen und ihren Vollzug auf geeignetere Zeiten zu verschieben. Mit den besten Gesetzen ist wenig gewonnen, so lange das Volk die Ausführung derselben einer ihm feindlichen Regierung überlassen muss. Ebenso wichtig, wie die Demokratisierung der Gesetzgebung, ist deshalb die Demokratisierung der Verwaltung und der Rechtsprechung. Das Erfurter Programm bringt das zum Ausdruck, indem es die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk und Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter fordert. Also möglichste Decentralisation, Beseitigung des bureaukratischen Regiments, engere Fühlung und Beziehung zwischen Beamtenstand und Bevölkerung. Das Wort Demokratisierung der Verwaltung enthält nun freilich noch keine Lösung, sondern verschleiert eher die Schwierigkeit des Problems. Je mehr gesellschaftliche Functionen dem Staat übertragen werden, desto mehr Sachkenntnis und Erfahrung müssen wir bei seinen Beamten voraussetzen, desto schwerer rächen sich deren Fehler. Nun hat aber jede demokratische, durch vom Volk gewählte Beamte besorgte Verwaltung mit der Gefahr des Dilettantismus zu kämpfen, und es wird zu den schwierigsten Aufgaben der Demokratie gehören, sich einen tüchtigen Beamtenstand heranzubilden, der sich von allen bureaukratischen Unarten und Auswüchsen frei hält.

Um Demokrat zu sein, muss man ein gutes Vertrauen zu seiner Sache haben. Für ihn heisst es:

Ich habe so viel Rechte hingegeben,

Dass mir kein Recht mehr übrig bleibt.

Nun pflegen wir allerdings von der Naturnotwendigkeit des Socialismus zu reden. Allein naturnotwendig ist er doch nur, in einem sehr mittelbaren Sinn: wir können nur darauf rechnen, dass, wenn alle künstlichen Schranken niedergelegt sind, der Selbsterhaltungstrieb das Volk nach allen Irrungen und Wirrungen immer wieder auf den Weg zurückführen wird, auf dem es mit dem geringsten Aufwand an Arbeit seine materiellen und geistigen Bedürfnisse



am vollkommensten zu befriedigen vermag, und dass in der Demokratie, als der anpassungsfähigsten Staatsform, die gesellschaftliche Entwicklung trotz aller Abweichungen im ganzen die Richtung beibehalten wird, in welcher die grösste Summe seiner Interessen liegt.

Welchen Einfluss die Demokratie auf das Tempo der socialen Entwicklung dadurch ausübt, dass sie durch die Herstellung der politischen Gleichheit die Spannung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft etwas lockert und die Triebkräfte der Bewegung bis zu einem gewissen Grade abschwächt, ist eine Frage für sich, deren Beantwortung nicht mehr in den Rahmen dieses Aufsatzes fällt.

## Cartelle und Trusts.

Von

Richard Calwer.

(Berlin.)

Es ist hohe Zeit, dass auf einem internationalen Congress die Arbeiter aller Industrieländer wegen ihrer Bedrohung durch die Cartelle alarmiert werden. Kein Gegenstand der Tagesordnung des Pariser Congresses scheint mir daher von so actuellder Bedeutung zu sein, wie gerade Punct 11, der die Trusts betrifft. Leider steht er am Schluss der Tagesordnung, und es ist zu befürchten, dass nicht genügend Zeit übrig bleibt, den Gegenstand mit der ihm zukommenden Wichtigkeit zu behandeln. Die Erörterung und Lösung wirtschaftspolitischer Probleme bildet die Voraussetzung für die praktische Entwicklung des socialistischen Gedankens. Nicht so sehr die rein politischen, als vielmehr die wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit sind es, die vor allem einer Emancipation der Arbeiterklasse die Wege ebnen. Und darum allerdings dürfte wohl mehr, als bisher, der Organisation des Arbeitsmarktes und der Productions-, sowie der Distributionsregelung die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Arbeitercongresse zugewandt werden.

Die Cartelle und Trusts sind ebenso notwendige und wirtschaftlich fortschrittliche Gebilde, wie etwa der Grossbetrieb gegenüber den früheren Formen der Production. Die Entwicklung des Syndikatswesens ist international, und mag die Construction des americanischen Trusts von dem continentalen Cartellgebilde auch in wesentlichen Punkten abweichen, in der Hauptsache repräsentieren beide Formen einen Concentrationsprocess auf dem Gebiete der bisher in Einzelunternehmungen, Actiengesellschaften etc. zersplitterten Production. Gerade in den letzten fünf Jahren hat die Entwicklung der Syndikate in allen Industrieländern enorme Fortschritte gemacht. Am stärksten wohl in den Vereinigten Staaten, dann in Deutschland, aber auch in England. Das Bestehen der Cartelle macht sich in den meisten Ländern durch die Preisbewegung der cartellierten Waren derart bemerkbar, dass sich schon heute eine starke Strömung der Consumenten gegen die Cartelle gebildet hat. Es verrät indes wenig Verständnis des modernen Wirtschaftslebens, wenn man kurzerhand einen Vernichtungsfeldzug gegen die Cartelle proclamirt, wie es von sehr vielen

Rüfern im Kampf gegen die Cartelle schon geschehen ist. Es entspricht freilich dem nächstliegenden Interesse gerade des Consumenten; eine derartige reactionäre Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Wir sehen das in den Vereinigten Staaten, wo schon seit mehr als 20 Jahren gegen die Trusts gekämpft wird; bis heute aber ist die Entwicklung der grossartigen Unternehmercombinationen nicht nur nicht gehemmt, sondern geradezu ins Riesenhafte gesteigert worden. Diesen vergeblichen Kampf der Consumenten auf Beseitigung der Trusts kennzeichnet durchaus zutreffend ein Kenner des americanischen Trustwesens, der langjährige Präsident einer der grössten Bahngesellschaften Americas, O. J. Smith, indem er den Trust gegen solche Gegner folgende Ausführungen machen lässt: „Macht euch keine Sorgen; während der letzten 30 Jahre hat man schon länger als 20 Jahre hindurch stets gegen uns gestimmt, ohne uns auch nur im geringsten zu schaden. Auch vor 1870 lebten bereits berühmte Demagogen, die das Capital bedrohen. Sie sind meist tot und nicht mehr zu fürchten. Wir stehen dagegen noch immer in unserer vollen Jugendblüte und wachsen fortwährend. Es macht uns viel Spass, zu sehen, wie die naiven Leuten Conventionen abhalten und uns feierlich in Anklage versetzen, wie sie öffentlich ihre Absichten kundgeben, uns zu vernichten, und es an entsprechenden Beschlüssen nicht fehlen lassen, und trotzdem nichts, aber rein gar nichts fertig bringen.“

Ganz andere Aussichten auf Erfolg wird ein Vorgehen gegen das Cartellwesen haben, wenn die Arbeiter zunächst auf nationalem Boden, aber schon heute unter Berücksichtigung der durch die Cartelle drohenden internationalen Gefahren, ihre wirtschaftlich fortschrittliche Stellung gegen die Cartelle nicht nur präzisieren, sondern auch alle Hebel in Bewegung setzen, die Gesetzgebung ihres Landes in wirkungsvoller Weise gegen die Cartelle mobil zu machen. Die gegenwärtige Zeit ist günstiger, als je. Die Uebermacht des in Cartellen geschlossenen Unternehmertums den organisierten Arbeitern gegenüber kommt immer drastischer zum Ausdruck. So notwendig wir die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre ungemein wichtige Thätigkeit für die Besserstellung der Arbeiterklasse auch halten, so können diese doch nicht ohne Mithilfe der Gesetzgebung auf die Dauer die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder mit Erfolg vertreten, wollten sie bei dem Kampfe gegen die Cartelle auf die Mitwirkung der Gesetzgebung verzichten. Gerade jetzt liegt aus Deutschland ein schlagendes Beispiel vor, wohin die Cartelle notwendig treiben. In der Deutschen Industriezeitung, dem Hauptorgan der deutschen Cartelle, wird eben der Plan angeregt, dass das Kohlensyndikat nicht nur die Regulierung des Absatzes und der Preise in die Hand nehmen, sondern auch gegenüber den Forderungen der Arbeiter einen einheitlichen Normallohn festsetzen solle. Diese Frage wird, wie das Blatt sagt, in den rheinischen Zechenkreisen allen Ernstes ventilirt. Es ist doch nicht daran zu zweifeln, dass die Cartelle über kurz oder lang den wichtigsten Bestandteil der Produktionskosten einer Ware, die Lohnsumme, ebenso einheitlich regeln werden, wie die Preise der Waren selbst. Wenn dies aber der Fall sein wird, so werden die Arbeiter nicht frühzeitig genug die daraus entstehende Schädigung des Arbeitsmarktes erkennen und gleichzeitig auf Gegenmassregeln sinnen.

können. Freiwillig werden die Cartelle von den ihnen zufallenden höheren Gewinnen zu einer Aufbesserung der Arbeitslöhne nichts abgeben. Es wird dazu, wie bisher, des Lohnkampfes bedürfen. Nun befinden sich aber die Arbeiter den Cartellen gegenüber in einer wesentlich veränderten Position, wie bisher gegenüber dem einzelnen Unternehmer. Bei aufsteigender Conjunction, wenn sich die Production zu steigern beginnt, die Preise ins Steigen kommen, die Aufträge in Ueberfülle in die Fabriken strömen, vermochten die Arbeiter bei einer guten Organisation eine Lohnsteigerung bisher verhältnismässig leicht durchzusetzen. Dies gelang ihnen hauptsächlich deshalb, weil auch die Unternehmer mit einander concurrirten, weil jeder dem anderen in der Ausnutzung der Möglichkeit, die Production auszudehnen und neue Arbeiter einzustellen, zuvorzukommen suchte. Sobald aber ein Cartell die Lohnfestsetzung für ein Gewerbe oder eine Branche einheitlich regelt, stehen nicht mehr die Arbeiter dem einzelnen Unternehmer gegenüber, die Concurrenz der Fabrikanten unter einander hat aufgehört; es stehen sich das geschlossene Cartell der Unternehmer und die Organisation der Arbeiter gegenüber; die cartellierte Unternehmerorganisation ist aber der Arbeitercoalition dann ebenso überlegen, wie es der einzelne Unternehmer dem einzelnen Arbeiter gegenüber ist. Ganz richtig hat die von dem amerikanischen Präsidenten Cleveland im Jahre 1895 zur Untersuchung der Ursachen des grossen Eisenbahnarbeiterstrikes in Chicago eingesetzte Commission in ihrem Bericht die nachtheilige Lage des Arbeiters dem geschlossenen Unternehmertum eines Gewerbes gegenüber dargelegt. Es heisst in diesem Bericht: „Unsere Eisenbahnen wurden concessioniert unter der Voraussetzung, dass ihre Concurrenz sowohl das Publicum hinsichtlich der Tarife, als auch die Arbeiter hinsichtlich der Löhne und anderer Bedingungen schützen werden. Die Cartellierung hat diese Theorie auf den Kopf gestellt und das natürliche Walten des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ernstlich zerstört. Während die Concurrenz der Eisenbahngesellschaften im Arbeitsmarkt allmählich verschwindet, macht sie sich bei den Arbeitssuchenden mit wachsender Strenge geltend. Da giebt es z. B. unter den 24 Eisenbahnen in Chicago keine Concurrenz mehr bei Anwerbung von Weichenstellern. Sie sind nicht mehr 24 mit einander concurrirende Arbeitgeber, sondern in der That nur ein einziger. Bei dieser fortschreitenden durch das Capital bewirkten Verkehrung der Gesetze von Angebot und Nachfrage kann niemand das Recht noch die Klugheit der Arbeiter in Zweifel ziehen, die sich vereinigen, um sich vor den verderblichen Folgen zu grossen Arbeitsangebotes zu schützen.“

Mit einer noch so starken Organisation der Arbeiter ist also gegen die Uebermacht der Cartelle auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes recht wenig auszurichten, so lange nicht die Gesetzgebung die Uebermacht der Cartelle gezügelt hat. Schon die nachstehende Erwägung zeigt, dass die Gesetzgebung Schranken errichten muss, innerhalb deren die Arbeiterorganisationen sich noch erfolgreich auch gegen die cartellierten Unternehmercoalitionen betheiligen können. Die Cartellierung eines Gewerbes hat eine grosse Steigerung der Productivität, eine grosse Ersparnis von Arbeitskräften zur Folge. Wenn nun auch für die in den cartellierten Werken beschäftigten Arbeiter momentan gesorgt ist, so entsteht doch bald eine

derart bedrohliche industrielle Reservearmee, dass dadurch allein schon die Actionskraft jeder Organisation gelähmt wird. Die Arbeiterorganisationen verlieren bei noch so starker Mitgliederzahl und trotz finanzieller Kräfte die Herrschaft über das Angebot der Arbeitshände. Der Staat muss mit Rücksicht auf diese Uebermacht der Cartelle auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes diese seiner directen Einwirkung unterstellen. Als letztes Ziel ist entschieden die Socialisierung der Cartelle anzustreben. Aber man hüte sich vor der Illusion, die Socialisierung sei das Product eines einmaligen gesetzgeberischen Eingriffs. Nein, diese ist vielmehr nur der allmähliche Abschluss einer ökonomischen Entwicklung, die die Gesetzgebung beschleunigen, verallgemeinern soll, unter ständiger Normierung der rechtlichen Ansprüche, die die einzelnen bei der Production und Productionsregelung beteiligten Personen und Gruppen erheben. Die nächste Aufgabe der Socialdemokratie muss es daher in allererster Linie sein, die Gesetzgebung überhaupt erst einmal an die Regelung des Cartellwesens heranzuzwingen. Die Arbeiter über die Notwendigkeit eines solchen Einschreitens aufzuklären, dürfte also bei der heutigen Entwicklung des Cartellwesens nicht schwer fallen.

Aber aus einem weiteren Grunde ist gerade die gegenwärtige Zeit geeignet, den Gedanken der Cartellgesetzgebung besonders zu propagieren. In den verschiedensten Ländern sind die bürgerlichen Parteien nicht nur, sondern sogar auch die Regierungen einem solchen Vorgehen geneigt. Wir weisen einmal auf die Vereinigten Staaten hin, wo der bevorstehende Präsidentschaftswahlkampf unter dem Zeichen einer Antitrustbewegung vor sich geht, wir weisen auf Oesterreich hin, wo schon seit Jahren ein Cartellgesetzentwurf vorbereitet liegt, der allerdings von der falschen Anschauung ausgeht, die Regelung könne vom Verwaltungsrecht aus wirksam erfolgen — eine Anschauung, die schon um deswillen falsch ist, weil der Entwurf selbst diese Anschauung durchzuführen nicht im Stande war, vielmehr strafrechtliche und civilrechtliche Vorschriften in sich aufnehmen musste. Der Entwurf ist auch in seiner Ausdehnung ungenügend, denn er erstreckt sich nur auf Cartelle für Gegenstände des Verbrauchs, die einer mit der industriellen Production in enger Verbindung stehenden indirecten Abgabe unterliegen, wie Zucker, Branntwein, Bier, Salz, Mineralöle und dergleichen; ferner auf Cartelle, deren Sitz im Auslande ist, die ihre Wirksamkeit aber auf das Inland erstrecken, auf Vereinbarung zwischen mehreren inländischen und zwischen inländischen und ausländischen Cartellen. Wir weisen endlich darauf hin, dass auch im preussischen Handelsministerium, das doch sonst mit den Cartellen sympathisiert und sie sehr entgegenkommend behandelt, sich das Bedürfnis regt, der Frage einer Regelung der Cartelle näherzutreten. Wie der Minister für Handel und Gewerbe Brefeld am 1. Februar 1900 im preussischen Abgeordnetenhaus ausführte, rechnet die preussische Staatsregierung mit der Möglichkeit, dass aus den Cartellen der Volkswirtschaft für die Zukunft grosse Gefahren erwachsen; deshalb werde es als die Aufgabe des Staates betrachtet, dieser Entwicklung die Aufmerksamkeit der Regierung zuzuwenden. Auf Veranlassung des Handelsministers hin sind bereits die beteiligten Ressorts zusammengetreten, um in commissarischer Beratung zu erwägen, in welcher Weise eine bessere

sicherere und zuverlässigere Grundlage geschaffen werden kann, um die Uebersicht über die Gesamtheit der Bildung der Syndikate zu finden, genau zu wissen, welche Syndikate sich gebildet haben, zu welchem Zwecke, in welchen Bezirken, wie ihr geschäftliches Gebahren ist, so dass man thatsächlich die volle Unterlage hat, um jederzeit beurteilen zu können, ob und in wie weit es etwa künftig notwendig sein wird, mit Restrictionen irgend welcher Art solcher Entwicklung entgegenzutreten. Wenn auch alle diese Ansätze bis jetzt sehr wenig erfolgversprechend sind, es noch der kräftigsten Initiative und Agitation seitens der Arbeiterorganisationen und der politischen Vertretung der Arbeiter in den Parlamenten bedarf, um die Gesetzgebung wirklich mobil gegen die Cartelle zu machen, so ist doch heute schon der Boden für ein Einschreiten der Gesetzgebung hinreichend geebnet.

In dieser Situation tritt nun der internationale Arbeitercongress in Paris an die Erörterung der Frage heran. Es wäre meiner Ansicht nach verfehlt, wollte man diesen Punct der Tagesordnung damit verabschieden, dass man zwar recht radical, aber wenig wirksam kurzerhand die Verstaatlichung der cartellierten Industriezweige in einer Resolution forderte. Mit einer solchen Resolution wäre praktisch gar nichts anzufangen. Ich halte vielmehr dafür, dass es zunächst die erste Aufgabe der Gesetzgebung sein muss, die Publicität der Cartellbildung, der Thätigkeit der Cartelle, sowie eine weitgehende Oberaufsicht des Staates über ihre Thätigkeit durchzuführen. Dadurch allein gewänne man dann weitere Grundlagen für ein späteres, weitergehendes Vorgehen auf dem Gebiete des Cartellwesens und der Productionsregelung. Für den Augenblick aber halte ich weitergehende Forderungen für praktisch undurchführbar und darum zwecklos; sie würden den Cartellen selbst am allerwenigsten imponieren. Dagegen wäre es ihnen das Härteste, was sie zur Zeit treffen kann, wenn sie unter den Augen der Oeffentlichkeit ihre Thätigkeit entfalten müssten. Nichts hätten die Cartelle so sehr, wie die Publicität ihres Wirkens, wie die Staatsaufsicht, die sie in diesem Falle als „Polizeiaufsicht“ zu brandmarken suchen.

Ist erst der erste Hieb gelungen, die Publicität der Cartelle in den verschiedenen Ländern durchgeführt, dann wird man auch über das weitere Vorgehen wieder sprechen können. Noch sind die Cartelle mehr oder weniger nationale Gebilde, sie werden sich, je mehr sie im eigenen Lande von der Gesetzgebung angefasst werden, je mehr Weltmarkt und Welthandel sich erweitern und ihre Concurrenz verschärfen, zu internationalen Gebilden auswachsen: darum wird, wenn je eine Frage international zu regeln sein wird, diese es sein müssen. Nicht zum letztenmal wird daher ein internationaler Arbeitercongress das Problem der Cartelle und Trusts auf seiner Tagesordnung stehen haben. Der Pariser Congress wird meines Erachtens dann den richtigen Weg für diese internationale Regelung am sichersten anbahnen, wenn er in der Beschränkung den Meister zeigt und in seinen Forderungen nicht weiter geht, als es hier in Kürze angedeutet wurde.

# Maximalarbeitstag und Minimallohn.

Von

Carl Legien.

(Hamburg.)

Der internationale Socialisten- und Arbeitercongress in Paris wird sich auch mit der Frage des gesetzlichen Maximalarbeitstages und des Minimallohnes beschäftigen. Die Discussion über den gesetzlichen Maximalarbeitstag dürfte einen grössern Umfang nicht annehmen, es dürften auch kaum irgend welche Meinungsverschiedenheiten da zu Tage treten. Der Congress wird die Forderung seiner Vorgänger, den achtstündigen Arbeitstag gesetzlich durchzuführen, wiederholen. Dass bei der heutigen industriellen Entwicklung der Achtstundentag durchführbar ist, unterliegt keinem Zweifel mehr. In Australien ist er für mindestens drei Viertel der industriellen Arbeiterschaft eingeführt. In America besteht er für mehrere Gewerbe. In England hat ihn nahezu eine Million industrieller Arbeiter, und selbst in Deutschland haben vereinzelte Unternehmer die Furcht vor der achtstündigen Arbeitszeit überwunden; so ist diese z. B. in der Jalousiefabrik von Freese in Berlin seit 1892 eingeführt. Für die dem Kriegsministerium unterstellten Betriebe in England besteht er seit Januar 1894, und seit März desselben Jahres wurde er auch von dem Marineministerium für die Betriebe der Marineverwaltung angenommen. Die englische Postverwaltung folgte im März 1895 und führte den Achtstundentag für die Telegraphenfabriken ein. Auch in den Marinebetrieben der Vereinigten Staaten von America gilt die achtstündige Arbeitszeit. Ernstlichen Widerstand gegen die gesetzliche Durchführung des Achtstundentages werden seine heutigen Gegner auf die Dauer nicht zu leisten vermögen. Spottet doch selbst ein Unternehmer, Mr. James Keith, Besitzer einer Maschinenfabrik in Schottland, über die Furcht seiner Classengenossen, den in seinem Betriebe seit 1893 geltenden Achtstundentag einzuführen, indem er sagt: „Wenn irgend eine nationale Gefahr aus der fremden Concurrenz durch die Arbeitszeit entstehen kann, so kann sie weit eher daraus erwachsen, dass andere Länder ihre Arbeitszeit kürzen, als dass sie längere Zeit arbeiten, als wir. Ich war kürzlich in Belgien, wo die Arbeiter in Maschinenfabriken 11—15 Stunden täglich beschäftigt sind. Sie gehen lange vor ihrem Frühstück an die Arbeit, verlieren den Appetit und geniessen dann Absynth, der die verderblichsten Folgen hat. Meine Leute sind in 8 Stunden weit mehr wert, als jene in 15. Nicht nur ihre relative, sondern ihre absolute Production ist grösser in der kürzeren Arbeitszeit.“

In Deutschland ist in den Orten und Bezirken, in welchen die gewerkschaftlichen Organisationen eine nennenswerte Stärke erreicht haben, die Arbeitszeit auf 9 bis 10 Stunden verringert worden. Den Buchdruckern ist es gelungen, für das ganze Reichsgebiet den neunstündigen Arbeitstag durch Tarif festzulegen, und sie finden bei dem Vorgehen gegen die dem Tarif widerstrebenden Unternehmer die Unterstützung der tariftreuen Arbeitgeber. Diese Errungenschaften der gewerkschaftlichen Organisationen ebnen den Boden für die Durchführung des gesetzlichen Maximalarbeitstages, die, bei dem rastlosen Bemühen der nach der politischen Macht strebenden Arbeiterclassen, in nicht zu langer Zeit erfolgen wird.

Der internationale Congress wird also weniger über die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit auf acht Stunden beraten, als vielmehr neue Anregung zu geben haben, mit vermehrter Kraft für die Erreichung des gesteckten Zieles in allen Ländern zu wirken.

Schwieriger wird sich die Sache bei der Beratung eines Minimallohnes gestalten. Schon der Wortlaut der Tagesordnung deutet darauf hin, dass hier dem Congress eine schwierige Frage zur Entscheidung vorgelegt ist, sofern er einen Weg für die praktische Durchführung des Problems angeben will. Die Discussion soll sich um die Frage der Möglichkeit der Einführung eines Minimallohnes drehen, also nicht, wie bei dem Maximalarbeitstag, um eine allseitig als richtig anerkannte Massregel. Mit der Erklärung, dass ein Minimallohn festzusetzen sei, der ausreichend ist zur Befriedigung der vernunftgemässen Bedürfnisse, wäre wohl theoretisch ein Princip anerkannt, dem alle Menschen zustimmen werden, welche gewillt sind, dem herrschenden Elend zu steuern und die Arbeiterklasse vor Degeneration zu bewahren; aber damit ist noch keine Möglichkeit zur Durchführung dieses Principes geboten.

Ein einheitlicher Minimallohn wird nicht für alle Länder und nicht einmal für alle Bezirke und Orte eines Landes festgesetzt werden können. Nicht, weil die Bedürfnisse und Ansprüche der Arbeiter in den einzelnen Ländern verschieden sind; denn es muss darauf hingewirkt werden, dass die Arbeiterschaft mit geringen Bedürfnissen und Ansprüchen dahin gebracht wird, diese in dem Masse zu steigern, dass sie denen der culturell höher stehenden Classengenossen gleich kommen. Gelingt dies, so wäre damit die Frage des Minimallohnes der Lösung näher gebracht, weil mit der Steigerung der Bedürfnisse das Streben, höhern Lohn zu erhalten, die Arbeiter veranlassen wird, je nach Lage der Sache durch die Gesetzgebung oder durch die Organisation das als notwendig Anerkannte zu erreichen.

Das Hindernis liegt vielmehr darin, dass in den verschiedenen Ländern, je nach den klimatischen Verhältnissen, der Fruchtbarkeit des Bodens, der Höhe der Mietspreise für gleichwertige Unterkunftsräume u. s. w. die Befriedigung der gleichen Bedürfnisse mit einem verschieden hohen Aufwand von Mitteln erfolgen kann. Aus diesem Grunde muss davon Abstand genommen werden ein bestimmtes, in einer Summe ausgedrücktes Lohnminimum für alle die Länder, welche Delegierte zu dem Congress entsenden, festzusetzen.

Aber auch in den einzelnen Ländern wird es nicht angängig sein, einen allgemein geltenden Minimallohn festzusetzen. Dies Bestreben ist auch in Deutschland bei der organisierten Arbeiterschaft bisher noch nicht zu Tage getreten, wohl aber ist stets in den einzelnen Orten in den an die Unternehmer gestellten Forderungen ein für den Ort geltender Minimallohn vorgesehen und mit Hartnäckigkeit darum gekämpft worden. Dass diese Minimallöhne in kleineren Orten oft um mehr als die Hälfte niedriger gestellt werden, als sie für die Arbeiter des gleichen Berufes in Grossstädten gefordert und durchgeführt werden, ist zweifellos zum Teil auf die grössere Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung der kleinen Orte zurückzuführen. Jedoch spricht hier auch die geringere Höhe der Wohnungsmiete, weniger hohe Belastung mit directen Steuern und dergleichen mit. Wäre es nicht möglich, in den kleineren Orten mit einem geringern Lohn annähernd die Bedürfnisse zu befriedigen, wie sie die Arbeiter der Grossstädte mit höherem Lohn befriedigen können, so würden die Arbeiter

in den kleineren Orten, welche allgemein als Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen die gleichen Pflichten zu erfüllen haben, wie ihre Collegen in den grösseren Orten, darauf dringen, dass die Organisation dafür eintritt, die Höhe des Minimallohnes überall gleich zu gestalten. Das geschieht nicht, im Gegenteil, selbst in der Gewerkschaft, in welcher ein allgemein geltender Minimallohn hätte eingeführt werden können, ist dieser nicht in allen Orten der gleiche. Der Tarif der deutschen Buchdrucker enthält zwar die Bestimmung eines Minimallohnes, sieht jedoch für die grösseren Orte einen nicht unbeträchtlichen Localzuschlag vor. Darin liegt nicht eine höhere Bewertung der Arbeitskraft des Buchdruckers in der Grossstadt, sondern die Anerkennung der Thatsache, dass der Arbeiter der grösseren Orte einen höheren Lohn haben muss, wenn er dieselben Bedürfnisse befriedigen will, wie der Arbeiter der kleineren Städte.

Es wird unter diesen Umständen nicht angängig sein, einen einheitlichen Minimallohn durch die Gesetzgebung für das ganze Reich festzustellen. Wohl aber ist es möglich, durch Reichsgesetz den Arbeitern ein Einkommen zu sichern, das ihnen eine ausreichende Lebenshaltung ermöglicht oder doch zunächst so hoch ist, dass die Arbeiterclassen vor Degeneration bewahrt wird. Es liesse sich durch Reichsgesetz bestimmen, dass die Communalverwaltungen in Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft jedes Ortes, resp. mit deren erwählten Repräsentanten, das Lohnminimum unter Berücksichtigung der Wohnungsmieten und aller in Frage kommenden Factoren festsetzen. Dass der Staat ein Recht zu einem solchen Vorgehen hat, ist jedenfalls für diejenigen nicht zweifelhaft, welche die Staatsorganisation nicht als einen Verband zum Schutze der Besitzenden und ihres Eigentums allein, sondern als eine Verbindung der Volksgenossen zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt sich denken. Da sie heute noch das erstere ist, so müssen wir bemüht sein, sie zu dem letzteren umzugestalten. Aber selbst heute schon hat diese, von dem Ideal eines Staatsgebildes weit entfernte Organisation das Recht für sich in Anspruch genommen, in die Privatverhältnisse einzugreifen, sofern dies erforderlich, um der Degeneration der Bevölkerung vorzubeugen. Wenn die heutigen Schutzbestimmungen gegen die unbeschränkte Ausbeutung der Arbeitskraft auch ungenügend sind und zunächst durch die Bestimmung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages ergänzt werden müssen, so liegt in ihnen doch die Anerkennung des Principes, dass dem Staate das Recht zusteht, solche Bestimmungen im Interesse der Volkswohlfahrt zu erlassen. Erfordert diese die Festsetzung eines zur Sicherung der Existenz erforderlichen Minimaleinkommens, so ist es nicht ein Recht, sondern eine Pflicht des Staates, auch hier einzugreifen.

Dies wäre allerdings ein Stück socialistischer Gesetzgebung, an dessen Verwirklichung bei der heutigen Sachlage nicht zu denken ist. Man kann sogar geneigt sein, anzunehmen, dass vor seiner Verwirklichung ein Teil oder die gesamten Produktionsmittel Eigentum der Gesellschaft im socialistischen Sinne geworden sein können. Dies wäre jedoch kein Grund, die Forderung eines gesetzlichen Minimallohnes nicht zu stellen, falls der vorgeschlagene Weg als gangbar und in der heutigen Gesellschaftsorganisation als durchführbar von dem Congress anerkannt wird.

Es darf jedoch unter keinen Umständen die Kraft darauf concentrirt werden, das Ziel einer gesetzlichen Festlegung eines Mindesteinkommens zu erreichen, das der Arbeiterschaft in den verschiedenen Bezirken die Möglichkeit einer vernunftgemässen Lebenshaltung sichert, sondern es muss dahin gearbeitet



werden, dass durch vereintes, organisiertes Vorgehen in den einzelnen Berufen und Orten ein Minimallohn für grössere Arbeiterkreise erreicht wird. Erst dann nähern wir uns dem erstgedachten Ziele.

Der Congress könnte eine Anregung dazu geben, dass die einzelnen Berufe ein Lohnminimum mit entsprechenden Ortszuschläger in allen Ländern festzustellen und durch die Organisation zu erkämpfen bestrebt sei sollen, er könnte anregen, dass die Arbeiter in den einzelnen Orten zusammentreten, um nach den gegebenen Verhältnissen das erforderliche Minimum des Einkommens festzustellen, um dann durch die Organisation oder sonstige geeignete Mittel auf seine Einführung hinzuwirken. Er kann sich auch im Princip für einen gesetzlichen Minimallohn erklären.

Das Problem selbst wird er aber nicht lösen können, weil dazu eine grössere politische Macht und eine stärkere gewerkschaftliche Organisation erforderlich ist, als sie die Arbeiterschaft irgend eines Landes heute besitzt. Hiervon ist, wie bei vielen anderen Forderungen der Arbeiterschaft, auch die Erfüllung der Forderung eines zur Befriedigung der vernunftgemässen Bedürfnisse erforderlichen Minimaleinkommens abhängig, sofern diese Forderung nicht durch die Socialisierung der Gesellschaft erst erfüllt werden wird.

## Communal-socialismus.

Von

Ladislaus Gumpowicz.

(Zürich.)

Der Weg des modernen Socialismus führt von der Einseitigkeit zur Allseitigkeit. Während bei den älteren socialistischen Schulen vielfach das Anpreisen eines einzigen Allheilmittels im Schwange war, das von einem Punkte aus die gesamte Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben sollte, macht sich neuerdings bei den Socialisten der verschiedensten Länder die Erkenntnis geltend, dass die Umgestaltung der Gesellschaft im socialistischen Sinne an vielen Punkten zugleich einsetzen muss, bei den Ideen so gut, wie bei den Institutionen, in der industriellen und commerciellen so gut, wie in der politischen Sphäre, bei den staatlichen Centralbehörden so gut, wie bei den Organen der localen Selbstverwaltung. Eine Erneuerung des ganzen Gesellschaftslebens ist es, was wir anstreben; der Allseitigkeit der beabsichtigten Wirkung muss die Allseitigkeit der angewandten Mittel entsprechen. Der Streit, ob wir politisch oder wirtschaftlich kämpfen sollen, wird heute gottlob nur in vereinzelt, intellectuall verwahrlosten Winkelschwatzclubs noch fortgesetzt; Argumentationen, wie etwa diese: nicht in den Gemeinderäten und Stadtverordneten-collegien kann der Socialismus Siege erfechten, sondern im Centralparlament, beginnen in ähnlicher Weise aus der Mode zu kommen. Aus England und Belgien, aus Frankreich und der Schweiz liegen heute schon Berichte über die praktischen Erfolge socialistischer Gemeindevertreter vor; in Deutschland ist man eben jetzt an der Arbeit, durch Schaffung von Communalprogrammen für die einzelnen Länder die Kräfte der schon heute in recht ansehnlicher Zahl vorhandenen socialdemokratischen Gemeindevertreter zu planmässiger Action zusammenzufassen.

Auf dem Lande, wie in der Stadt hat der Communal-socialismus umfangreiche und hochwichtige Aufgaben zu lösen; in den Städten, wie auf dem Lande wird seine Bedeutung in der nächsten Zukunft voraussichtlich stark zunehmen, wenn auch hier wie dort aus sehr verschiedenen Ursachen.

Auf dem Lande ist die Gemeinde für Millionen von Kleinbauern in gewissem Sinne dasselbe, was für den städtischen Industriearbeiter die Gewerkschaft ist: das nächstliegende, natürlichste Mittel der Zusammenfassung zahlreicher wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch fast wehrloser einzelner zu einem wehrhaften, actionskräftigen Ganzen. Da das Arbeitsinstrument des Bauern, sein Grund und Boden, territorial ausgedehnt und territorial fixiert ist, so sind auch seine unmittelbarsten Produzenteninteressen territorialer Natur; die Gemeinde ist ihre berufene Vertreterin. Sie muss gekräftigt, ausgebaut und, wo nötig, energisch demokratisiert werden, um das Arbeitseigentum der Kleinbauern gegen die Uebergriffe junkerlichen Raubeigentums zu sichern und so den Weg zur Socialisierung der bäuerlichen Wirtschaft vermittels des ländlichen Genossenschaftswesens offen zu halten. Oft genug wird die Gemeinde selbst sein, welche genossenschaftliche Functionen übernimmt, indem sie etwa landwirtschaftliche Maschinen ankauft und sämtlichen Bauern des Dorfes zur Verfügung stellt — man denke, ganz abgesehen von Dänemark, an das Beispiel von Sprimont in Belgien. Oder die Gemeinde wird Ackerland erwerben behufs parcellenweiser Verpachtung an ihre Mitglieder oder Weideland zu gemeinsamer Benutzung; und sie wird das Recht anstreben müssen, solche Ankäufe nötigenfalls zwangsweise vorzunehmen.

Ganz anderswo liegt der Schwerpunkt in den Städten, zumal in den Grossstädten. Hier hat die Anhäufung riesiger, lawinengleich wachsender Menschenmassen auf engem Raum, wie sie in gleicher Weise kein früheres Zeitalter kannte (wie lächerlich klein erscheinen uns heute die Bevölkerungsziffern der berühmten Handelsstädte des Mittelalters!) nicht etwa bloss das Behagen oder die Bequemlichkeit, sondern die Gesundheit, ja die nackte Existenz breiter Volksschichten an die Schaffung und Erhaltung gross angelegter, zum Teil ganz neuartiger technischer Einrichtungen geknüpft. Die einfachsten Lebensbedingungen: Luft, Licht, Wasser, all das, was den zerstreut hausenden Hirten und Ackerbauern die Natur von selbst darbietet, muss für die dichtgedrängten Arbeitermassen der Grossstädte künstlich beschafft werden, wenn sie nicht verdursten, ersticken, in Schmutz und Krankheit verkommen sollen, und das auch bei hohen Löhnen und günstigen Arbeitsverhältnissen. Denn die Fabrikarbeit macht keineswegs das gesamte Leben des Industrieproletariats und seiner Familie aus; und auch bei leidlicher Einkommenshöhe kann sich der Arbeiter kein gesundes Trinkwasser kaufen, wenn in der ganzen Stadt keines vorhanden ist, noch eine gesunde Wohnung mieten, wenn das ganze Viertel einer zweckmässigen Bauordnung und einer wirksamen Wohnungspolizei ermangelt oder schlecht canalisiert ist. Ebenso erlangt die Beleuchtungsfrage, je mehr die grossstädtische Entwicklung fortschreitet, immer mehr eine von den Einkommensverhältnissen des einzelnen Arbeiters ganz unabhängige Bedeutung. Für eine menschenleere Landstrasse mögen Mondlicht und Sternenschein, für die einzige gepflasterte Gasse eines Kleinstädtchens mögen einige Laternen genügen; dass aber die Strassen einer Grossstadt, und zwar alle Strassen und Gässchen, ausreichend beleuchtet seien, ist eine absolute Notwendigkeit, will man nicht Unglücksfälle aller Art geradezu züchten und dem Verbrechen Vorschub leisten. Ähnlich steht es mit der Frage der Strassenbahnen. Es ist bekannt, wie in den centralen Teilen der Grossstädte die Zahl der zu Wohnzwecken verfügbaren Räume stetig abnimmt, während gleichzeitig die Mietszinse steigen, so dass die ärmeren Schichten der Bevölkerung zu stets erneuter Auswanderung peripheriewärts gezwungen sind. Die Fabriken aber bleiben viel ständiger am Ort, als die Wohnungen der Arbeiter; damit wächst die durchschnittliche Distanz zwischen Wohnstätte und Arbeitsstätte immer fort. Die tägliche Reise von der Wohnung nach der Fabrik und umgekehrt absorbiert einen immer grössern Teil der an sich schon knappen Mussestunden des Arbeiters, bis schliesslich sehr vielen Arbeitern nicht einmal mehr die notwendigste Zeit zum Schlafen bliebe, wenn die Strassenbahnen jene Distanz nicht künstlich verkürzten. Man lasse sich also durch die verblüffenden Fortschritte unserer Beleuchtungs- und Verkehrstechnik nicht verleiten, von Luxus zu reden. An sich sind diese Fortschritte in der That wunderbar genug; was aber mit ihrer Hilfe für die Allgemeinheit geleistet wird, ist bis jetzt nicht mehr, als das unbedingt notwendige Correctiv der wachsenden Unnatur und Gefährlichkeit der Existenzbedingungen in den Grossstädten. Ja, wo die Wasserleitungen

Beleuchtungs- und Verkehrsanlagen privaten Unternehmern überlassen sind, da leisten sie noch bedeutend weniger, als das unbedingt Notwendige; und ihrem ohnedies unzureichenden Nutzen stehen schreiende Schäden gegenüber. Beides aus zweierlei Gründen.

Erstens ist der Zweck der privaten Unternehmung eben nicht die möglichst vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse aller in dem zu versorgenden Gebiet wohnhaften oder regelmässig verkehrenden Consumenten, sondern die Erzielung eines möglichst hohen Gewinns; folglich werden Stadtviertel und Bevölkerungsschichten, deren Versorgung minder gewinnbringend ist, schlecht und unzuverlässig versorgt oder auch ganz beiseite gelassen. Man denke nur an die periodisch wiederkehrenden Wassernöte im Osten Londons, welche mitten im Frieden gegen zwei Millionen Menschen mit allen Schrecken einer Belagerung heimsuchen!

Zweitens liegt es in der territorialen Natur der erwähnten Betriebe, dass bei ihnen günstige Wirkungen freier Concurrenz nur in sehr beschränkter Masse in Erscheinung treten können, und auch das nur vorübergehend. Sie tendieren von Anfang an zur Monopolbildung. Das könnte nun an sich noch immer erträgliche Zustände geben, wenn das Eigentum resp. das Miteigentum an diesen Monopolen gleichmässig über die gesamte Bevölkerung verteilt wäre, ähnlich, wie etwa in einem Dorf mit primitivem Handwerk und einem bischen Landwirtschaft jeder zugleich der Lieferant und der Kunde seiner Nachbarn sein mag. Thatsächlich aber ist der Capitalbedarf der fraglichen Betriebe so gewaltig über die individuelle Finanzkraft der kleinen Leute hinausgewachsen, und die Capitalbeschaffung pflegt überdies in so gründlich undemokratischer Weise vor sich zu gehen, dass die überwältigende Mehrheit der Minderbemittelten winzigen Gruppen reicher Actionäre lediglich als misera contribuens plebs, als geschorene und geschundene Consumentenherde gegenübersteht. Die Actionäre sind also in der Lage, der Bevölkerung der Grossstädte den Preis für Wasser, Licht und Verkehrsmittel nach Willkür zu dictieren, ohne dass die Bevölkerung die Möglichkeit hätte, sich durch entsprechende Auswucherung der Actionäre ihrerseits schadlos zu halten. Die ungeheuren Summen aber, welche auf diese Weise alljährlich als Dividenden, d. h. als Tribut der arbeitenden Volksmassen an das sociale Drohnentum zur Auszahlung gelangen, gehen, das bischen Steuern abgerechnet, für die Gemeinwirtschaft völlig verloren; die glücklichen Empfänger können damit schalten und walten nach Belieben, niemand zwingt sie, das Empfangene zum Besten jener zu verwenden, von deren täglicher Notdurft diese Riesensummen erpresst wurden. Was aber das Allerschlimmste ist, sie können die Dividenden auch capitalisieren und damit den Tribut der Arbeit an den privilegierten Müssiggang immer höher steigern. Und jedes Anwachsen der Bevölkerungsdichte der Grossstadt erhöht ihren Gewinn; jeder neue Einwohner der Stadt ist für diese Glückspitze ein zinspflichtiger Unterthan mehr.

Was von den Wasserleitungen, den Beleuchtungsanlagen und den Strassenbahnen gilt, das gilt mindestens ebenso sehr auch von den Häusern selbst und dem Grund und Boden, auf dem sie stehen. Auch hier bedingt die grossstädtische Entwicklung, je mehr sie fortschreitet, ein immer schreienderes Missverhältnis zwischen der rapid anwachsenden Zahl der Consumenten und der stationär bleibenden oder nur sehr langsam zunehmenden Zahl der Eigentümer eines von allen begehrten, weil allen unentbehrlichen Gutes. Auch hier hat das Anwachsen der Bevölkerungsdichte und die veränderte sociale Structur der Bevölkerung eine ursprüngliche harmlose Institution zur furchtbaren Plage verkehrt. Es ist kein Arg dabei, wenn in einem kleinbürgerlichen Landstädtchen so ziemlich jeder Familienvater sein Haus nebst Blumengarten vorn und Gemüsegarten hinten zu eigen besitzt, und allenfalls noch ein paar Joch Ackerland und einen Weinberg dazu; aber die Sache bekommt ein ganz anderes Gesicht, sobald die lachenden Erben der inzwischen ins Centrum einer Grossstadt gerückten Grundstücke in die Lage versetzt sind, sich jede Handbreit des mühelos ererbten Bodens mit Gold aufwiegen zu lassen. Und dabei dauert das Wachstum der Grossstädte noch beständig fort und erzeugt Jahr für Jahr kolossale Wertsteigerungen von Grundstücken, deren Eigentümer an dieser Wertsteigerung so unschuldig sind, wie ein neugeborenes Lämmchen an den Schandthaten des Hunnenkönigs Etzel. Der blosse verfluchte

Zufall, dass er von einem Urgrossvater abstammt, der vor hundert Jahren einen Krautacker auf einem Fleck besass, wo heute vierstöckige Zinshäuser stehen, kann den dümmsten der Dummköpfe, den faulsten der Faulpelze zu einem Grandseigneur machen, der von Hunderten arbeitender und darbender Menschen gebieterisch Tribut heischt und die Säumigen auf die Strasse wirft.

Und wenn zum Entgelt für diese Herrenrechte die Hausherren wenigstens in wirklicher Weise verpflichtet wären, für angemessene Wohnungen zu sorgen! Aber auch hier wieder hat ganz einseitig der Hausherr die freie Wahl unter den in Ueberzahl sich anbietenden Mietern, während breite Schichten der Mieter thatsächlich nicht die freie Wahl des Hausherrn haben. Sie können nicht über eine bestimmte Preislage hinaus; Wohnungen in dieser Preislage finden sie nur in bestimmten Zonen der Stadt, und auch da nur in begrenzter Anzahl; und innerhalb dieser Zonen sind sie in ihrer Wahl noch weiter beschränkt durch die Notwendigkeit, von der Wohnstätte aus ohne allzuviel Zeitverlust die Arbeitsstätte zu erreichen. Kein Wunder, dass in unseren Grossstädten Tausende von Hausherren ausgiebigsten Gebrauch von ihrem „Recht“ machen, die Mietszinse nach Willkür zu steigern, dafür aber auf Bau, Instandhaltung und Reparatur der Häuser so wenig Geld als möglich zu vergeuden. Kein Wunder, dass so manches grossstädtische Arbeiterviertel schon aus diesem Grund einen Seuchenherd schlimmster Art bildet. Kein Wunder auch, dass in mancher Grossstadt die Hauseigentümer auf die zur Miete wohnende Bevölkerung (die „Parteien“, wie man in Wien sagt) als auf rechtlose Parias herabsehen. Von allen erdenklichen Aristokratieen ist diese die lächerlichste: die Castenherrschaft der Leute, die zufällig Häuser besitzen. Das Mandarinentum ist vielhundertmal rationeller.

Zum Kampf gegen all diese Missstände ist nun vor allem der Communal-socialismus berufen. Gewisse Bruchtheile der städtischen Bevölkerung werden sich allerdings mit Vorteil der Baugenossenschaften bedienen können, auch von der Bauthätigkeit der Consumvereine ist manches zu erwarten, ebenso von dem organisatorischen Wirken der Mietervereine; eine vollständige Lösung der Wohnungsfrage in Grossstädten und Industriestädten ist aber nur durch die Gemeinde möglich. Und zwar ist das Eingreifen der Gemeinde heute schon unbedingt notwendig um jener Bedürftigsten und Aermsten willen, denen die erwähnten Formen der Selbsthilfe mehr oder minder unzugänglich sind. Dass die Stadtgemeinde die Pflicht hat, die private Bauthätigkeit zum Besten der Mieter zu regulieren, streng auf Durchführung der notwendigen hygienischen Vorschriften zu halten, für die nötige Strassenbreite und für Anlage öffentlicher Gärten in volkreichen Vierteln Sorge zu tragen, versteht sich von selber. Aber sie kann viel mehr thun; sie kann selbst als Bauunternehmerin grossen Stiles auftreten und, indem sie Tausende einfacher, aber gesunder Wohnungen baut und zum Selbstkostenpreis vermietet, der wucherischen Hinaufschraubung der Mietspreise Einhalt thun. Sie kann ferner, soweit dies die Landes- und Reichsgesetze irgend gestatten, — und wo die Staatsgesetze der communalen Steuerpolitik zu enge Schranken setzen, muss — um die Erweiterung dieser Schranken eben gekämpft werden — durch ein entsprechendes Besteuerungssystem die nichtswürdige private Speculation in Baugründen lähmen; und sich selbst die Erwerbung von Baugründen erleichtern — all dies mit dem Endziel, dass die Gemeinde die alleinige Eigentümerin des städtischen Grundes und Bodens werden soll. Lange zuvor aber, ehe dieses Ziel erreicht ist, kann sich die Gemeinde jener vorhin besprochenen Betriebe bemächtigen, deren Vorhandensein eine grossstädtische Wohnung erst zu einer wirklich brauchbaren Wohnstätte macht: Wasserleitungen, Beleuchtungsanlagen, Strassenbahnen. Wenn irgendwo, so drängen hier die That-sachen zur Geltendmachung einer rigorosen collectivistischen Moral, welche die private Usurpation solcher für die Gesamtheit unentbehrlicher Anstalten als unsittlich, ja als verbrecherisch brandmarkt.

Mit dem Vorstehenden sind aber die Aufgaben des städtischen Communal-socialismus noch sehr lange nicht erschöpft. Ausserordentlich Wichtiges giebt es für die Stadtgemeinde auf dem Gebiete des Schulwesens zu vollbringen; hier kann sie durch unentgeltlichen Unterricht, unentgeltliche Beköstigung und Bekleidung aller mittellosen Schulkinder sowie

dadurch, dass sie die höheren Lehranstalten einer Auslese der fähigsten Schüler und Schülerinnen unentgeltlich offen hält, ein tüchtiges Stück Socialismus mitten in die heutige Classen- und Castenwirtschaft hineinbauen. Da ist ferner die Rolle der Gemeinde als Arbeitgeberin; indem sie mit der Einführung des Achtstundentages und der Anerkennung der Gewerkschaftslöhne für alle direct oder indirect von ihr beschäftigten Arbeiter vorangeht, kann sie den Gewerkschaften mächtig unter die Arme greifen. Wo Productivgenossenschaften bestehen, kann sie dieselben bei der Vergebung von Arbeiten bevorzugen. Andererseits kann die Stadtgemeinde, wenn ausgedehnte Arbeitslosigkeit eintritt, durch sofortige Inangriffnahme grösserer städtischer Arbeiten manches Elend verhüten, wie dies eben jetzt die Stadt Bern thut. Ueberdies kann die Gemeinde durch Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises eine Regelung und Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes erzielen, welche auch in gewöhnlichen Zeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit manches beiträgt, gleichzeitig aber auch den Gewerkschaften ihre Aufgabe sehr erleichtert. Da sind ferner die weiten Gebiete der Krankenpflege und des Armenwesens. Die mannigfachen Aufgaben, die es da zu bewältigen giebt, werden in grundverschiedener Weise angepackt werden, je nachdem die Stadtverwaltung in den Händen reactionärer Bourgeois ist, welche Armut und Elend als von Gott verordnete Einrichtungen respectieren und in jedem den Bedürftigen hingeworfenen Almosen eine unverdiente Gnade sehen, oder aber in den Händen von Socialisten, welche das Recht eines jeden Arbeiters nicht bloss auf die Existenz, sondern auf eine menschenwürdige Existenz anerkennen.

Ich bilde mir nicht ein, mit dem bisher Gesagten auch nur halbwegs vollständig aufgezählt zu haben, was eine von Socialisten verwaltete Stadtgemeinde unter günstigen Umständen thun kann. Es wäre da noch mancherlei zu nennen, von der Lebensmittelfontrolle bis zur städtischen Feuerversicherung, von der Communalisierung des Theaters bis zu jener der Friedhöfe, nicht zu vergessen die Communalisierung der Wirtschaften, die sich wahrscheinlich als eine der rationellsten Methoden zur Eindämmung des Alkoholismus bewähren dürfte. Alles in allem wäre es beinahe leichter, aufzuzählen, was die Stadtgemeinde nicht thun kann. Das Gesamtbild aber, zu welchem all diese Einzelheiten sich zusammenfügen, ist dies: Indem die Stadtgemeinde die Befriedigung von hunderterlei Bedürfnissen ihrer Einwohner der privaten Ausbeutung entreisst und selbst in die Hand nimmt, verwandelt sie diese hunderterlei Bedürfnisse aus ebensoviel Ursachen wachsender socialer Ungleichheit in ebensoviel Hebel der Ausgleichung der Classengegensätze. Sie gräbt in ihrem Bereiche die Wurzeln des Elends ab und verstopft gleichzeitig die Quellen wucherischen Reichtums. Und indem sie mannigfache Gebiete der Production als öffentliche Dienste organisiert, sichert sie ihren Bürgern die grösstmögliche Freiheit des Consumierens. Wohlgemerkt, in ihrem Bereiche. Ihr Bereich ist nicht die Welt; aber es ist gross genug und bedeutungsvoll genug, um einer grossen Zahl der edelsten Kräfte ein würdiges Arbeitsfeld zu bieten.

Der grossstädtische Communalsocialismus — über die Chancen des ländlichen lässt sich bis jetzt noch wenig Sicheres sagen — gewinnt aber auch durch specielle taktische Erwägungen eine ganz besondere Wichtigkeit für die gegenwärtige Entwicklungsphase. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Socialdemokratie im ersten Viertel des neuen Jahrhunderts im Centralparlament eines europäischen Staates (vielleicht mit Ausnahme von Belgien und Dänemark) die Mehrheit erlange. Viel günstiger stehen die Aussichten für die Gemeindevertretungen der Grossstädte. Denn in den Grossstädten spielt der Trägheitsconservatismus relativ die geringste Rolle; hier sind die Centren der Wissenschaft und Litteratur; hier wird auch der Unbemittelte in einen Wirbelstrom hundertfältiger geistiger Anregung hineingerissen; hier ist es denn auch, wo sich die Gleichung: Arbeiter = Socialdemokrat am meisten der Wirklichkeit nähert, gleichzeitig aber der socialistische Gedanke auch ausserhalb der Schichten der industriellen Lohnarbeiter relativ die zahlreichsten Anhänger findet. So erklären sich die Wahlsiege der Socialdemokratie und ihrer Verbündeten in den Hauptstädten auch solcher Staaten, deren Centralparlamente noch ziemlich lange eine Domainé der Reaction oder bestenfalls eine Politik zögernder und widerwilliger Concessionen

an den Socialismus bleiben dürften. Mitten im reactionären Italien wird Mailand, in industrieller und cultureller Hinsicht die wahre Hauptstadt des Reichs, von einer volkspartei-lichen Mehrheit regiert, innerhalb deren die Socialdemokratie stark vertreten ist. Mitten in dem heutigen, von den Tories beherrschten England erfreuen sich der Londoner Graf-schaftsrat und der Gemeinderat von Glasgow progressistischer Majoritäten. Mitten in der brandenden Hochflut des französischen Nationalismus behaupten die Socialisten die Mehrheit im Gemeinderat französischer Grossstädte, wie Marseille im Süden und Lille im Norden. Und so weiter.

Soll damit etwa die Bedeutung der Centralparlamente für den Socialismus bestritten werden? Mit nichten! Genau so, wie die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation die socialistischen Parlamentarier nicht überflüssig macht, vielmehr ihnen neue Aufgaben zuweist, ganz ebenso bedarf auch der Communal-socialismus einer stetigen Unterstützung durch die socialistischen Vertreter im Centralparlament. Es giebt kaum einen Staat in Europa, wo die Gemeinde innerhalb ihres natürlichen Wirkungskreises so vollständig autonom wäre, wie sie es sein müsste, um ihren socialistischen Aufgaben ganz gerecht zu werden. Nur allzu oft stellen sich der Actionslust socialistischer Stadtväter rückständige Staatsgesetze und der reactionäre Wille der Staatsregierung als hemmende Kräfte in den Weg. An den socialdemokratischen Abgeordneten ist es, diese hemmenden Kräfte in Schach zu halten und Attentate auf die Selbstverwaltung socialistischer Communen mit aller Energie abzuwehren. Hier heisst es wieder einmal: Getrennt marschieren, vereint schlagen!

## „Probleme“ der Gewerkschaftsbewegung.

Von

Max Quarck.

(Frankfurt a. M.)

Für jeden, der einigermaßen im Strom der Gewerkschaftsbewegung mit steht, macht es immer einen etwas erheiternden Eindruck, wenn am Ufer befindliche Freunde oder Gegner von dem oder jenem „Problem“ sprechen, dessen Lösung im Augenblick besonders wichtig für die Gewerk-schaften sei. Die mitten im Strom Stehenden sehen dem kräuselnden Wellenspiel an der Oberfläche oder auch dem heftigen Wogen der Wasser-massen viel gelassener und sicherer zu, als die entfernten Ratgeber und Problemforscher. Sie kennen das Wellenspiel schon lange und wissen, dass jedes neu auftauchende doch schliesslich alten Elementargesetzen folgen und sich im stetigen, vorwärts drängenden Fluss auflösen muss. So jetzt mit dem Sombartschen „Selbständigwerden“ der Gewerkschaften, mit der Bebelschen „Neutralisierung“ und ähnlichen, damit zusammen-hängenden Dingen. Wenn nicht nach Form und Namen, so doch in der Sache lauter alte Bekannte, keine „plötzlich auftretende Propaganda“, wie Freund Ledebour in Dresden meinte. Für diejenigen, die hüben wie drüben zu leicht geneigt sind, aus praktischen Fragen, die sich mit der Zeit durch Erprobung lösen, schwerwiegende „Probleme“ zu machen, um die sie sich erhitzen, sind es im Grunde wenig dankbare Stoffe!

Die „Neutralisierung“ der Gewerkschaften ist meines Erachtens nichts, als eine der letzten, durch die grössere Ausbreitung und Stärkung der Berufsvereine geförderten Reactionen gegen die übertriebene Vielgeschäftigkeit, mit der in den ersten Jahrzehnten der deutschen Socialdemokratie eifrige

Parteigenossen allem und jedem den Stempel der officiellen Partei aufdrücken wollten. Als der Classenkampf noch ein funkelnagelneues Evangelium war, als die Kreise, die ihn verkündeten, noch verhältnismässig klein waren, schien es besser, Partei und Gewerkschaften möglichst unter einer einzigen Leitung zu haben. Seitdem hat sich auch bei uns die Arbeitsteilung geltend und nötig gemacht. Gemeinsam geblieben ist der Partei und den Gewerkschaften die grundlegende Hauptanschauung, dass der Capitalismus der Culturfeind ist und die Organisation der Arbeit eine absolut selbständige, bewusst gegen jenen Feind gerichtete sein muss. Wo sie aufgegeben würde, da wäre überhaupt keine Verständigung mehr möglich. Diese Gemeinschaft im Grundgedanken genügt aber und lässt einen weiteren durch besondere Einrichtungen hergestellten Zusammenhang zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung nicht bloss unnötig, sondern sogar unpraktisch erscheinen, schon der grösseren Erfolge halber, die bei guter Arbeitsteilung erzielt werden können. Und diese Arbeitsteilung begreift auch die verschiedenen Methoden, nach denen für denselben Gedanken gearbeitet wird. Die Partei muss natürlich die Anerkennung ihres politischen Programmes als Vorbedingung der Zugehörigkeit zu ihr verlangen und in allen öffentlichen Körperschaften kämpfen. Die Gewerkschaften brauchen von ihren Mitgliedern nur zu fordern, dass sie nicht gegen sich selbst, sondern geordnet gegen die Unternehmer sich wenden und begreifen, welche Erfolge auf dem Arbeitsmarkt durch kräftigen Zusammenhalt errungen werden können. Und je mächtiger die Gewerkschaften in guten Wirtschaftszeiten werden, wie den eben verfloßenen, desto mehr kommt ihnen und den noch abseits unter anderer Fahne stehenden Arbeitern die Thatsache näher, sich gegenseitig anzugliedern.

Uebereifrige Genossen, die freilich nur noch vereinzelt dastehen, wollen nach altem Recept keine solche Angliederung ohne ausdrückliche Verpflichtung der Zuzügler auf das socialdemokratische Programm. Umgekehrt mag der oder jener Bruchteil der Gewerkschaften an einzelnen Orten und sogar in ganzen Berufen durch rasche Augenblickserfolge etwas die Fühlung mit der Gesamtarbeiterbewegung und das Bewusstsein, nur ein kleines Glied derselben zu sein, verlieren. Anzeichen dafür sind auch uns nicht entgangen. Wir beobachten solche Abirrungen vielleicht sogar noch gründlicher und sorgenvoller, als diejenigen, welche sich „plötzlich“ wegen der Neutralität so ängstigen. Es sind nämlich durchaus nicht die Buchdrucker allein, welche vorübergehend etwas abseits der allgemeinen Arbeiterbewegung stehen. So trefflich z. B. das Fachorgan der Maurer immer den Grundgedanken der Solidarität der Arbeiter aller Berufe betont, so sehr haben sich die Mitgliedschaften dieser Organisation in einzelnen grossen deutschen Städten in der letzten Zeit im Vollgefühl ihrer Vereinserfolge von der Gesamtarbeiterschaft isoliert. Auch eine andere Erscheinung gehört mittelbar hierher. Arbeitersecretariate, die Einrichtungen der Gesamtarbeiterschaft waren, werden neuestens mehrfach von Gewerkschaften für ihre organisierten Kollegen allein reclamiert, und die Parteipresse klagt vielfach über mangelnde Unterstützung aus den Gewerkschaften. Wir können also die Liste der Irrgänge einzelner Bruchteile der Gewerkschaften noch über den Umfang hinaus vermehren, den die

Gegner der Neutralität zu kennen scheinen. Aber die harten Thatsachen der nahenden Krisis sowohl, wie die technische Entwicklung werden diese Irrtümer sehr rasch austreiben. Sie werden die etwas abseits Geratenen sehr gründlich zum Solidaritätsbewusstsein zurückführen. Die Ausbreitung der Setzmaschine dürfte bei den Buchdruckern, der kommende Baukrach bei den Maurern, und die bei der bevorstehenden Krisis unvermeidliche Ebbe in den Cassen und Mitgliederlisten grosser Verbände dürften das Verständnis für die Interessengemeinschaft mit der socialistischen Gesamtarbeiterschaft und ihren Organen weit gründlicher wieder einpauken, als die flammendste Philippika gegen die Neutralität. Es gehört eben, wie die Generalcommission der Gewerkschaften in ihrem Correspondenzblatt ganz richtig ausführt, viel mehr Zutrauen zur Macht des proletarischen Gedankens dazu, die Gewerkschaften zu neutralisieren, als zur umgekehrten Forderung, ihren „socialdemokratischen“ Charakter jedem neu Eintretenden wie im Katechismusunterricht vorzuhalten. Das sieht aus, als traute man ohne die Parteiuniform, die jeder anziehen soll, der inneren, anticapitalistischen Entwicklungskraft des Arbeiterorganisationsgedankens nicht.

Als ich vor Jahren zuerst bei den Handlungsgehilfen und angesichts der schwierigen Organisationsverhältnisse derselben Aehnliches vertrat, gab es Zeter und Mordio; vergleiche das Gothaer Parteitagprotokoll und den Socialdemokrat von damals. Inzwischen hat sich gerade bei den Handlungsgehilfen, den Bergleuten und ähnlichen Berufen in besonders complicierter socialer Stellung der Neutralitätsgedanke für die Organisation praktisch so bewährt, dass auch Gewerkschaften für Arbeitermassen, die schon besser für das Verständnis des Classenkampfes vorbereitet sind, noch von den günstigen Neutralitätserfahrungen profitieren wollen und dass Bebel seine frühere Gegnerschaft formell aufgegeben hat. Die Neutralität ist Erziehungsmittel zur allmählichen Erfassung anticapitalistischer Gedankengänge, nicht umgekehrt die Bahn, auf der man ins capitalistische Lager herableitet. Speciell aus der Handlungsgehilfenagitation in Frankfurt a. M., die wohl ganz wesentlich mit zu unserem letzten glänzenden Reichstagswahlsieg beigetragen hat, weil unsere Stadt viel weniger Fabrik-, als Handelsemporium ist, kann der Vertrauensmann der Gehilfen jedem, der sich dafür interessiert, berichten, dass unsere Erfolge wesentlich auf der Zusammenarbeit mit nicht classenbewussten Organisationen beruhten, die wir durch die Macht der wirtschaftlichen Argumente, ohne sie unnütz durch Parteischlagworte abzustossen, zum Miteintreten für Beschränkung der Ausbeutung zwängen.

Wenn dem aber so ist, dann hat es auch keine Not um die angebliche Verdrängung der Socialdemokratie durch eine nur reformatorische Gewerkschaftsbewegung. Als ich seiner Zeit meine fünf socialpolitischen Gewerkschaftsthesen aufstellte, die ihrem Inhalte nach nichts anderes waren, als eine Zusammenfassung aller, in der Gewerkschaftspraxis gewonnener Erfahrungen, da richtete man das schwerste Parteigeschütz gegen mich als einen, der die Gewerkschaftsbewegung auf Kosten der Partei stärken und letztere durch erstere zum grossen Teil überflüssig machen wolle. Ich hatte aber nur formuliert, was, je länger, je mehr, die



Gewerkschaftsbewegung mit neuen, anticapitalistischen Aufgaben sättigte, sie also der Partei innerlich nur immer mehr näherte. In den wenigen Jahren seit jenen Debatten ist allmählich fast jede der Forderungen, die ich damals als Ziele aufstellte, verwirklicht worden. Die Gewerkschaften verwalten heute in mehr als 20 deutschen Städten veritable socialpolitische Specialinstitute, die Arbeitersecretariate, meist mit Parteiorganen gemeinsam, nach dem neuesten Jahresbericht des Parteivorstandes steht die hochehrwürdige Schaffung einer Berliner Centralstelle für dieselben neben dem Parteisecretariat in sichere Aussicht, und die Generalcommission in Hamburg besitzt seit dem letzten Gewerkschaftscongress ebenfalls ihre socialpolitische Nebenstelle, sowie ein socialpolitisches Centralblatt, ohne dass die geringste der fürchterlichen Folgen für den inneren Zusammenhang von Gewerkschaften und Partei eingetreten ist, welche von anscheinend so arg besorgten Genossen damals prophezeit wurden. Die erhöhte socialpolitische Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaften hat umgekehrt auch nur der Partei genützt, wie es gar nicht anders sein konnte. Diese eine Erfahrung, abgesehen von allem anderen, lässt jeden Kundigen schon über kathedersocialistische Hoffnungen auf dauernde Absonderung der Gewerkschaften lächeln. Und je mehr die Kathedersocialisten die Gewerkschaftsbewegung andererseits wirklich vertiefen helfen, desto mehr werden sie selbst unbewusste Teilnehmer an der „Umsturzbewegung“, die sich in die beiden Flussarme Berufsorganisationen und politische Partei der Arbeiter teilt.

Auch für uns angebliche „Nurgewerkschaftler“, die wir aber meines Erachtens aus der fortlaufenden, nicht nur gelegentlichen, anlässlich der Discussion von „Problemen“ beliebten Mitarbeit in den Gewerkschaften mehr Kraft für unsere Parteibewegung ziehen, als mancher Nurpolitiker aus seiner Einseitigkeit, bleibt natürlich die, übrigens auch für Deutschland ganz sicher kommende Zeit das Ideal, in der die socialdemokratische Partei, die Gewerkschaftsbewegung und das Genossenschaftswesen ein grosses organisches Ganze, einen wahrhaftigen Staat im Staate, bilden wird, wie jetzt in Belgien. Einstweilen haben wir aber noch sehr viel zu thun, auch den deutschen Arbeiter noch aus einer gewissen ängstlichen Philistrosität heraus zu erziehen, die eben der romanische Charakter weniger kennt und die durch unsere zurückgebliebene deutsche Coalitions-gesetzgebung von den Herrschenden ganz geflissentlich ausgenutzt und gepflegt wird.

Darf ich deshalb nochmals, wie im Eingang, über die „Problem“ sucher spotten und mich in dem behaglichen Gefühle wiegen, dass für Kundige auch die Gewerkschaftsbewegung ihr sicheres, durch die capitalistischen Höhen und Tiefen sehr bestimmt vorgezeichnetes Strombett findet und ausfüllt? Ich bin nicht schadenfroh, aber es ist doch sehr erquicklich, zu schauen, wie an der Macht der wirtschaftspolitischen Thatfachen allzu speculatives Thun und Denken hüben und drüben, bei überängstlichen Freunden, wie bei überschlaun Gegnern, zerschellt und immer wieder zerschellen wird.

# Kreuziget den Naturalismus!

Von

Wilhelm Bölsche.

(Friedrichshagen.)

Ein fideler Mann, der vom Dichter nichts anderes wüsste, als was man in den üblichen Tageskritiken liest. Er müsste vom Dichter ein Bild gewinnen, so gut als Witz, dass es zu leben verdiente.

Auf der einen Seite, scheint es, ist der Dichter ein Wesen, dem von Kritik und Publicum „gestattet“ wird, zu dichten. Diese polizeiliche Genehmigung kann gegebenenfalls entzogen werden, wenn der Herr sich irgendwie missliebzig macht. Auf alle Fälle ist der Herr so zu behandeln, dass er immer den Strick am Halse fühlt. Ueber eine Pflicht der Dankbarkeit ist hierorts nichts bekannt. Bei Betriebsunfällen wird noch ein Tritt hinterdrein gegeben und im Wiederholungsfalle unerbittlich die Concession entzogen.

Auf der andern Seite wird wahrscheinlich, dass die Dichter eine organisierte Bande von Beutelschneidern, Erpressern und blutigen Leuteschindern sind. Als grosse Kraken kriechen sie ab und zu unter die ahnungslose Menge, saugen sich fest und sind rein nicht wieder fortzukriegen. Bis in gewissen Intervallen immer wieder einmal die geknechtete Seele der Kritik und des Publicums sich einen Stoss giebt und mit Armen und Beinen sich von dem saugenden Scheusal loszuzappeln beginnt. Dann kommen die Telle, die Drachentöter mit Schilddevisen: Los von Goethe! oder: Los von Hauptmann! Und endlich wird der Gessler, der Iwan der Schreckliche gestellt, zerfetzt, mausetot gemacht. Die Welt atmet auf, sie kann wieder in Ruhe ihre Börsengeschäfte treiben, ohne sich von diesem Ungeheuer auf Schritt und Tritt ausbeuten zu lassen, durch den Zwang, Bücher zu kaufen, in ernsthafte Theaterstücke zu gehen, ernsthafte Kritiken zu schreiben und zu lesen, und wohl gar nachzudenken. Vor Jahren habe ich einmal in der Gesellschaft eine Serie tief sittlich ernst gemeinter Aufsätze gelesen, in denen Horaz, Schiller und Heine reihum einfach als böse Wanzen geschildert wurden, die der geplagten Menschheit die wohlverdiente Nachtruhe raubten. Der selige du Bois-Reymond empfahl, Goethe als den quetschenden Ballast unserer Zeit über Bord zu werfen. Nach Karl Vogt ist Homer ein Kerl gewesen, der uns fast dreitausend Jahre mit seinen wurstigen Balgereien griechischer Duodezfürsten auf dem Halse gelegen hat. Jetzt ist die Reihe schon an Gerhart Hauptmann, von dem wir nach einer zehnjährigen aufreibenden Thätigkeit für seine Dichterideale hören, dass er das lähmende Mittagsgespenst des Fortschritts in der modernsten Kunst sei.

Ja, wie rasch das geht! Jetzt haben wir den Naturalismus schon am Kreuz. Die echten Kannibalen essen ihre Väter wenigstens erst im ehrwürdigen Alter auf. Wir litterarischen Kannibälchen machen jetzt schon alle zehn Jahre Dichter-Metzelsuppen-Fest. Es heisst, unsere Zeit lebt eben immer rascher, und wer rascher isst, der . . . Merkwürdig nur, dass von diesem Raschleben in der echten ästhetischen Leistung ebenso wenig zu merken ist, wie in der wirklich ernstesten ästhetischen Anteilnahme.

So grundgescheit wir über Hauptmann als bereits verflossene Grösse philosophieren mögen, — in den ganzen zehn oder elf Jahren hat uns keine

Sibylle und kein Komet doch einen zweiten ganz grossen Dramatiker heraufbeschworen.

Und so viele D-Zug-Locomotiven heute auch am hausbackenen Weimar vorbeisaußen, — seltsamerweise ist der Modemann des raffiniertesten ästhetischen Geschmacks, mit dem wir ins neue Jahrhundert eingetreten sind, kein geringerer, als der alte Goethe selber. Man muss im vorigen Herbst, bei der 150. Geburtstagsfeier des Alten, wie der Schreiber dieser Zeilen in Frankfurt vor einer Versammlung von 2000 socialistischen Arbeitern gestanden haben und die Goethefreude dieser 2000 gesehen haben, — um zu ahnen, dass der Stern Goethes erst aufgeht im XX. Jahrhundert, dass er jetzt erst anängt, ins Volk zu leuchten, — ins eigentliche Publicum, von dem jeder Dichter denkt, er „hat“ es, wenn so und soviel tausend Bände buchhändlerisch abgesetzt sind, — und das doch in der Regel erst jenseits dieser Bände durch einen inneren Process der Menschheitsseele in seine wahre Nähe wächst.

Denke ich an dieses offenbar ewig gleich langsame Tempo der beiden einzigen wirklich ernsten Dinge auf dem ganzen Gebiet, so kitzelt es mich zu einer inneren Lustigkeit, wenn ich höre, wie die Eilepeter und Hitzpeter schon einmal wieder nicht bloss mit Hauptmann, sondern mit dem ganzen Naturalismus „fertig“ sind, fertig, wie mit einem durchgeessenen Menu, von dem man fortan nichts mehr hat, als Blechen und Magendrücken; der Vergleich hinkt übrigens, denn die Sorte Menschenkind ist einem roten Hummer dafür, dass er für einen Thaler Spass gemacht hat, immer noch eher dankbar, als einem Dichter, der ihnen die Seele durcheinander gerüttelt hat, bis selbst im schmutzigsten Wasser für den Moment eine Perle tieferen Menschheitsempfindens heraufkam.

Mit Hauptmann ist der Naturalismus in die deutsche Dichtung gekommen. Vor zehn, elf Jahren. Hauptmann, und Holz meinetwegen. Holz ist aber zurückgedrängt worden durch Hauptmann, den Glänzenden. Wir haben dem zugejubelt. Das verpflichtete. Jetzt scheint uns, er hat nichts gehalten. Also fort mit ihm! Fort mit dem ganzen Naturalismus! Wir erlassen ein neues Preisausschreiben. Immer heran, meine Herren Dichter, genießen Sie Sich nicht!

In solchen Sätzen, die man heute in allen möglichen grünen Kreisen hören kann, auch mehr oder minder so schon gedruckt liest, steckt ein Rattenkönig von Unsinn, dass man ihn ordentlich hört.

In dem, was man im letzten Jahrzehnt des XIX. Jahrhunderts bei uns Naturalismus genannt hat, steckten zunächst zwei grundverschiedene Dinge. Einmal die zeitliche Phase bloss einer uralten dichterischen Bahn. So lange die Menschheit um Dichtung ringt, also man kann ungefähr sagen: so lange sie existiert, — hat sie in dieser Dichtung um ein immer schärferes Sehen und eine immer schärfere Wiedergabe des Gesehenen gerungen. Es war ein langsamer, später unablässiger Fortschrittsprocess des gesamten Menschengestes, der sich hier offenbart.

Wer das Hirn des Menschen in Stücke zu schneiden beliebt, der wird ja vielleicht sagen, dass es die Wissenschaft, die Forschung eigentlich war, die diesen Weg des immer Exacteren einschlug, nicht aber die Dichtung. Dieses systematisch parcellierte Menschenhirn hat aber in Wahrheit nie bestanden. Wenn jene Strömung in der Wissenschaft hochkam, so musste sie eben in der Dichtung auch hochkommen. Unter einem bestimmten Gesichtspuncte ist die ganze Geschichte der Poesie aller Zeiten eine einzige fortschreitende Geschichte

des Kampfes um die zunehmende Exactheit der Weltwiedergabe. Bloss ist das bald offener, bald verschleierter. Zeiten haben auf die Exactheit der innerlichen, seelischen, psychologischen Vorgänge mehr Gewicht gelegt und das Aeusserliche mehr als Symbol bloss dabei behandelt, was ja auch seine volle Berechtigung hatte. Andere Zeiten haben umgekehrt das Objective besser zu sehen gesucht, wobei das Seelische einen symbolischen Zug bekam. Immer aber ging der Kampf um das Bessersehen irgendwo. Der Mensch lernte thatsächlich sehen, und die Dichtung spiegelte das. In diesem Sinne giebt es keinen einzigen grossen, entwicklungstüchtigen Dichter der gesamten Vergangenheit, der nicht einen ganz bestimmten Fortschritt auch im Naturalismus bedeutete und der ihn nicht auch bedeuten wollte.

Täuschen wir uns da nicht durch das Her- und Widerspiel ästhetischer Theorien. In der abstracten Theorie liess sich viel behaupten, ohne grosse Kosten. Kein echter Dichter aber hat sich je an den Schreibtisch zur eigentlichen Dichterarbeit gesetzt ohne heiligsten Respect vor der „Wirklichkeit“ und ohne das innerste inbrünstige Sehnen, dieser Wirklichkeit mit seinem Schaffen noch ein Stück näher, als alle vor ihm, auf den Leib zu rücken.

Von dieser Seite her lässt sich gut sagen, dass also der Naturalismus in der deutschen Dichtung gegen Ende des XIX. Jahrhunderts eine einfache Begleiterscheinung der immerhin doch nicht zu verachtenden Thatsache war, dass die Dichtung überhaupt bei uns wieder stieg.

Vor allem grade im Drama — um bei Hauptmann zu bleiben — kamen wir ums Ende der achtziger Jahre aus einer solchen Stagnation heraus, dass bald ein Versumpfungsjubiläum fällig wurde. Das Wiederauftauchen echter Dichtung bedeutete also ohnehin einen Ruck, es hatte etwas Sprunghaftes, Neues, sozusagen Revolutionäres, — einfach weil's halt wieder wirklich „Dichtung“ war. Man halte sich ein Stück von Hauptmann, einerlei welches, gegen ein paar Acte Blumenthal oder Lindau, von denen es keine Phrase ist, dass sie das Theater bei uns einmal beherrschten. Ja, da steht eben schlicht die „Kunst“ als unschuldig neue nackte Venus Anadyomene gegen etwas total Verschiedenes, sei es noch so brav gemeint gewesen.

Ich sehe heute noch in meiner Erinnerung jenen Premièrenmorgen von Vor Sonnenaufgang in der alten trefflichen Freien Bühne. Auf der Bühne schob sich langsam das wunderliche Stück dahin, mit seiner Grösse wie mit seinen Schrullen, aber in jeder Faser ein Dichterwerk. Rechts an der einen Prosceniumsloge aber lehnte Paul Lindau, zuckte die Achseln, hob die Arme zum Himmel, stiess seine Nachbarn an und lachte endlich mit dem ganzen fröhlichen Lachen, das ihm an und für sich so gut stand. Es waren eben zwei Welten. In diese ältere platzte die Dichtung schlechtweg wie etwas Incommensurables, mit dem sie überhaupt noch nie gerechnet hatte, eine Dame, der sie gar nicht vorgestellt war. Mit Neugierde betrachteten die Herren diese merkwürdige Dame und fanden sie, ehrlich gesagt, schliesslich.

Sintemalen dieses erstmalige echte Drama aber nun eben „echt“ war, brachte es, wie selbstverständlich, auch wieder sein Stück Naturalismusfortschritt. Kam die Dichtung überhaupt nach jenem langen Intermezzo per Sprung wieder auf die Bretter, nun, so erschien eben auch dieser Fortschritt des Naturalismus als Sprung. Etwa zwei Drittel dessen, was an Vor Sonnenaufgang als tolle naturalistische Neuerung bestaunt wurde, waren nichts anderes, als ein

fach dieser selbstverständliche Fortschritt. Das XIX. Jahrhundert war flott, wie kein früheres, gelaufen im Bessersehen. Jetzt, bei dem ersten grossen Dramatiker seines Schlusszipfels, kam das einfach wie ein Naturgesetz zum Ausdruck.

Für jene ganz Blinden gab das allerdings eine Art Ausweg: sie münzten auf das, was überhaupt erst wieder Kunst war, das Specialwort naturalistische Kunst. Mit etwas ästhetischer Sauce sollte schliesslich wohl gar herauskommen, der brave Blumenthal sei idealistische Kunst im Gegensatz dazu. Das Kuddelmuddel ist aber an dieser Stelle damals so arg geworden und hat auch so vernünftige Urteiler in seine Wurstbrühe verschlungen, dass man doch noch einen besonderen Punct hier anerkennen muss. Zwei Drittel, sagte ich, gingen allgemein in die Rubrik Wiederkunst und zwar fortgeschrittene Kunst damals ein. Es blieb aber ein letztes Drittel, damit der guten Dinge drei werden. Und das war noch wieder compliciert für sich. Es berührte eine philosophische Frage von entscheidender Bedeutung. Doch bei der werde ich nicht mit einer Randglosse zu einem Schlagwort fertig. Es bedarf eines tieferen Stückes Psychologie des XIX. Jahrhunderts. Davon in einem besonderen Artikel.

---

## Brüder.

Von

Selma Lagerlöf.

(Falun.)

Es ist schade um die Toten, die in den Städten begraben werden. Wenn sie auf die Leichenwagen gesetzt und durch die Gassen gefahren werden, ist es, als murrten und klagten sie in ihren Särgen. Einige jammern darüber, dass sie nicht die Federbüsche auf dem Leichenwagen haben, andere zählen die Kränze nach und sind nicht zufrieden. Und dann sind da einige, die ein Gefolge von nur ein paar Wagen haben und sehr gekränkt darüber sind.

Dergleichen sollten die Toten niemals fühlen und erleiden müssen. Aber die Menschen in den Städten verstehen nicht, wie sie die ehren müssen, die zu der langen Ruhe in die Erde gebettet werden sollen.

Das verstehen sie schon besser in den Dörfern, und nirgends verstehen sie es so, wie in der Schwarzsee-Gemeinde in Wärmland.

Wenn du in der Schwarzsee-Gemeinde stirbst, so weisst du, dass du einen Sarg bekommst, gleich dem, wie ihn alle anderen haben, einen ehrlichen, schwarzen Sarg, wie die Särge, in denen der Lensmann und Bezirksrichter in diesem Jahre begraben wurden. Denn derselbe Tischler macht alle Särge, und er hat nur ein Modell; keiner wird besser oder schlechter, als der andere. Und du weisst auch, denn du hast es ja so oft gesehen, dass du auf einem Arbeitswagen zur Kirche gefahren wirst, den man für diese Gelegenheit schwarz angestrichen hat. Du brauchst an keine Federbüsche zu denken, denn solche kennt

man hier nicht. Und du weisst, dass den Pferden weisse Tücher an den Sielen angebracht werden und man ebenso langsam und feierlich mit dir, wie mit einem Bauernhofbesitzer, fahren wird.

Aber du brauchst dir auch nicht darüber Sorgen zu machen, zu wenig Kränze zu bekommen, denn es wird keine Blume auf den Sarg gelegt. Es gehört dazu, dass er so schwarz und glänzend ist und nichts ihn verdeckt. Und du brauchst auch nicht zu denken, dass du nicht genug Gefolge haben könntest, denn die, welche in deinem Dorf wohnen, werden alle dir folgen. Und du wirst auch nicht genötigt sein, wenn du da drinnen liegst, Weinen oder Klagen an deiner Bahre zu hören. Man weint niemals über die Toten, wenn sie auf dem Kirchberge vor der Schwarzsee-Kirche stehen.

Nein, man weint ebenso wenig über einen blühenden jungen Mann, der dem Tode verfallen, als er gerade für seine armen, alten Eltern sorgen sollte, wie man über dich weinen wird. Du wirst auf ein paar schwarze Böcke draussen vor dem Gemeindehause gesetzt werden, eine ganze Menge Leute wird sich allmählich rings um dich versammeln, und alle Frauen werden Taschentücher in den Händen halten. Aber keine wird weinen, alle Taschentücher werden zusammengelegt gehalten, keins wird an die Augen gedrückt. Du brauchst nicht Angst zu haben, dass die Menschen dir nicht ebenso viel Thränen spenden, wie anderen Toten. Sie würden weinen, wenn es sich schickte, aber es schickt sich nicht.

Du kannst dir ja denken, dass, wenn an einem Grabe viel Herzeleid wäre, es sich übel ausnehmen würde bei denen, um die keiner trauerte. Man weiss in Schwarzsee, was man thut. Sie verhalten sich so, wie es dort nun seit vielen hundert Jahren Sitte und Brauch gewesen ist.

So lange du da auf dem Kirchberge stehst, bist du ein grosses und mächtiges Wesen, obwohl dir weder Blumen noch Thränen gespendet werden. Keiner kommt zur Kirche, ohne zu fragen, wer du bist. Und dann gehen sie still hinauf zu deinem Sarge und stellen sich hin und betrachten ihn. Und es fällt keinem ein, den Toten durch Klagen über ihn zu verletzen. Keinem fällt eine andere Aeussderung ein, als die, es sei gut, wenn es zu Ende ist.

Es ist durchaus nicht, wie in einer Stadt, wo sie an jedem beliebigen Tage begraben werden. In Schwarzsee wirst du nur an einem Sonntag begraben, so dass du die ganze Gemeinde um dich haben kannst. Dort wirst du an deinem Sarg sowohl das Mädchen haben, mit dem du bei dem letzten Johannisnachtfest tanztest, als den Mann, mit dem du auf dem letzten Markt Pferde tauschtest. Du wirst dort den Schullehrer haben, der dich unterrichtete, als du ein kleiner Knabe warst, und der dich vergessen hat, obwohl du seiner so viel gedachtest, und den Reichstagsvertreter, der sich früher niemals herbeiliess, dich zu grüssen. Das ist hier nicht so, wie in der Stadt, wo sich die Menschen kaum nach einem umsehen, wenn man an ihnen vorbeigeht.

Wenn man mit den langen Tragtüchern kommt und sie unter den Sarg legt, giebt es keinen, der sich nicht an der Handlung beteiligt.

Du kannst dir nicht denken, was für einen Kirchendiener es in Schwarzsee giebt. Er ist ein alter Soldat und sieht wie ein Feldmarschall aus. Er hat kurzgeschnittenes, weisses Haar und einen struppigen Schnurrbart und spitzen Kinnbart; er ist schlank und gross und geht gerade mit leichtem, sicherem Gang. An den Sonntagen trägt er eine frisch gebürstete Jacke aus feinem Tuch. Er sieht wirklich wie der feinste alte Herr aus, dem man begegnen kann. Und er geht als erster an der Spitze des Leichenzuges. Nach ihm kommt erst der Stabträger.

Damit ist nicht gesagt, dass der Stabträger nach etwas aussieht im Vergleich mit dem Kirchendiener. Es kann vorkommen, dass sein Kirchenhut zu gross oder altmodisch ist. Er fühlt sich meist auch unbehaglich in seinem Aufzug. Aber welcher Stabträger thäte das nicht?

Dann kommst du selber in deinem Sarge mit den sechs Trägern, und dann kommen der Pfarrer, der Glöckner, der Dorfvorstand und die ganze Gemeinde. Das ganze Kirchengefolge geleitet dich bis auf den Kirchhof, dessen kannst du sicher sein.

Aber nun musst du noch etwas beachten. Sie sehen so klein und ärmlich aus, die dir folgen. Es sind ja keine eleganten Städter, sondern nur einfache, dürrtige Schwarzsee-Bewohner. Nur einen giebt es, der gross und ehrwürdig ist, und das bist du in deinem Sarge, du, weil du tot bist.

Die anderen müssen am nächsten Tage wieder zu grober und schwerer Arbeit aufstehen, sie müssen in alten, armseligen Hütten sitzen und alte, geflickte Röcke tragen. Die anderen werden noch weiter leiden, geplagt und unterdrückt und gedemütigt werden durch die Armut.

Wenn ein Fremder mit zu deinem Grabe folgte, würde er, wehmütiger gestimmt werden, die Menschen zu sehen, die das Leichengefolge bilden, als bei dem Gedanken an dich, der tot ist. Du brauchst niemals mehr den Sammetkragen auf dem Rock zu untersuchen, um zu sehen, ob er nicht an den Rändern verblasst ist, du brauchst nicht eine besondere Falte in das seidene Tuch zu legen, um zu verbergen, dass es zu zerreißen beginnt. Du brauchst niemals den Landhändler zu bitten, dir Waren auf Credit zu geben, du brauchst nicht zu fühlen, wie die Arbeitskraft flieht, du brauchst nicht unterzugehen und auf den Tag zu warten, da du der Gemeinde zur Last fällst.

Indem sie dich zum Grabe geleiten, geht jeder und denkt, es ist am besten, tot zu sein, besser, zum Himmel emporzuschweben, getragen von weissen Morgenwolken, als ständig die Widerwärtigkeiten des Lebens zu erdulden.

Wenn man zur Kirchhofsmauer gekommen ist, wo das Grab aufgeworfen ist, werden die Tragtücher gegen starke Stricke vertauscht, und die Träger steigen auf die lockeren Erdhügel und senken dich nieder.

Und wenn das vollbracht ist, kommt der Glöckner zum Grabrande hin und beginnt zu singen:

„Meine Lebenszeit verstreicht —  
Stündlich eil' ich zu dem Grabe!“

Er singt den Psalm ganz allein, nicht der Pfarrer und keiner von der Versammlung hilft ihm. Aber der Glöckner muss singen, und wie rauh auch der Nordwind, wie stechend die Sonne ist, die ihm ins Gesicht scheint, er singt.

Der Glöckner ist ein ganz alter Mann und hat nicht mehr viel Singstimme übrig. Er weiss wohl, dass es nun nicht so schön klingt, wenn er die Leute ins Grab singt, wie es in seinen jungen Tagen der Fall war; aber er thut es doch, da es zu seinem Amte gehört.

Denn an dem Tage, das begreifst du, da seine Stimme ganz versagt, so dass er nicht mehr singen kann, müsste er sein Amt niederlegen, und das bedeutet für ihn dasselbe, wie in richtige Armut niedersinken.

Darum steht die ganze Versammlung voll Angst da, wenn der alte Glöckner singt, und denkt bei sich, ob auch die alte Stimme den ganzen Vers durchhalten wird. Aber dennoch singt keiner mit, kein einziger, denn das geht nicht an, das ist nicht üblich. Man singt in Schwarzsee niemals am Grabe. Man singt auch in der Kirche nur den ersten Psalm bei der Weihnachtsmesse.

Wenn jedoch jemand recht genau hinhört, so würde er merken, dass der Glöckner doch nicht allein singt. Es ist wirklich eine Stimme, die ihn begleitet, aber sie klingt so völlig gleich der seinigen, dass die beiden Stimmen verschmelzen, als wäre es eine einzige.

Die zweite Stimme, die mitsingt, gehört einem kleinen, alten Männchen in langem, grauem Friesrock. Es ist noch älter, als der Glöckner, aber es bietet alle Stimmkraft auf, die es noch hat, um ihm zu helfen.

Und die Stimme ist, wie gesagt, von ganz derselben Art, wie die des Glöckners; sie sind so gleich, dass man sich unbedingt darüber wundern muss.

Aber sieht man näher zu, ist auch der kleine, graue Alte dem Glöckner durchaus ähnlich; es ist dieselbe Nase, dasselbe Kinn und derselbe Mund; nur etwas älter und gleichsam mehr vom Leben mitgenommen ist er. Und dann sagt man sich, der kleine Arme ist des Glöckners Bruder. Und dann weiss man auch, warum er ihm hilft.

Denn siehst du, ihm ist es niemals hier auf der Welt gut ergangen; er hat ständig Missgeschick gehabt, und einmal machte er sogar Concurs und zog dabei den Glöckner mit in sein Unglück. Er weiss, er ist daran schuld, dass der Bruder es immer noch so schwer haben muss.

Und der Glöckner hat ja versucht, ihm wieder auf eigne Füße zu helfen, aber es ist nicht geglückt; denn er war nicht so, dass man ihm helfen konnte. Er hat stets Unglück gehabt, und dann war nicht die rechte Kraft in ihm.



Der Glöckner ist das strahlende Licht der Familie gewesen, und der Bruder hat auch immer empfangen und empfangen müssen von dem andern, und er hatte gar nichts wiederzugeben.

Herr Gott, wie kann man nur vom Wiedergeben reden! Er, der so arm ist! Du solltest die Waldhütte sehen, in der er wohnt!

Er weiss, dass er immer düster und traurig und nur eine Plage, nur immer eine Plage für seinen Bruder und für andere Menschen gewesen ist.

Aber, siehst du nun, in der letzten Zeit ist er ein reicher Mann geworden, nun steht er und giebt wieder. Das thut er. Nun hilft er seinem Bruder, dem Glöckner, der das Licht und das Leben und die Freude für ihn gewesen ist all' sein Lebtage. Nun hilft er ihm singen, damit er sein Amt behalten kann.

Er geht nicht in die Kirche, denn ihn dünkt, dass ihn alle angaffen, weil er keine schwarzen Sonntagskleider hat. Aber jeden Sonntag geht er zum Kirchberge hinauf, um zu sehen, ob ein Sarg auf den schwarzen Böcken draussen vor dem Gemeindehause steht. Und wenn da einer steht, geleitet er ihn zum Grabe, und da giebt er sich selbst in seinem alten, grauen Rock dem Gespött preis und hilft dem Bruder mit seiner elenden Stimme.

Der kleine, alte Mann hört wohl, wie schlecht er singt, er stellt sich hinter die anderen und drängt sich nicht zum Grabe vor. Aber singen thut er, es wäre dann nicht so gefährlich, wenn des Glöckners Stimme bei einem Ton versagen sollte. Sein Bruder ist da und tritt für ihn ein.

Auf dem Kirchhof lacht niemand über den Gesang; aber wenn die Leute nach Hause kommen und die Andacht abgeschüttelt haben, spricht man davon, wie es bei der Kirche gewesen, und dann lacht man über des Glöckners Gesang, wie über den seines Bruders.

Der Glöckner macht sich nichts aus dergleichen, er ist nicht so geartet; aber der Bruder leidet darunter und denkt daran. Ihm graut die ganze Woche vor dem Sonntag; aber er kommt doch pünktlich zum Kirchhof und thut seine Pflicht.

Aber dir dort unten in deinem Sarge, dir scheint der Gesang nicht so schlecht. Du findest, es ist gute Musik. Nicht wahr, man möchte nur um dieses Gesanges willen in Schwarzsee begraben werden?

In dem Psalm steht: „Stündlich eil' ich zu dem Grabe!“ Und wenn die beiden Alten das singen, diese beiden, die für einander ihr ganzes Leben gelitten, dann fühlt man so mächtig, wie niemals früher, wie schwer es ist, zu leben, und man wird so zufrieden, wenn man denkt, dass man tot ist.

Und dann schliesst der Gesang, und der Pfarrer wirft Erde auf den Sarg und befet über dir.

Dann singen die beiden alten Stimmen: „Hab' mich zu Gott gewendet — und geh nun himmelauf!“

Und sie singen diese Verse nicht besser, als die früheren. Ihre Stimmen werden schwächer und heiserer, je länger sie singen.

Aber vor dir breitet sich ein grosser, weiter Raum aus, und du schwebst hinauf voll Angst vor dem Glück, und alles Irdische verschwindet und verblasst.

Und das letzte, was du vom Irdischen hörst, ist etwas von Liebe und Treue. Und mitten unter dem angstlebenden Fluge wird der elende Gesang Erinnerungen an all' das erwecken, was dir hier unten widerfahren ist, und das wird dich emportragen; es wird dich durchstrahlen, wie ein Lichtglanz, und dich schön machen, wie einen Engel.

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

**Communale Socialpolitik.** Es bedarf keiner besonderen Begründung, wenn die socialen Aufgaben und Leistungen der Gemeinden an dieser Stelle regelmässig in zusammenfassender Betrachtung behandelt werden sollen. Die Entwicklung der Grossstädte, die Ausdehnung ihrer Aufgaben, die wachsende Bedeutung ihres socialpolitischen Berufs stehen so sehr im Vordergrund des öffentlichen Interesses, dass ihre Behandlung nicht der Rechtfertigung bedarf. Immer neue Zusammenhänge der socialen Gruppen entstehen, immer neue Bedürfnisse verlangen nach Abhilfe. Soweit die Gemeinden dazu berufen und befähigt sind, sind diese Probleme, in Anknüpfung an die im Vordergrund stehenden Fragen des Tages und die Erscheinungen der Fachlitteratur, hier zu betrachten.

Wir reden von kommunaler Socialpolitik und suchen damit eine Abgrenzung von den allgemeinen Fragen der Gemeindeverwaltung und Gemeindefinanzen auf der einen, von den Aufgaben der staatlichen Socialpolitik, den socialen Arbeiten der Interessensvertretungen, Gewerkschaften, Genossenschaften und freien Vereine verschiedenster Art auf der anderen Seite. Mit voller Strenge lässt sich diese Grenze freilich niemals ziehen. Im Zeitalter der Classenherrschaft und des Classenkampfes ist die Verfassung auch der Gemeinde von hervorragender Bedeutung für ihre ganze Bethätigung in socialer Hinsicht. Und wie die Steuern und Abgaben, die verschiedenen Besitz- und Unternehmungstendenzen und die Ausgabenwirtschaft der Gemeinde auf deren socialpolitische Leistungsfähigkeit einwirken, wie sie schon an sich selbst als social wirkende Factoren auftreten, liegt auf

der Hand. Und wieder ist die sociale Arbeit der Gemeinde auf den Gebieten der socialen Versicherung, des Schulwesens, der Wohnungsfrage, der gesamten politischen Structur so eng mit den staatlichen Einrichtungen gleicher Art verwachsen, lässt sich Bildungspflege und Armenversorgung so wenig von der freiwilligen Arbeit selbständiger Vereinigungen lösen, treffen auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinde mit denen der Privaten und ihrer Verbände so oft ergänzend oder gegensätzlich zusammen, dass eine scharfe Trennung in der Wirklichkeit auch hier sehr schwierig, häufig unmöglich ist. Begrifflich aber muss sie vorgenommen werden und als Tendenz auf die Eingrenzung des Stoffes wirken, der ohnehin ein überreichlicher, kaum mehr nach Inhalt und gar nach Ausdehnung zu überschender ist.

Wir gebrauchen für diese Behandlung der Tagesfragen den bescheidenen Ausdruck der Socialpolitik und vermeiden das hochklingende Wort vom Gemeindesocialismus. Wohl gilt es hier, wie überall, dass die Begriffe fliessen, und der eine mag ein „Hineinwachsen in die socialistische Gesellschaft“ dort sehen, wo andere mit Recht bescheidene, mitunter selbst bedenkliche Reformversuche erkennen wollen. Wir zählen uns zu den nüchternen Beurteilern und sind weit entfernt, in jedem verbesserten Armen- oder Strassenbahnreglement schon Socialismus zu finden. Zu so grober Scheidemünze hat sich für uns diese Goldmünze noch nicht abgegriffen. Wir würden als Gemeindesocialismus erst eine mit grossen Mitteln und durchgreifend arbeitende Umgestaltungsarbeit bezeichnen, die planmässig auf die Socialisierung der wichtigsten wirtschaftlichen Lebensgebiete, soweit diese durch die Ge-

meinde möglich ist, ausginge. Die Verteilung von Schuhen an bedürftige Schulkinder oder die polizeiliche Controle einer Omnibuslinie rechnen wir freilich nicht dazu und würden in solchem Falle lieber die Preisgabe des Wortes Socialismus überhaupt befürworten, das dann gar keinen selbständigen Sinn mehr hätte. Denn die polizeiliche und ausschelfende Thätigkeit, die als Ergänzung jeder individualistischen Produktionsform unumgänglich ist und thatsächlich neben denselben niemals gefehlt hat, ist noch lange nicht Socialismus.

Nun ist freilich der in Wahrheit radicale Socialismus die wahrhaft praktischste Socialpolitik, die einzige, die für die Masse des Volkes entscheidende Bedeutung hat. Das mag denen seltsam erscheinen, die sich unter praktischer und zumal kommunaler Politik nichts anderes mehr vorzustellen vermögen, als eine Unsumme kleiner und kleinlicher Aufgaben und Tagesrecepte; die in ihrer „Praxis“ sich ein Unverständnis der theoretischen Probleme, ja einen rechten Hass und Verachtung gegen alles „Spintisieren“ angewöhnt haben. Uns aber gilt nach wie vor die Erkenntnis, dass alle Praxis ohne theoretische Unterlage ein Hantieren ist ohne Wissen, woher und wozu, und dass ein durchdachtes Handeln sich nicht auf die kleinen Fragen des Moments und der nächsten Viertelstunde beschränken, sondern auf die Grundlagen der gesamten in Frage stehenden Lebensbethätigung wirken muss.

Damit sind die kleinen und kleinlichen Einzelfragen, die in tausendfacher Fülle gerade auf unserem Gebiete jeder Tag von neuem bringt, durchaus nicht abgelehnt. Niemand wird ihre Bedeutung und Wichtigkeit — denen, die beschränkend sagen relative Wichtigkeit, sei erwidert, dass schliesslich alles relativ, mithin auch das Relative in letzter Linie von absoluter Bedeutung ist — mehr anerkennen, als der Verfasser; aber es handelt sich darum, sie in das rechte Verhältnis zu dem gesellschaftlichen Gesamtproblem zu bringen, sie als Teile einzufügen in das grösse System des Ganzen, dem sie als dienende Organe und Functionen sich anschliessen sollen. Die Unumgänglichkeit der Einzelarbeit und der kleinen Mittel innerhalb der heutigen Gesellschaft ist die erste Grundlage unserer Betrachtungen. Und die zweite ist ihre Unzulänglichkeit: die Notwendigkeit und Möglichkeit der durchgreifenden Massnahmen, die erst zum Ziele führen können, wo jene nicht ausreichen. Zu diesen grossen Massregeln aber bedarf es der Macht; des Willens und der Erkenntnis. Die Macht hat — mag sie auf rein wirtschaftlichen

oder was immer sonst noch für Unterlagen ruhen und die geheimsten Wurzeln ihres Werdens auf Jahrtausende zurückerstrecken — zur Voraussetzung im gegebenen Moment die politische Action, die Umgestaltung oder auch Zertrümmerung der äusseren Form, in deren Schoss neue Gebilde herangereift sind und zum Durchbruch drängen. So ergibt sich ein ständiger Zusammenhang zwischen kommunaler Social- und allgemeiner Staatspolitik: die Demokratie als Gemeindeverfassung ist die erste Voraussetzung wahrhaft sozialen Gemeindelebens.

Aber sie ist nur die äussere Form, nur erste Voraussetzung. Fruchtbar wird sie erst werden, wenn bei den Beteiligten die rechte Erkenntnis von den Bedürfnissen und Aufgaben des Gemeinwesens, wenn insbesondere bei den Massen und ihren Führern der klare auf durchgreifende Besserung und Erneuerung gerichtete Wille vorhanden ist. Es wird daher neben der Zusammenstellung und Erörterung des Materials der einzelnen Tagesaufgaben jederzeit dessen Zusammenhang mit den Grund- und Kernfragen des Socialismus in Erwägung zu ziehen und die Notwendigkeit völliger Umgestaltung aus der Unzulänglichkeit dessen, was heute geschieht und heute erreicht werden kann, darzuthun sein.

Das bedeutet keine Geringschätzung und Entwertung der Tagesaufgaben. Im Gegenteil giebt es vielmehr ihrer Behandlung erst die entschiedene und wirksame Kraft. Und eine radicale Umgestaltung auch im Gemeindeleben erreicht nur dann völlig ihr Ziel, wenn ihr die genügenden geschulten Kräfte zur Verfügung stehen. Die Aufrüttelung und Aufklärung der zur praktischen Arbeit auf dem Gebiete der Gemeinde berufenen Arbeitervertreter ist daher eine Aufgabe von grösster und für die Entscheidung der Hauptfrage vielleicht ausschlaggebender Bedeutung.

Wir haben ein Parteiprogramm, das die Gemeindefragen kaum flüchtig streift. Und wir haben eine Reihe von Gemeindeprogrammen, die den Zusammenhang mit den socialistischen Grundauffassungen fast ganz vermissen lassen. Es ist oft gute, aber meist nicht mehr als bürgerlich-reformistische Arbeit, die hier geleistet wird. Und wer die Praxis kennt, der weiss auch, wie viel selbst in dieser beschränkten Richtung noch fehlt, wie nicht selten socialdemokratische Gemeindevertreter selbst hinter dem, was bürgerliche Socialreformer leisten, geschweige gar hinter den Aufgaben unserer Bewegung, zurückbleiben. Macht die Socialdemokraten zu Socialisten! Alles andere ist ein Kinderspiel! So wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, die

Parteigenossen nicht nur mit Material zur praktischen Arbeit zu versehen, sondern in ihnen auch die Erkenntnis unserer grossen Aufgaben zu erwecken, die Einsicht in ihre Unentbehrlichkeit, die Ueberzeugung, dass es sich bei ihnen nicht um Hirngespinnste handelt, vielmehr um Aufgaben von dringender Notwendigkeit im Interesse der Gesundung unseres socialen Lebens.

Die in erster Linie berufenen Träger socialer Gemeindepolitik sind die Grossstadtcomplexe. Hier sind mehr, als anderwärts, die socialen Nöte concentrirt, mehr, als anderwärts, auch die Kräfte und der Wille zur Abhilfe vorhanden. Und in ihrer ganz aus der Entwicklung der modernen Productions- und Verkehrsweise entstandenen Ausdehnung und Structur sind sie die gegebene Grundlage für eine eingreifende und entschiedene Socialpolitik. Die Gemeinde ist das Zwischenglied zwischen den einzelnen mit ihren örtlichen Vereinigungen und der grossen und umfassenden Organisation des Staates, zwischen der Selbstthätigkeit der Individuen und ihrer freien Verbände und der zwingenden Staatsgewalt. Aufwärts von der Mark und der Dorfgemeinde zu moderner Grossstaatsbildung führte der Weg der capitalistischen Gesellschaft mit ihrer Zersetzung der alten Grundlagen des naturalwirtschaftlichen Volkstums — zurück zu den Grossstadtcomplexen und schliesslich zu selbständig wirtschaftenden Kleingemeinden und Nachbarschaftsgilden mit neuer Naturalwirtschaft auf der Grundlage höchster technischer Durchbildung der Hilfsmittel geht die neubildende, auf neues, wahrhaftes Gemeinschaftsleben hinführende Arbeit der socialen Neugestaltung des Volkslebens.

Grundlage des Gemeindelebens ist der Boden der Gemeinde, des Lebens ihrer Glieder die Bau- und Wohnstätten ihres Gebiets. Und die grossstädtische Entwicklung führt immer neue Massen auf beschränktem Raume zusammen, schafft zu gunsten der Bodenspeculation und des wuchernden Bodenmonopols immer neue Quellen der Verelendung und Corruption der Massen. So steht im Vordergrund der Betrachtung, als Grund- und Kernfrage des Gemeindelebens, die Aufgabe der Wohnungsreform, als Ziel der communale Landsocialismus. Daran schliesst sich die Regelung der Gesundheitspflege, ärztliche Hilfeleistung, Badeeinrichtungen u. a. Es kommen dazu Schulwesen und weitere Bildungspflege, die Fürsorge für die hilflosen Kinder und die heranwachsende Jugend. Die Armenpflege verlangt einschneidende Verbesserungen und

steht in enger Verbindung mit dem socialen Versicherungswesen, der Regelung des Consums, der Versorgung der Arbeitslosen und der Regelung des Arbeitsmarkts. Als Unternehmerin, als Vergeberin städtischer Arbeiten hat die Gemeinde Arbeiterpolitik zu treiben und das Vorbild mustergiltiger Betriebseinrichtungen zu liefern. Verkehr und gemeinnützige Anlagen aller Art drängen zum Gemeindebetrieb in eigener Regie. Und mit dem allen im engsten Zusammenhange stehen wieder die Gebiete der Gemeindefinanz und Gemeindeverwaltung.

Dies reiche Lebensgebiet bildet den Gegenstand unserer künftigen Monatsübersichten. Ueberall regt und bewegt es sich. So wird es an Stoff niemals fehlen, oft nur an Musse und Raum zu seiner genügenden Verwertung.

*Simon Katzenstein.*

**Gewerkschaftsbewegung.** (Die wirtschaftliche Situation und die Arbeiter. — Lohnbewegungen und Boycotts. — Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter. — Dienstabotengewerkschaft. — Adressenschreiber. — Congresse. — Einigung der Transportarbeiter. — Christliche Gewerkschaften. — Herr Dr. Max Hirsch. — Deutscher Seemannsverband.) Die allgemeine seit 1895 anhaltende industrielle Hochconjunctur hat nun ihren Höhepunkt überschritten. Die verschiedenen Cursverwüstungen aus April und Juni dieses Jahres kündeten nichts Gutes an: redete man doch schon mit Zittern und Zagen, wie ehemals, von schwarzen Börsentagen. China und Africawirren, reactionäre Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung zu gunsten der Nimmersatten machen die Lage auch gerade nicht erfreulicher. Unter diesen Verhältnissen ist es für den denkenden Arbeiter Gebot der Selbsterhaltung, sorgend sein Auge über den Markt schweifen zu lassen und zu fragen: was wird werden? Es ist erfreulich, in gewerkschaftlichen Versammlungen in neuerer Zeit zu hören, wie schlichte Arbeiter, die Tags über im Werke sich müde gerackert haben, am Abend diese Themata behandeln und eingehend über die Zustände ihrer respectiven Industrie reden. Das ist zwar noch nicht langeso, dass man in Gewerkschaftsversammlungen über diese Sachen redet, aber der Anfang ist gemacht, und damit vollzieht sich schon ein gut Teil in der Wendung zum Besseren. Wenn man freilich die deutschen Organisationsziffern mit den thatsächlichen Arbeiterbeständen vergleicht, so ist man weder als Socialist noch als Gewerkschafter befriedigt. Man denke, dass nach den Statistiken der Generalcommission wir

für 1898 reichlich 500 000 organisierte Arbeiter in Deutschland hatten, denen gegenüber weit über 5 Millionen nicht organisierte, wohl aber organisationsfähige Leute stehen. Gewiss wird die diesjährige Gewerkschaftsstatistik wieder ein Steigen der Mitgliederziffern anzeigen. So verzeichnete der Metallarbeiterverband für 1899 85 013 Mitglieder gegen 75 431 im Vorjahr. Die Freude wird allerdings getrübt durch die hohe Ziffer der Neuaufnahmen, die auf keine allzu ausgedehnten festen Organisationsbestände schliessen lassen. In einer Werftarbeiterversammlung auf Wilhelmsburg bei Hamburg hörte ich voriges Jahr einen Arbeiter sagen: „Die gute Conjunction wird vorüber gehen, und wir Werftarbeiter haben wenig davon gehabt.“ Das war es eben, was auch in Bezug auf die deutsche Bewegung im allgemeinen zu sagen war! Nur wenige Gewerke dürften das für sie Erreichbare an Lohn-erhöhung, Arbeitszeitverkürzung und sonstigen besseren Tarifpositionen erobert haben. Die Unternehmercoalitionen erscheinen bei Lohnbewegungen naturgemäss als ein weiteres Hindernis, zumal in den Branchen und Orten, wo nur 10–15% der Arbeiter organisiert sind. Wie sonst zu Beginn der Depression umfangreiche und intensive Lohnbewegungen unseren wirtschaftlichen Organismus noch einmal heftig durchzuckten, so scheint es auch diesmal wieder werden zu wollen, und besonders Aussperrungen zeigen sich häufiger, ähnlich wie 1890 und 1873.

Den Vortritt in der diesjährigen Gesamtbewegung hatten die Bäcker. Schon vor Ostern regten sich die süddeutschen Gesellen kräftig und erzielten zum Entsetzen der über 50 000 Mann stark innungsmässig organisierten Bäckermeister Deutschlands ganz respectable Erfolge. In den Monaten Juni und Juli fanden weitere Kämpfe statt in Frankfurt a. M., Köln a. Rh., Hamburg, Leipzig und Berlin. Die besten Erfolge erzielten die Frankfurter und Hamburger Gesellen, in Berlin schlichtete das Einigungsamt den Streit, und beide Teile gaben sich einstweilen zufrieden, während die Leipziger und Kölner Bewegungen in mancher Beziehung zu wünschen übrig liessen; vor allem natürlich an innerer Organisation, Festigkeit und Disciplin. Charakteristisch ist, dass in Köln die Bäckerlöhne zwischen 6–12 Mk. per Woche variieren, und dass als Forderung galt: gesundes Schlafzimmer, ein Tisch, verschliessbarer Kleiderschrank, für jeden Gesellen ein Bett und — wöchentlich zwei reine Handtücher! In Frankfurt nahmen die Bäckermeister den „Strike“ zum Anlass, sofort die Brotpreise in die Höhe zu schrauben. In

Hamburg musste erst der partielle Boycott nachhelfen, der auch noch jetzt hier und da angewandt wird.

Recht bezeichnend ist es, dass in diesem Sommer drei Erwerbsgruppen auf dem Plan erschienen, die man sonst in der deutschen Gewerkschaftsbewegung knapp dem Namen nach kennt: Barbieri und Friseure, Strassenbahner und Schlächter. Die Barbieri und Friseure stellten in Offenbach a. M., Bielefeld, Frankfurt a. M., Griesheim, Solingen, Hamburg, Leipzig und anderen Orten Forderungen. Die Erfolge entsprechen meistens dem schwachen Organisationsstade; wo mehr erzielt werden soll, muss schon, wie in Hamburg, der Boycott einsetzen. Leider beteiligen sich die besser gekleideten Kreise noch zu wenig an derartigen Boycotts, wie überhaupt der Boycott dem deutschen Publicum im allgemeinen und bei Arbeiterforderungen im besonderen noch ein böhmisches Dorf ist. Nur wenn's mal einen Bierkrieg giebt, wo der ehrsame Spiesser statt 0,4 l. 0,5 l. erobern kann, scheint etwas Begeisterung aufzulodern, oder wenn Militär und andere Behörden den Boycott commandieren.

Die Crefelder Arbeiter haben, als eine der wenigen erfreulichen Ausnahmen von der fatalen Regel, den Boycott gegen ihre Tivoli-Brauerei gewonnen. Wie der Harburger Boycott gegen die dortige Actienbierbrauerei verlaufen wird, lässt sich noch nicht bestimmt sagen. Die Direction ist bis jetzt, trotz bedeutender Verluste noch sehr bockbeinig. Die Ursache war hier auch protzige Zurückweisung der bescheidenen Forderungen organisierter Brauer.

Die Nachrichten von der Strassenbahnerbewegung wirkten wie mehrere Blitze aus heiterem Himmel. Wer hätte das gedacht! Und Berlin machte diesmal den Anfang! Ganz imposant machte sich übrigens diese Bewegung. In Berlin, Hannover, Stettin, Köln a. Rh., Posen, Halle, Erfurt, Danzig, Königsberg, Hildesheim, Braunschweig, Karlsruhe und Hamburg kam es zu mehr oder minder heftigen Zusammenstössen und Kämpfen. In Leipzig machte unter dem Einfluss dieser Bewegung die Direction vernünftigerweise, ohne erst besondere Anregungen abzuwarten, dem Personal einige Zugeständnisse. In Hannover sprang der preussische Ressortminister Herr von Thiesen in die Bresche, um die arg bedrohte Disciplin zu retten. Man weiss, dass die braven Hannoveraner durch das ministerielle Eingreifen den Kampf total verloren und die Profitjäger diesmal noch triumphieren konnten. Von Organisation war unter den Strassenbahnern Deutschlands bis dahin wenig zu

spüren. Die umfangreiche Bewegung dieses Sommers hat aber die trägen Geister ordentlich aufgerüttelt. Leider hat die Strassenbahnerbewegung in einigen Städten weitere Opfer erfordert; Krawalle entstanden dadurch, dass sich viele Strikebrecher anfanen. Das Publicum wendete hier und da allerdings den Ausständigen seine Sympathie zu, und diese verhielten sich ruhig. An den bedauerlichen Vorkommnissen, die noch ihre gerichtlichen Nachspiele fanden, waren sie unbeteiligt, und wir können noch froh sein, dass bei uns diese Sorte Kämpfe ruhiger verliefen, als das in America zu geschehen pflegt. Zur selben Zeit tobte nämlich auch in St. Louis der Kampf. Dort gab es bei dieser Gelegenheit 16 Tote und viele Verwundete. Der Americaner tritt bei solchen Gelegenheiten viel entschiedener auf und nimmt rücksichtslos gegen die dividendenhungrigen Monopolisten Stellung. Während die Strassenbahner für ihre Rechte und eine bessere sociale Position kämpften, schielten unsere „nach Besitz und Bildung Massgebenden“ gar ängstlich nach den Bahnhöfen unserer Staatseisenbahnen. Die Berliner Neuesten Nachrichten markierten hier den Wetterpropheten und meinten ganz höhnisch, dass sich die deutschen Eisenbahner doch recht mässig in ihren Stellungen befinden müssten; sie hätten noch nicht gestrikt. Nun, ich erinnere nur an Halle 1889. Dort brachten die Rangierer durch Strike binnen 5 Stunden den ganzen mitteleutschen Verkehr ins Stocken und gewannen damit ihre Sache. In Bremen strikten 1890 die Rangierer mit Erfolg, und noch voriges Jahr strikten preussische Eisenbahnarbeiter in Erfurt. Die Sache ging da allerdings schief, es war kein Zusammenhalt, keine Organisation, und Pardon wurde auch nicht gegeben. Vor einigen Wochen strikten auch die Eisenbahner der Privatlinie Türkheim-Wörishofen. Recht regsam zeigen sich im Gegensatz zu ihren norddeutschen Collegen die süddeutschen Eisenbahner. Die württembergischen Werkstätten- und Betriebsarbeiter beschlossen, für die achtstündige Arbeitszeit, ab 1. Januar, einzutreten. Nur ist die süddeutsche Sonderbündelei zu beklagen. Es würde zweckmässiger sein, wenn süddeutsche und norddeutsche Eisenbahner gemeinsame Sache machten. In Bayern war eine Neunstundenbewegung im Gange. Durch seine laue Haltung hat der katholische bayerische Eisenbahnverband die 9½ stündige Arbeitszeit verschuldet.

Die Schlächter oder Fleischer-Gesellen haben angefangen, sich zu organisieren. Das Fachblatt der neuen Gewerkschaft ist betitelt: Der Fleischer, es erscheint seit einigen Wochen in Berlin.

Auch das bühnentechnische Personal hat sich aufgerafft. In Berlin ist der Sitz des Centralverbandes, und in mehreren Städten sind, so zuletzt auch in Hamburg, Zweigvereine gegründet.

Im allgemeinen Wirtschaftsconcert spielt das Baugewerbe, und von den respectiven Gewerkschaften der deutsche Maurerverband erste und starke Instrumente. Während der Bausaison führen die Maurer zugleich mehr als zwanzig Lohnbewegungen und darunter ausgedehnte Kämpfe. Unter ihrer energischen und sehr umsichtigen Führung haben sie bereits manchen schönen Erfolg errungen — auch ohne Kampf — siehe Berlin und Hamburg. — An heftigen Kämpfen und starker Gegenwehr fehlt es natürlich auch nicht. In Wiesbaden kündigten die Meister den strikenden Gesellen an, dass, wer nicht bis zum 6. Juni seine Arbeit wieder aufgenommen habe, bis zum 1. März 1901 ausgesperrt werden würde. Das beirrte indes die Strikenden nicht im geringsten. Sehr heftig ist auch der Kampf in Hannover und Essen a. Ruhr. Die Meister in Hannover lehnten bisher jede Verhandlung ab und hielten es für unter ihrer Würde, überhaupt nur eine Antwort zu geben. Das führte zum Generalstrike. In Essen machte die christliche Maurerorganisation, trotz der vorherigen schönen Worte von getrenntem Marschieren und vereintem Schlagen, Miene, Strikebrecher-colonne zu spielen.

In Neuruppin gerieten die Bauunternehmer in helle Verzweiflung, indem sie gegen ihre Verabredung gezwungen waren, Maurer aus Strikeorten in Arbeit zu stellen, und sich ausserdem zu einer Lohnerhöhung von 38 auf 40 Pfg. per Stunde bequem mussten; während sie den Lohn auf 35 Pfg. herabdrücken wollten, wogegen sich die Arbeiter durch Strike wehrten. In besagte Verzweiflung wurden sie getrieben durch die zuständige Behörde, welche einen Casernenbau bis zur vertragsmässig verabredeten Frist fertiggestellt sehen wollte, während die Meister, um die Gesellen zu schlagen, Fristverlängerung beantragten. Man gab ihnen 14 Tage, aber nicht mehr. Darob grosses Heulen und Zähneklappern unter ihnen wegen zu „schroffen“ Vorgehens der Behörde.

Die Zimmerergewerkschaft ist ebenfalls, wie alljährlich, stark engagiert. Vom Vorstand des Maurerverbandes werden ferner umfangreiche statistische Erhebungen veranstaltet. Auf diesem Gebiete ist bereits in den Vorjahren von dieser Seite aus Bedeutendes geleistet worden.

Gegen organisierte Glasarbeiter haben diverse Hüttengewaltige mobil gemacht, so

in Ottensen, Lommatzsch, Schauenstein bei Obernkirchen und Nienburg a. d. Weser.

Überall handelt es sich im Grunde genommen um die Organisation. Viele hundert Arbeiter stehen in der Bewegung. In Schauenstein hat man allein 1100 Mann wegen Forderungen entlassen. Die Firma Menzel & Söhne in Lommatzsch zeichnete sich durch besonders brutales Vorgehen gegen „ihre“ Arbeiter aus. Schlimm sind diejenigen Glasarbeiter daran, welche Wohnung auf der Hütte haben. Sie müssen dieselben dann, wie jetzt auch wieder in Ottensen, sofort räumen, wenn sie nicht zu Kreuze kriechen. Das ist ein sehr wunder Punkt, wo der Glasarbeiterverband, je eher, desto besser, Remedur schaffen müsste. Auf der Gerresheimer Hütte ging es neulich recht spassig zu. Man war da bei den Arbeitern bis vor kurzem an Cadavergehorsam gewöhnt. Der Hüttenbaron Heye hatte acht Glasarbeitern wegen Beteiligung an einer Versammlung gekündigt. Das empörte die Gerresheimer Hüttenarbeiter so gewaltig, dass sie ganz gegen alle Vorausberechnung wie ein Mann beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen, wenn die Kündigung nicht zurückgezogen werde. Die nächste Schicht zog, anstatt zur Arbeit, zur Versammlung, in welcher der Bürgermeister, nichts Gutes ahnend, als Referent und Herr Heye selbst gewissermassen als Correferent auftrat. Die Arbeiter verlangten für die ihnen angethanene Schmach volle Genugthuung, der Bürgermeister redete zum Frieden, und Herr Heye wollte sich weiss waschen. Die Arbeiter blieben fest, die Kündigung wurde zurückgezogen, und in Gerresheim wurde obendrein endlich eine Filiale des Glasarbeiterverbandes errichtet. Das hätte man vor einigen Wochen noch für rein unmöglich gehalten.

In Veltens fand ein mehrwöchiger heftiger Strike der Töpfer statt, an welchem über 1300 Personen beteiligt waren. Seit 1890 waren die Löhne auf den Veltener Ofenfabriken um 30 % gesunken, und im Vorjahr brachen die Fabrikanten den Arbeitern gegenüber ihr Wort, auf besseren Tarif zu halten. Das sind die Ursachen des Kampfes. Die Unternehmer weigerten sich, zu verhandeln, und es bedurfte neben der Ausdauer der Arbeiter auch sehr vieler Mühe des Landrates Dr. Steinmacher, welcher in anerkennenswerter Weise für reellen Frieden eintrat, um die Unternehmer zu Concessionen zu bewegen.  $5\frac{1}{2}\%$  mehr Lohn und die zehnstündige Arbeitszeit wurden erobert.

Der Holzarbeiterverband führt in München einen lebhaften Kampf. Dort stehen 1000 Tischler im Strike, und 300 Mann sind

ausgesperrt. Folgendes Inserat zielt die patriotische Gesinnung der Münchener Meister: „Schreiner, tüchtige, welche Lust zum Arbeiten haben, Deutsche ausgeschlossen, finden in München eine ständige, gut bezahlte Beschäftigung.“ Sind doch furchtbar nett, diese Meister!

Ausserdem finden noch in mehreren anderen Städten Lohnkämpfe statt.

In der Metallindustrie haben die organisierten Arbeiter naturgemäss einen schweren Stand. Nicht nur gegen simple Arbeitgebercoalitionen ist hier zu kämpfen, sondern gegen das cartellierte und vertrustete Grosscapital. Je mehr der Capitalismus diese Stufe der Entwicklung erreicht, desto notwendiger ist die starke Gewerkschaft.

Bei der grossen Ausdehnung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist es kein Wunder, dass die Verbandsleitung stets auf ein bis zwei Dutzend neben einander laufender Lohnbewegungen, Strikes und Aussperrungen in den verschiedensten Teilen des Reichs zu achten hat.

Ähnlich, wie der Bielefelder Maurerstrike von 1897 eine gewisse Bedeutung gewann durch die damalige Kaiserrede, erging es der gegenwärtigen Aussperrung der Werftarbeiter in Hamburg. Durch den „Strike“ sollten sie die Fertigstellung der Truppentransportschiffe verzögert und damit das Vaterland in Gefahr gebracht haben. In beiden Fällen ist der Kaiser falsch über die Bestrebungen der Arbeiter unterrichtet worden. In beiden Fällen haben gewissenlose Scharmacher ihren gemeingefährlichen Einfluss geltend gemacht. Die Hamburger Werftarbeiteraussperrung, welche man dem Kaiser als einen Strike dargestellt hatte, ist dadurch noch bekannter geworden, als sie es ohnehin schon war. In der gesamten Bevölkerung Hamburgs hat die grundlose Beschuldigung der Hamburger Arbeiter ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Die wenigen Nieter, um derenwillen die Hamburger Werftprotzen dreitausend unbeteiligte Arbeiter aussperrten, hatten schon am 31. Mai d. Js. den Beschluss gefasst, ihre jämmerlichen Stundenlöhne von 20, 30 und 35 Pfg. um 5 Pfg. aufzubessern. Man ersuchte die Eisenindustriellen, bis zum 11. bezw. 15. Juni, sich zu äussern, ob sie zu Verhandlungen geneigt u. s. w. Die Unternehmer ignorierten mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, die Anfragen und respectierten ebensowenig ein abermaliges Schreiben, in welchem bis zum 30. Juni um Antwort gebeten wurde. Darauf stellten am 3. Juli ca. 60–70 Arbeiter auf der Reiherstiegwerft die Arbeit ein. Damals war von ausgedehnten Truppentrans-

porten nach China noch gar keine Rede. Obgleich die Werften voll beschäftigt waren und vor allen Dingen die Arbeiten der Truppentransportschiffe drängten, sperrte man nach und nach bis zu 3000 Arbeiter aus. Die Werftbesitzer wollten unter allen Umständen den Strike provocieren, um einen Vorwand für die nicht rechtzeitige Fertigstellung von Arbeiten zu haben und sich vor Conventionalstrafen zu schützen. Die Arbeiter thaten ihnen nicht den Gefallen, und darum die Aussperrung. Auch den alten Trick wandte man wieder an, Strikebrecher für hohes Geld zu werben. Auswärtigen Arbeitern bot man, um sie nach Hamburg zu locken, acht Mark pro Tag bei freier Station, während die ursprüngliche Forderung der Nieter auf 5 Pfg. Zulage pro Arbeitsstunde und 9 $\frac{1}{2}$  stündige Arbeitszeit lautete.

Der Kampf wird weiter geführt. Die Arbeiter beobachten Ruhe und Besonnenheit. Die Werftbesitzer schädigen durch ihr sinnloses Vorgehen aber den Hamburgischen Schiffbau auf das Empfindlichste und damit Tausende von Existenzen.

Aehnlich verhalten sich auch die Gruben-capitalisten. Organisierte Arbeiter kuranzt man mit der Hungerpeitsche, und Strikebrecher tractiert man mit Zuckerbrot. So wurde im Zwickauer Revier an alle diejenigen Arbeiter, welche den Februarausstand nicht mitgemacht hatten, ein Gnadengeschenk in Form einer Lohnzulage gegeben, derweilen die Kohlenpreise um 50 Mk. pro Doppelladung erhöht sind.

In der Textilindustrie setzt es ebenfalls Aussperrungen. Der Director der Firma Andrá in Süchteln bei Crefeld hat seine Fabrik geschlossen, weil die Arbeiter sich gegen eine rigorose Fabrikordnung wehrten. Die Textilarbeiter Leipzigs forderten die zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten diese glatt ab. In Leipzig sind viele tausend Textilarbeiter beschäftigt, organisiert sind nur 600. Darum mussten sie von einem Kampfe Abstand nehmen und werden erst bei der nächsten besseren Conjunctur daran denken können, ihre Interessen in vollem Umfange wahrzunehmen, nota bene: wenn sich bis dahin die Organisation gehoben hat.

Von weiteren Aussperrungen sind zu vermerken: 500 Münchener Confectionsarbeiter, 152 Steinsetzer in Leipzig, und ausserdem eine grosse Anzahl solcher, bei denen nur wenige Personen in Betracht kommen.

Die Berliner Dienstbotenbewegung nimmt festere Gestalt an. Es handelt sich hier bekanntlich um Beseitigung der vorsintfluthlichen Gesindeordnung, um mehr Lohn,

mehr freie Zeit und mehr menschenwürdigere Behandlung der geplagten Haussclaven.

Auch die Berliner Adressenschreiber rühren sich. Sie verlangen für das Tausend statt der jetzt üblichen 2,50 Mk. 3,50 Mk. Die Arbeit ist eine mühselige. Die Adressen müssen oft erst ausgezogen werden, und geschickte Arbeiter brauchen 13—14 Stunden angestrengtester Arbeit, um tausend Adressen zu schreiben.

Zuerwähnt sind ferner noch die Generalversammlungen und Congresse der Textilarbeiter, Bäcker und Bergarbeiter (international), der Handlungsgehilfen (Centralverband), Tapezierer, Porzellanarbeiter, Former, Steinarbeiter, Elektromonture, Hafenarbeiter etc.

Unter den deutschen Transport- und Handelshilfsarbeitern ist endlich die Einigung zu stande gekommen, und nur einige Eigenbrödlar in Leipzig und Hamburg wollen erst die leitenden Personen im Centralverband beseitigt sehen, ehe sie beitreten.

Die christlichen Gewerkschaften haben auf ihrem diesjährigen Congresse in Frankfurt a. M. sehr bemerkenswerte Beschlüsse gefasst. Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit erachtet man für notwendig, und der Strike wurde nicht principiell verworfen, sondern als letztes Mittel zur Durchführung der Organisationsaufgaben bezeichnet. Daraufhin beilegte sich der christliche Metallarbeiterverband zu Buchheim bei Mühlheim a. Rh., eine scharfe Resolution gegen die sogenannte Gladbacher Richtung anzunehmen, in welcher gegen jede Verschmelzung mit „unchristlichen“ Organisationen protestiert und unentwegt auf dem Boden christlicher Weltanschauung gestanden wird. Und dem Pfarrer Drissner wurde attestiert, dass er kein Querkopf sei.

Grossen Kummer hat Herr Dr. Max Hirsch erleben müssen. Seine getreuen Berliner, es waren das Schuhmacher, erteilten ihm ein Tadelsvotum wegen seiner manchesterlichen Haltung im preussischen Abgeordnetenhaus gelegentlich der Strassenbahnerdebatte. Auch ihm wurde eine Ehrenrettung durch Magdeburger Harmonieflötenbläser.

Von der Organisation deutscher Seeleute ist zu berichten, dass dieselbe durch eine lebhafteste Werbe- und Organisationsarbeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat, besonders in Memel, Königsberg i. Pr., Danzig, Stralsund, Stettin, Rostock, Wismar und Lübeck haben neue Scharen sich dem Verbände angegliedert.

Dies das Wesentliche über die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Vom Ausland das nächste Mal!

Heinrich Bürger.



**Genossenschaftsbewegung:** (Zwei internationale Genossenschaftscongresse. — Delegiertenversammlung des schweizerischen Consumgenossenschaftsverbandes. — Ein Musterconsumverein. — Neutralität der Genossenschaften.) Wir haben unsere Leser seinerzeit auf die im Juli in Paris stattfindenden Genossenschaftscongresse, insbesondere den internationalen Consumvereinscongress und den 4. Congress des internationalen Genossenschaftsbundes mit ihren zum Teil recht interessanten Tagesordnungen aufmerksam gemacht. Leider haben die beiden Congresse nicht das gehalten, was sie versprochen.

Eine tiefe Verstimmung über die ganze Art und Weise, wie die Verhandlungen vorbereitet und geleitet wurden, spricht aus den Berichten der deutschredenden Delegierten, des Herrn Georg Fell von der deutschen Grosseinkaufsgesellschaft und des Dr. Hans Müller, Vertreter der schweizerischen Consumgenossenschaften.

Die Drucksachen für den ersten Congress, den der Consumgenossenschaften, wurden den angemeldeten Delegierten erst im letzten Augenblick, und zwar nur in französischer Sprache, zugestellt. Noch schlimmer erging es den Abgeordneten zum Congress des internationalen Genossenschaftsverbandes. Weder erhielten sie einen Bericht über die Thätigkeit und Geschäftsführung des Verbandes oder sonstige Drucksachen, noch wurde ihnen auch nur der Zeitpunkt der Eröffnung des Congresses mitgeteilt. Dass bei einer solchen Art der Vorbereitung auch bei den Verhandlungen nichts Erspriessliches herauskommen konnte, liegt auf der Hand.

Der Consumvereinscongress artete in eine interne Zänkerey zwischen den beiden Richtungen der französischen Consumgenossenschaften, der politisch-revolutionären und der neutral-evolutionären, aus, die als Resultat den hoffentlich auch zur Ausführung kommenden Beschluss zeitigte, eine gemeinsame Grosseinkaufsgesellschaft zu gründen. Ferner ist noch der Beschluss zu erwähnen, dass Productivgenossenschaften unpersönlich, d. h. das Eigentum von anderen Genossenschaften und von Gewerkschaften sein und von diesen Corporationen verwaltet werden sollen. Die daselbst beschäftigten Arbeiter sollen unter Beziehung eines Normallohns nur 8 Stunden täglich beschäftigt werden. Obgleich auf einem internationalen Congress geasst, dürften diese Resolutionen, wenn überhaupt, so jedenfalls nur bei den französischen Genossenschaften Berücksichtigung finden. Wie auf diesem, so würde

auch auf dem Congress des internationalen Genossenschaftsverbandes neben ein paar englischen Reden ausschliesslich französisch gesprochen. Als trotz wiederholten Ersuchens dem Wunsche der deutschredenden Delegierten, die gehaltenen Reden und zur Abstimmung gelangenden Resolutionen wenigstens a. szugsweise zu verdeutschen, nicht Folge gegeben wurde, verliessen endlich die 4 schweizerischen und ein deutscher Vertreter, Fell, unter Niederlegung eines geharnischten Protestes gegen die ungenügende Vorbereitung des Congresses und die undemokratische Geschäftsführung des Präsidenten Jules Siegfried, das Local.

Im übrigen zeigten die Franzosen, dass, wenn sie sich nicht aufs Congresshalten verstehen, so doch aufs Bankettgehen. Der Lichtpunct des Pariser Aufenthaltes war nach dem einstimmigen Urteil der ausländischen Berichterstatter ein zu Ehren der Delegierten abgehaltenes Bankett, auf dem die Wogen der Begeisterung hochgingen, eine Anzahl feuriger Reden gehalten wurde und das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Kampfe für eine gemeinsame grosse Sache doch noch zum Durchbruch kam.

Wenige Tage vor den beiden Pariser Congressen fand die Delegiertenversammlung des schweizerischen Consumgenossenschaftsverbandes zu Neuenburg statt, auf dem auch der Schweizer Genossenschaftsbund, jene centrale Organisation der Consum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften des Landes, sowie der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften vertreten waren. Ein schönes Zeichen von dem harmonischen Zusammenarbeiten dieser beiden Flügel der Genossenschaftsbewegung in der Schweiz.

Auf der Tagesordnung der Versammlung stand die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge, zu der eine Resolution angenommen wurde, die scharf Stellung nimmt gegen jede Erhöhung der Zölle auf Massenverbrauchsartikel und eine thunlichste Ermässigung der Zölle auf Zucker, Petroleum, Schlachtvieh, Fleisch- und Fettwaren und Schuhwaren verlangt. Ferner wurde beschossen, eine Hilfs- und Unterstützungscasse für erkrankte oder invalid gewordene Beamte und Angestellte der Genossenschaften zu schaffen. Auch mit der Kohlenfrage beschäftigte sich die Versammlung und beschloss, den einzelnen Vereinen ans Herz zu legen, durch genossenschaftlichen Bezug dieses wichtigen Verbrauchsartikels die Preissteigerung möglichst auszugleichen. Eine heftige Debatte entwickelte sich bei Gelegenheit der Verhand-

lungen über die obligatorische Einkaufscentralisation von Zucker und Petroleum. Es war nicht möglich, die Mehrheit der Delegierten auf einen dahingehenden Beschluss zu einigen, und so soll die Frage denn erst von den einzelnen Verbandsvereinen geprüft werden, um bei der nächsten Delegiertenversammlung zur Entscheidung zu kommen. Bekanntlich functioniert der Schweizerische Consumgenossenschaftsverband, der von den 350 Consumvereinen der Schweiz mit 117 600 Mitgliedern und ca. 50 Mill. Frs. Umsatz 99 mit 76 280 Mitgliedern und 31 Mill. Frs. Umsatz umfasst, zugleich als Centralstelle für den gemeinsamen Warenbezug. Er hatte als solche im Jahre 1899 einen Umsatz von 3 330 300 Frs. gegen 2 617 864 Frs. im Vorjahre, mit einem Nettoüberschuss von 38 265 Frs. (23 362 Frs.)

Ein derartiger den Verbandsvereinen auferlegter Zwang, gewisse Artikel nur durch die Centralstelle zu beziehen, wäre natürlich ein vorzügliches Mittel, um den Umsatz und damit die Leistungsfähigkeit der letzteren zu steigern, unter der Voraussetzung, dass die nötigen Garantien dafür gegeben sind, dass in solches „Monopol“ kein Nachlassen des geschäftlichen Eifers zur Folge hat.

Einen Musterconsumverein besitzt die Genossenschaftsbewegung in der Leeder industriellen Gesellschaft, der ihrem Umfange und ihrer ganzen Organisation nach bedeutendsten Consumgenossenschaft der Welt. Dieselbe zählt 24 000 Mitglieder und hatte im letzten Halbjahre einen Umsatz von nahezu 14½ Mill. Mk., was eine Steigerung gegen die gleiche Zeit im Vorjahre von 10% bedeutet. Das ist ein Jahresumsatz von 29 Mill. Mk. oder, auf das Mitglied berechnet, von ca. 830 Mk. Natürlich konnte eine derartige gewaltige Umsatzhöhe nur dadurch erzielt werden, dass der Verein eben alles führt, was zum täglichen Leben gebraucht wird: Colonial-, Bäckerei- und Fleischereiwaren, alle Bekleidungsgegenstände, Möbel, Hausgeräte etc. Er besitzt nicht weniger, als 20 Schuhläden, in denen ein jährlicher Umsatz von ca. 1 Mill. Mk. erzielt wird, und 24 Läden für Confection, sowie 3 für Massarbeit mit einem Umsatze von insgesamt 2¼ Mill. Mk. Eine Vorstellung von dem Umfange, den die Geschäfte eines solchen Resenunternehmens annehmen, giebt auch die Thatsache, dass die Leeder Genossenschaft wöchentlich 50 100 Pfund Butter, 200 000 Stück Eier und 214 200 Pfd. Kartoffeln an ihre Mitglieder absetzt. Ein grosser Teil der vom Verein verkauften Waren wird in eigenen Werkstätten

hergestellt resp. verarbeitet. So besitzt die Genossenschaft neben der selbstverständlichen Bäckerei und Fleischerei eine Mühle, eine Schuhfabrik, eine Stellmacherei, eine Möbel-, eine Bürsten- und eine Zinnwarenfabrik. Zur landwirtschaftlichen Production ist sie bis jetzt noch nicht vorgeschritten, wohl aber hat die Leitung des Vereins gerade im letzten Jahre eine Reihe zum Teil mit Erfolg gekrönter Versuche gemacht, in directe Verbindung mit den landwirtschaftlichen Producenten zwecks Absatzes ihrer Producte an die Genossenschaft zu treten. Wie der Agrarfrage, so widmet die Genossenschaft auch der Wohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit. Sie hat bereits über 300 Einfamilienhäuser für ihre Mitglieder hergestellt und an dieselben verkauft. Besonders im letzten Halbjahre war die Bauthätigkeit eine sehr starke; 12 Häuser wurden fertiggestellt, während 53 augenblicklich noch im Bau begriffen sind. 1500 Menschen werden von dem Verein bei dieser verschiedenen productiven Thätigkeit beschäftigt.

Uebrigens ist die Genossenschaft nicht nur für das materielle, sondern auch für das geistige Wohl ihrer Mitglieder besorgt. Abgesehen von den Ausgaben, die sie jährlich für allgemeine Bildungsbestrebungen macht, unterhält sie an 9 Stellen der Stadt Kinderclassen für geosenschaftliche Erziehungszwecke und ausserdem eine Schule für die ältere Jugend. Von dem letzten Halbjahrsüberschuss würden für diese Zwecke 16 000 Mk. bestimmt. Auch sonst hat der Verein für ideale Aufgaben etwas übrig. So hat er erst kürzlich dem indischen Hungersnotfonds 1000 Mark überwiesen.

Angesichts derartiger Erfolge und eines Wirkungskreises, wie ihn diese Genossenschaft sich erschliessen konnte, müssen diejenigen verstummen, die in den Consumvereinen immer nur den Kramladen, bestenfalls ein Palliativmittelchen für gewisse sociale Schäden von engbegrenzter Wirksamkeit sehen. Die Einsicht in die praktische Bedeutung der Consumvereine ebenso wie ihre principelle Würdigung machen denn auch zusehends Fortschritte. Hat sich doch sogar Karl Kautsky zur „Dreieinigkeitstheorie“ bekehrt. Gewerkschaftliche und socialdemokratische Bewegung sind nur zwei Seiten des selben Kampfes, des Emancipationskampfes des Proletariats, so führt er in seiner Artikelserie über die Neutralisirung der Gewerkschaften aus und fährt dann fort: „Als dritte Seite dieses Kampfes kann man die genossenschaftliche Bewegung bezeichnen, die auch auf die Dauer nicht wird neutral bleiben dürfen.“

sondern die wir früher oder später, natürlich soweit die gesetzlichen Verhältnisse es gestatten, dem gemeinsamen Kampf dienstbar machen müssen, wie es die belgischen Genossen schon so gut verstanden haben.“

Bravo! Jedoch: so richtig es ist, dass die Organisation und Emancipation des Arbeiters als Consument nur die dritte Seite seines Emancipationskampfes ist, so wenig zutreffend scheint uns die daraus von Kautsky gezogene Folgerung, dass die Genossenschaften darum nicht neutral bleiben dürfen, sondern dem gemeinsamen Kampf dienstbar gemacht werden müssten. Gewiss, die Genossenschaften sind Emanationen des socialistischen Wirtschaftsprincips, ihre Praxis ist socialistische Praxis, und insofern dienen sie dem Endziel sogar unmittelbar, als Partei und Gewerkschaft, vorausgesetzt, dass man unter Endziel nichts anderes, als das allmähliche Hineinwachsen in eine genossenschaftlich-socialistische Productions- und Distributionsordnung, versteht.

Das alles aber ist kein Grund für die Consumvereine, sich nicht in parteipolitische Beziehung absolut neutral zu verhalten. Im Gegenteil, je mehr sie durch eine stricte Neutralität allen denen, die sich nicht zur socialdemokratischen Partei bekennen wollen oder können (kleine Beamte z. B.) es ermöglichen, sich ihnen anzuschliessen, desto stärker wird die Macht sein, die sie repräsentieren, einen um so ausschlaggebenderen Factor werden. Sie können kurzum in unserm Wirtschaftsleben darstellen, und desto schneller und vollkommener werden sie auch das ihnen immanente Endziel erreichen.

*Gertrud David.*

## Wissenschaft.

**Naturwissenschaft und Technik.** Die elektrische Abteilung der Pariser Weltausstellung enthält einige recht bemerkenswerte neue Erfindungen. Auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung ist neben der Nernst-Lampe besonders das sogenannte Bremer-Licht, ein elektrisches Bogenlicht, zu nennen. Man hat verschiedentlich versucht, den bläulichen Schimmer des elektrischen Bogenlichtes durch Imprägnierung der Kohlen zu beseitigen. Bei dem Bremer-Licht haben die Kohlen einen 20–50procentigen Zusatz von nichtleuchtenden Metallsalzen erhalten, wodurch ein gelbliches Licht erzielt wird.

Ein weiterer Vorzug dieser Lampe soll ein sehr geringer Stromverbrauch, also eine bedeutend höhere Lichtausbeute sein, als bei den gewöhnlichen Bogenlampen. Vornehmlich aber bildet die Regulierung der

Kohlen einen grossen Vorzug; dieselbe geschieht selbst bei den besten Lampen nicht sogleichmässig, dass ein allmähliches Dunkelwerden und plötzliches Hellerwerden der Flamme vermieden wird. Bei der neuen Lampe stehen die Kohlenstäbe weder horizontal noch vertical einander gegenüber, sondern beide sind geneigt und bilden mit einander fast einen rechten Winkel. Sie befinden sich in metallischen Röhren, in welchen sie durch ihre eigene Schwere herabsinken und stets in dem Masse nachrücken, wie sie abbrennen. Dadurch wird ein dauernd gleichmässiger Abstand und ein sehr ruhiges gleichmässiges Leuchten erreicht. Allerdings ist der Kohlenverbrauch der neuen Lampe etwa doppelt so gross, als bei den bisherigen. —

Sehr grosses Aufsehen erregt die Erfindung eines dänischen Ingenieurs, Poulson, die von ihrem Erfinder Telephonograph genannt wird. Derselbe verbindet gewissermassen das Princip des Phonographen mit dem des Telephons und wird, falls er sich bewährt, sicherlich einen raschen Eingang in die Telephonie finden. Das Princip des Apparates ist äusserst einfach; es beruht auf einer ganz überraschenden Fähigkeit eines Stahldrahts, Einwirkungen verschieden starker Magnete festzuhalten. Spricht man gegen ein Telephon resp. Mikrophon, das zu einem Elektromagneten führt, so entstehen in diesem unaufhörlich Inductionsströme von verschiedener Stärke, die aber auch ein Magnetfeld von rasch wechselnder Intensität hervorrufen. Wird durch dieses ein Stahldraht, z. B. eine Claviersaite, gezogen, so werden die einzelnen Stellen verschieden stark magnetisiert, und man erhält auf der Saite gewissermassen die Töne in magnetischer Schrift. Zieht man dann die Saite noch einmal zwischen den Polen des Elektromagneten hindurch, so entstehen in ihm wiederum Inductionsströme im selben Rhythmus, wodurch das Telephon zum Tönen und Wiedergeben der ursprünglich hineingegebenen Laute gebracht wird.

Ein solcher Stahldraht behält die magnetisch fixierten Zeichen beliebig lange, so dass man dieselben beliebig oft abhören kann; will man sie auslöschen, so braucht man nur mit einem kräftigen Magneten über ihn hinzufahren. Er ist dann wieder für die Aufnahme neuer Zeichen fertig. Das Wunderbare an der Erfindung ist, dass die ganz nahe aneinander gelegenen Stellen des Drahtes einen verschiedenen magnetischen Zustand festhalten können, ohne sich im geringsten zu beeinflussen und zu stören. Die feinsten Nuancen des Tones, selbst die Atemzüge des Sprechenden, werden beim Ab-

hören des Drahtes nach den Versicherungen derer, die den Apparat in Paris in Function gesehen haben, herausgehört.

In einfachster Weise kann durch diese Erfindung die Aufgabe gelöst werden, telephonische Mittheilungen in Abwesenheit des Angerufenen so zu fixieren, dass der Betreffende sie bei seiner Rückkehr aus einem Telephon heraushören kann. —

Seit der Entdeckung Röntgens haben sich die Entdeckungen neuer Strahlen förmlich überstürzt; wir haben in diesen Blättern bereits die Uranstrahlen Becquerels, sowie die von Herrn und Frau Curie entdeckten von dem Mineral Pechblende ausgehenden Strahlen erwähnt, die sie dem Vorhandensein zweier neuer Elemente, denen sie die Namen Radium und Polonium gaben, zuschreiben. Ueber alle diese Strahlen sind in neuester Zeit zahlreiche Untersuchungen angestellt worden, die zu recht merkwürdigen Resultaten geführt haben. Die Becquerel-Strahlen zeigen in Bezug auf photographische und Fluorescenz erregende Wirkungen einen weitgehenden Parallelismus mit den Kathoden-Strahlen, den Röntgen-Strahlen und den ultravioletten Lichtstrahlen. Ebenso haben alle diese Strahlen die Eigenschaft der Elektricitätszerstreuung, d. h. sie machen die Luft leitend, so dass unter ihrem Einfluss sich keine elektrische Ladung auf einem Conductor halten kann.

Diese Leitung der Gase kommt aber in ganz eigenartiger Weise zu stande. Man muss sich vorstellen, dass jedes Gastheilchen in zwei Bestandteile, sog. Ionen, zerlegt wird, von denen das eine mit positiver, das andere mit negativer Elektricität geladen ist. Beide Elektricitätsmengen sind gleich gross, so dass das nicht dissociierte Theilchen unelektrisch erscheint. Nach der erfolgten Dissociation dagegen unterliegen die Ionen mit ihrer Ladung den Gesetzen der elektrischen Anziehung und Abstossung; die von dem geladenen Conductor angezogenen Theilchen, welche entgegengesetzte Ladung haben, neutralisieren die Wirkung seiner Ladung, machen ihn aber unelektrisch.

Eine Elektricitätsleitung in einem Gase kommt nach dieser Anschauung aber nur mit gleichzeitigem Transport, ponderabler Materie zu stande. Dasselbe ist bekanntlich der Fall bei der Stromleitung in den elektrolytischen Flüssigkeiten. Doch sind die geladenen Massentheilchen, mit denen man es bei den Gasen zu thun hat, von den Ionen der Elektrolyte sehr wesentlich verschieden: hier ändert sich nämlich das Verhältnis der Ladung zur Masse, der Quotient  $e:m$ , von Element zu Element nach Massgabe der chemischen

Eigenschaften; am grössten ist er für Wasserstoff. Bei den Gasen dagegen ist zunächst die ausgezeichnete Stellung auffällig, welche der negative Bestandteil einnimmt; für die negativen Ionen aller Gase hat der Quotient  $e:m$  stets denselben Wert, und zwar ist derselbe etwa 1000mal so gross, als beim elektrolytischen Wasserstoff-Ion. Bedingt ist dieser Wert nicht durch die Grösse von  $e$ , sondern durch die Kleinheit von  $m$ ; man muss sich demnach vorstellen, dass bei der Dissociation eines Gases der negative Bestandteil höchstens — nämlich beim Wasserstoff, der das kleinste Atomgewicht hat — ein Tausendstel der Masse des nicht dissociierten Atoms besitzt; die Masse des positiven Ions dagegen unterscheidet sich nur sehr wenig von der des ursprünglichen Atoms. Da ferner das negative Ion bei allen Gasen die gleiche Grösse besitzt, die charakteristischen Unterschiede der einzelnen chemischen Elemente hierbei also verschwinden, so drängt sich die Vorstellung auf, dass man es hier mit einer Art Uratomen zu thun hat.

Im Zusammenhang damit muss erwähnt werden, dass die Erscheinungen der magnetischen und elektrischen Ablenkbarkeit der Kathodenstrahlen sich zahlenmässig berechnen lassen, wenn man die Annahme macht, dass sie aus negativ geladenen Massentheilchen bestehen, die sich mit einer gewissen Geschwindigkeit von der Kathode fortbewegen. Auch hier lässt sich die Grösse  $e:m$  feststellen, und man erhält denselben hohen Wert, wie in den Fällen der Gasdissociation, und zwar unabhängig von der Natur des Elektrodenmaterials und des verdünnten Gases, in welchem die Kathodenstrahlen zu stande kommen.

Die Kathodenstrahlen sind ihrem Wesen nach also von einer ganz anderen Beschaffenheit, als die ihnen in der Wirkung so nahe verwandten ultravioletten Lichtstrahlen; diese sind, wie alle Lichtstrahlen, die Fortpflanzungsrichtungen von Wellenbewegungen, während die Kathodenstrahlen die geradlinigen Bahnen von materiellen ponderablen Theilchen sind. Die Röntgen-Strahlen scheinen in Parallele mit den Lichtstrahlen zu stehen, also auf periodischen Aenderungen des elektromagnetischen Zustandes des Aethers zu beruhen. Bei den Becquerel-Strahlen hat man es dagegen auch mit negativ geladenen ponderablen Theilchen zu thun. Allerdings zeigen die Becquerel-Strahlen auch auffallende Unterschiede von den Kathodenstrahlen, die auf eine grössere Verwandtschaft mit den Röntgen-Strahlen hinweisen. Es besteht daher die Möglichkeit, dass sie eine Uebergangsstufe zwischen beiden Strahlenarten darstellen. —

Ueber die Grundlagen der chemischen Zeichenschrift soll demnächst eine internationale Verständigung erzielt werden. Bisher würde allgemein das Atomgewicht des Wasserstoffs als Einheit angenommen ( $H = 1$ ), und es ergaben sich dann für Kohlen- und Sauerstoff die Zahlen  $C = 11,97$  und  $O = 15,96$ , wofür man  $C = 12$  und  $O = 16$  setzte, ohne die Grenzen der möglichen Genauigkeit zu verlasser.

Nun haben aber die genaueren Messungen der letzten Jahre die Zahlen  $C = 11,91$  und  $O = 15,88$  ergeben, wofür man keineswegs mehr 12 und 16 setzen darf. Es tauchte daher der Vorschlag auf,  $O = 16$  als Einheit zu wählen. Dann wird nämlich wieder genau  $C = 12$ , und nur das Atomgewicht des Wasserstoffs ist um ein geringes zu vermehren, indem  $H = 1,008$  wird. Auf eine Umfrage der Deutschen Chemischen Gesellschaft erklärte sich die überwiegende Mehrzahl der Chemiker des In- und Auslandes für diese Festsetzung, bei welcher das Atomgewicht des Sauerstoffs die Grundlage für die Atomgewichtszahlen abgeben soll; doch soll die Frage noch einmal im Schosse einer internationalen Commission beraten werden.

Bruno Borchardt.

### Kunst.

Unter dem Titel: *Architektonische Zeitbetrachtungen* hat Hermann Muthesius eine kleine Broschüre veröffentlicht (Berlin, Ernst & Sohn), die einen im Berliner Architektenverein gehaltenen Vortrag wiedergibt. Die Schrift giebt zu einigen allgemeineren Erörterungen über den Stand der heutigen Kunstbewegung, im besondern auch des Kunstgewerbes, Anlass.

Als in den letzten Jahren überraschend schnell eine moderne Bewegung im Kunstgewerbe einsetzte, der sich bald eine ganze Anzahl von Künstlern anschlossen, musste es auffallen, dass sie fast ausschliesslich von den Malern, im Auslande auch von den Bildhauern ausging. Die Architekten blieben zurück, die Maler fingen an, zu tischlern, Tapeten zu entwerfen, zu töpfeln, Beschläge zu zeichnen u. s. w. So sehr man diesen Uebergang der Maler auf praktische Gebiete auch freudig begrüssen mochte, gewisse ernste Bedenken waren doch schwer zu unterdrücken. Sollte das Kunstgewerbe nach der langen Hetzjagd durch die verschiedensten Stilarten früherer Epochen, die es in den letzten fünfzig Jahren durchgemacht hat, auf gesunde Bahnen zurückgeführt werden, so war das wichtigste Erfordernis: dass es wieder auf streng constructive Grundlagen gestellt wurde. Hier lag also eine eigent-

liche Aufgabe für den Architekten vor. Wie in früheren blühenden Zeiten der Kunst die angewandten Künste sich in strenger Abhängigkeit von der Architektur entwickelt hatten, so hätte auch jetzt der Baumeister die Führung übernehmen sollen; von ihm hätte man erwarten dürfen, dass er den constructiven Aufgaben auch in den Kleinkünsten das beste Verständniss entgegenbringen würde.

So klar diese Aufgaben auch erkannt und theoretisch ausgesprochen wurden, was zu befürchten war, wenn nicht die Architekten die Lösung übernahmen, ist zum Teil doch eingetreten: ein Ueberwuchern des ornamentalen Bauwerks. Die nur wenig geschwungene und doch energisch geführte „moderne Linie“ scheint oft in der That die Hauptsache an den modernen Möbeln, und als Maler hatten die decorativen Künstler noch eine besondere Freude daran, die Eigenart der verschiedensten Hölzer zu farblichen Effecten zu benutzen. So entstanden denn das Schlafzimmer, das im vorigen Jahr in Dresden zu sehen war, in dem man sich vor Linien nicht zu retten wusste, und die überladenen Möbel von Berlepsch, in denen fast jede einzelne Fläche eine andere ornamentale Behandlung zeigt, während die klare Gestaltung des Ganzen zu vermissen ist. Gewiss haben andere auch diese Fehler sehr wohl zu vermeiden verstanden. Aber im allgemeinen hat der Beobachter doch den Eindruck, als liege trotz aller theoretischen Einsicht der Hauptton des künstlerischen Bemühens doch mehr bei dem schmückenden Beiwerk, als bei dem Constructiven.

Es wäre daher für die künstlerische Entwicklung freudig zu begrüssen, wenn das offene Verständniss, das der Architekt Muthesius in seiner erwähnten Schrift den modernen Bestrebungen in der decorativen Kunst entgegenbringt, ein Vorbote dafür wäre, dass auch die Architekten sich ihnen anschliessen wollen. Auch Muthesius verwirft die Aeusserlichkeit, die in dem „Schnörkel“ das Wesen der Sache sieht; aber er erkennt doch, in den ernst zu nehmenden Arbeiten ein Streben nach Freiheit, ein Ringen nach Ausdruck, das wir begrüssen müssen. Man bildet einen Armstuhl so, dass schon das Linienspiel der weit sich öffnenden Rundung eine Einladung zum Sitzen ausdrückt, eine Vase so, dass sie auf die aufzunehmende Blüte hinweist, einen elektrischen Wandleuchter so, dass er in jedem Einzelteil klar seine Bestimmung erhält.“ Gegenüber dem Streben nach Formenfülle betont er mit Recht, dass das fortschreitende Leben nach Vereinfachung

dränge; man gestaltet die Geräte, die Schiffe, die Wagen knapp und schmucklos und erreicht auch damit eine gefällige Wirkung. „Auf die Aesthetik des äusseren Schmuckes scheint eine Aesthetik der sinngemässen Form, eine Aesthetik der sauberen Knappheit zu folgen, ganz besonders in der Nutzkunst.“

Muthesius weist auch darauf hin, dass heute die Maler das Kunstgewerbe für sich in Anspruch genommen haben, während es doch das eigenste Gebiet des Architekten sein müsste. Nicht etwa nur für dieses, sondern auch für die Architektur selbst habe dies die gefährlichsten Folgen gehabt: Die völlige Entfremdung zwischen Baukunst und Leben habe ihren Grund hauptsächlich in der Vernachlässigung, die sie der Wohnung und den Künsten des täglichen Lebens habe zu teil werden lassen. Die Vernachlässigung des Hausbaues deckt sich mit der Vernachlässigung des Kunstgewerbes; die Leistungen des Bauunternehmers und des Tapezierers werden als befriedigende hingenommen, niemand denkt daran, dass hier eigentlich das Urbethätigungsfeld der Architektur liegt, der Architekt selbst hat sich dieses Gedankens entwöhnt. Soll eine fernere Entfremdung der Architektur mit dem Leben vermieden werden, so muss dieses ihr verloren gegangene Gebiet zurückerobert werden.

Den Grund dafür, dass es überhaupt so weit gekommen ist, sucht Muthesius besonders in der Entwicklung, die die Fachausbildung der Architekten in diesem Jahrhundert erfahren hat. Die Architektur ist nicht Technik, sondern Kunst; ihre Werke entstehen nicht aus mathematischer Berechnung, sondern aus künstlerischem Gestaltungsvermögen. In den früheren Jahrhunderten lag auch die entstehende Technik bei den Künstlern; als aber im Laufe des XIX. Jahrhunderts die Trennung der Arbeit vor sich ging, als sich von dem Architekten der Ingenieur löst, da bewahrte sich die Architektur ihren künstlerischen Charakter nicht, wie es nötig gewesen wäre, sondern wurde mehr als ein Teil der Technik angesehen, statt als eine umfassende Kunst, als die Mutter aller bildenden Künste. „Zum Rüstzeug des Architekten gehört die Meisterung der ganzen bildenden Kunst, seine Schulung hat sich auf die Bildung seines Formgefühls, vor allem an dem Naturstudium, zu erstrecken — dem Studium der Pflanze, des menschlichen Körpers, der ganzen umgebenden Natur.“ Ehe er selbst tektonisch schafft, lerne er die Tektonik der Natur, sie giebt ihm einen sichereren Untergrund, als die ganze Formenlehre der architektonischen

Stile. Sein Rüstzeug sei die künstlerisch frei geschulte freie Hand, nicht Reisssschöne und Dreieck, die zur Verknöcherung seiner Hand förmlich hindrängen und aus der architektonischen Erziehung nach Möglichkeit verbannt werden sollen.“

Von diesem Standpunkt bezeichnet Muthesius als die nächste grosse Aufgabe der Zukunft die Zurückgabe der Architektur an die Kunst, und um dieses Ziel zu erreichen, fordert er eine durchgreifende Aenderung der Fachbildung der jungen Architekten, die Ablösung der Architektur von den technischen Hochschulen und ihre Versetzung in eine künstlerische Umgebung, in die sie gehört.

Der geschichtliche Ueberblick, den Muthesius über die Entwicklung der Architektur im letzten Jahrhundert in einer längeren Einleitung giebt, verweilt naturgemäss bei dem merkwürdigen Durchjagen aller historischen Baustile, das diese Zeit mit sich gebracht hat. Das Ergebnis war die Erkenntnis, dass keiner der verschiedenen Stile sich für unsere Zeit als lebensfähig erwiesen und das Suchen nach einem neuen Stile, dem Stile der Gegenwart, jetzt mit verstärkter Macht einsetzt, wobei es sich jedoch, wie schon betont wurde, nicht um neue ornamentale Formen an Stelle der alten, sondern um die Gestaltung der neuen Inhalte, die die Zeit fordert, handeln muss. Interessant ist aber, wie Muthesius die Wiederbelebung der alten Stile nicht als völlig ergebnislos, sondern für die Schulung unseres Gefühls höchst bedeutungsvoll hinstellt. Seine Analyse der Wirkungen dieser Entwicklung sei hier ausführlich wiedergegeben:

„In dieser Hinsicht ist vor allem die Thatsache festzustellen, dass die heutige Architektur, so verworren ihr Gesamtbild auch erscheinen mag, zum mindesten eine ungemein höhere Ausdrucksfähigkeit besitzt, als irgend einer der historischen Stile einzeln betrachtet. Wir haben in unserem stilistischen Wiederholungslehrgang alle die Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Stile kennen gelernt, wir haben den Adel der antiken Säulenhalle, die Kühnheit des römischen und byzantinischen Gewölbes, die frühe Anmut des romanischen, die sehnige Folgerichtigkeit des gothischen Stiles betrachtet; wir haben die lebensfreudige, schwungvolle Kunst der italienischen Renaissance, die bürgerliche Behaglichkeit der deutschen, die leichtschaffende Rocokokunst an uns vorüberziehen lassen und jede in ihrer Art gewürdigt, die Sonderart jeder einzelnen schätzen gelernt. Es muss daraus der

Wunsch für uns entstanden, wenn nicht die Pflicht erwachsen sein, alle die gehörten Register des Ausdruckes in den Dienst der modernen Architektur zu stellen. Nicht, als ob hierzu eine Entlehnung der besonderen Einzelformen nötig wäre, der Gedanke hat sich hier, wie immer, die Form zu schaffen, es genügt, dass wir diese neue Forderung in unser Programm eingereiht haben. Und so stellt sich in der That die heutige Baukunst die Aufgabe, das Erhabene, das Düstere, das Festliche, das Fröhliche, das Liebliche, das Wohnliche, das Gemüthliche darzustellen. Wir bilden in einem Schloss den Tanzsaal heiter, die Hauscapelle ernst, den Eingang würdevoll, die Wohnzimmer anheimelnd; wir vermögen in ein Grabdenkmal eine düstere Ergebenheit, in ein Bismarckdenkmal eine trotzige Grösse, in eine Wettersäule eine heitere Komik zu legen. Wir verfügen über eine Stufenleiter von Stimmungen, wie keine andere Zeit. Die historischen Stile kannten im allgemeinen nur ein Kleid für alle Aufgaben, sie machten keinen Unterschied in der Anwendung ihrer Mittel, gleichgiltig, ob sie eine Kirche oder einen Ballsaal ausgestalteten:

Haben wir einmal das Gebiet der Hervorhebungen gewisser mit dem Wesen der Sache verbundener Sonderarten betreten, so ergibt sich auch die Charakterisierung der Bestimmung des ganzen Gebäudes als weitere Folge. Und wir verlangen bereits heute, dass eine Bank, ein Geschäftshaus, ein Landsitz, eine Schule schon von weitem durch ihre künstlerische Erscheinung ihre Bestimmung verkündet. Wir geben dem Rathaus etwas Bürgerliches, der Caserne etwas Geschlossenes, dem Wirtshaus etwas Einladendes, dem Kaufhaus etwas Aufschliessendes, zur Schau Stellendes.

Und wir charakterisieren weiter auch in den Einzelheiten, wir zeigen die statischen Kräfte des Materials, wir heben die schwere Unbeweglichkeit des Granitblockes, die Leichtigkeit des eisengetragenen Glasdaches besonders hervor, und zwar, indem wir eine bewusste künstlerische Betonung auf alle diese Besonderheiten setzen. Und schliesslich prägen wir auch heute mit vollem Bewusstsein unsere Persönlichkeit selbst dem Kunstwerke auf, schauen uns nicht, unsere Eigenart zu verkörpern, unser Empfinden im Gegensatz zu dem anderer auszudrücken, wir sprechen eine persönliche Sprache, und zwar eine bewusste im Gegensatz zu der mehr oder weniger unbewussten früherer Künstler. Ein neuer Wahrheitsbegriff ist heraufgekommen und fordert seinen Platz: die Wahrheit der künstlerischen

Stimmungswerte. Die Allgemeingiltigkeit der Form, das allgemein als zwingend geltende Kunstgesetz, wie es noch die erste Hälfte des Jahrhunderts beherrschte, es ist heute überall der Sondergestaltung für den Einzelzweck gewichen, die Kunst hat aufgehört, verallgemeinernd zu sein, sie ist individualisierend geworden."

Oskar Kuhl.

### Bücher.

Prof. Dr. Eugen Dreher: Die Grundlagen der exacten Naturwissenschaft im Lichte der Kritik. Dresden 1900; Verlag des Apollo.

Eine kritische Betrachtung der Grundlagen der modernen Naturwissenschaft muss eine besonders interessante, wenn gerade auch keine sehr leichte Lectüre sein. Ich nahm das Buch deshalb mit grosser Begierde zur Hand, zumal ich von Dreher schon manchmal gehört, aber noch nichts von ihm gelesen hatte. Doch legte ich es bald enttäuscht bei Seite. Es fehlt Herrn Prof. Dreher die notwendigste Voraussetzung zur Beurteilung dessen, was er beurteilen will: das Wissen. Er hat keine Ahnung von den Dingen, über die er spricht. Das Gesetz von der Erhaltung der Kraft ist heute, sollte man meinen, ein Bestandteil der allgemeinen Bildung geworden; mindestens müsste es jemand kennen, der darüber schreiben will. Das trifft bei Dreher nicht zu. Verführt durch den Ausdruck Kraft, der aus einer älteren Terminologie stammt — heute spricht man von Erhaltung der Energie, Energie aber ist nicht eine Kraft, sondern ein Arbeitsvorrat — verführt also von diesem Ausdruck, sagt er ein Langes und Breites darüber, dass das Gesetz nicht zutreffe, dass z. B. das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte ihm zu widersprechen scheine, in Wirklichkeit jedoch nicht widerspreche, dass dagegen die Materie Kräftezeugerin sei und daher die Kraft in der Welt beständig vermehrt werde, etc. etc.

Neben der geringen Kenntnis dessen, was er kritisch beurteilen will, findet man zahlreiche Beispiele eines unvollkommenen Denkens. So wird einer der schwächsten Beweise des Eleaten Zenon für die Undenkbarkeit der Bewegung, dass nämlich ein bewegter Körper in jedem Zeitpunkt seiner Bewegung ruhen muss, da er zu derselben Zeit nur eine Stelle im Raum einnehmen kann, für äusserst scharfsinnig und vom Standpunkt reiner Logik für unwiderleglich erklärt, während doch hier ganz nat. die beiden verschiedenen Begriffe einer Stelle im Raume einnehmen und ruhen als identisch behandelt werden.



An einer andern Stelle wird der mathematische Beweis dafür, dass die unendliche Reihe  $\frac{1}{2} + \frac{1}{4} + \frac{1}{8} + \frac{1}{16} + \dots$  summiert den Wert 1 giebt, kritisch beleuchtet. Dass die Mathematiker unter der Summe einer unendlichen Reihe einen sogenannten Grenzwert verstehen, dem man durch Häufung der Gliederzahl beliebige nahe kommen kann, weiss der Kritiker nicht; dagegen tadelt er ungeniert, dass die letzten Glieder der Reihe nicht berücksichtigt sind. Das letzte Glied einer Reihe ohne Ende, fürwahr, eine vorzügliche Leistung eines philosophisch geschulten Kopfes!

Ich vermochte es nur schwer, das Buch bis zu Ende zu bringen. Als ich auf Seite 62 die Bemerkung fand, Helmholtz meine, auf Grund des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft die theoretische Unmöglichkeit eines Perpetuum mobile nachweisen zu können, während doch ein nach dem Beharrungsvermögen sich bewegendes Körper ein theoretisches Perpetuum mobile sei, hatte ich fast genug. Dieser Satz bewies zum hundertsten Male, dass der Autor wenig von der Physik und noch weniger von Helmholtz etwas weiss. Die Bewegung nach dem Beharrungsvermögen kann nur von einem „Philosophen“ mit dem Perpetuum mobile zusammengebracht werden; und Helmholtz erklärt das Gesetz von der Erhaltung der Kraft für eine auf inductivem Wege gewonnene Erkenntnis. Er sagt: „Das man kein Perpetuum mobile bauen, d. h. Triebkraft ohne Ende nicht ohne entsprechenden Verbrauch gewinnen könne, war eine durch viele vergebliche Versuche, es zu leisten, allmählich gewonnene Induction“. Diese Induction führte zum Gesetz von der Erhaltung der Kraft, nicht umgekehrt dieses zum Nachweis der Unmöglichkeit eines Perpetuum mobile.

Das Buch gehört zu jenen Elaboraten, die einem Jünger der exacten Wissenschaften den Geschmack an philosophischen Werken gründlich verderben können. Zum Glück giebt es ja noch Philosophen, die nicht nur phantasieren, sondern auch etwas wissen.

*Bruno Borchardt.*

**Moritz von Egidy. Sein Leben und Wirken.** 2 Bände. Dresden und Leipzig 1900; E. Piersons Verlag.

Anhänger des verstorbenen Moritz von Egidy haben sich, unterstützt von der Familie desselben, vereinigt, um ihrem Meister ein literarisches Denkmal zu setzen, das nunmehr in zwei Bänden vorliegt. Als Herausgeber zeichnet der Schriftsteller H. Driesmans, einer der Leiter der in den Bahnen Egidys sich bewegendes Zeitschrift „Ernstes Wollen“.

Der erste Band bringt ein gutes Bildnis des selbstlosen und aufopferungsvollen Mannes und eine Anzahl seiner Vorträge und Aufsätze. Der zweite Band bietet eine Schilderung seines Lebens, Wollens und Wirkens, Nachrufe der Presse, sowie Literaturangaben.

Durch die Mitarbeit derjenigen entstanden, welche in Moritz von Egidy ihren Führer erblicken, ist das Werk natürlich keine kritische Würdigung dieser Persönlichkeit. Die Behandlung seiner Bestrebungen und Erfolge kann ihres Ueberschwanges wegen nicht gutgeheissen werden. Wenn in dem Artikel: Egidy und die sociale Bewegung gemeint wird, Egidy habe die sociale Bewegung auf ein höheres Niveau gehoben und die unschönen Formen, in denen sich unser öffentliches Leben oft genug abspiele, geläutert, so klingt das als Freundeslob gewiss sehr hübsch, giebt aber kein richtiges Bild der Thatsachen. So tiefgreifend war Egidys Einfluss keinen Augenblick auf die bitterernste, keine Versöhnungssalben vertragende sociale Bewegung, und das, was er und seine Parteigänger mit den Augen von Schwärmern als „unschöne Formen“ ansehen, ist die Form, in welcher sich der durch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zwingend gebotene Classenkampf abspielen muss. „Grosse Krise des Arbeiterstandes und der Bourgeoisie“ sollen „durch ihn zum erstenmal einander näher gebracht worden“ sein. Auch das ist unrichtig und beruht auf der gleichen Unkenntnis der realen Vorgänge, bezw. auf den gleichen schwerwiegenden Irrthümern über deren Ursachen und Wesen.

Wenn man die nun gesammelten Vorträge und Aufsätze Egidys liest, so wird man beim besten Willen sich nicht enthalten können, gar oft den Kopf zu schütteln. Das edle Wollen des Mannes, die goldklare Lauterkeit seines Charakters, seine heisse Gerechtigkeitsliebe leuchten ja aus jedem Satze, den er gesprochen, aus jeder Zeile, die er geschrieben, hervor — aber für praktischen Wirken müssen seine Theorien und Forderungen fast durchweg energisch abgelehnt werden. Egidy lässt es zumeist an der folgerichtigen Durcharbeitung der Gedanken fehlen; mitten auf dem Wege macht er Schwenkungen und verliert sich in Schlängelwege, die ihn dann ganz anders wohin bringen, als wohin er kommen musste. So ergeben sich gar viele Halbheiten. Liebe, Erziehung zum Gemeinschaftsbewusstsein — Egidy ruft es in die Welt hinein — und nun mag der Enterbte und Bedrückte, der Darbende und um ein menschenwürdiges



Dasein Ringende zusehen, was er mit diesen rosenroten Begriffen anfangen kann. Die Art, wie Egidy fast stets gesprochen, hat darge-  
gethan, dass es ihm unmöglich war, die  
Factoren, welche das Leben, das Denken  
und Handeln bewegen, mit der für den  
reformatorischen Führer notwendigen Scharf-  
äugigkeit zu erkennen. Er hatte sich, gleich  
den sogenannten Edelanarchisten, irrlichter-  
rende Ideale geformt, die vor dem Medusen-  
haupt unserer Wirklichkeit hin- und her-  
huschen, aber nirgends zu einem festen  
Griff in das Ungetüm sich eignen. Ein  
prächtiger Mensch, von hochzubewertendem  
Verdienst, z. B. in der Sache Ziethen, war  
Egidy kein guter Musikant in den Dingen,  
deren Behandlung und Umgestaltung er für  
seine Lebensaufgabe hielt. Das entbehrt  
nicht der Tragik, und dies Empfinden vor  
allem hat man bei der Lectüre des von  
seinen Jüngern ihm gewidmeten Werkes.

*Victor Fraenkl.*

**Lynkeus: Phantasieen eines Rea-**  
**listen.** Dresden und Leipzig 1899; Verlag von  
Carl Reissner.

Die beiden in einem Bande broschirten  
Teile dieser „Phantasieen“ umfassen 80 Skizzen  
von ungleicher Grösse und ebenso ungleicher  
Güte, wie dies wohl bei den meisten Samm-  
lungen der Fall ist. Was aber sehr selten  
vorkommt und bei Lynkeus doch zutrifft,  
ist die Erscheinung, dass Quantität und  
Qualität nahezu überall in directem Ver-  
hältnisse zu einander stehen: die grösseren  
sind die bedeutenderen und übertreffen weit-  
aus an Tiefe der Gedanken und lebendiger  
Frische der Darstellung die kleineren Piecen,  
die einem nur das Urteil ablocken können,  
dass sie die Frucht „ganz netter Einfälle“  
sind. Die kleinste Skizze: Will denn die  
Zärtlichkeit kein Ende nehmen? besteht aus  
nur zwei Zeilen von Gedankenstrichen. Das  
ist nicht einmal ein „netter Einfall“, sondern  
ein Spass, und kein besonders origineller.

Den Inhalt der Phantasieen bildet das  
menschliche Leben mit seinen Leiden und  
Freuden; und ihre Conception weicht von  
dem natürlichen Gang der alltäglichen Fälle  
und Vorkommnisse nicht bedeutend ab.  
Nicht umsonst sind es Phantasieen eines  
Realisten. Ihr Entstehungsprocess wird  
wohl — in den Grundzügen — der folgende  
gewesen sein: Die beobachteten Einzel-  
erscheinungen des Lebens riefen im Ver-  
fasser bestimmte Stimmungen und Gefühle  
hervor, die sein Nachdenken mächtig an-  
regten, das schliesslich zur Herauskrystalli-  
sierung einzelner Körnchen von Lebens-  
weisheit führte. Die farbenreiche, schöne,

aber immer unter dem Drucke dieser  
Stimmungen, Gefühle und Gedanken stehende  
Einbildungskraft des Dichters componierte  
nun einzelne Lebensbilder, halbphantastische  
Situationen und Ereignisse, die beim Lesen  
wohl genau dieselben Stimmungen erwecken,  
wie sie sich als Niederschlag des Lebens  
im Gemüt des Dichters anhäuften, und  
genau diejenigen Gedanken uns suggerieren  
sollen, zu denen der Dichter in seiner Lebens-  
auffassung gelangt ist. Man sieht, die Kunst  
des Herrn Lynkeus ist keine ganz un-  
befangene; sie zeigt einen starken Stich  
ins Didaktische. Das soll meinerseits durch-  
aus kein Vorwurf sein. Ich spreche keines-  
wegs zu denjenigen, die ein Kunstwerk  
etwa so betrachten, wie der geschulte oder  
von Gott begnadete Kalligraph eine wichtige  
historische Urkunde betrachtet, d. h. aus-  
schliesslich vom Standpunkte ihrer äusseren  
Form, ihrer mehr oder minder schönen Ver-  
schnörkelungen. Für mich ist jedes Kunst-  
werk in erster Linie eine Frucht des Lebens  
und ein Factor des Lebens, unter allen  
Umständen eine wichtige Urkunde desselben,  
vorausgesetzt natürlich, dass das Werk von  
einem wirklichen Dichter und nicht von  
einem Kalligraphen (zu deutsch: Schön-  
schreiber) stammt. In diesem Sinne wirkt  
jedes Kunstwerk belehrend, nicht nur unter-  
haltend. Es wirft immer Probleme des  
Lebens auf, die das Nachdenken hervorrufen  
und nicht nur andächtig goutiert werden  
wollen. Daher auch das Recht der Kritik,  
das Werk des Dichters nicht nur auf die  
Schönheit seiner Form, sondern auch auf  
die Wahrheit seines Lebensgehaltes hin zu  
prüfen. Und die besseren Phantasieen von  
Lynkeus, aus denen die Krystalle seiner  
Lebensauffassung am klarsten hervor euchten,  
kann man vielleicht zu den Kunstwerken  
zählen, die unser Denken, Fühlen und Wollen  
zugleich anregen und in manchen sehr  
wichtigen, vorab die sociale Seite des Lebens  
betreffenden Punkten unsere Kritik heraus-  
fordern.

Es geht nicht an, die ganze Fülle der  
durch seine Phantasieen suggerierten Lebens-  
anschauungen hier auch nur zu streifen,  
geschweige denn kritisch zu analysieren.  
Der Grundton seiner Welt- und Lebens-  
anschauung ist ein durch Epikur und Kant  
gemilderter Pessimismus, der auf die ästhe-  
tische Aussöhnung mit der jetzt herrschenden  
Gesellschaftsordnung zugespitzt ist. Diese  
an der Hand des von Lynkeus dargestellten  
Materials im einzelnen zu prüfen, würde  
nicht nur den Rahmen einer Besprechung  
weitaus überschreiten, sondern eine Dar-  
stellungskraft erfordern, welche der des

Dichters einigermassen gewachsen wäre. Denn die Waffen des Dichters — das Bild und die Stimmung — sind derart, dass das bloss, wenn auch noch so tiefe und wahre logische Denken kaum dagegen aufkommen kann. Und Lynkeus versteht es, seine Waffen zu führen. Die Phantasie: Gährende Macht eines Geheimnisses z. B. hat zum Inhalt ein Thema, das schon mehrmals zum Gegenstand moderner „seelischer“ Räubergeschichten à la Przybyszewski wurde: das Thema der geschlechtlichen Liebe von Blutsverwandten. Durch eine sozusagen glückliche Farbenmischung verstand es aber Lynkeus, das sträfliche Verhältnis zwischen Mutter und Sohn, das er in dem allerrealistischsten Momente schildert, so keusch und menschlich schön darzustellen, dass die Mutter geradezu wie eine antike Schönheitsgestalt, etwa wie eine Synthese der Venus von Milo und der Niobe, in dem ganzen Zauber einer solchen wunderschönen Mischung erscheint. Umsonst! bäumt sich der Verstand gegen diese Figur auf; umsonst formiert er die Bataillone seiner Argumente, das Bild und die Stimmung des Dichters schlagen ihn einfach nieder ... Ebenso mächtig und bestrickend wirkt Lynkeus in der Schilderung gekaufter Liebe und macht auch vor der Verherrlichung der Strassenprostitution nicht Halt. Auch hier sieht er nur das Frohlocken der Geschlechter und — eine bestimmte gesellschaftliche Profession, deren Würde nicht unter der des Künstlers, des Staatsmanns des Gelehrten steht ... Man muss diese Dinge bei Lynkeus selbst lesen, um sich einen Begriff davon zu machen, in welch mildes und heiteres Licht er diese Erscheinungen zu rücken versteht.

Was aber bei Lynkeus kerngesund ist, das ist der schonungslose Angriff auf die Wahngebilde der Religion und des politischen Absolutismus, sowie der Heisschmerz nach Liebe, Schönheit und Friede, der in mächtigen Klängen aus den meisten seiner Phantasieen empor tönt.

*Chajm Schillowsky.*

### Revue.

Capitalismus und Selbstmord ist das Thema, das Walter C. Hart im *Social-Democrat* behandelt. Die Statistik, sowie auch die Beobachtungen namhafter Aerzte beweisen unwiderleglich die Thatsache, dass die Selbstmorde beständig zunehmen und zwar im directen Verhältnis zur Bildungsstufe der einzelnen Völker. Europa wies in den letzten Jahren über 60.000 Selbstmordfälle auf, und Deutschland steht mit der höchsten Ziffer obenan.

Unter den Gründen, die zum Selbstmord führen, nimmt der Existenzkampf immer noch weitaus die bedeutendste Stellung ein, und es sind naturgemäss gerade die feineren Intelligenzen, die daran zu Grunde gehen. Das *tedium vitae* führt um so häufiger zum gewaltsamen Abschluss des Lebens, je mehr durch die Concentration der Menschen in den Grossstädten und durch den dort sich abspielenden Existenzkampf die Nerven bis zur höchsten Leistungsfähigkeit angespannt werden.

Der Selbstmord ist ein Verbrechen, das nur die Intelligenz begeht. Mit der Aufklärung kommen die Forderungen an das Leben und die Erkenntnis der grossen Differenz zwischen dem erwünschten und dem erreichbaren Zustande. Die Geschichte zeigt uns eine ganze Reihe bedeutender Männer, die durch Selbstmord endeten. Wenn die Aermsten der Armen das Leben nicht von sich werfen, so ist das wohl leicht genug dadurch zu erklären, dass der harte Kampf ums tägliche Brot die Intelligenz völlig abstupft.

Die Heilige Schrift verkündet zwar, dass das Glück in der zufriedenen Armut liege, Armut aber im Verein mit geistiger Cultur und den Ansprüchen an die Errungenschaften der Cultur führen zur Verzweiflung. Armut und Aufklärung schliessen sich unbedingt aus, mit dem Wunsche, einfach das tägliche Brot zu finden, giebt sich der gebildete Arbeiter nicht mehr zufrieden, neue und weitere Ziele gebären neue Ansprüche.

Es wäre daraus einfach zu folgern, man solle die Aufklärung unterbinden, um die Zufriedenheit zu sichern. Das kann und will der Socialismus natürlich nicht. Jede Entwicklung in der Natur ist nur durch die Vernichtung anderer Lebensformen möglich gewesen, und jeder Fortschritt wurde mit Blut erkaufte. Selbstmord, Verbrechen, Proletariat u. s. w. sind Begleiterscheinungen und Folgen des Capitalismus, so wie dieser selbst eine natürliche Folge der Evolution vom Barbarismus zu höheren Lebensformen ist.

Unsere Aufgabe ist es, durch alle uns zu Gebote stehenden Mittel das Leben erträglicher zu machen. Wir müssen es durchbringen, dass der Staat sich der Arbeitslosen annimmt, dass die Production verstaatlicht wird, dass Altersversicherungen eingeführt werden, dass die Arbeitszeit verkürzt wird u. s. w.

Ist später einmal der ganze Capitalismus gestürzt, so ist dafür gesorgt, dass die Not des Tages uns nicht mehr zum Selbstmord treibt.

Die Revue Socialiste brachte neulich einen Artikel von Edouard Berth, überschrieben: Religion et socialisme. Der Verfasser lässt da einen Christen und einen Sozialisten auftreten, die ihre Ansichten über die von ihnen vertretenen Weltanschauungen austauschen. Der Christ hält an seinem Christentum fest, weil nach seiner Ansicht der Sozialismus rein ökonomische Verbesserungen in die Welt bringen will, weil er sich scheinbar nur um einen materiellen Fortschritt kümmert, wo doch eine Entwicklung der Menschheit, im höchsten Sinne gefasst, nur auf moralischem Gebiete zu erreichen ist. Wenn auch die proclamierten Ziele des Sozialismus zum Teil als durchaus ideale aufzufassen sind, so erstreckt sich doch seine Thätigkeit, namentlich in unserer Zeit, nur auf rein äusserliche Dinge, ja, er speculiert sogar auf die niederen Triebe im Menschen, indem er durch den Classenkampf, den er predigt, Hass, Gewaltthätigkeit und Neid geradezu züchtet. Diese Anklage lässt der Socialist nicht auf sich sitzen, denn für ihn ist der Classenkampf nur der notwendige Conflict, deraus dem kolossalen Antagonismus zwischen Arbeitern und Capitalisten entstehen müsste, ohne dass davon Persönlichkeiten als solche betroffen werden. Man kämpft gegen das Princip, ohne Hass gegen die Person, mit den Mitteln, die durch die Gesetzgebung geboten sind, man kämpft für eine Ausbildung des Proletariats, die es befähigen soll, dereinst die Leitung des Staates zu übernehmen, der eben die Principien des Sozialismus verwirklicht. Die Sozialisten sind auch in der Art, wie sie vorgehen, Realisten, denn sie wissen genau, dass keine Classe der Welt je ihre Privilegien gutwillig abgeben wird, und dass ein socialer Fortschritt nur dadurch erreicht werden kann, dass eine ganze Classe der Träger einer neuen Idee wird. Sie haben nicht den „Idealismus“, der ganzen Menschheit Ideen und Gefühle unterschieben, die wohl sehr schön sind, aber von der Menschheit aus den ganzen bestehenden Verhältnissen heraus zur Zeit nicht empfunden werden können. Der Sozialismus ist gerade dasjenige Element in unserer Zeit, das die tiefe Wirklichkeit des bestehenden Antagonismus und das Spiel der historischen Kräfte klar erfasst. Die grossen Idealworte: Freiheit, Gerechtigkeit etc. sind ihm nicht feste, unangreifbare Begriffe, sondern er präcisirt sie, schält sie aus der Bedeutung heraus, die sie für die capitalistische Gesellschaft haben, und schafft erst auf diese Weise eine höhere Ethik. Es würde nicht viel nützen, den Capitalismus zu verurtheilen, wenn man auf der andern Seite die Begriffe,

die er prägt, als ewige Wahrheiten anerkennen wollte. Aus dem Capitalismus selbst mussten die Momente herauswachsen, die ihn vernichten werden, er selbst bietet die Grundlage für das Todesurteil, das über ihn endgültig gefällt worden ist, und es kam, wie Marx sagte: auch die Moral verdammt das, was die Geschichte schon verurteilt hat. Erst, wenn sociale Verhältnisse geschaffen sind, die dem einzelnen gestatten, die individuelle Moral in Einklang zu bringen mit der öffentlich anerkannten, ist eine wirkliche Moral überhaupt möglich. Also erstreckt sich der Sozialismus nicht nur auf materielle Ziele, wie man ihm vorwirft. Er ist in seinen Tendenzen noch idealer, als die grossen Revolutionen der Vergangenheit, denen sogar die Gegner Idealismus zugestehen müssen, denn bei jenen Revolutionen herrschte wohl der grosse Gedanke, aber er war stärker als die Grundlage, von der er ausging, bei der proletarischen Bewegung überwiegt der Gehalt die Phrase. Wenn bei der grossen Revolution die Bourgeoisie in den Kampf trat gegen die Aristokratie, so ist sie doch gleich nachher geschlossen aufgetreten gegen das neu entstandene Proletariat. Die Revolution des Proletariats aber wird nicht nur Classeninteressen fördern, sondern sie wird die ganze Menschheit zu höheren Lebensformen bringen. Das Proletariat will nicht seine Macht als Classe befestigen, sondern es will eben als Classe verschwinden in dem Menschheitsganzen, und daher ist es in seinen Formen idealer, als irgend eine revolutionäre Classe der Vorzeit. Der Christ meint nun, dass es für ihn direct beängstigend sei, dass Staat und Moral sich so ganz von Kirche und Religion trennen sollen. Der Sozialismus verkündet das unbeschränkte Recht der Persönlichkeit, er bricht sogar die Bande der Familie, er führt den Menschen wieder dahin zurück, woher er gekommen, in den Zustand absoluter Selbstherrlichkeit, ohne Rücksicht auf den Nächsten. Der Socialist hält ihm entgegen, dass der Sozialismus allein den Conflict löst, ob Staat oder Kirche obsiegen soll, indem er eine Lebensform schafft, die beide Gewalten vereinigt. Der Mensch macht sich seine Religion, und da er mitten im Weltgetriebe steht, gestaltet er auch die Religion nach jenem. Statt des geheimnisvollen Etwas, vor dem sich der Menschengeist verneigt, wie sich der Naturmensch vor den ihn umgebenden Naturgewalten beugte und sie zu Gottheiten erhöhte, ist der Mensch unserer Zeit vollständig von den ökonomischen Gesetzen unterjocht, und er divinisiert diese, da er sie nicht beherrschen

kann. Eine wirkliche Befreiung des Geistes wäre also nur möglich durch die Erreichung anderer ökonomischer Verhältnisse. Sobald der Mensch in den Besitz der Produktionsmittel gelangt ist, hört für ihn der animalische Lebenskampf auf, er wird zum Herren der ihn umgebenden Welt, er lebt als Mensch und bedarf nicht mehr des phantastischen Schleiers, der ihm die Dinge verhüllt, er bedarf auch nicht mehr des Trostes, der in der Hoffnung auf das Jenseits liegt. Diese Ausführungen beruhigen den Christen nicht, denn er kann nicht einsehen, auf welche Weise dann das Bedürfnis des Menschen nach dem Uebernatürlichen befriedigt werden sollte, worauf unter den von seinem Freunde geschilderten Verhältnissen dann die Moral basieren würde, und wie man die Frage nach dem Woher und Wohin der Menschheit lösen werde. Der Socialist entgegnet ihm, dass der Mensch, sobald er als Herr über das Leben dieser Welt herrsche, auch gar nicht mehr das Bedürfnis nach einer transcendenten Welt haben werde. Das Spintisieren über die grossen Fragen des Jenseits wird selbster werden, und in den Vordergrund tritt die Frage nach dem, was auf Erden sein wird, und da der Mensch dann die Gewalt in der Hand hat, so wird er frisch und mutig das Werden zu bestimmen suchen, Beachtenswerter ist schon der Einwand, dass der Socialismus zu einem unbegrenzten Individualismus führen könnte. Aber auch das Christentum ist eine Religion des Individualismus, nur eines verkehrten, da er dem einzelnen gebiete, sich von der Welt loszulösen. Dieser Individualismus erstrebt die Selbstvernichtung, das Aufgeben der Schätze dieser Welt, der moderne Individualismus will im Gegenteil seinen Teil an der Welt, er will, so viel es ihm möglich ist, die Schätze derselben, die Kunst, die Wissenschaft, fördern. Der Individualismus, den der Christ fürchtet, ist nur unter den heutigen Verhältnissen eine Gefahr, wo jeder sich seiner Haut mit allen Mitteln wehren muss. Der Mensch der socialistischen Zeit wird sich allezeit viel zu sehr der Schuld bewusst sein, die er gegen die Gesellschaft hat, um seine Rechte zu missbrauchen. Durch das Wegfallen der äusseren Kämpfe wird die Kraft des Menschen frei zur Bekämpfung der schlechten Triebe in seinem eigenen Innern, auch die geistigen Fähigkeiten werden frei. In einem solchen Leben wird über der ganzen Menschengemeinschaft ein religiöses Empfinden schweben, das eben so tief sein wird, wie das christliche es sein könnte. Hegel erklärt, dass das religiöse

Bewusstsein vom socialen abhängig ist, dass das Christentum auf unsere Tage seinen Einfluss verloren, weil seine Gebote der Keuschheit, der Armut, des Gehorsams den heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr entsprechen. Die Umwälzung, die da kommen wird, ist nur der dritte Act der grossen Revolution der Menschheit. Zuerst war sie religiös, mit der Reformation, dann politisch anno 1789, und sie wird volkswirtschaftlich sein in dem Stadium, den das Proletariat herbeiführen wird. Die Kirche wird im Staat aufgehen, in dem classenlosen Staat, der sich friedlich und harmonisch entwickelt haben wird. Der Christ verteidigt dagegen die Macht der Menschenliebe, der Aufopferungsfähigkeit, die das Christentum in die Welt gebracht und die ja nicht mehr in Anwendung gebracht werden könnte, wenn jeder einzelne in stolzer Selbsterhöhung nur für sich leben wollte. Der Socialist betont wiederum, dass die veränderten Lebensbedingungen, das Verschwinden des Concurrenzkampfes etc. dem einzelnen das Gefühl seiner Verpflichtung gegenüber den Mitmenschen geben werde und ihm so natürliche Schranken auferlegen. Gerade die Tugenden, die die Kirche als höchste preist, braucht der Zukunftsstaat nicht mehr, und wenn die Kirche nun auch versucht, sich socialistisch zu geben, so hat sie doch ihre Macht verloren, denn die Welt hat angefangen, ihren eigenen Weg zu gehen, ohne Führung der Kirche. Wenn man diese ungeheure Armee betrachtet, die unter den schlimmsten Lebensbedingungen für ein Ideal kämpft, das ihr persönlich kaum mehr zu gute kommt, so muss man doch zugeben, dass sie von einem Ideal und von einer tiefinnerlichen Moral getragen sind, wie die Kirche sie in ihren höchsten Anforderungen nicht höher fassen könnte. Alle arbeiten dem gemeinsamen Ziel entgegen, der einzelne vergeht, die Sache lebt weiter, sein eigener Tod bedeutet wenig in anbetracht dessen, dass die Menschheit weiter lebt. Wenn man den Socialismus eine neue Religion genannt hat, so muss man aber hinzufügen, dass sich diese Religion nicht nach unbekannten Sonnen richtet, sondern dass sie eine Sonne verkündet, die aus jedem einzelnen selbst hervorstrahlt, die Kirche hat damit nichts mehr zu thun, das Proletariat hat sich erhoben und will statt der versprochenen kommenden Herrlichkeiten die Herrlichkeiten unserer Welt geniessen.

Der Dialog schliesst mit diesem Gedanken und ohne anzugeben, ob der Christ dadurch überzeugt ist. Jeder einzelne Leser des Artikels wird sich die Antwort darauf vielleicht selbst geben. Ida Hanf-Lux





*Friedrich Nietzsche*